Wilsons Diplomatie in der Friedensfrage 1914—1917

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

von

Arnold Meine

aus Altena

1938

Buchdruckerei Richard Mayr, Würzburg

Berichterstatter: Prof. Dr. Fritz Kern

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Dezember 1937

Vorwort.

Die vorliegende Studie will eine zusammenhängende Darstellung der Friedensbemühungen der Vereinigten Staaten im Weltkriege geben, die sofort zu Beginn des großen Völkerringens einsetzen und mit der Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson vom Dezember 1916 ihren Abschluß finden. Mit dem parallel zu diesem Schritt erfolgten deutschen Friedensangebot beginnt dann ein sehr reizvolles diplomatisches Kräftespiel, dessen Ergebnis noch gar nicht abzusehen war, als es durch die Verschärfung der deutschen Kriegsführung ein vorschnelles Ende fand.

Von den amerikanischen Quellen bieten die Intimate Papers des Colonel House noch immer das wertvollste Material. Dadurch wird allerdings eine gewisse Einseitigkeit der Darstellung bedingt, die bei dem sehr persönlichen Charakter der Wilsonschen Friedensaktion um so fühlbarer wird, als sich in diesem Augenblick die Wege des Präsidenten von denen seines Beraters zu trennen beginnen. Auf deutscher Seite ist der Historiker nach wie vor auf die Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses angewiesen. Weiteres Aktenmaterial ist bisher weder veröffentlicht noch zugänglich gemacht worden; auch ein Einblick in den Nachlaß des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg blieb dem Verfasser leider versagt. Um so größeren Dank schuldet er Herrn Generalkonsul Heilbron, der in liebenswürdiger Weise einige wertvolle Informationen gegeben hat, die in verschiedenen strittigen Fragen klärend und anregend gewirkt haben.

Der Verfasser möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch an dieser Stelle seinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Kern, der diese Arbeit angeregt und gefördert hat, seinen herzlichsten Dank auszusprechen. Auch Herrn Professor Dr. Hallmann ist er für manche wertvolle Anregung zu tiefem Dank verpflichtet.

Die Fragestellung dieser Studie ist politisch-historisch, was die Untersuchung nach Stoff und Methode begrenzt. Die Geschichtsschreibung hat keine Tendenz außer der einen, die Wahrheit zu erforschen. Der Historiker wird darum nicht den Erfolg zum Maßstab seiner Betrachtung nehmen, sondern vielmehr Anlaß haben, nach einem Wort Rankes darüber nachzudenken, ob die Menschen den Verhältnissen gewachsen oder die Verhältnisse nicht doch stärker sind als die Menschen.

Bonn, den 15. Januar 1938.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung:

Die Stellung der Vereinigten Staaten gegenüber dem europäischen Staatensystem bei Ausbruch des Weltkrieges.

Die Wahl Woodrow Wilsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit der die Demokraten seit Jahrzehnten zum erstenmal die Macht der Republikaner gebrochen hatten, bedeutete mehr als den Wechsel einer Persönlichkeit, mehr als die Herrschaft einer neuen Partei, weil sie ein neues, besseres Zeitalter für Amerika und die Welt zu verbürgen schien. Denn der neue Präsident war an der Spitze einer Bewegung an die Macht gelangt, die durch eine neue Politik mit neuen Methoden die Demokratie vor dem drohenden Verfall zu retten suchte. Man sah mit Bedenken, wie Amerika in steigendem Maße einer Herrschaft des Geldes und der Börse verfallen war, man verfolgte mit immer größerer Besorgnis, wie die Dollardiplomatie die Außenpolitik zum Spielball ihrer materiellen Interessen gemacht hatte; die neuen Männer dagegen gedachten ein Zeitalter des Weltfriedens heraufzuführen, in dem weder die nackte Gewalt noch schmutzige Geldinteressen herrschen sollten, sondern das Recht und die ewigen Gesetze der Menschlichkeit. Die brutale Machtpolitik eines egoistischen Staatensystems, an deren Wirkungen die Welt zugrunde zu gehen drohte, sollte durch ein Verfahren friedlichen Ausgleichs ersetzt werden, das eine gerechte Lösung aller Probleme in sich schloß. Keine Staatsform der Welt schien für die Verwirklichung dieser hohen Ziele mehr berufen zu sein als die amerikanische Demokratie, die das Licht einer „Neuen Freiheit" eben jetzt siegreich überstrahlte.

Schon einmal hatte dieser durch die Fortschrittsidee optimistisch aufgehellte Prädestinationsglaube einen großen Einfluß auf die Geschicke der alten Welt genommen, damals, als durch die Verkündung der Menschenrechte in Europa die revolutionäre Bewegung ausgelöst wurde. Auch diesmal bestand ein gewisser Gegensatz zwischen der Neuen Welt und dem alten europäischen Staatensystem. Denn die modernen Nationalstaaten Europas waren auf der Grundlage des Absolutismus erwachsen, und wenn sie ihn auch ganz oder zum Teil beseitigt hatten, konnten sie doch ihre Vergangenheit nach diplomatischem Stil und politischer Methode nie verleugnen. Die Kraftentfaltung großer Nationen auf klei-

nem, übervölkertem Raum und die dadurch bedingte Rivalität der Großmächte schufen eine unheilvolle Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens, die in der Neuen Welt unmöglich war.

Das waren die Bedingungen, unter denen Woodrow Wilson sein hohes Amt antrat. Hatten die Republikaner eine durch die Dollardiplomatie diktierte, ziemlich unverhüllte Machtpolitik getrieben, so geriet Wilson mehr und mehr unter den Einfluß einer merkwürdigen Art von demokratischem Imperialismus, der mit religiösen Stimmungen seltsam untermischt war. Das hat seine Intervention in die Verhältnisse lateinamerikanischer Staaten ebenso beeinflußt wie seine persönliche Stellung zu dem Mexikaner Huerta, dem selbst die Engländer sympathisch gegenüberstanden[1]).

In London hatte der amerikanische Botschafter Walter Page die Entwicklung der Dinge in Europa mit steigender Besorgnis verfolgt. Obwohl er durchaus auf dem Boden der neuen Ideen stand, hinderte ihn sein Glaube an die große Sendung der amerikanischen Demokratie ebensowenig wie sein seltsames Bestreben, das britische Weltreich in den Dienst der neuen Weltordnung zu stellen[2]), an dem für seine Aufgabe gefährlichen Luxus, leidenschaftlicher Anglophile zu sein. Diese einseitige Voreingenommenheit für alles, was England hieß, hat seinen großzügigen Plan zur Abwendung der drohenden Katastrophe Europas bereits in den Grundzügen vergiftet. Dieses nach Genesis und Zielsetzung gleich interessante Projekt sah die militärische Durchdringung der Tropen zur zivilisatorischen Betätigung aller europäischen Mächte vor, um dem Militarismus ein neues Betätigungsfeld zu schaffen und ihn von dem Gefahrenherd Europa abzulenken[3]).

1) "I am going to teach the South American Republics to elect good men". äußerte er zu Sir William Tyrrell anläßlich dieser anglo-amerikanischen Kontroverse in einer Unterredung, die den Gegensatz der Wilson-Politik zur europäischen Diplomatie in einem Maße enthüllte, daß nach einer Äußerung Houses Diplomaten alten Stils Schwächeanwandlungen bekommen hätten, wären sie Zeugen dieses Gesprächs gewesen (vgl. J. P.I, p. 207; Page I, p. 204). Bezeichnend ist die Äußerung Pages in einem Brief an Wilson: "This illustrates the complete divorce of European politics from fundamental morals, and it shocks even a man who already knew of this divorce (gemeint ist Grey). But not even from him came a word about the moral foundation of government or about the welfare of the Mexican people. These things are not in the European ruling vocabulary" (Page I, p. 184).

2) vgl. seinen Brief an House vom 2. Nov. 1913: "We should presently be considering how we may best use the British fleet, the British Empire, and the English race for the betterment of mankind" (Page I, p. 191).

3) Oncken hat auf die Verwandtschaft dieses für die angelsächsische Mentalität so

"Conquest for the sole benefit of the conquered" nannte Page in seinem berühmten Memorandum[4]) diesen kühnen Plan, der in Washington keinen ungünstigen Resonanzboden fand. Was den Botschafter aber von seiner Regierung trennte, war die verschiedene Stellung zu Deutschland. Während man sich in Washington der Einsicht nicht verschloß, daß die Teilnahme Deutschlands die unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Konvention bildete, weigerte sich Page, Berlin in den anglo-amerikanischen Block einzubeziehen.

Schon diese Schwierigkeit hatte Washington mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sich eine so heikle Materie nicht par distance lösen ließ. Anfang 1914 wurde darum Edward House, der vertraute Ratgeber des Präsidenten Wilson, in besonderer Mission nach Europa entsandt. Diese in jeder Hinsicht faszinierende Persönlichkeit hatte sich schon frühzeitig durch die allerdings anonyme Herausgabe eines utopischen Romanes zu einer politischen Ideologie bekannt, die zu vertreten er jetzt zum ersten Mal berufen war. Er erschien denn auch mit einem umfangreichen Programm, das neben dem Projekt einer Zusammenarbeit der Mächte im Sinne des Page-Memorandums auch den Grundsatz der offenen Tür, die Freiheit der Meere und die Begrenzung der Rüstungen enthielt. In London geriet er sofort unter den Einfluß von Sir Edward Grey, der dem Projekt zwar nicht ohne Sympathie, aber in verlegener Abwehr gegenüberstand, weil ihm durch die Ententen mit Frankreich und Rußland längst die Hände gebunden waren. So hatte House den Wunsch ausgesprochen, den Deutschen Kaiser, den britischen Staatssekretär und sich selbst als Delegierten der Vereinigten Staaten in einer Konferenz vereinigt zu sehen. Dieser Plan wurde jedoch von Grey mit dem Hinweis auf die Empfindlichkeit der Pariser und Petersburger Regierungskreise abgelehnt. Auch gelang es seinem Mitarbeiter Sir William Tyrrell, den amerikanischen Delegierten davon zu überzeugen, daß für die geplante Aktion eine deutsche Flottenbeschränkung unerläßliche Voraussetzung sei.

Zunächst begab sich House nach Berlin, wo der Kaiser ihn zu überzeugen versuchte, daß nur die drohende Einkreisung Deutschlands dessen

bezeichnenden Planes mit Gedankengängen der „Utopia" des Thomas More hingewiesen, wo sich der fast religiöse Glaube an eine große Sendung, die Moralisierung des politischen Handelns, die Auffassung der Politik als Wohlfahrtsveranstaltung und der heilige Krieg der Kultur gegen die Barbarei Zug um Zug wiederfindet. Vgl. Meister der Politik, Bd. I: Thomas Morus' Utopia. Berlin 1922.

4) vgl. Page I, p. 273.

starke Kriegsbereitschaft verursacht habe. Ein Hinweis auf die Gelbe Gefahr schien auf House wenig Eindruck zu machen; dagegen stimmte er dem Kaiser darin bei, daß England ebenso wie Deutschland in Rußland zweifellos einen gefährlichen Gegner habe. Mit Nachdruck wies der Amerikaner jedoch darauf hin, daß die Flottenpolitik der Berliner Regierung England vor die Wahl zwischen Deutschland und Rußland stelle; bei einer Fortführung dieser Politik müsse die Entscheidung gegen Deutschland fallen[5]).

Diese Einsicht in das diplomatische Kräftespiel der Alten Welt und die Erkenntnis der Rivalität der Großmächte als der tiefsten Ursache der allgemeinen Krise ist das wertvollste Ergebnis dieser ersten Mission des amerikanischen Delegierten geworden und hat ihm die Grenzen seiner ideologischen Politik enthüllt.

Der Eindruck, den House nach Washington berichten konnte, war also nicht besonders günstig. Die gegenseitige Furcht und die durch eine falsche Prestigepolitik diktierte Abneigung gegen Konzessionen hindere — so klagte er — jede der europäischen Mächte trotz anerkannten guten Willens daran, den ersten Schritt zu tun[6]). Über die drohende Kriegsgefahr sei keine Täuschung mehr möglich; Frankreich und Rußland würden Deutschland in dem Augenblick einkreisen, wo England seine Zustimmung dazu gebe. London wünsche gewiß keine Vernichtung Deutschlands, weil es dann der russischen Gefahr allein gegenüberstehe; wenn aber Berlin seine Flottenpolitik fortsetze, habe England keine Wahl[7]). Die einzige Rettung aus dieser Sackgasse sah House in einem Flottenabkommen zwischen England und Deutschland, das den gefährlichsten Konfliktstoff aus der Welt geschafft hätte. Was aber der Ideologe erstrebte, verurteilte der Realpolitiker: der Mann, der in der Großmachtstellung Deutschlands und Rußlands eine Gefahr für England, in der Stärke Rußlands und Frankreichs eine Gefahr für Deutschland sah, befürchtete von einer deutsch-englischen Zusammenarbeit die Isolierung Amerikas[8]).

---

5) J. P. I, p. 262.
6) ebd., p. 264.
7) J. P. I, p. 255.
8) "The best chance for peace is an understanding between England and Germany in regard to naval armaments, and yet there is some disadvantage to us by these two getting too close" (J. P. I, p. 255).

Mit dieser wenig erfreulichen Betrachtung hatte House von Berlin Abschied genommen, um in London seine Bemühungen fortzusetzen, was ihm durch die gespannte Lage durchaus geboten schien. Noch gab sich der Delegierte Wilsons der Hoffnung hin, durch das Entgegenkommen der Regierungen in Berlin und London, die beide einen Krieg nicht wollten, das Schlimmste zu verhüten, als auch schon die Katastrophe über Europa und die Welt hereinbrach.

I.

Die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten im Sinne einer wirksamen Neutralität.

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger hatte zunächst weder in der amerikanischen Öffentlichkeit noch in Regierungskreisen starke Beachtung gefunden, da dort niemand ahnen konnte, daß der Schuß in Serajewo der Auftakt zum Weltkrieg war. Erst am 13. Juli berichtete der Vizekonsul Mallett in Budapest seiner Regierung, er halte einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien für unvermeidlich. Nun liefen auch die Berichte der übrigen diplomatischen Vertreter ein, die sämtlich die Lage als äußerst kritisch schilderten[1]). Der Ausbruch des Krieges überraschte House in London; der Gesandte Wilsons bedauerte lebhaft, nicht trotz der Abneigung der Londoner Regierungskreise noch einmal nach Berlin gefahren zu sein, wo er doch vielleicht die Katastrophe hätte verhindern können. Page teilte diese Ansicht nicht; in seiner Meinung war der Krieg das logische Resultat des deutschen Militarismus, der ihn seit fünfundzwanzig Jahren systematisch vorbereitet habe[2]). Auch Wilson, fassungslos durch die Plötzlichkeit der Katastrophe, ging in der Verurteilung Deutschlands damals noch weiter als sein Berater, der nur die Militärkreise verantwortlich machte[3]). Während alles wie gebannt nur auf die Brandfackel des Krieges starrte, überdachte House bereits dessen Folgen. Die große Koalition, die sich gegen Deutschland zusammengefunden hatte, ließ ihm damals eine deutsche Niederlage durchaus im Bereich der Möglichkeit erscheinen. Unter dieser Voraussetzung schreckte ihn das Gespenst einer französisch-russischen Vorherrschaft, in der er eine ernste Bedrohung Englands erblickte, an dessen Sieg die amerikanische Politik gebunden schien[4]). Auf der andern Seite erschien ihm natürlich auch ein deutscher

1) Die Regierung in Washington ist keineswegs nur einseitig informiert worden; auch auf die Verantwortlichkeit der russischen Regierung wurde hingewiesen, so von Gerard und dem amerikanischen Geschäftsträger in Petersburg Wilson (For. Rel. 1914, p. 23, 26). Der erste tendenziös gefärbte Bericht stammt von Page, und zwar vom 3. August, also erst n a ch der deutschen Kriegserklärung an Rußland (ebd., p. 38).

2) Page I, p. 300.

3) J. P. I, p. 299.

4) "It looks to me as if Germany was riding for a fall, and it also seems to me that, if this should happen, France and Russia will want to rend her in twain. It is c l e a r l y t o t h e i n t e r e s t o f E n g l a n d, A m e r i c a

Sieg nicht wünschenswert, weil ein solcher „Triumph des Militarismus" die Vereinigten Staaten zwingen werde, in großem Stil aufzurüsten und eine Politik aufzugeben, die auf dem Grundsatz des ewigen Friedens und einem neuen Sittenkodex im Völkerleben aufgebaut sei[5]). So sah sich die amerikanische Politik der unerfreulichen Alternative gegenüber, bei einem Sieg der Alliierten die Vorherrschaft Rußlands, bei einem Sieg der Mittelmächte das Übergewicht Deutschlands dulden zu müssen. Aber es gab einen Ausweg, dieses für den Weltfrieden wie für die amerikanischen Interessen gleich unerfreuliche Ergebnis zu vermeiden, wenn es nämlich gelang, den Krieg zu beenden, bevor eine der beiden Parteien einen entscheidenden Erfolg errungen hatte. Das ist der Hintergrund jener sofort einsetzenden Friedensbemühungen der Vereinigten Staaten, an denen die wechselseitige Durchdringung idealer Beweggründe und realpolitischer Erwägungen so bezeichnend ist.

Bereits am 4. August ließ der Präsident mit Genehmigung des Senates den kriegführenden Mächten seine guten Dienste für eine etwaige Vermittlung anbieten. Sein Aufruf war jedoch dazu verurteilt, im ersten Taumel der Kriegsbegeisterung wirkungslos zu verhallen; der deutsche Kaiser verhielt sich in seiner Antwort vom 10. August genau so ablehnend wie die Entente. Die Vereinigten Staaten beschränkten sich nunmehr äußerlich darauf, ihre Neutralität zu erklären, eine Politik, die damals auch von Roosevelt gebilligt wurde[6]); insgeheim aber gingen ihre Bemühungen weiter. Über die Ziele und die Möglichkeit einer solchen Politik hat sich House in einem Brief an den Berliner Botschafter Gerard vom 17. August ausführlich geäußert[7]). Die Amerikaner hätten immer die Meinung vertreten, daß große Rüstungen nicht den Frieden erhielten, sondern im Gegenteil Bedingungen schüfen, die den Krieg herbeiführten.

---

and civilization to have her integrity preserved, shorn, however, of her military and naval power" (Notiz vom 6. August 1914, J. P. I, p. 324). Von den britischen Staatsmännern teilte nur John Viscount Morley diesen Aspekt; sein "Memorandum on Resignation" betont die Gefahr einer russischen Vorherrschaft (vgl. Ray Stannard Baker: Life and Letters of Woodrow Wilson V, p. 69).

5) "Germany's success will ultimately mean trouble for us. We will have to abandon the path which you are blazing as a standard for future generations, with permanent peace as its goal and a new international ethical code as its guiding star, and build up a military machine of vast proportions" (House an Wilson 22. Aug. 1914, J. P. I, p. 291).

6) vgl. J. P. I, p. 292.

7) vgl. zum Folgenden J. P. I, p. 325.

Darum müsse in Zukunft eine allgemeine Konvention erstrebt werden, die jedem Lande seine Integrität garantiere und die Aufrüstung gegenstandslos mache; eine solche Regelung würde es der Welt gestatten, sich im Schutze eines dauerhaften Friedens ihren großen Aufgaben ungestört zu widmen. Die ganze Angelegenheit müsse natürlich mit großer Vorsicht behandelt werden, um den nationalen Stolz der Völker nicht zu verletzen. Den Kaiser, der immer für den Frieden eingetreten sei, halte er für kein ernsthaftes Hindernis auf diesem Wege. Die Empörung richte sich nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen sein System des Militarismus. Er jedenfalls müsse bekennen, daß er eine Katastrophe Deutschlands nur mit aufrichtigem Bedauern und nicht ohne Sorge hinnehmen würde.

Sah House auch klar den Weg, den Amerika gehen mußte, so stieß die Ausführung dieser Politik doch auf erhebliche Schwierigkeiten. Nachdem man sich hatte überzeugen müssen, daß der direkte Appell des Präsidenten[8]) an die kriegführenden Mächte wirkungslos geblieben war, dachte man an eine Konferenz ihrer in Washington beglaubigten diplomatischen Vertreter, wobei die Möglichkeiten eines Friedens ganz unverbindlich erörtert werden könnten. Vor allen Dingen kam es House auf eine Aussprache zwischen dem deutschen und dem britischen Botschafter an; denn jetzt beherrsche England noch seine Verbündeten, später aber könnten Frankreich und Rußland der Führung Londons entgleiten[9]). Anscheinend erschien dem Präsidenten das Spiel etwas zu gewagt, aber House erinnerte ihn an die große Aufgabe, zu der er berufen sei[10]). Die Initiative wurde von dem deutschen Botschafter Graf Bernstorff günstig aufgenommen; er willigte in Verhandlungen ein, machte aber zur Voraussetzung, daß sie auf den intimen Kreis der vier beteiligten Persönlichkeiten (Wilson, House, Spring-Rice und Bernstorff) beschränkt werden und im Falle des Scheiterns unter dem Siegel strengster Diskretion bleiben müßten[11]).

---

8) Auch House hatte am 5. September Zimmermann im gleichen Sinne telegraphiert: "Now that His Majesty has so brilliantly shown the power of his army, would it not be consistent with his lifelong endeavour to maintain peace, to consent to overtures being made in that direction?" (J. P. I, p. 327).

9) House an Wilson 18. Sept. 1914 (ebd., p. 330).

10) "The world expects you to play the big part in this tragedy — and so indeed you will, for God has given you the power to see things as they are" (House an Wilson (ebd., p. 330).

11) Dem widerspricht eine Meldung des russischen Botschafters Bachmetjew an Sasonow vom 24. Sept. 1914, in der davon die Rede ist, daß Bernstorff in dieser Angelegenheit bei Staatssekretär Bryan vorgesprochen habe. Vgl. Int. Bez. II. Reihe, 1. Halbband, S. 187.

Der britische Botschafter dagegen verhielt sich durchaus ablehnend und bezeichnete die angebliche Verhandlungsbereitschaft Bernstorffs als einen Versuch, England bei seinen Verbündeten des Wunsches nach einem Sonderfrieden zu verdächtigen und die Koalition zu sprengen. Auch seien die persönlichen Eigenschaften der Botschafter nicht dazu angetan, solche Bemühungen als besonders aussichtsreich erscheinen zu lassen; der Deutsche sei unzuverlässig, der Franzose zu impulsiv, um die Angelegenheit mit der nötigen Delikatesse zu behandeln, der Russe aber sei Reaktionär vom übelsten Typus[12]). House verfehlte nicht, den Botschafter in ernstem Ton darauf hinzuweisen, daß zwar augenblicklich die Sympathien des amerikanischen Volkes durchaus auf der Seite der Alliierten seien, daß aber zwei Dinge diese Haltung grundlegend ändern könnten; die eine Möglichkeit wäre, daß sich greifbare Anzeichen für eine deutsche Friedensbereitschaft böten, indes die Alliierten auf ihrer Weigerung beharrten, die andere, daß das wahre Ziel der Entente nicht die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts, sondern seine Zerstörung durch die politische Vernichtung des Deutschen Reiches sei[13]). Gewiß verstehe er die Schwierigkeiten wohl, die sich einer Verhandlung entgegenstellten, doch sei es unbedingt erforderlich, daß keine der Mächte eine Non-possumus-Haltung einnehme. Verzweifelt versuchte der Amerikaner, dem Botschafter klar zu machen, daß eine Gleichgewichtspolitik, die doch auch im Interesse Englands liege, nur durch sofortiges Handeln erreicht werden könne, solange das militärische Übergewicht Rußlands und Deutschlands über ihre Bundesgenossen noch nicht fühlbar geworden sei. Eine solche Kräfteverschiebung würde nicht nur die Friedensbedingungen, die sich jetzt noch erreichen ließen, unmöglich machen, sondern mit Notwendigkeit auch eine Neuorientierung der amerikanischen Politik zur Folge haben[14]).

Der deutsche Botschafter dagegen kam House bis an die Grenze des Möglichen entgegen; mit feinem Takt betonte er, volles Verständnis dafür zu haben, daß der britische Botschafter nichts ohne seine Regierung und diese nichts ohne die Verbündeten tun könne. Allerdings lagen die

12) Notiz vom 20. Sept. 1914 (J. P. I, p. 333).

13) Der entscheidende Satz lautet: "The other was that the real object of the Allies should prove to be not the restoration of the balance of Europe, but its destruction by the entire elimination of Germany" (Spring-Rice an Grey 22. Sept. 1914, Spring-Rice II, p. 225).

14) ebd.

Gründe für die ablehnende Haltung des Engländers viel tiefer; mit Recht klagte House, daß jenes tiefe Mißtrauen, das die Alliierten der deutschen Diplomatie entgegenbrachten, die Verhandlungen regelmäßig scheitern lasse[15]). Tatsächlich hatte Spring-Rice sein „Nein" nicht gesprochen, ohne von London dazu ermächtigt worden zu sein. Schon am 18. September hatte Grey ausdrücklich verlangt, daß die Berliner Regierung ihre Bedingungen bekanntgeben müsse, wenn sie ernsthaft eine Vermittlung der Vereinigten Staaten wünsche; vor allem aber sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß Deutschland geneigt sei, in solche Bedingungen einzuwilligen, die wirksame Garantien gegen eine Wiederholung der augenblicklichen Katastrophe böten[16]). Auch die Pariser Regierung machte sich diese Argumentation zu eigen[17]). Darüber hinaus ließ Außenminister Delcassé den französischen Botschafter Jusserand anweisen, sich zu den Bemühungen Deutschlands, eine Vermittlung des Präsidenten Wilson herbeizuführen, ablehnend zu verhalten, da ein solcher Versuch entweder die Gewinnung der amerikanischen Sympathien bezwecke oder auf eine in Deutschland sich bemerkbar machende Ermattung hindeute[18]). Angesichts der Tatsache, daß Bernstorff die Verhandlungsbereitschaft seiner Regierung hatte aussprechen lassen, scheint Jusserand diese kategorische Ablehnung als sehr unklug empfunden zu haben. Jedenfalls bemühte er sich, auf die Vorschläge des deutschen Botschafters näher einzugehen, wohl in der Hoffnung, daß eine Enthüllung der von ihm erwarteten Unaufrichtigkeiten Deutschlands den Alliierten einen besseren Vorwand zur Ablehnung bieten würde[19]). Zwar hatte er damit keinen Erfolg, aber eine kleine Ungeschicklichkeit der deutschen Regierung kam ihm zu Hilfe; gerade in diesem Augenblick lief aus Berlin eine Antwort ein, die sich zwar im Prinzip mit der von Bernstorff angedeuteten Linie deckte, aber auch eindeutig erklärte, daß die Initiative der Gegenseite überlassen bleiben müsse[20]). Damit war auch dieser Versuch vorläufig gescheitert.

Zufrieden mit diesem Ausgang war auf amerikanischer Seite nur Page. Bereits am 22. September hatte er die Befürchtung geäußert, daß

---

15) House an Wilson 22. Sept. 1914 (J. P. I, p. 335).
16) Grey an Spring-Rice 18. Sept. 1914 (Spring-Rice II, p. 224).
17) Tel. Bachmetjews an Sasonow 24. Sept. 1914 (Int. Bez. II. Reihe, 1. Halbband, S. 187).
18) Tel. Iswolskis an Sasonow 24. Sept. 1914 (ebd., S. 186).
19) Tel. Golejewskis an den russischen Generalstab 24. Sept. 1914 (Int. Bez. II. Reihe, 1. Halbbd., S. 189).
20) Bernstorff: Deutschland und Amerika, S. 67.

Deutschland nur deshalb einen raschen Frieden wolle, um das verfehlte Abenteuer nach einigen Jahren mit besserem Erfolge zu wiederholen[21]). Trotzdem war er sicher kein Gegner der Einmischung überhaupt; schon damals hat er der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es mit der Isolierung Amerikas für immer vorbei sei[22]). Nur wollte er diese Einmischung in einem anderen Sinne aufgefaßt wissen. Der gegenwärtige Krieg war in seinen Augen ein Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England. Im Falle einer englischen Neutralität hätte Deutschland voraussichtlich den Zweibund besiegt und wäre damit zur beherrschenden Macht in Europa geworden. Ein solcher Ausgang hätte für das britische Weltreich eine so große Gefahr bedeutet, daß England keine andere Wahl bleibe als der Kampf um Sieg oder Vernichtung[23]). Da die Welt nur zwischen der deutschen und der englischen Vorherrschaft zu wählen habe, sei es für ihn nicht zweifelhaft, an wessen Seite Amerika treten müsse[24]). Bei dieser anglophilen Haltung ist es wahrscheinlich, daß Page die Engländer in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt hat, wobei der Botschafter allerdings ein richtiges Gefühl dafür besaß, daß sich in diesen entscheidungsvollen Jahren der Aufstieg Amerikas zur Weltmacht vollzog.

In Washington jedenfalls teilte man seine Auffassung keineswegs. Mit Entschiedenheit wandte sich House dagegen, bei derartigen Kombinationen das Zarenreich unberücksichtigt zu lassen. Vor allem müsse verhindert werden, daß Rußland zur beherrschenden Militärmacht in Europa aufsteige; denn in diesem Fall werde die Welt einer neuen Katastrophe entgegengehen[25]). *Hier zeigt sich, wie sehr die versöhnliche Haltung der Washingtoner Regierungskreise zu einer Zeit, wo die öffentliche Meinung schon sehr stark gegen Deutschland Stellung genommen hatte, von der Furcht vor einer Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zugunsten Rußlands diktiert war.*

Indessen House sich diesen realpolitischen Erwägungen hingab, dachte Wilson nach über eine höhere Sinngebung der entsetzlichen Katastrophe. Und er fand sie in dem Glauben an die siegreiche Macht der Ideen. Man höre ihn selbst: "But no man can look at the past of the history

21) Page an House 22. Sept. 1914 (Page I, p. 328).
22) Page an Wilson 22. Sept. 1914 (Page III, p. 147).
23) Page an House 15. Okt. 1914 (Page III, p. 161).
24) Page an House 11. Okt. 1914 (Page II, p. 343).
25) House an Page 3. Okt. 1914 (Page I, p. 413).

of this world without seeing a vision of the future of the history of this world; and when you think of the accumulated moral forces that have made one age better than another age in the progress of mankind, then you can open your eyes to the vision. You can see that age by age, though with a blind struggle in the dust of the road, though often mistaking the path and losing its way in the mire, mankind is yet — sometimes with bloody hands and battered knees — nevertheless struggling step after step up the slow stages to the day when he shall live in the full light which shines upon the uplands, where all the light that illumines mankind shines direct from the face of God"[26]).

Doch wäre es falsch, aus dieser mit religiösem Pathos erfüllten, mit eschatologischen Stimmungen und apokalyptischen Bildern seltsam untermischten Rede zu folgern, daß Woodrow Wilson realpolitischen Erwägungen unzugänglich gewesen wäre[27]). Jedenfalls zeigte sich ihm die politische Situation in einem ganz anderen Licht als seinem Freund und Berater, dessen Besorgnisse hinsichtlich Rußlands er durchaus nicht teilte. So mußte seine Stellungnahme Deutschland gegenüber in dem Maße ungünstiger werden, wie seine Furcht vor einem übermächtigen Rußland abnahm. Ein Sieg der Alliierten stellte zwar auch für ihn keine Ideallösung dar, ließ aber auch keine Verletzung amerikanischer Interessen befürchten. Da er England für saturiert hielt, nahm er an, die britische Regierung müsse nach dem Siege ihre ganze Kraft auf die Konsolidierung ihres Weltreiches verwenden. Rußlands Interesse an einem Zugang zur See lag sogar durchaus in der Linie seiner Politik, da er sich von einer besseren Erschließung des gewaltigen Landes auch für die übrige Welt greifbare Vorteile versprach[28]). Jedenfalls wäre Wilson damals bereit gewesen, einen vollen Sieg der Alliierten schweigend zu dulden.

Von einer solchen Möglichkeit aber war man weiter entfernt als je. Zwar hatte der Ausgang der Marneschlacht die Franzosen vor dem Äußersten gerettet, aber eine Entscheidung zugunsten der Alliierten hatte sie nicht

---

26) Rede vom 24. Okt. 1914 (Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy I, p. 200).

27) Leider werfen die Intimate Papers nur ein sehr unsicheres Licht auf die Haltung des Präsidenten in diesen Monaten, zumal es sehr schwierig ist, die Gedankengänge Wilsons von denen seines Beraters zu trennen. Um so wertvoller ist ein Interview vom 14. Dez. 1914, das von Ray Stannard Baker überliefert worden ist.

28) Ray Stannard Baker: Life and Letters of Woodrow Wilson V, p. 214.

gebracht. Auf lange Sicht hinaus schien keine Partei imstande, eine für sie günstige Entscheidung herbeizuführen. In dieser Stimmung machte Spring-Rice, dem seine Rolle im September wahrscheinlich noch in unangenehmer Erinnerung war, der Londoner Regierung den Vorschlag, die Vereinigten Staaten unter Bekanntgabe der Kriegsziele um eine Vermittlung zu bitten[29]). Hierin begegnete er sich durchaus mit dem Wunsch der deutschen Regierung, die ausdrücklich hatte erklären lassen, daß Verhandlungen von den Alliierten ausgehen müßten, weil sie die ganze Welt gegen Deutschland mobilisiert hätten[30]). Um diese Zeit wurde von Bernstorff der Gedanke einer Reise nach Berlin in die Debatte geworfen; dort könne sich House von der Friedensbereitschaft der deutschen Regierung überzeugen. Dieser aber ließ es bei einer bloßen Vermittlung nicht mehr bewenden, nachdem er gesehen hatte, daß ein rascher Sieg der einen oder anderen Partei nicht zu erwarten und damit eine Störung des europäischen Gleichgewichts nicht mehr zu befürchten war; er betonte, daß eine kommende Regelung wirksame Garantien gegen die Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe einschließen müsse, was am besten durch eine starke Begrenzung der Rüstungen geschehe. Graf Bernstorff entgegnete, daß seiner Meinung nach Schwierigkeiten in dieser Richtung nicht beständen. Ferner deutete House an, daß die Alliierten wahrscheinlich die Räumung der besetzten Gebiete und eine Entschädigung für Belgien fordern würden; auch dagegen erhob der Botschafter keinen Einspruch[31]). Schon vorher hatte House durch Page in London sondieren lassen, ob die Alliierten auf dieser Grundlage verhandeln würden[32]). Die Antwort aus London ließ ziemlich lange auf sich warten; als sie endlich eintraf, stellte es sich heraus, daß Sir Edward Grey, obwohl er persönlich dem Plan nicht abgeneigt schien, bisher weder mit dem Kabinett noch mit den Verbündeten Fühlung genommen hatte. Der britische Botschafter äußerte die Befürchtung, daß Verhandlungen schon deshalb scheitern würden, weil die Forderung Frankreichs auf Abtretung Französisch-Lothringens und die russischen Aspirationen auf Konstantinopel für die Mittelmächte unannehmbar seien. House dagegen betonte, diese Fragen territorialer Natur müßten Gegenstand der konkreten Verhandlungen sein und trügen durchaus sekundären Charakter;

29) Spring-Rice an Sir Arthur Nicolson 13. Nov. 1914 (Spring-Rice II, p. 240).
30) Zimmermann an House 3. Dez. 1914 (J. P. I, p. 345).
31) Notiz vom 17. Dez. 1914 (ebd., p. 346).
32) House an Page 4. Dez. 1914 (Page I, p. 416).

vor allem komme es zunächst auf eine Dauerregelung der europäischen Probleme an. Darauf gab der Botschafter seiner Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Militärpartei kaum Verhandlungen über diesen Gegenstand zulassen werde; der Amerikaner entkräftete diesen Einwand mit dem Hinweis auf die Autorität des Kaisers und der deutschen Zivilregierung, die keinen Anlaß gegeben hätten, Zweifel in ihre Verhandlungsbereitschaft zu setzen. Ernst und eindringlich warnte er den britischen Diplomaten, nicht auf einer kategorischen Ablehnung einer etwaigen deutschen Verhandlungsbereitschaft zu bestehen[33].

Der britischen Diplomatie war damit mit aller Deutlichkeit gezeigt worden, daß es jetzt nicht mehr um eine Verlegenheitslösung ging, um durch einen raschen Friedensschluß eine drohende Verschiebung des europäischen Kräftesystems zu verhindern, sondern um eine tiefe und umfassende Beseitigung der Ursachen, welche die Katastrophe herbeigeführt hatten. Die opportunistische Politik der ersten Kriegswochen war durch die ursprüngliche Konzeption eines Programms ersetzt worden, das der Ideologie der amerikanischen Progressisten entsprach.

In London war man begreiflicherweise keineswegs entzückt über diese Einmischung der Vereinigten Staaten, die immer greifbarere Formen anzunehmen drohte. Denn inzwischen hatte House die Botschafter der alliierten Mächte von seiner bevorstehenden zweiten Reise nach Europa in Kenntnis gesetzt. Jusserand und Bachmetjew sahen mit einer Mischung von skeptischer Ironie und mitleidiger Verachtung auf die Bemühungen eines Mannes, der ihnen als Wortführer nicht einer neuen Zeit, sondern nur einer weltfremden Ideologie erschien[34]. Eine Gefahr erblickten sie lediglich darin, daß die deutsche Friedensbereitschaft darauf berechnet sein könnte, die feindliche Koalition bei den zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Kriegsziele zu sprengen[35]. Demgemäß erklärten sie einmütig eine derartige Reise für zwecklos, worauf ihnen jedoch House erklärte, wenn ein solcher Verdacht hinsichtlich der Absichten der deutschen

33) Notiz vom 23. Dez. 1914 (J. P. I, p. 347).
34) Bachmetjew an Sasonow 14. Jan. 1915 (Int. Bez. II. Reihe 7. Bd. 1. Halbband, S. 8).
35) Spring-Rice an Grey 29. Jan. 1915 (Spring-Rice II, p. 258).

Regierung zu Recht bestehe, werde seine Mission ja die deutsche Unzuverlässigkeit enthüllen; nun gingen sie endlich darauf ein, sprachen aber gleichzeitig den Wunsch aus, daß die Reise den Delegierten des Präsidenten auch nach Paris und Petrograd führen möge[36]). Die Londoner Regierung, die das Mißtrauen der französischen und russischen Diplomatie in die Aufrichtigkeit der deutschen Regierung teilte, glaubte in Erinnerung an die Warnung, die ihr House hatte zukommen lassen, nicht auf eine entgegenkommende Haltung verzichten zu dürfen. Sir Edward Grey schlug daher den Kabinetten von Paris und Petrograd vor, die alliierten Mächte sollten erklären, daß, „wenn sie von einem gebührend bevollmächtigten Minister erfahren werden, daß Deutschland und Österreich-Ungarn aufrichtig Frieden zu schließen wünschen, sie antworten werden, daß sie sich untereinander beraten werden, um die Bedingungen festzusetzen, die nach ihrer Ansicht für die Einstellung der militärischen Aktionen und für die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens notwendig sind, und daß sie diese Bedingungen unmittelbar der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung mitteilen werden, sobald diese ein formelles Friedensangebot machen"[37]). Sasonow erklärte sich damit einverstanden, und auch die französische Regierung machte keine Schwierigkeiten.

Ließ diese Haltung auch den Weg für eine direkte Aussprache mit dem Gegner offen, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß auch London eine Einmischung der Vereinigten Staaten durchaus unangenehm war. Denn Sir Edward Grey konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die amerikanische Politik unter deutschen Einfluß geraten sei; für den Fall, daß sich dieser Eindruck bestätigen sollte, stellte er einen Proteststurm der englischen öffentlichen Meinung in Aussicht, der im Interesse der englisch-amerikanischen Beziehungen zwar bedauerlich, aber leider ebenso unvermeidlich sei[38]). Wenige Tage später wußte Bachmetjew zu berichten, der britische Botschafter sei überzeugt, daß es Grey gelingen werde, den „phantastischen Versuch" des Herrn House zum Scheitern zu bringen, da dieser zuerst nach London gehe und nur dann seinen Weg fortsetzen werde, wenn ihm dort ausreichende Ermunterungen für weitere Besprechungen

---

36) Notiz vom 13. Jan. 1915 (J. P. I, p. 356).

37) Sasonow an Iswolski und Benckendorff 14. Jan. 1915 (Int. Bez. II. Reihe, 7. Bd., 1. Halbbd., S. 1).

38) Grey an Spring-Rice 22. Jan. 1915 (J. P. I, p. 353).

zuteil würden[39]). Vorläufig jedoch hatte der Berater des Präsidenten noch einige Schwierigkeiten im Staatssekretariat zu überwinden. Bryan hatte nämlich erklärt, die geplanten Verhandlungen gehörten in sein Ressort; doch wußte House diesen Einwand mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß eine Reise des Staatssekretärs zu sehr offiziellen Charakter tragen würde, während es doch Wilsons Wunsch sei, zunächst nur streng vertraulich zu sondieren[40]). So trat House endlich am 30. Januar 1915 seine Reise an.

Anfang Februar hatte House die ersten Besprechungen mit Grey, der auf den Amerikaner einen denkbar günstigen Eindruck machte[41]). Der britische Staatssekretär gab sich Mühe, den amerikanischen Delegierten stärker an den sachlichen Verhandlungsgegenständen zu interessieren, wahrscheinlich um die Amerikaner moralisch zu binden und im Falle des Scheiterns der Verhandlungen das Risiko nicht allein tragen zu müssen. Da aber House die Abneigung Wilsons und seiner Landsleute gegen jede Art von "entanglements" kannte, betonte er dem Minister gegenüber die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten, sich nicht in europäische Angelegenheiten verwickeln zu lassen. Wieder führte Grey die angebliche Unaufrichtigkeit Deutschlands ins Feld, die auch Delcassé fürchte, der außerdem der Meinung sei, daß die Initiative bei den Mittelmächten liegen müsse, da die Alliierten nicht genug Erfolge aufzuweisen hätten, um ohne Prestigeverlust von sich aus Verhandlungen zu beginnen[42]). House begriff, daß die Engländer sehr vorsichtig in ihren Äußerungen sein mußten, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollten sie den Frieden um jeden Preis. Auch war das britische Kabinett paralysiert durch die starke Kriegsstimmung im eigenen Land, die allerdings in der Meinung des Amerikaners in gleichem Maße durch den für die Alliierten ungünstigen Kriegsverlauf bedingt war, wie sie durch ihn wirkungslos verpuffte[43]).

Dieselbe ablehnende Haltung hinsichtlich der Eröffnung von Verhandlungen wie die Alliierten nahm auch die Berliner Regierung ein. Deutsch-

39) Bachmetjew an Sasonow 25. Jan. 1915 (Int. Bez. II. Reihe, 7. Bd., 1. Halbband, S. 69).

40) Notiz vom 13. Jan. 1915 (J. P. I, p. 356).

41) Bezeichnend seine Notiz: "If every belligerent nation had a Sir Edward Grey at the head of its affairs, there would be no war; and if there were war, it would soon be ended upon lines broad enough to satisfy any excepting the prejudiced and selfish" (J. P. I, p. 371).

42) Notiz vom 10. Febr. 1915 (J. P. I, p. 374).

43) House an Wilson 15. Febr. 1915 (ebd., p. 380).

land werde — so konnte Gerard berichten — von sich aus nicht den ersten Schritt tun; einer entsprechenden Aktion der Feindbundmächte gegenüber werde sich Berlin jedoch nicht ablehnend verhalten. Der Botschafter machte den Vorschlag, ihm die Bedingungen der Entente vertraulich mitzuteilen; er werde erst Gebrauch davon machen, wenn er sich vergewissert habe, daß ihre Annahme durch die Mittelmächte nicht unwahrscheinlich sei. In Bezug auf den deutschen Standpunkt lasse sich allerdings jetzt schon sagen, daß Berlin nicht gesonnen sei, Belgien eine Entschädigung zu zahlen, geschweige denn einer anderen Macht. Übrigens rate er zu äußerster Beschleunigung, da ein zu großes Zögern die ganze Aktion zum Scheitern bringen könne[44]). Doch stellte sich sofort heraus, daß die Entente nicht daran dachte, auf dieser Basis zu verhandeln; Grey bemerkte etwas ironisch, solche Bedingungen kämen nur in Frage, wenn Frankreich oder Rußland vollständig geschlagen oder Ägypten samt anderen britischen Territorien vom Feinde besetzt seien[45]). Infolge dieser Schwierigkeiten dehnte sich der Aufenthalt des Delegierten Wilsons in London länger aus, als man in Washington angenommen hatte. Jedenfalls scheint Wilson mit Ungeduld die Reise seines Beraters nach Berlin erwartet zu haben[46]). House stellte dem Präsidenten die Schwierigkeit seiner Mission vor und betonte, daß der Aufschub seiner Berliner Reise nicht auf Betreiben der britischen Regierung, sondern aus sachlichen Gründen erfolgt sei. Es sei unklug, jetzt zu drängen; denn in diesem Fall würde Amerika die Sympathien der Alliierten verlieren, ohne die der Mittelmächte zu gewinnen. Eine besondere Schwierigkeit betreffe die Rückgabe der deutschen Kolonien, mit der zwar Grey einverstanden sei, nicht aber Südafrika, das in London habe erklären lassen, eine so gefährliche Nachbarschaft wie die Deutsch-Südwestafrikas nicht mehr dulden zu können[47]). John Burns allerdings erblickte in diesem Anspruch kein ernsthaftes Hindernis für den Frieden[48]).

Inzwischen hatte House in Berlin sondiert, ob die deutsche Regierung überhaupt noch bereit sei, auf der Basis zu verhandeln, die durch die Botschafterbesprechungen in Washington gesichert worden sei. Zweifellos

44) Gerard an House 15. Febr. 1915 (I. P. I, p. 382).
45) Notiz vom 18. Febr. 1915 (ebd., p. 385).
46) Millis behauptet, es sei House bedeutet worden, falls er erst nach Berlin reise, wenn London es für gut befinde, werde er eher als Sprecher Englands denn als der Amerikas erscheinen (Millis: Road to War, p. 141).
47) House an Wilson 23. Febr. 1915 (I. P. I, p. 386).
48) Notiz vom 8. März 1915 (ebd., p. 393).

würde eine positive Antwort für die deutsche Regierung einen großen moralischen Vorteil bedeuten, da im Falle des Scheiterns der Verhandlungen die Alliierten vor aller Welt mit dem Odium der Verantwortung behaftet wären[49]). Weiter konnte House einstweilen nichts tun, und während er auf die deutsche Antwort einerseits und die Zustimmung der Alliierten andererseits wartete, hatte er genügend Zeit, darüber nachzudenken, ob er eine Störung des europäischen Gleichgewichts nicht etwas einseitig in der Gefahr einer deutschen oder russischen Vorherrschaft gesehen hatte[50]). Wahrscheinlich begann in diesem Augenblick der Amerikaner zu ahnen, daß trotz der gewaltigen moralischen und materiellen Macht, welche die Vereinigten Staaten in die Waagschale zu werfen hatten, die große Demokratie der Neuen Welt solange im Konzert der Großmächte als quantité négligeable behandelt würde, als sie nicht in der Lage war, auf Grund einer starken militärischen Rüstung die Achtung vor ihrer politischen Linie zu erzwingen.

Denn einstweilen war die Wilson-Regierung völlig auf den guten Willen der Engländer angewiesen. Obwohl gerade House die Verzögerungstaktik des britischen Kabinetts wie kein anderer beklagte, wußte er nur zu gut, daß eine sofortige Aktion, wie sie Gerard gewünscht hatte, unmöglich war, zumal er zugeben mußte, daß für Grey große Schwierigkeiten bestanden, sich innerhalb einer bestimmten Frist des Einverständnisses seiner Verbündeten zu versichern. Darum schien es ihm angemessen zu sein, die Verhandlungen nicht auf den kleinen Kreis der britischen Minister zu beschränken, sondern vor allem auch Delcassé ins Vertrauen zu ziehen. Grey willigte erst nach langem Zögern ein, weil er eine ablehnende Antwort der Franzosen fürchtete, die noch an die Möglichkeit des Sieges glaubten und an der Herausgabe Elsaß-Lothringens als einer Mindestforderung festhielten. Der Staatssekretär betonte, daß Paris wahrscheinlich erst dann zu Zugeständnissen bereit sei, wenn man nicht mehr

49) House an Zimmermann 17. Febr. 1915 (ebd., p. 381).

50) Der betreffende Abschnitt seines Briefes an Gerard ist in diesem Zusammenhang zu interessant, um hier unterschlagen zu werden; er lautet: "If this war lasts six months longer, England will have a navy that be more than equal to the combined navies of the world. That is something for us Americans to think of; in fact, it is something for everybody to think of ..." (J. P. I, p. 383).

umhin könne, die Unwahrscheinlichkeit einer deutschen Niederlage zuzugeben. Rußland dürfte zwar weniger Schwierigkeiten machen, doch werde auch Petrograd wahrscheinlich auf der Herausgabe Konstantinopels bestehen[51]).

Diese Aussichten waren alles andere als erfreulich, und House konnte nur tief enttäuscht feststellen, daß Frankreich ein gewagtes Spiel treibe, wenn es auf Bedingungen beharre, die Deutschland nie gewähren könne, es sei denn, die Alliierten ständen vor Berlin[52]). Damit hatte sich House die Argumentation Unterstaatssekretär Zimmermanns zu eigen gemacht, der mit Recht betonte, ein Programm, das eine deutsche Entschädigung, die Herausgabe Elsaß-Lothringens und die Annexion Konstantinopels durch Rußland einschließe, scheine ein mehr oder weniger besiegtes Deutschland zur Voraussetzung zu haben[53]). Gleichzeitig forderte er die Aufgabe des Zwei-Mächte-Standards durch England. Angesichts des tiefen Mißtrauens in die Ziele der deutschen Politik war es ein glücklicher Zufall, daß sich House kurz vorher ähnlichen Reflexionen hingegeben hatte und die Äußerung daher vielleicht keinen ungünstigen Resonanzboden fand.

Nachdem sich House überzeugt hatte, daß ein Entgegenkommen der Alliierten einstweilen nicht zu erwarten war, beschloß er, gleichwohl die direkte Fühlungnahme mit Berlin aufzunehmen. Hier mußte er die gleiche Erfahrung machen wie in London, wo der verantwortliche Minister fast ein Gefangener der öffentlichen Meinung war. Auch die Berliner Regierung durfte keinen Verständigungsfrieden, am wenigsten mit England, in ernsthafte Erwägung ziehen, wenn sie nicht moralisch gesteinigt werden wollte[54]). Überhaupt wunderte sich House, wie sich rein stimmungsmäßig der deutsch-englische Gegensatz in einem Maße vertieft hatte, das die wirklichen Differenzen bei weitem übertraf. Umgekehrt war Zimmermann sehr

51) Notiz vom 7. März 1915 (I. P. I, p. 396).

52) Notiz vom 14. März 1915 (I. P. I, p. 401).

53) Zimmermann an House 2. März 1915 (ebd., p. 395). Nach Gerard hat die deutsche Regierung angedeutet, daß sie es ablehne, für Belgien eine Entschädigung zu zahlen, sondern im Gegenteil von Frankreich eine solche fordern werde. Außerdem denke man an eine Abtretung Belgisch-Kongos oder wenigstens eines Teiles davon. Vgl. For. Rel. 1915, p. 15 (Gerard an Bryan 14. Febr. 1915); Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs II. Abt., XII. Bd., 1. Halbbd., S. 36.

54) "If they attempted to make peace upon a different basis from that which the people have been led to believe will ultimately come about, there is a possibility that the Governments would be overthrown" (House an Wilson 20. März 1915, I. P. I, p. 404). In einem ähnlichen Sinn hatte sich auch Zimmermann geäußert (vgl. ebd., p. 407). "It is a dangerous thing to inflame a people and give them an exaggerated idea of success" kommentierte House diese Feststellung (ebd., p. 407).

überrascht zu hören, daß in englischen Regierungskreisen keine Animosität gegen Deutschland bestehe, während die eigentlichen Hemmungen der Friedensgespräche in Paris zu suchen seien. House konnte sich nur durch die Annahme, daß die Berliner Regierung ihre Politik auf die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Frankreich oder Rußland abgestellt habe, ein Verhalten erklären, das fast an Enttäuschung grenze[55]). Er vergaß, daß auch Page demselben Irrtum huldigte, als er in dem europäischen Krieg den Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England sah. Vor allem bemühte sich der Amerikaner, den Deutschen die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen aufzuzeigen; er versicherte, daß die Vereinigten Staaten zwar bereit seien, England eine starke Flotte zuzugestehen, sich aber keineswegs mit jenen Bestrebungen identifizierten, die über reine Defensivmaßnahmen hinausgingen. Der Gedanke einer allgemeinen Regelung der europäischen Probleme wurde von Zimmermann günstig aufgenommen.

Nichts aber täuschte House über den tiefen Gegensatz hinweg, der schon damals zwischen politischer und militärischer Leitung zu bestehen schien. Der amerikanische Delegierte mußte erkennen, wie oberflächlich die in Amerika weitverbreitete Vorstellung eines autokratisch regierten Deutschland war, die den wahren Verhältnissen durchaus nicht entsprach. Trug auch diese Einsicht wesentlich dazu bei, rein gefühlsmäßige Vorurteile zu zerstören, so ließen sich doch gewisse Schwierigkeiten nicht übersehen. Denn der aufmerksame Beobachter mußte sich fragen, welche von diesen beiden Richtungen schließlich das Gesicht des Reiches bestimmen würde: die parlamentarische Reformbewegung, die das Regierungssystem den Anforderungen der westlichen Demokratie anpassen wollte, oder das konservative Preußentum, das diesem anderen Deutschland das Recht bestritt. House freilich hatte keinen Zweifel an dem Ausgang dieses Kampfes; innerlich war er überzeugt, daß die durch den Krieg ausgelösten revolutionären Kräfte ein demokratischeres Deutschland würden erstehen lassen[56]). Niemand aber konnte wissen, ob nicht das herrschende Regime noch einen letzten Erfolg erringen würde, obwohl das Staatsgefüge des Bismarckreiches einer schweren Belastungsprobe entgegenging.

Von Berlin begab sich House nach Paris, wo er eine starke Mißstimmung vorfand, sowohl gegen England, das nicht genug Anstrengungen

55) House an Wilson 20. März 1915 (ebd., p. 404).
56) House an Wilson 11. April 1915 (J. P. I, p. 418).

mache, den Feind niederzuwerfen, wie auch gegen den Präsidenten, den man seltsamerweise deutschfreundlicher Gefühle verdächtigte[57]). Auch hier war unter diesen Umständen von irgendwelchen Konzessionen nicht die Rede. Zusammenfassend konnte der Delegierte Wilsons nur mit tiefer Resignation feststellen, daß zwar jede Regierung den Frieden wünsche, keine aber genug konzedieren wolle, um ihn zu erlangen. Bernstorffs Annahme, daß seine Regierung bereit sei, Belgien und Nordfrankreich auch ohne Entschädigung zu räumen, habe sich als Irrtum erwiesen. Überall werde die Notwendigkeit betont, eine Dauerreglung zu finden dergestalt, daß sich eine ähnliche Katastrophe künftig nicht mehr ereignen könne. So sei man sich zwar über das Ziel, nicht aber über die Methoden einig; einstweilen sehe er noch keine Möglichkeit, die Gegensätze zu überbrücken[58]).

Diese Gegensätze bestanden aber nicht nur zwischen den feindlichen Mächtegruppen, sondern auch innerhalb der Verbündeten. Am 25. April fand — vielleicht veranlaßt durch die Mission des amerikanischen Delegierten — eine erste Besprechung des deutschen Reichskanzlers mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren über die Kriegsziele statt. Burián fragte, ob der Berliner Regierung nichts über eine etwaige Friedensbereitschaft Englands bekannt sei, die allerdings nur durch eine eindeutige Erklärung der Mittelmächte über die bedingungslose Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit erreicht werden könne. Bethmann Hollweg erwiderte, die Berliner Regierung habe keinen Anlaß, in London eine Geneigtheit zu einem Sonderfrieden vorauszusetzen, könne ihrerseits aber nicht darauf verzichten, von Belgien bestimmte Garantien gegen England und Frankreich zu verlangen[59]). Burián erhob hiergegen keine Einwendungen, sicher nicht aus grundsätzlicher Billigung, sondern wahrscheinlich aus Schwäche, da im Verband der Mittelmächte Berlin unbedingt dominierte.

Wilson aber sah die Gründe, welche die Mission seines Beraters zur Erfolglosigkeit verurteilt hatten, tiefer als nur in rein machtpolitischen Erwägungen, und er hat dieser Ansicht mit den Worten Ausdruck gegeben: "Wars will never have any ending until men cease to hate one another, cease to be jealous of one another, get that feeling of

57) Notiz vom 16. April 1915 (J. P. I, p. 421).
58) House an Bryan 15. April 1915 (ebd., p. 420).
59) Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs II. Abt., XII. Bd., 1. Halbbd. Seite 37.

reality in the brotherhood of mankind which is the only bond that can make us think justly of ane another and act righteously before God himself"[60]).

Am 30. April kehrte House nach London zurück. Hier suchte er, nachdem seine Vermittlungsaktion gescheitert war, wenigstens den amerikanischen Standpunkt hinsichtlich der Freiheit der Meere durchzusetzen. Da ihm Berlin in dieser Frage sehr weit entgegengekommen war, glaubte er einigen Grund zu der Annahme zu haben, daß sich bei der gemäßigten Haltung Greys ein modus vivendi werde finden lassen[61]). Der britische Staatssekretär betonte jedoch, daß sich England gegen einen deutschen Angriff sichern müsse; der Plan zur Herstellung der Freiheit der Meere sei ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Programms, das die Gründung eines Völkerbundes, die Begrenzung der Rüstungen und ein System der kollektiven Sicherheit gleichmäßig umfasse[62]). Schließlich einigte man sich dahin, daß England Lebensmitteltransporte nach neutralen Ländern durchlassen sollte, wenn Deutschland auf den inzwischen in Gang gesetzten U-Boot-Krieg verzichte. Aber diesmal lehnte man in Berlin ab[63]). Ein deutscher Verzicht auf den U-Boot-Krieg war nur mit der Rückkehr Englands zur Londoner Deklaration zu erkaufen.

Noch einen letzten Versuch machte House, die Vermittlungsaktion wieder in Gang zu bringen. Rußland, Deutschland, sogar Frankreich — so argumentierte er — hätten nur ihre nationalen Belange im Auge; England dagegen sehe als einzige kriegführende Macht in dem großen Völkerringen eine Katastrophe der Menschheit. Er betrachte es daher als Aufgabe der angelsächsischen Länder, an dem Aufbau einer neuen Weltordnung unermüdlich zu arbeiten. Der Gewinn sei sehr groß, das Wagnis dagegen sehr klein; denn Deutschland habe durch den Feldzug seine Vorherrschaft auf dem Kontinent verloren, England dagegen die Hegemonie zur See behalten. Darum könne London den ersten Schritt tun[64]). So

60) Rede vom 25. März 1915 (Public Papers of Woodrow Wilson III, Vol. I, p. 287).
61) House an Grey 12. April 1915 (J. P. I, p. 427).
62) Grey an House 24. April 1915 (J. P. I, p. 428).
63) Die deutsche Regierung legte besonderen Wert auf den Import von Rohstoffen, während man Lebensmittel genug zu haben behauptete. Damit begab man sich gerade jenes Argumentes, das in den Augen der Amerikaner den U-Boot-Krieg im Hinblick auf den Verlust von Menschenleben gegenüber der Hungerblockade vielleicht allein berechtigt erscheinen lassen konnte. Vgl. J. P. I, p. 455.
64) Notiz vom 5. Mai 1915 (J. P. I, p. 425).

war der Amerikaner bei aller Sympathie für England ehrlich bemüht, im Sinne einer wirklichen Neutralität zwischen den beiden Parteien zu vermitteln, und im ganzen konnte die diplomatische Position Deutschlands in dieser Verhandlung als befriedigend gelten. Da aber geschah das Verhängnis.

II.

Die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten im Zeichen der Entente-Orientierung.

Die Versenkung der Lusitania, die bekanntlich die deutschfeindliche Stimmung der amerikanischen öffentlichen Meinung bis zur Weißglut erhitzte, hat auch die Stellungnahme der Washingtoner Regierungskreise gegenüber Deutschland unheilvoll beeinflußt. Da eigentlich nichts geschehen war, was die Gesamtlage entscheidend hätte verändern können, ist eine Erklärung für den plötzlichen Stimmungsumschwung selbst bei den leitenden Kreisen mehr in psychologischer Richtung zu suchen. Für die Einseitigkeit ihres Urteils hatten die Wortführer Amerikas allerdings kein Gefühl. Nicht nur der Abscheu vor den Methoden einer Regierung, die in amerikanischer Perspektive alles Menschenrecht mit Füßen trat, sondern vielleicht auch eine geheime Furcht vor einem deutschen Sieg, der plötzlich an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen schien, führte selbst einen durch Vorurteile noch am wenigsten beeinflußten Beobachter wie Edward House unter dem Eindruck der Katastrophe zu einer Haltung, die man bisher bei ihm nicht gewohnt war. Dieser Kurswechsel begann bei ihm mit der Behauptung, daß die Stellung der Vereinigten Staaten zu den beiden Mächtegruppen doch eine durchaus verschiedene sei. Wenn man überhaupt bei den kommenden Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielen wolle, dürfe man sich die Sympathien der Alliierten nicht verscherzen, da man mehr oder weniger an ihren Erfolg gebunden sei[1]). Wenige Wochen später verstieg sich House sogar zu der Äußerung, daß ein Krieg mit Deutschland, zu dem Amerika vielleicht gezwungen werden könnte, fast eine Erlösung sei, da er den Vereinigten Staaten gestatten werde, frei und unabhängig für die Demokratie und eine neue Weltordnung zu kämpfen[2]). Damit war der Mann, der sich bisher trotz seiner Sympathien für die Entente als ehrlicher Makler um eine Verständigung zwischen den Mächten bemüht hatte, zum entschiedenen Wortführer einer betont antideutschen Politik geworden.

1) House an Wilson 25. Mai 1915 (J. P. I, p. 460).
2) House an Wilson 11. Juni 1915 (J. P. I, p. 472).

In dieser Furcht vor dem Sieg einer Macht, deren politisches System nach dem Gefühl der Amerikaner der eigenen Ideologie geradezu entgegengesetzt war, begegnete sich House durchaus mit den Ansichten des Berliner Botschafters. Deutschland — so meinte Gerard — werde niemals ehrlich in eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse im Sinn der amerikanischen Ziele einwilligen, ebenso wie es auch jeder wirksamen Begrenzung der Rüstungen abgeneigt sei. Auch von irgendwelchen Zugeständnissen in der belgischen Frage sei nicht mehr die Rede; die deutsche Regierung habe neulich angedeutet, daß Belgien im Falle seiner Wiederherstellung nur ein Vorposten Englands sein werde. Was eine gewisse Richtung der deutschen Philosophie erstrebt habe, sei jetzt Wirklichkeit geworden, und die Vereinigten Staaten sähen sich nicht mehr einer bloßen Theorie, sondern der Macht neuer Tatsachen gegenüber. Der Erfolg der deutschen Macht, der von den Deutschen als eine Rechtfertigung ihres politischen und militärischen Systems betrachtet werde, sei jedoch im tiefsten Grunde auch für Deutschland selbst ein Unglück, weil er den Zusammenschluß aller von dieser Macht bedrohten Nationen bedinge[3]).

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß in diesen Tagen die deutsche Politik hinsichtlich der Kriegsziele in versöhnlichere Bahnen einzulenken begann. Am 18. Juni hatte der Reichskanzler erneut mit der österreichisch-ungarischen Diplomatie Fühlung genommen, diesmal mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza. Dieser erklärte, er habe sich zwar noch nicht mit dem Problem der Friedensbedingungen befaßt, doch beabsichtige man in Wien wohl nur einen geringen territorialen Gewinn; in erster Linie komme ein Teil Nordostserbiens dafür in Frage, das unter Umständen mit ostgalizischem Gebiet ausgetauscht werden könne. Der Reichskanzler betonte, auch auf deutscher Seite werde man die Möglichkeit eines baldigen Friedens nicht durch übermäßige Forderungen gefährden; die Berliner Regierung denke in erster Linie an wirtschaftliche Vorteile und strategische Grenzkorrekturen. Sollte sich allerdings die Aussicht auf baldigen Frieden nicht bestätigen, werde man auf anderer Basis verhandeln müssen[4]).

---

3) "Unfortunately for Germany and the world, the German armies are winning, and this will be considered a complete vindication of the military and caste system and everything that now exists" (Gerard an House 16. Juni 1915 J. P. II, p. 13).

4) Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs II. Abt., XII. Bd., 1. Halbbd., Seite 42.

In Washington hatte inzwischen der neue Kurs zum Rücktritt des Staatssekretärs Bryan geführt. Rein formal betraf die Kontroverse zwischen Wilson und Bryan die Haltung der Vereinigten Staaten in der Lusitania-Affäre. Bryan hatte eine Untersuchung durch eine internationale Kommission vorgeschlagen; auch sollte eine Warnung ergehen vor Reisen auf Schiffen kriegführender Mächte, die mit Munition beladen seien. Beide Vorschläge wurden von Wilson abgelehnt; Versuche Lansings, den Staatssekretär von der Richtigkeit der Haltung des Präsidenten zu überzeugen, schlugen fehl[5]). In Wahrheit lagen die Ursachen natürlich viel tiefer, in Wahrheit war der Rücktritt Bryans und die darauf folgende Ernennung Lansings[6]) sichtbarer Ausdruck der Neuorientierung der amerikanischen Politik.

Der neue Staatssekretär hat von Anfang an eine sehr klare realpolitische Linie in die etwas oszillierende Politik der Wilson-Regierung hereingebracht[7]). Die Kriegsmethoden Deutschlands legten ihm die Überzeugung nahe, daß Amerika früher oder später an der Seite der Alliierten in den Krieg gezwungen würde; doch hielt er es für verfehlt, den Kongreß um die Ermächtigung zur Kriegserklärung zu bitten, solange die Mehrzahl der Bevölkerung der Vereinigten Staaten nicht die Notwendigkeit einer solchen Politik erkannt hatte. Seine Gedanken über die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik hat er am 11. Juli 1915 in einem ausführlichen Memorandum niedergegelegt[8]). Die deutsche Regierung — so heißt es da — müsse sich schon deshalb in einem unversönlichen Gegensatz zu jedem demokratischen Lande befinden, weil sie in dessen Staatsform eine ständige Bedrohung ihres absolutistischen Regierungssystems und einer imperialistischen Zielsetzung erblicke. Umgekehrt sei der deutsche Absolutismus die große Drohung für die Demokratie, deren Bestand die einzige Garantie des Weltfriedens sei. Schon beunruhige die Wühlarbeit deutscher Agenten Mexiko; wahrscheinlich sollten die dort entstehenden Unruhen dazu dienen, die Vereinigten Staaten auf dem eigenen Kontinent festzulegen und eine etwaige Beteiligung an dem europäischen Krieg zu verhindern. Würden in diesem Krieg die Alliierten besiegt, so sei die Mög-

---

5) Vgl. Bryan: Memoirs, p. 410; damit übereinstimmend die Darstellung Lansings.

6) Ursprünglich sollten MacAdoo oder Page das Staatssekretariat übernehmen; der letztere galt als zu englandfreundlich. Vgl. Lansing: War Memoirs.

7) Bezeichnend seine Äußerung: "Idealism which cannot be harmonized with sound common sense is worse than useless" (ebd.).

8) Text s. Lansing: War Memoirs, p. 19 ff.

lichkeit eines Konfliktes des siegreichen Deutschland mit dem gänzlich isolierten Amerika nicht von der Hand zu weisen[9]). Aus dieser Blickrichtung ergab sich die zwingende Notwendigkeit, die Staaten des amerikanischen Kontinents dem deutschen Einfluß zu entziehen und bei einem drohenden militärischen Erfolg der Deutschen an der Seite der Alliierten in den Krieg einzugreifen[10]). Unter allen Umständen müßten die Vereinigten Staaten eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zuungunsten der Westmächte und eine Vorherrschaft der autokratisch regierten Mächte verhindern[11]).

Die Opposition gegen eine solche Politik bestand aus verschiedenen Gruppen. Da waren zunächst die grundsätzlichen Pazifisten, deren Wortführer der zurückgetretene Staatssekretär war. Eine zweite Gruppe bildeten jene Kreise, die gegen jede Einmischung in europäische Angelegenheiten waren und lieber die alte Politik der Isolierung fortgeführt sahen. Die Deutsch-Amerikaner und die Iren wurden durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen England zusammengeführt; ihnen schlossen sich die Baumwollfarmer des Südens und die Exporteure an, die durch die britische Blockade wirtschaftlich geschädigt wurden. Rechnet man noch jene Kreise hinzu, die sich ein bis in die Zeit der Unabhängigkeitskriege hinabreichendes Ressentiment gegen England[12]) bewahrt hatten, so wird klar, aus welchen heterogenen Elementen eine Gemeinschaft bestehen kann, die durch ein zufällig gemeinsames Ziel zusammengehalten wird.

Einstweilen war man freilich von der bloßen Möglichkeit einer solchen Intervention weiter entfernt als je. Mit steigender Besorgnis beobachtete vor allem House, wie besonders die mangelnde militärische Bereitschaft die Vereinigten Staaten daran hinderte, allen Eventualitäten zu begegnen. Man habe ein sehr gewagtes Spiel getrieben — stellte er dem Präsidenten vor —, die Sicherheit des Landes lediglich an die vage Hoffnung eines Sieges der Alliierten zu knüpfen. Diese Unterlassungssünde habe

---

9) "It (i. e. the German nation) may even go further and have in mind the possibility of a future war with this Republic in case the Allies should be defeated" (Lansing: War Memoirs, p. 19).

10) Vgl. ebd. p. 20.

11) "We must in fact risk everything rather than leave the way open for a new combination of powers, stronger and more dangerous to liberty than the Central Allies are to-day" (ebd., p. 21).

12) Diese Feindschaft hatte sich zuletzt noch im Sezessionskrieg bemerkbar gemacht, wurde allerdings durch die traditionelle Freundschaft für Frankreich wieder ausgeglichen. Vgl. auch Grey: Fünfundzwanzig Jahre Politik.

ebenso die Mißachtung der amerikanischen Rechte durch die deutsche Regierung zur Folge gehabt wie die eigene Unfähigkeit, rechtzeitig den Frieden zu erzwingen[13]. Die Berichte des Botschafters Page waren bei dessen bekannter Einstellung nur allzu geeignet, derartige Befürchtungen zu verstärken. Nichts sei gefährlicher — so betonte er in einem Brief an House — als die Naivität der amerikanischen öffentlichen Meinung bezüglich des tiefen Niveaus der politischen Moral auf dem europäischen Kontinent. Insbesondere treffe das auf die Deutschen zu, die an innerer Entwicklung und politischer Moral um hundert Jahre hinter den Engländern zurück seien. Das politische System der kaiserlichen Monarchie kennzeichne sich als eine seltsame Mischung zwischen der Machtpolitik Napoleons und der Erbschaft Bismarcks oder Friedrichs des Großen. Ein solches System zwinge zur Unaufrichtigkeit, und der aufmerksame Beobachter werde eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen der gegenwärtigen Handlungsweise der Deutschen und dem Verhalten der Franzosen im Zeitalter Napoleons finden; beide Völker seien in fremdes Gebiet eingebrochen mit der Begründung, daß nicht sie, sondern ihre Gegner die Angreifer gewesen seien[14]. Unerfreulicher noch als diese historischen Vergleiche erschien Page die Möglichkeit einer deutsch-japanischen Allianz, die sich aus den Verhältnissen im Großen Ozean ergab. Es gebe — betonte er — so etwas wie eine Gelbe Gefahr, deren Ausmaß sich freilich nicht genau abschätzen lasse. Jedenfalls werde diese Gefahr sehr groß sein, wenn sich die Schale des Erfolges zugunsten der Mittelmächte neige. Daher sei eine Zusammenarbeit der gesamten englisch sprechenden Welt dringendes Gebot der Stunde; er rede gewiß nicht einer bindenden Allianz das Wort, wohl aber einem herzlicheren Einvernehmen[15]. Auch Lansing war mit der Politik des Präsidenten unzufrieden und stellte mit großem Mißfallen fest, daß die Vereinigten Staaten jeden Einfluß auf die kriegführenden Mächte verloren hätten. Dabei sei der Gewinn einer amerikanischen Intervention so groß, daß er alle nur denkbaren Nachteile aufwiege. Bei einem Sieg der Alliierten könne Amerika mäßigend wirken; sollten jedoch die Mittelmächte siegen, wären die Vereinigten Staaten immer noch stark genug, einen deutschen Angriff auf den amerikanischen Kontinent (!) zu verhindern. Der Staatssekretär war bemüht zu betonen, daß er die Lage

13) House an Wilson 14. Juli 1915 (J. P. II, p. 19).
14) Page an Wilson (undatiert, Sommer 1915) Page II, p. 15.
15) "... not in entangling alliance, but with a much clearer understanding ..."

nicht aus innerpolitischen Gründen, sondern durchaus im Hinblick auf die internationalen Beziehungen so zu beurteilen gezwungen sei[16].

So hatte sich also die diplomatische Stellung Deutschlands gegenüber den Vereinigten Staaten in erschreckendem Maße verschlechtert. Mit Befriedigung konnte daher der britische Botschafter nach London melden, daß die Sympathien Washingtons sich allmählich den Alliierten zuneigten. Die irische Frage allerdings müsse mit großer Vorsicht behandelt werden; wichtig sei vor allem, daß die Iren nicht unter dem Eindruck ständen, als sei das Versprechen der britischen Regierung, den Iren eigene Verwaltung zu gewähren, nicht ernst gemeint. Auch müsse sich die britische Propaganda eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, da sie im Augenblick nur schaden könne[17].

Trotzdem hatte Washington seine Friedensbemühungen nicht eingestellt, nur daß sie jetzt eine gewisse Spitze gegen Deutschland gewonnen hatten. So war House geneigt, der deutschen Regierung die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges zuzuschieben. In dem Augenblick — so meinte er —, wo Berlin bereit sei, Belgien, Frankreich und Russisch-Polen zu räumen sowie einer Konvention zuzustimmen, die gleichermaßen den U-Boot-Krieg und die Lebensmittelblockade aufhebe, könnten die Friedensgespräche wieder beginnen[18]. Etwa um die gleiche Zeit hat Sir William Tyrrell dem amerikanischen Gesandten im Haag vertraulich angedeutet, unter welchen Bedingungen England damals bereit war, Frieden zu schließen. Die Forderungen der britischen Regierung erstreckten sich damals im wesentlichen auf die Räumung der okkupierten Gebiete, eine Entschädigung für Belgien, die Gründung eines Völkerbundes, die Organisierung der kollektiven Sicherheit, einen wirksamen Schutz der Neutralität und die unbedingte Achtung der Haager Konvention[19]. Auch Grey zeigte sich jetzt sehr entgegenkommend. Am 26. August setzte er House davon in Kenntnis, daß einige neutrale Mächte eine Konferenz dieser Staaten ins Auge gefaßt hätten, um im geeigneten Augenblick eine Vermittlungsaktion zu unternehmen; er, Grey, habe sie jedoch wissen lassen, daß er dem

16) Lansing: War Memoirs, p. 45.
17) Spring-Rice an Grey 19. August 1915 (Spring-Rice II, p. 278).
18) House an Wilson 17. Juli 1915 (J. P. II, p. 22); das erste eine geradezu groteske Zumutung!
19) Henry van Dyke an Lansing 7. Sept. 1915 (For. Rel. 1915, p. 64).

Vorschlag nur dann zustimmen könne, wenn auch die Vereinigten Staaten an einer solchen Aktion teilnähmen[20]).

In diesem Augenblick schaltete sich die übernationale Macht der Kirche in den Gang der Verhandlungen ein[21]). Am 2. September begab sich Kardinal Gibbons nach Washington, wo er Besprechungen mit dem Präsidenten und Staatssekretär Lansing hatte. Das Ergebnis war die Feststellung, daß sich vorläufig nichts tun lasse, weil keine kriegführende Macht einen Wunsch nach Vermittlung geäußert habe[22]). Es ist natürlich durchaus nicht sicher, ob diese Mission des Kardinals irgendwie von Rom inauguriert war[23]); immerhin ist es sehr bezeichnend, daß sich in derselben Zeit der Vatikan sehr eingehend mit dem Problem der Friedensbedingungen beschäftigt hat. Einem französischen Prälaten gegenüber soll Kardinalstaatssekretär Gasparri damals die Bedingungen genannt haben, die man in vatikanischen Kreisen als für einen dauerhaften Frieden unerläßlich ansah. Zunächst müsse die territoriale Integrität Frankreichs und seine Stellung als Großmacht unter allen Umständen gewahrt bleiben, ebenso die Österreich-Ungarns, was allerdings Konzessionen an Italien nicht ausschließe; auch die vollständige Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit sei unerläßliche Voraussetzung. Ferner wäre im Vatikan innerhalb möglichst großzügiger Grenzen die Gründung eines unabhängigen Polen begrüßt worden, das nach Möglichkeit an die Donaumonarchie anzugliedern sei; von dieser Lösung erhoffte man eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Die Balkanfragen wünschte man in

20) Grey an House 26. Aug. 1915 (J. P. II, p. 87). Bereits im April hatte der König von Spanien den Wunsch zu erkennen gegeben, sich an der Vermittlungsaktion zu beteiligen. House hatte damals diesen ihm scheinbar unbequemen Vorschlag mit dem Hinweis auf den inoffiziellen und unverbindlichen Charakter seiner Mission, die auf die kriegführenden Mächte beschränkt sei, abgelehnt (vgl. J. P. I, p. 423).

21) Die folgende Darstellung stützt sich auf die Studie von Humphrey Johnson (Vatican Diplomacy in the World War), die als sekundäre Quelle allerdings nur bedingte Geltung beanspruchen kann. Da die Archive des Vatikans für unsere Zeit dem Historiker verschlossen sind, kann das ungewisse Dunkel, das über der päpstlichen Diplomatie liegt, nur dürftig erhellt werden.

22) Vgl. auch Vercesi: Il Vaticano, l'Italia e la Guerra, 1925.

23) Über die Haltung des amerikanischen Katholizismus hat Spring-Rice einige interessante Angaben gemacht. Demnach waren insbesondere die Jesuiten alliiertenfeindlich, was allerdings durch eine ebenso starke Gegnerschaft zum System des preußischen Staates ausgeglichen wurde. Ein großer Teil des Klerus habe austrophile Neigungen, ein anderer werde in seinem Ressentiment gegen England durch die irische Frage bestimmt. Von den Kardinälen hätten zwei starke Sympathien für Belgien, während einer erklärter Gegner der Alliierten sei. (Spring-Rice an Grey 1. April 1915, Spring-Rice II, p. 260).

einem Sinn zu regeln, der die Annexion Konstantinopels und der Meerengen durch Rußland ausschloß, da eine solche Lösung mit den kirchlichen Interessen im Orient unvereinbar sei[24]). Die Frage der Reparationen hatte der Papst in positivem Sinn entschieden, da die aus der kommenden Abrüstung sich ergebenden Ersparnisse eine finanzielle Entschädigung ermöglichen würde, ohne das Budget in stärkerem Maße als bisher zu belasten. Diese vollständige und gegenseitige Wiedergutmachung müsse nach einem allgemeinen Prinzip dergestalt erfolgen, daß nur die Mächte einen Anspruch darauf hätten, deren Gebiet stark unter den Wirkungen des Krieges gelitten habe. Demnach hätte zwar Deutschland für Belgien und Nordfrankreich eine Entschädigung zahlen müssen, aber auch Rußland für Galizien und England für die deutschen Kolonien[25]); während also nach dieser Regelung Frankreich und Österreich-Ungarn entschädigt werden sollten, ohne selbst zahlen zu müssen, war England die einzige Macht, die eine finanzielle Verpflichtung hatte, ohne dafür eine Gegenleistung zu empfangen.

Einstweilen jedoch schien in den europäischen Kabinetten wenig Neigung zu bestehen, auf eine päpstliche Vermittlungsaktion einzugehen. Wenigstens konnte Gerard berichten, daß man in Berliner Kreisen die Meinung vertrete, der Papst habe zu viele Interessen, um genügend unparteiisch sein zu können[26]); dagegen mache man sich mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut, in Präsident Wilson den zukünftigen Vermittler zu sehen, weil er an den europäischen Angelegenheiten weniger interessiert sei. Vor allem genieße House ein sehr großes Vertrauen — ein fast tragischer Irrtum, wenn man bedenkt, daß gerade damals die deutschfeindlichen Tendenzen der Regierungskreise in Washington auf ihrem Höhepunkt angekommen waren. Vorläufig allerdings — so meinte der Botschafter — bestehe selbst in den maßgebenden Kreisen völlige Unklarheit über die eigenen Kriegsziele. Neuerdings tauche der Gedanke auf, Belgien und Nordfrankreich gegen eine große Entschädigung freizugeben und sich dafür mit den baltischen Provinzen und Kurland zu entschädigen[27]).

---

24) Vgl. auch Baudrillart: Benoît XV.
25) was in Englands annexionistischen Kreisen begreiflicherweise lebhaften Widerspruch hervorrief.
26) "You see people here rather suspect that the Pope has too many axes to grind in Europe, while the President has no interest one way or the other" (Gerard an House 27. Sept. 1915 I. P. II, p. 42).
27) Gerard an House 27. Sept. 1915 (I. P. II, p. 42).

Einige Tage später hatte der Botschafter eine Unterredung mit Bethmann und Jagow, in deren Verlauf man zu dem Ergebnis kam, daß sich augenblicklich keine Friedensaussichten eröffneten. Gerard hatte den Eindruck, daß niemand so recht wisse, was man eigentlich wolle. Es sei nur trügerischer Schein, daß Kaiser und Kanzler die öffentliche Meinung beherrschten; in Wirklichkeit folgten sie ihr[28]). In diesem Zusammenhang sprach der Botschafter ein sehr bezeichnendes Wort über die Stellung der kaiserlichen Regierung. Der Kaiser und das Auswärtige Amt seien in anerkennenswerter Weise bemüht, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern; gelinge das trotz ihrer Bemühungen nicht, so werde die Regierung die Verantwortung tragen müssen, und die deutsche „Diplomatie" werde wieder einmal ins Lächerliche gezogen werden — ohne Grund[29]).

In eine eigenartige Stellung sah sich der britische Staatssekretär des Äußeren gedrängt: daß die Vereinigten Staaten an der Seite der Alliierten am Kriege teilnehmen möchten, war ein brennender Wunsch des Privatmannes Grey, den der Minister nicht aussprechen durfte[30]). Es ist ein eigenartiges Schauspiel zu sehen, wie groß das Mißtrauen war, das man in den Ländern der Entente den Vereinigten Staaten selbst zu einer Zeit entgegenbrachte, wo ihre Sympathien für die Sache der Alliierten unverkennbar waren. Amerika hatte bisher weder Sympathien noch viel weniger Dank geerntet, obwohl es der Entente materielle Hilfe hatte angedeihen lassen, die man Deutschland nie hätte gewähren können, selbst wenn man dazu praktisch in der Lage gewesen wäre[31]).

Denn die Vereinigten Staaten wurden jetzt in steigendem Maße an einem Sieg der Alliierten interessiert. Mit Besorgnis beobachtete man in Washington, wie diese Möglichkeit des Ententesieges immer geringer wurde. Anfang Oktober hatte House eine bedeutsame Unterredung mit dem Präsidenten, in deren Verlauf er diesem die Gefahren eines deutschen Sieges vor Augen stellte. In diesem Fall würden die Vereinigten Staaten schutzlos einem deutschen Angriff preisgegeben sein, nicht nur wegen ihrer geringen militärischen Bereitschaft, sondern auch wegen ihrer vollkommenen Isolierung, da die Alliierten dann viel zu schwach wären, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Leider hätten die Vereinigten Staaten

28) Gerard an House 1. (?) Okt. 1915 (ebd., p. 43).
29) Gerard an House 27. Sept. 1915 (ebd., p. 42).
30) Sir Horace Plunkett an House 1. Okt. 1915 (J. P. II, p. 68).
31) House an Page 6. Okt. 1915 (ebd., p. 71).

die beste Gelegenheit verpaßt, endgültig mit Deutschland zu brechen. Trotzdem aber müsse nun endlich etwas Entscheidendes geschehen. Die beste Lösung sei nach wie vor, den Krieg unter Bedingungen zu beenden, die eine ähnliche Katastrophe für die Zukunft unmöglich machten. Zu diesem Zweck schlage er vor, die Alliierten um die Mitteilung zu ersuchen, ob ihnen eine Vermittlungsaktion der Vereinigten Staaten angenehm sei. Rein formal könne man diesen ungewohnten Schritt mit der immer schwieriger werdenden Lage der Neutralen begründen, die sich allmählich zu einer wirksamen Verteidigung ihrer Rechte gezwungen sähen. Besonders sei zu betonen, daß die Friedensverhandlungen im Zeichen einer wirksamen Abrüstung stehen müßten. Falls die Alliierten die Hintergründe dieser Aktion verständen, dürfte ihnen die Zustimmung zu dem genannten Vorschlage nicht schwer fallen. Wenn dann auch die Mittelmächte akzeptierten, habe Amerika ein Meisterstück von Diplomatie vollbracht. Wenn allerdings die Mittelmächte diesen Vorschlag ablehnten, müsse die Entscheidung gegen sie fallen dergestalt, daß man zunächst die immer wieder auftauchenden Gegensätze bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen vertiefe; das könne dann das Vorspiel konkreterer Maßnahmen sein[32]).

Rückschauend hat House seine damalige Haltung noch dahingehend erläutert, daß sich die Vereinigten Staaten einem Deutschland gegenübergesehen hätten, das nur auf Grund der damaligen Kriegskarte Frieden

32) "... I thought we had lost our opportunity to break with Germany, and it looked as if she had a better chance than ever for winning, and if she did win our turn would come next, and we were not only unprepared, but there would be no one to help us stand the first shock. Therefore we should do something decisive now something that would either end the war in a way to abolish militarism or that would bring us in with the Allies to help them do it. My suggestion is to ask the Allies, unofficially, to let me know whether or not it would be agreeable to them to have us demand that hostilities cease. We would put it upon the high ground that the neutral world was suffering along with the belligerents and that we had rights as well as they, and that peace parleys should begin upon the broad basis of both military and naval disarmament...

If the Allies understood our purpose, we could be as severe in our language concerning them as we were with the Central Powers. The Allies, after some hesitation, could accept our offer or demand and, if the Central Powers accepted, we would then have accomplished a masterstroke of diplomacy. If the Central Powers refused to acquiesce, we could then push our insistence to a point where diplomatic relations would first be broken off, and later the whole force of our Government — and perhaps the force of every neutral — might be brought against them ..." (Undatierte Notiz, wahrscheinlich Anfang Oktober, J. P. II, p. 84).

zu schließen bereit war. Das aber hätte den Aufstieg Deutschlands zur beherrschenden Weltmacht bedeutet. Nachdem es die Berliner Regierung abgelehnt habe, auf der Grundlage des Vorkriegsbesitzstandes Frieden zu schließen, seien die Vereinigten Staaten automatisch an die Seite der Alliierten gedrängt worden, denen sie jetzt allerdings günstigere Bedingungen bewilligen mußten als jene, auf denen sie im Falle eines größeren deutschen Entgegenkommens hätten bestehen können[33]. Zwar habe man in Washington weniger eine deutsche Invasion gefürchtet, wohl aber den Zwang zu einer Aufrüstung großen Stils, was bei einem Triumph des deutschen Militarismus auch innerpolitisch nicht ohne Folgen hätte bleiben können. Eine bedeutsame Änderung der amerikanischen Verfassung aber hätte den Bestand der Demokratie gefährdet. Der Zusammenbruch der Mittelmächte habe Deutschland die Abrüstung aufgezwungen; bei einem deutschen Sieg hätten umgekehrt die Mittelmächte die Abrüstung der Alliierten erzwingen können. Wenn auch die allgemeine Abrüstung gescheitert sei, so habe man doch eins gewonnen: den Sieg der Demokratie über den autokratischen Imperialismus[34].

Diese Perspektiven also sind es wohl schon gewesen, die House damals zu seinem Vorschlag veranlaßt haben[35]. Scheinbar hat sich der Präsident damals ähnlichen Erwägungen hingegeben und selbst nicht mehr an die Möglichkeit geglaubt, den Krieg auf Europa zu beschränken. Jedenfalls hat er seinen Berater bei einer anderen Gelegenheit durch das Geständnis überrascht, es sei niemals seine Überzeugung gewesen, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen in den Krieg eingreifen dürften, im Gegenteil halte er daran fest, daß Amerika in dem Augenblick eine sehr ernste Verantwortung auf sich nehme, wo die Möglichkeit eines deutschen Sieges an

33) "Failing with Germany, we turned to the Allies, and naturally had to discuss terms more favourable to them than we would have insisted upon had Germany met our wishes for a peace based on the status quo ante." (House an George Sylvester Viereck, Viereck: The strangest Friendship in History, p. 123).

34) House an George Sylvester Viereck (Viereck: The Strangest Friendship in History, p. 187). Dieses Interview sollte sehr aufmerksam gelesen werden, da es für die amerikanische Mentalität außerordentlich bezeichnend ist.

35) Seymour hat auf die überraschende Ähnlichkeit dieses Projekts mit der Haltung Österreichs im Jahre 1813 hingewiesen, als sich Napoleon vor die Alternative gestellt sah, entweder einen Frieden zu Bedingungen anzunehmen, die man in Wien für angemessen hielt, oder durch seine Weigerung die Donaumonarchie zu veranlassen, der gegen Frankreich gebildeten Koalition beizutreten.

Wahrscheinlichkeit gewinne[36]). Demgemäß hat er denn auch der Initiative seines Freundes nicht widersprochen, sich allerdings auch einer sofortigen Entscheidung enthalten.

Am 11. Oktober hatte House eine Unterredung mit Frank Polk, den er von dem beabsichtigten Plan in Kenntnis setzte, den Frieden zu einem Zeitpunkt zu erzwingen, wo die Alliierten militärisch noch nicht so geschwächt seien, daß sie im Falle eines deutsch-amerikanischen Konfliktes den Vereinigten Staaten nicht mehr von Nutzen sein könnten. Er betrachte die politische Lage ebenso im Lichte der besonderen nationalen Belange wie unter dem höheren Gesichtspunkt allgemeiner Menschlichkeit. Die Vereinigten Staaten dürften niemals den Niedergang der Alliierten zulassen und müßten den Aufstieg Deutschlands zur beherrschenden Militärmacht der Welt mit allen Mitteln verhindern. Das, was mit der Verletzung der belgischen Neutralität begonnen sei, würde sonst zwangsläufig mit der Vernichtung der Monroe-Doktrin enden[37]). Hier wird deutlich, wie die gesamte Politik der Vereinigten Staaten zunächst auf die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts abgestellt war, die ebenso die Voraussetzung der geplanten neuen Weltordnung bildete, wie sie durch die Furcht vor einem siegreichen Deutschland bedingt war. Wie sagt doch Ranke? „Denn nicht so leicht ist die Welt zu überwinden. Je mehr jemand Ernst machen wird, ihr seinen Willen oder seine Meinung aufzudringen, desto stärker werden die freien Kräfte sich dagegen zum Kampf erheben"[38]).

Es scheint House schon wenige Tage später gelungen zu sein, die Zustimmung des Präsidenten zu der geplanten Aktion zu erhalten. Jedenfalls hat er bereits am 17. Oktober den britischen Staatssekretär des Äußeren

36) "Much to my surprise he said he had never been sure that we ought not to take part in the conflict and, if it seemed evident that Germany and her militaristic ideas were to win, the obligation upon us was greater than ever" (Undatierte Notiz, wahrscheinlich ebenfalls Anfang Oktober, I. P. II, p. 84). Diese Auffassung widerspricht übrigens nicht der Friedensliebe des Präsidenten; grundsätzlicher Pazifist in dem Sinne, daß man den Frieden um jeden Preis wollen müsse, selbst um den der Aufgabe seiner Ideale, ist Wilson nie gewesen. Bezeichnend dafür ist seine Äußerung: "We die but once, and we die without distinction if we are not willing to die the death of sacrifice" (Rede vom 25. Okt. 1913. Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy I, p. 56).

37) "... I am looking at the matter from the American viewpoint and also from the broader viewpoint of humanity in general. It will not do for the United Staates to let the Allies go down and leave Germany the dominant military factor in the world. We would certainly be the next object of attack, and the Monroe Doctrine would be less indeed than a scrap of paper. . ." (I. P. II, p. 85).

38) Leopold von Ranke: Geschichte der Reformation, IX. Buch, 3. Kap.

davon in Kennnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zu einer Intervention entschlossen seien. In seiner Meinung sei es ein großes Unglück, wenn ein für die Alliierten ungünstiger Verlauf des Krieges diese daran hindere, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten einen Frieden auf der Grundlage zu erzwingen, wie sie in den gemeinsamen Londoner Besprechungen vereinbart worden sei. Die Washingtoner Regierung überlasse jedoch die Initiative vollkommen der britischen Regierung, deren Urteil sie es anheimstellen müsse, den günstigsten Augenblick für eine solche Aktion zu bestimmen. Auf einen entsprechenden Vorschlag werde der Präsident ihn nach London entsenden, um die Einzelheiten der zu treffenden Maßnahmen mit der britischen Regierung zu vereinbaren. Anschließend werde er sich dann nach Berlin begeben, wo er die deutsche Regierung davon in Kenntnis setzen werde, daß der Präsident entschlossen sei, dem wahnwitzigen Verbrechen dieses Krieges Einhalt zu gebieten und einen Frieden vorzuschlagen, der auf der Grundlage einer allgemeinen Abrüstung eine gerechte Lösung aller Probleme in sich schließe. Er werde keinen Zweifel daran lassen, daß die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer Macht in die Waagschale werfen würden, um einen solchen Frieden zu erzwingen. Um der deutschen Regierung nicht von vornherein die Ablehnung zu erleichtern, müsse man allerdings das Einvernehmen zwischen London und Washington geheim halten und im Gegenteil den Eindruck zu erwecken suchen, als begegne dieser Vorschlag dem erklärten Widerspruch der Alliierten[39]). Würden die Mittelmächte jedoch in einer ablehnenden Haltung verharren, so werde sich für die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit ergeben, sich den Alliierten anzuschließen und den Ausgang in dem erwähnten Sinne zu erzwingen. Allerdings müsse er die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Gefahr einer Verzögerung der geplanten Aktion lenken. Wenn nämlich der weitere Verlauf der militärischen Operationen gegen die Alliierten entscheide und diese nicht mehr in der Lage wären, eine im Konzert der Mächte anerkannte Stellung als Großstaaten in die Waagschale zu werfen, sei es für die Vereinigten Staaten schwierig, wenn nicht unmöglich, in dem erwähnten Sinne zu intervenieren. Er müsse noch betonen, daß er diesen Vorschlag dem Präsidenten bereits im vorigen Herbst unterbreitet hätte, wenn es den Alliierten damals ange-

39) Auf der Kopie dieses Briefes hat House bemerkt, er habe sich nicht gut ausgedrückt; es sei keinesfalls seine Absicht, gegenüber der Berliner Regierung unaufrichtig zu sein.

nehm gewesen wäre[40]). Die Behandlung der ganzen Angelegenheit solle zunächst auf Grey und ihn beschränkt bleiben; erst später könne man der Diskussion eine breitere Grundlage geben.

Es ist erstaunlich, wie kühl dieses Angebot, das doch den Alliierten den Beitritt der Vereinigten Staaten zu ihrer Koalition in sichere Aussicht stellte, in London aufgenommen worden ist. Zunächst hüllte sich die englische Regierung in Schweigen, und erst am 9. November fragte Grey vorsichtig an, ob der Vorschlag auch die Gründung eines Völkerbundes vorsehe. Es war dies angesichts der Tatsache, daß Grey über die Absichten der Vereinigten Staaten wie kein anderer orientiert war, eine reichlich überflüssige Zwischenfrage. Obwohl House sie mit Genehmigung des Präsidenten zustimmend beantwortete, hielt Grey die Angelegenheit anscheinend für so indiskutabel, daß er sie nicht einmal mit den Verbündeten besprach. Vor allem betonte er, daß man sich nicht im voraus an einen Vorschlag binden dürfe, dessen konkrete Bedingungen nicht in allen Einzelheiten festgelegt seien[41]).

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kühle Aufnahme dieses Vorschlages

40) "... It was occurrent to me that the time may soon come when this Government should intervene between the belligerents and demand that peace parleys begin upon the broad basis of the elimination of militarism and navalism...

In my opinion, it would be a world-wide calamity if the war should continue to a point where the Allies could not, with the aid of the United States, bring about a peace along the lines you and I have so often discussed. What I want to know is that, whenever you consider the time is propitious for this intervention, I will propose it to the President. He may then desire me to go to Europe in order that a more intimate understanding as to procedure may be had.

It is in my mind that, after conferring with your Government, I should proceed to Berlin and tell them that it was the President's purpose to intervene and stop this destructive war, provided the weight of the United States thrown on the side that accepted our proposal could do it.

I would not let Berlin know, of course, of any understanding had with the Allies, but would rather lead them to think our proposal would be rejected by the Allies. This might induce Berlin to accept the proposal, but, if they did not do so, it would be nevertheless the purpose to intervene. If the Central Powers were still obdurate, it would (probably) be necessary for us to join the Allies and force the issue.

I want to call your attention to the danger of postponing action too long. If the Allies should be unsuccessful and become unable to do their full share, it would be increasingly difficult, if not impossible, for us to intervene. I would have made this proposal to the President last autumn, but you will remember that it was not agreeable to the Allies ..." (House an Grey, 17. Okt. 1915, J. P. II, p. 90).

41) "I do not see how they could commit themselves in advance to any proposition, without knowing exactly what it was" (Grey an House, J. P. II, p. 97).

durch die Haltung des Präsidenten bedingt war, der die Wirkung des Satzes, in dem House den Eintritt Amerikas in den Krieg an der Seite der Alliierten in Aussicht stellte, durch die Einfügung des Wörtchens „wahrscheinlich" abgeschwächt hatte. Das Londoner Kabinett schloß daraus vielleicht auf eine mangelnde Entschlossenheit des Präsidenten, während die von Wilson gemachte Einschränkung doch nur durch die Bestimmung der amerikanischen Verfassung bedingt war, die eine so entscheidende außenpolitische Maßnahme der Bestätigung durch den Kongreß unterwarf. Wilson hat also nur korrekt gehandelt, wenn er diesem Umstand durch die erwähnte Formulierung Rechnung trug. Gewiß war der Präsident langsam und zögernd in allen seinen Entscheidungen; hatte er aber einmal einen Entschluß gefaßt, hielt er mit um so größerer Entschlossenheit daran fest, selbst wenn veränderte Umstände ihn nicht mehr so ratsam erscheinen ließen. An der Aufrichtigkeit Wilsons aber darf um so weniger gezweifelt werden, als seine deutschfeindliche Stimmung gerade damals auf dem Höhepunkt angelangt war, wie die bekannte Unterredung mit Brand Whitlock beweist. Der Diplomat hatte seiner erklärten Sympathie für die Sache der Alliierten offenen Ausdruck gegeben, worauf ihm Wilson erwiderte, kein anständiger Mensch, der die Lage kenne und Deutschland, könne anders denken. Jedoch seien nicht alle Bürger der Vereinigten Staaten dieser Meinung, und er habe kein Recht, dem Lande seine Meinung aufzuzwingen und es in einen Krieg zu verwickeln, den es nicht verstehe[42]). Jedenfalls war es House gelungen, den Präsidenten für die erhabene Rolle zu begeistern, die ihm in dem Drama dieser furchtbaren Katastrophe zugedacht war[43]). Tatsächlich lag etwas Bezwingendes in dem Gedanken, der gequälten Menschheit den Frieden zu schenken und eine neue Weltordnung in Recht und Gerechtigkeit zu begründen, in einem

---

42) Brand Whitlock: "I am heart and soul for the Allies". Wilson: "So am I. No decent man, knowing the situation and Germany could be anything else. But that is only my own personal opinion and there are many others in this country, who do not hold that opinion. In the West and Middle West frequently there is no opinion at all. I am not justified in forcing my opinion upon the people of the United States and bringing them into a war which they do not understand" (Brand Whitlock zu Seymour 10. Dez. 1924, J. P. II, p. 49). Daß der Präsident trotzdem daran dachte, bei einem Scheitern der Verhandlungen an der Seite der Alliierten in den Krieg zu treten, steht mit dieser Äußerung in keinem unlösbaren Widerspruch. Wahrscheinlich hoffte er durch die Unnachgiebigkeit der deutschen Regierung das Land von der Notwendigkeit dieses schweren Entschlusses zu überzeugen.

43) "This is the part I think you are destined to play in this world tragedy, and it is the noblest part that has ever come to a son of man". (House an Wilson, 10. Nov. 1915, J. P. II, p. 91).

Projekt, das in der Wucht der sittlichen Forderung und der Großartigkeit seiner Konzeption nicht zu übertreffen war.

Am 28. November hatte House eine Unterredung mit Staatssekretär Lansing, den er leicht davon überzeugen konnte, daß die Vereinigten Staaten mit allen Mitteln die Weltherrschaftspläne der deutschen Autokratie verhindern müßten[44]). Der gegenwärtige Krieg sei in seiner Meinung der Entscheidungskampf zwischen Demokratie und Autokratie, und es könne kein Zweifel darüber bestehen, auf welcher Seite Amerika innerlich stehen müsse. Die Beziehungen zu Deutschland seien jedoch nicht nur deshalb so schlecht, weil sein Regierungssystem von dem amerikanischen verschieden sei, sondern auch, weil sich in Berlin sehr viel Haß gegen Amerika angesammelt habe. Nachdem die Pläne des deutschen Militarismus fehlgeschlagen seien, suche die Regierung nach einer Entschuldigung für ihren Mißerfolg und finde sie in der Haltung der Vereinigten Staaten, die wegen der Anleihen und Kriegslieferungen des Neutralitätsbruches beschuldigt würden. Übrigens sei eine rechtzeitige Verständigung mit den Alliierten auch deshalb dringend geboten, weil andernfalls die Vereinigten Staaten bei Ende des Krieges in völlige Isolierung gedrängt seien[45]). Das aber sei nicht nur in politischer Hinsicht gefährlich, sondern könne sich auch wirtschaftlich verhängnisvoll auswirken.

Der Staatssekretär stimmte diesen Erwägungen vollkommen zu. Besonders gefiel ihm der Gedanke, daß die drohende Niederlage der Demokratie der amerikanischen Politik eine heilige Verpflichtung auferlege. Er hat es denn auch nicht versäumt, diese Ansicht in einer zweiten Denkschrift niederzulegen, in der er ganz im Sinne seines ersten Memorandums betonte, daß nach einem Siege der deutschen Oligarchie über die demokratischen Westmächte die Vereinigten Staaten als einziges Hindernis einer schrankenlosen Weltherrschaft wahrscheinlich das nächste Angriffsziel sein würden. Darum sei es in jeder Hinsicht klüger und sicherer, sich rechtzeitig der gegen die Mittelmächte gebildeten Koalition anzuschließen, als später allein einem siegreichen Deutschland gegenüberzutreten[46]). Leider

44) "... we had no intention of permitting a military autocracy to dominate the world, if our strength could prevent it" (J. P. II, p. 100).

45) "I thought also that unless we did have a complete and satisfactory understanding with the Allies we would be wholly without friends when the war was ended" (J. P. II, p. 100).

46) "It is my opinion that the military oligarchy which rules Germany is a bitter enemy to democracy in every form; that, if that oligarchy triumphs over the liberal governments of Great Britain and France, it will then turn upon us

sei die amerikanische Öffentlichkeit noch nicht bereit, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen; das amerikanische Volk müsse darum zu einer wahren Erkenntnis jener Drohung erzogen werden, die ein siegreiches Deutschland für Freiheit und Demokratie in Amerika so gut wie in Europa bedeute[47]).

House erörterte demgemäß mit dem Staatssekretär die Mittel und Wege eines besseren Einvernehmens mit der britischen Regierung. Zunächst dachte man daran, London nahezulegen, den britischen Botschafter durch eine Persönlichkeit wie Lord Bryce zu ersetzen. Da Spring-Rice jedoch anläßlich seiner nächsten Besprechung überraschend sachlich und entgegenkommend war, ließ man diesen Gedanken wieder fallen[48]). Sehr unangenehm war den Amerikanern auch die Zögertaktik der britischen Diplomatie; einen Augenblick dachte man sogar daran, House zuerst nach Paris fahren zu lassen, um dort die Dinge vorwärtszutreiben. Nach Berlin sollte House nur dann gehen, wenn er von der deutschen Regierung eingeladen werde[49]). Die Reise selbst war beschlossene Sache, da Wilson eine tiefe Abneigung gegen berufsmäßige Diplomaten besaß.

Inzwischen hatte in Berlin der amerikafeindliche Kurs wieder die Oberhand gewonnenen. So konnte Gerard, der sich den Standpunkt der Kreise um Lansing und House ebenfalls zu eigen gemacht hatte[50]), eine Äußerung des Kaisers nach Washington berichten, daß die Haltung des Präsidenten Deutschland gegenüber diesen von jeder Möglichkeit ausschließe, noch einmal als Friedensvermittler aufzutreten[51]). Zwar hätten sich im Reichstag auch Nichtsozialisten für den Frieden erklärt, doch habe man in nationalen Kreisen den Kanzler gedrängt, eine Erklärung über die Kriegsziele abzugeben. Die Schwerindustrie, die übrigens durch Kriegslieferungen Unsummen verdiene und darum gegen einen vorzeitigen Friedensschluß sei, befürworte sehr energisch eine für Deutsch-

---

as its next obstacle to imperial rule over the world; and that it is safer and surer and wiser for us to be one of many enemies than to be in the future alone against a victorious Germany" (Memorandum vom 7. Jan. 1916, Lansing: War Memoirs, p. 103).

47) ebenda.

48) Notiz vom 17. Dez. 1915 (I. P. II, p. 107).

49) Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

50) "I am really afraid of war against us after this war — if Germany wins" (Gerard an House 2. Nov. 1915, I. P. II, p. 80).

51) Notiz vom 15. Dez. 1915 (I. P. II, p. 102).

land günstige Lösung der belgischen Frage[52]). Die größte Autorität habe jetzt Hindenburg, der zwar einstweilen noch Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sei, durch Rückschläge an der Front aber wahrscheinlich andern Sinnes werde[53]).

Der deutsche Botschafter aber war von House über die immer stärker werdende deutschfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten unterrichtet worden. House verfehlte nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Animosität lediglich aus der Furcht vor einem siegreichen Deutschland resultiere; in dem Augenblick, wo diese Befürchtungen zerstreut würden, was vor allem durch eine wirksame Abrüstung erreicht werden könne, werde auch die Stellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zu Deutschland eine andere werden. Graf Bernstorff gab diese Möglichkeit zu[54]). Wenige Tage später überbrachte der Botschafter dem Berater des Präsidenten die offizielle Einladung nach Berlin[55]). Bei dieser Gelegenheit wies House darauf hin, daß der Präsident nunmehr entschlossen sei, die ganze Macht der Vereinigten Staaten in die Waagschale zu werfen, um den Krieg zu beenden. Der Washingtoner Regierung komme es vor allem auf die Lösung der allgemeinen Probleme an; an Fragen territorialer Natur sei man nicht interessiert. Von dem diplomatischen Geschick des Botschafters schien House einen sehr starken Eindruck gewonnen zu haben; jedenfalls betonte er dem Präsidenten gegenüber, daß man sehr vorsichtig sein müsse, um der Berliner Regierung keine Möglichkeit zu geben, die amerikanische Politik bei den Alliierten zu verdächtigen[56]).

Das also waren die Bedingungen, unter denen House seine dritte Reise nach Europa antrat. Zunächst wandte er sich natürlich wieder nach London. Dort waren außer Grey vor allem Handelsminister Runciman und Schatzkanzler MacKenna einem Verständigungsfrieden nicht abgeneigt[57]).

---

52) Gerard an House 7. Dez. 1915 (J. P. II, p. 103).
53) Gerard an House 3. Jan. 1916 (ebd., p. 105).
54) House an Wilson 16. Dez. 1915 (J. P. II, p. 106).
55) Die Unkenntnis der wahren Lage hat die deutsche Regierung damals vor einem verhängnisvollen Schritt bewahrt; es ist gar nicht abzusehen, was geschehen wäre, wenn man in Berlin von den damaligen Absichten der amerikanischen Regierungskreise Kenntnis gehabt hätte. So aber konnte Bernstorff, als er die Vermittlungsaktion des Präsidenten ankündigte, nur von der Absicht des Amerikaners berichten, in Berlin die Frage des Militarismus anzuschneiden; in diesem Fall würde die Mission des Amerikaners der deutschen Regierung allerdings einige Verlegenheiten bereiten. Vgl. Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt, 23. Nov. 1915 (Beil. z. U. S. 283).
56) House an Wilson 22. Dez. 1915 (J. P. II, p. 106).
57) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg, I, S. 270 f.

Der britische Außenminister ließ sich von House überzeugen, daß es besser sei für die Demokratie der Welt, wenn die Vereinigten Staaten auf Grund eines festen Programms für die Neuordnung der Dinge intervenierten, als wenn sie sich durch einen Bruch mit Deutschland in den Krieg treiben ließen. Auch der Präsident, dem er darum von einem Bruch mit Deutschland im gegenwärtigen Augenblick abgeraten habe, halte es für besser, zunächst noch einmal den Versuch zu machen, ein Abkommen auf der vereinbarten Grundlage zu erreichen, während sich Lansing leider davon nicht habe überzeugen lassen. Die Bedenken gegen den Plan einer Freiheit der Meere suchte der Delegierte Wilsons mit dem Hinweis darauf zu zerstreuen, daß eine solche Konvention einen wirksameren Schutz für England darstelle als eine noch so große Flotte, die nur unnütze Kosten verursache. Habe man eine solche Vereinbarung einmal in Kraft gesetzt, werde jedes Land, das sich der Verletzung dieser Konvention schuldig mache, mit der Feindschaft der gesamten übrigen Welt zu rechnen haben. Allerdings müßten etwaige Vergeltungsmaßnahmen unterschiedslos angewandt werden, also auch dann, wenn nicht Deutschland, sondern Großbritannien sich seinen Verpflichtungen entziehe[58]). Der Amerikaner warnte Grey, von vereinzelten Stimmen in New York oder Chicago auf die Haltung des amerikanischen Volkes in seiner Gesamtheit schließen zu wollen; man lasse sich jenseits des Ozeans nicht durch Geldinteressen leiten, sondern würde für seine Ideale auch Opfer zu bringen wissen[59]).

Doch hielt es House für geraten, auch Balfour und Lloyd George ins Vertrauen zu ziehen. Der Erste Lord der Admiralität war vor allem interessiert zu erfahren, ob die Vereinigten Staaten sich auch an einem Abkommen beteiligen wollten, das lediglich europäische Verhältnisse betreffe. House konnte diese Frage nur verneinen[60]). Lloyd George sah die einzige Möglichkeit eines baldigen Friedens in dem Entschluß des Präsidenten, einfach die Bedingungen zu diktieren, denen die kriegführenden Mächte von sich aus ja doch nie zustimmen würden. House, der dem Minister nicht unrecht geben konnte, mußte gestehen, daß die Vereinigten Staaten dazu infolge ihrer mangelnden militärischen Bereitschaft nicht in der Lage waren[61]). Unter diesen Umständen hielt Lloyd George eine eng-

58) Notiz vom 6. Jan. 1916 (J. P. II, p. 117).
59) House an Wilson 7. Jan. 1916 (ebd., p. 119).
60) House an Wilson 11. Jan. 1916 (ebd., p. 120).
61) Notiz vom 14. Jan. 1916 (J. P. II, p. 129). Lloyd George betont in seinen Erinnerungen, daß die sich auf ihn beziehenden Mitteilungen der "Intimate Papers"

lisch-amerikanische Zusammenarbeit für dringend geboten, da in diesem Falle keine Macht der Welt die vereinte Herrschaft der beiden Nationen über die Meere erschüttern könne. House, der offensichtlich fürchtete, zu sehr in das Fahrwasser der britischen Politik zu geraten, kam wieder auf den Interventionsplan zurück und suchte den Engländer mit dem Hinweis auf die Gefahr eines russischen Sonderfriedens zu beeindrucken. Bei dieser Gelegenheit ließ sich freilich eine Diskussion über Fragen territorialer Natur nicht umgehen. Der britische Minister zeigte sich dem Plan einer Begründung der Unabhängigkeit Polens nicht abgeneigt; mit aller Entschiedenheit bestand er jedoch auf der Vertreibung der Türken aus Europa. House suchte vor allem die Notwendigkeit zu betonen, die Folgen der imperialistischen Politik vergangener Jahrhunderte rückgängig zu machen; so legte er den Engländern den Gedanken nahe, sich in absehbarer Zeit aus Asien zurückzuziehen und diesen Kontinent den Asiaten zu überlassen! Vor allem äußerte er die Befürchtung, daß China wie ehedem die Türkei zum Gegenstand imperialistischer Bestrebungen herabsinken und damit zur Quelle unzähliger Konflikte werden würde[62]).

Im großen und ganzen war House mit dem Ergebnis dieser Unterredung nicht unzufrieden. Große Schwierigkeiten machten ihm dagegen die konservativen Mitglieder des Kabinetts, was in ihm den geheimen Wunsch reifen ließ, es möge der liberalen Partei gelingen, die Regierungsgrundlage nach links zu erweitern und ein Kabinett zu bilden, in dem Lloyd George Premierminister und Grey Staatssekretär des Äußeren sei[63]). Vor allem machte Balfour als stärksten Einwand gegen den beabsichtigten Plan einer kollektiven Sicherheit die Befürchtung geltend, daß Deutschland ein falsches Spiel treibe und bereitwillig einen Vertrag unterzeichne, den zu brechen es im voraus entschlossen sei. House entgegnete ihm, in diesem Fall werde sich Deutschland nicht nur einer geschlossenen englisch-amerikanischen Allianz, sondern auch der überwiegenden Mehrzahl aller Nationen der Welt gegenübersehen und darum unter allen Umständen das Spiel verlieren; Sir Edward stimmte dieser Argumentation vollkommen zu[64]). Doch war es nicht nur ein Mißtrauen gegen Deutschland, das

---

zum Teil irreführend seien. Er sei keineswegs unter allen Umständen bereit gewesen, einer amerikanischen Intervention zuzustimmen. Zumindest hätte man sich vorher über die Mindestbedingungen verständigen müssen.

62) Notiz vom 14. Jan. 1916 (J. P. II, p. 129).
63) Notiz vom 19. Jan. 1916 (ebd., p. 131).
64) Notiz vom 15. Jan. 1916 (ebd., p. 130).

die Haltung der englischen Regierung bestimmte, sondern auch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die vielleicht im entscheidenden Augenblick England im Stich lassen würden. Dagegen war House überzeugt, daß es die Franzosen begeistert begrüßen würden, wenn Amerika an der Seite der Alliierten in den Krieg eintrete[65]). Übrigens schien ihm nicht nur das Mißtrauen, sondern auch die Zögertaktik der Engländer daran schuld zu sein, daß die Dinge in unfruchtbarer Stagnation verharrten; auch die Katastrophe des Krieges selbst hätte seiner Ansicht nach vermieden werden können, wenn die britische Regierung damals entschiedener gehandelt hätte[66]).

So hatte die Londoner Mission schließlich doch mit einer großen Enttäuschung geendet. Selbst Wilson mußte jetzt erkennen, daß sein Berater auf dem diplomatischen Schachbrett Europas solange eine hilflose Figur sein würde, als es ihm nicht gelang, gegen die Diplomatie der Alten Welt und ihr System von Allianzen die Vereinigten Staaten als Machtfaktor auszuspielen. So hat er sich in diesen Tagen entschlossen, dem Drängen seines Beraters nach erhöhter militärischer Bereitschaft nachzugeben und mit einem umfassenden Rüstungsprogramm an das Licht der erstaunten Öffentlichkeit zu treten, vor der er seinen überraschenden Gesinnungswechsel mit der Notwendigkeit begründete, nicht länger in der unfruchtbaren und eigennützigen Isolierungspolitik zu verharren, sondern an der Lösung der großen Menschheitsprobleme mitzuarbeiten. Die neuen Maßnahmen würden es dem Lande ermöglichen, zur ersten Weltmacht aufzusteigen und sich ebenbürtig neben die großen Nationen Europas zu stellen. Die Friedensliebe des amerikanischen Volkes werde dadurch nicht beeinträchtigt; doch gebe es allerdings etwas, das höher stehe als selbst der Friede der Welt: das seien die unantastbaren sittlichen Werte, auf denen das politische Leben der Vereinigten Staaten gegründet sei. Darum müsse man bereit sein, jederzeit diese Ideale zu verteidigen[67]).

Diese verhüllte Drohung gegen die einzige Macht, die geeignet schien, die Substanz des politischen Lebens der Vereinigten Staaten zu bedrohen, war gerade keine passende Begleitmusik für die Reise des amerikanischen

65) House an Wilson 16. Jan. 1916 (J. P. II, p. 133).

66) Notiz vom 11. Jan. 1916 (ebd., p. 131). House hat immer die Ansicht vertreten, daß eine Möglichkeit bestanden habe, den Krieg zu verhindern, wenn ihm die Engländer damals gestattet hätten, nach Berlin zurückzukehren. Vgl. Page I, p. 300.

67) Rede vom 27. Jan. 1916 (Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy II, p. 7).

Delegierten nach Berlin. Nichtsdestoweniger setzte House dort mit großem Eifer seine Friedensbemühungen fort. Vor allem bemühte er sich, dem Reichskanzler die irrige Meinung auszureden, daß sich England zu einem Sonderfrieden mit Deutschland bewegen lasse; wenn irgendwo, so sei man in London entschlossen, eine Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne herbeizuführen[68]). Allerdings bestehe in London kein einheitlicher Kabinettswille; auch dort mache sich eine gewisse Spannung zwischen militärischer und politischer Leitung bemerkbar. Lediglich Grey sei zur Verständigung bereit, doch stehe er ziemlich allein[69]). Bethmann-Hollweg erklärte, Deutschland sei bereit, Belgien und Nordfrankreich gegen Zahlung einer Entschädigung zu räumen[70]); House konnte ihm nur erwidern, daß diese Forderung für die Alliierten unannehmbar sei. Konzessionen — so meinte House — wären nur durch einen Druck der Wiener Regierung zu erreichen gewesen, in deren Kreisen sich eben jetzt eine starke Friedensstimmung bemerkbar zu machen schien[71]). Eine Unterredung mit Solf unterrichtete House über die Spannung, die schon seit geraumer Zeit zwischen politischer und militärischer Leitung bestand; um dem Kanzler selbst die nötige Festigkeit in der Verfolgung seiner politischen Linie zu geben, müsse ihm — so meinte der Staatssekretär — die Gefahr eines Bruches mit Amerika mit aller Deutlichkeit vor Augen gestellt werden[72]). Mit aufrichtigem Bedauern sah der Amerikaner, daß sich der Kanzler nur behaupten konnte, wenn scharfe Maßnahmen der Washingtoner Regierung gegenüber den Alliierten den Erfolg der deutschen Amerikapolitik unter Beweis stellten. Diese einzige Möglichkeit, der Berliner Zivilregierung zu helfen, blieb jedoch den Vereinigten Staaten versagt, wenn sie nicht ihre gesamte politische Linie gefährden wollten; denn nach wie vor hielt House daran fest, daß ein entscheidender Sieg Deutschlands den Triumph des Militarismus und damit eine ernste Gefahr für die Demokratie bedeute[73]).

Aus diesem Grunde hatten damals die Vereinigten Staaten gegen einen

68) Notiz vom 27. Jan. 1916 (J. P. II, p. 138).

69) Solf an Jagow 28. Jan. 1916, Aufzeichnung Bethmanns vom 28. Jan. 1916 (Beil. z. U. S. 286).

70) Vgl. auch Aufzeichnung Bethmanns a. a. O.

71) House an Wilson 3. Febr. 1916 (J. P. II, p. 149).

72) Notiz vom 27. Jan. 1916 (ebd., p. 138). Bethmann hatte dagegen mit Nachdruck betont, daß zwischen dem Kaiser und ihm niemand und nichts stehe. (Beil. z. U. Seite 286).

73) "If victory is theirs, the war lords will reign supreme, and democratic governments will be imperilled throughout the world" (House an Wilson 3. Febr. 1916, J. P. II, p. 146).

vollständigen Sieg der Alliierten nichts einzuwenden, und House konnte in Paris Ministerpräsident Briand und Unterstaatssekretär Cambon versichern, der Präsident werde nur dann intervenieren, wenn es den Alliierten nicht gelinge, die Entscheidung in einem für sie günstigen Sinne herbeizuführen[74]). Die Franzosen gaben dem amerikanischen Delegierten jedoch zu verstehen, daß von einem Friedensvorschlag solange nicht die Rede sein könne, als sich Deutschland als Sieger betrachte. Mit aller Eindringlichkeit suchte House die Franzosen mit dem Hinweis auf die Gefahr eines russischen Sonderfriedens seinen Plänen geneigt zu machen. Gewiß sei es nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten durch den U-Boot-Krieg zum bewaffneten Konflikt mit Deutschland gezwungen würden; doch sei es besser für die Welt — für die Alliierten so gut wie für die Mittelmächte —, wenn die Vereinigten Staaten auf Grund ihres Friedensprogramms intervenierten. Das sei in London ausgesprochen, in Berlin wenigstens angedeutet worden[75]).

Offensichtlich aber teilten die Alliierten diese Meinung nicht. So war also die frostige Atmosphäre der europäischen Hauptstädte wenig geeignet, die Friedenssaat der amerikanischen Demokratie zum Reifen zu bringen. Bei allen Regierungen — so klagte House in einem Schreiben an Wilson — habe er Kurzsichtigkeit, Selbstsucht, Heuchelei und fanatischen Kriegswillen gefunden. Die erhabenen Beweggründe, die jede Nation ihrem Handeln zuschreibe, könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die entsetzliche Tragödie dieses Krieges allein die Unfähigkeit der Regie-

74) Iswolski bringt zu diesen Verhandlungen insofern eine bemerkenswerte Variante, als nach seinem Bericht House die Initiative vollständig den Mächten der Entente überlassen hat. Während in London immer nur davon die Rede war, daß den Vereinigten Staaten lediglich der Zeitpunkt angegeben werden sollte, zu dem den Alliierten eine Intervention genehm war, sollten nach der neuen Lesart die verbündeten Mächte von sich aus ein Friedensangebot machen, das die Vereinigten Staaten unterstützen würden, wenn die Bedingungen eine gerechte Lösung der europäischen Probleme enthielten. Der entscheidende Satz lautet: «... House, après avoir rappelé les sympathies profondes des Américains pour les puissances alliées et en particulier pour la France, a donné à comprendre que si les dites puissances désiraient proposer la paix à des conditions acceptables pour nous et en même temps équitables, les Etats-Unis étaient prêts à appuyer une pareille proposition.» Der Bericht Iswolskis erscheint auch darum unwahrscheinlich, weil sich in diesem Fall die Vereinigten Staaten der Führung der ganzen Aktion begeben hätten, während andererseits die Franzosen gewiß nicht daran dachten, den Mittelmächten ein Friedensangebot zu machen, was ihnen als Eingeständnis ihrer Niederlage erschienen wäre selbst dann, wenn die Bedingungen für die Mittelmächte unannehmbar gewesen sein sollten. Vgl. Tel. Iswolskis vom 9. Febr. 1916 (Livre Noir II, p. 115).

75) House an Wilson 1. Febr. 1916 (J. P. II, p. 163).

renden verantwortlich sei, gegen deren Selbstsucht die Geschichte eine vernichtende Anklage erhebe[76]).

In London setzte House seine Besprechungen mit den britischen Staatsmännern fort. Grey suchte den Amerikaner davon zu überzeugen, daß der Schwerpunkt der Entente nicht in London liege. Auch Asquith und Balfour stimmten dem Staatssekretär darin zu; gerade England, das bisher unter dem Kriege am wenigsten gelitten habe, könne unmöglich zuerst Friedensverhandlungen vorschlagen. Demgegenüber betonte House, daß die deutsche Politik darauf auszugehen scheine, England von seinen Verbündeten zu trennen und Rußland, Italien, selbst Frankreich einen billigen Sonderfrieden einzuräumen, um die Macht des britischen Weltreiches zu vernichten. Wenn das britische Kabinett bis zu dem Augenblick warten wolle, wo Rußland erkläre, am Ende seiner Kräfte angekommen zu sein, um dann erst Verhandlungen zu beginnen, sei es allerdings zu spät; dann habe Petrograd möglicherweise schon ein Geheimabkommen mit Deutschland getroffen, in dem es sich zum Abschluß eines Sonderfriedens bereit erkläre. Sir Edward glaubte, dieser Gefahr dadurch vorbeugen zu können, daß man für diesen Fall den Entschluß der Vereinigten Staaten zur Intervention bekanntgebe. Der Amerikaner ließ sich jedoch nicht überzeugen und wies darauf hin, daß der russischen Regierung, falls wirklich schon ein Geheimabkommen vorliege, eine solche Intervention sehr unerwünscht sei und sie wahrscheinlich erklären werde, ohne die Einmischung der Vereinigten Staaten mit Deutschland allein abschließen zu wollen. Die britischen Minister mußten diese Möglichkeit zugeben. Überhaupt — so argumentierte House — sei es gefährlich, durch Verzögerung der Aktion Verhältnisse zu schaffen, unter denen eine Intervention der Vereinigten Staaten vielleicht unmöglich sei.

Darauf ging man zur Beratung der näheren Modalitäten über. House schlug vor, in regelmäßigen Abständen die Intervention der Vereinigten Staaten anbieten zu wollen; Grey möge das Angebot solange ignorieren, bis der geeignete Augenblick für eine solche Aktion gekommen sei. Erst dann solle der Staatssekretär das Angebot offiziell zur Kenntnis der befreundeten Regierungen bringen, wobei man allerdings den Eindruck vermeiden müsse, daß dieser Schritt der Washingtoner Regierung im Einverständnis mit dem britischen Kabinett erfolgt sei. Das veranlaßte Bal-

76) ebenda.

four zu der Frage, wie man sich in Washington die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage denke. House erwiderte, der Präsident wünsche vor allem Gewißheit darüber, daß es Großbritannien angenehm sei, unter diesen Umständen die Vereinigten Staaten die Beendigung des Krieges vorschlagen zu sehen, und daß die britische Regierung bereit sei, auf einer Konferenz die Friedensbedingungen zu erörtern. Er müsse noch einmal betonen, daß eine Verzögerung die ganze Aktion unmöglich machen könnte; in diesem Fall würden die Vereinigten Staaten in großem Stil aufrüsten, um allen Eventualitäten zu begegnen, und Europa seinem Schicksal überlassen[77]).

Am 14. Februar 1916 fand eine erneute Besprechung statt, deren Gegenstand diesmal eine Erörterung der territorialen Fragen war. Der Gedanke eines unabhängigen Polen fand bei Balfour nur eine kühle Aufnahme; der Minister glaubte, vor allem werde Frankreich dagegen geltend machen, daß der Plan notwendig das russisch-französische Bündnis entwerten müsse, da ein unabhängiges Polen im Falle eines deutschen Angriffs Rußland daran hindere, Frankreich zu Hilfe zu kommen. So zeigte sich schon hier der unversöhnliche Gegensatz zwischen der geplanten neuen Weltordnung und dem europäischen System der Allianzen, das der Amerikaner hier vielleicht zum ersten Mal in seiner Tragweite staunend begriff. Mit der Erwerbung Konstantinopels durch Rußland waren nur Asquith und Grey einverstanden, die damit gern diesen Konfliktstoff aus der Welt geschafft hätten, während Lloyd George und Balfour entsprechend den alten Überlieferungen britischer Politik starke Bedenken zeigten, den Russen diese Machtposition in die Hände zu spielen; als Ausweg schlug House die Neutralisierung Konstantinopels und der Meerengen vor. Überhaupt gewann der Amerikaner den Eindruck, daß das retardierende Moment bei Balfour und Lloyd George zu suchen war; vor allem der Munitionsminister schien lieber das Scheitern des gesamten Projektes mit allen schwerwiegenden Folgen in Kauf nehmen zu wollen, als sich durch Befürwortung eines Verständigungsfriedens in der englischen Öffentlichkeit mißliebig zu machen. Der Delegierte Wilsons riet den Engländern, die geplante Aktion in einem Augenblick erfolgen zu lassen, wo es den Alliierten gelungen sei, die deutschen Linien zu erschüttern. Die Mittelmächte würden dann einem Verständigungsfrieden eher geneigt sein, während

77) Notiz vom 11. Febr. 1916 (J. P. II, p. 174).

andererseits allerdings die Gefahr bestehe, daß der militärische Erfolg neue Siegeshoffnungen bei der Entente erwecke und sie an keine mäßigen Bedingungen mehr denken lasse. Asquith bestritt das mit der Bemerkung, daß diese Möglichkeit nur dann gegeben sei, wenn begründete Aussicht bestehe, Deutschland in absehbarer Zeit entscheidend zu schlagen. Wichtiger erschien dem Premierminister die Frage, was die Vereinigten Staaten zu tun gedächten, wenn Frankreich oder Rußland einen Sonderfrieden schließen würden, bevor es England gelungen sei, ihre Zustimmung zu der geplanten Aktion zu erhalten; House konnte nur erwidern: in diesem Fall werde Amerika zu seiner traditionellen Isolierungspolitik zurückkehren[78].

Eine weitere Enttäuschung erlebte House, als er Asquith nicht zu bewegen vermochte, den Vorschlag dem Gesamtkabinett zu unterbreiten, was Grey für unbedingt erforderlich hielt. Eine Unterredung mit einem Mitglied des Unterhauses belehrte den Amerikaner darüber, daß die vorsichtige Haltung des Premierministers in erster Linie auf eine gewisse Schwäche zurückzuführen sei, da er die Zügel der Regierung nicht fest in Händen habe. Es mußte House gewiß eigentümlich berühren, daß er, der sehr mißvergnügt darüber war, von sich aus mit den einzelnen Ministern Fühlung nehmen zu müssen, von Lord Reading dazu beglückwünscht wurde, daß es ihm gelungen sei, wenigstens die prominentesten Kabinettsmitglieder zu einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage zu bekehren. Jetzt könne niemand mehr dem andern etwas vorwerfen, obwohl Friedensverhandlungen „augenblicklich in England so populär wären wie die Krönung des deutschen Kaisers in der Westminsterabtei"[79].

Diese Bemerkung hat vielleicht House veranlaßt, einige Sondierungen unter den Parlamentariern über die Stimmung des Landes anzustellen. So sagte ihm Howard Whitehouse, ein Mitglied der liberalen Partei, er teile die Ansicht derer nicht, die an die Ablehnung einer Vermittlungsaktion durch die öffentliche Meinung glaubten, sondern sei überzeugt, daß das britische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit bereit sei, sich hinter die Regierung zu stellen. Im Parlament lägen die Verhältnisse etwas schwieriger, doch dürfe man mit einer Mehrheit von hundert Stimmen

---

78) Notiz vom 14. Febr. 1916 (J. P. II, p. 181).
79) Notiz vom 7. Febr. 1916 (ebd., p. 183).

rechnen, wenn sich die konservativen Mitglieder des Kabinetts eindeutig für das Projekt erklärten[80]).

Am gleichen Tage fand zwischen House und Grey eine abschließende Besprechung statt. Der Amerikaner versuchte, den Staatssekretär davon zu überzeugen, daß selbst ein bedingungsloser Sieg der Alliierten nicht im Interesse eines dauerhaften Friedens liege; denn Rußland, Italien und Frankreich würden dann nur ihre selbstsüchtigen Interessen im Auge haben. Grey stimmte ihm darin bei, daß die englisch-amerikanische Zusammenarbeit, wenn sie eine Lösung der großen Probleme und die Rettung von Millionen Menschenleben wirklich erreiche, mehr wert sei als ein nur nationalen Aspirationen dienender Sieg der Alliierten. House erinnerte den Staatssekretär auch daran, daß Wilson nur noch ein Jahr zur Verfügung habe; wenn dann die Republikaner an die Macht kämen, würden sie die Politik der Vereinigten Staaten im Sinne einer Abkehr von den großen Menschheitsfragen revidieren, die doch gegenwärtig im Vordergrund des Interesses ständen.

Als Ergebnis dieser Beratung kam nun das berühmte House-Grey-Memorandum vom 22. Februar zustande[81]). Darin wurde den Alliierten die Hilfe Amerikas für den Fall in sichere Aussicht gestellt, daß Deutschland entweder den Frieden überhaupt oder die vorgeschlagenen Bedingungen ablehnen sollte. Diese würden für die Alliierten nicht ungünstig sein, obwohl man daran denken müsse, Deutschland für die beabsichtigte Abtretung Elsaß-Lothringens auf kolonialem Gebiet zu entschädigen. Durch die Notwendigkeit, das Ergebnis seiner Besprechungen zur Kenntnis besonders der Pariser Regierung zu bringen, fand sich Grey, der nicht wußte, wie weit House in seinen Mitteilungen den Franzosen gegenüber gegangen war, in eine peinliche Lage versetzt: eine Weitergabe des Vorschlages mit dem Unterton der Befürwortung hätte in Paris Zweifel an der Bundestreue Englands erweckt, der Verzicht auf eine Information dagegen bei einer Wendung zum Schlechten Grey den Vorwurf eingebracht, die Verbündeten über dieses Mittel zur Beendigung des Krieges nicht unterrichtet zu haben[82]).

Trotzdem entschloß sich der Staatssekretär, den Inhalt seiner Verhand-

80) Notiz vom 22. Febr. 1916 (J. P. II, p. 184).
81) Text dieses Memorandums s. Intimate Papers II, p. 200 ff., in deutscher Übersetzung Grey: Fünfundzwanzig Jahre Politik II S. 112.
82) Grey: ebd. S. 114.

lungen mit House durch die französische Botschaft an Briand weitergeben zu lassen[83]). Er tat das in einer Form, die lediglich die Bereitschaft des Präsidenten mitteilte, auf Wunsch Englands und Frankreichs eine Konferenz zu berufen, ohne jedoch eine bestimmte Empfehlung daran zu knüpfen. Wenn der französische Ministerpräsident — so meinte Grey — irgendwelche Gesichtspunkte geltend machen könne, werde er sie zweifellos ihm unterbreiten. Auf der Alliiertenkonferenz könne man die Frage leider solange nicht erörtern, als zwischen Paris und London nicht völlige Übereinstimmung erzielt worden sei; bis jetzt sei von französischer Seite jedenfalls noch keine Andeutung gemacht worden, daß man dem Vorschlage geneigt sei. Natürlich müsse es die britische Regierung den Vereinigten Staaten anheimstellen, sich selbst mit dem Pariser Kabinett in Verbindung zu setzen[84]).

In Washington griff man diese Anregung auf und suchte den französischen Botschafter zu überreden, in den Pariser Regierungskreisen eine für die Intervention günstige Atmosphäre zu schaffen. Der Plan scheiterte jedoch an der Weigerung Jusserands, in dieser Richtung etwas zu unternehmen; nur zur Weitergabe einer offiziellen Botschaft war er bereit. Das aber wollte man in Washington unbedingt vermeiden, da der streng vertrauliche Charakter der ganzen Verhandlungen gewahrt bleiben sollte[85]).

Auch der Quai d'Orsay befand sich um diese Zeit in einiger Verlegenheit. Mit großer Unruhe hatte man in Paris die Wirkungen der deutschen Propaganda in Polen verfolgt; Cambon versuchte daher wiederholt, den russischen Botschafter von der Notwendigkeit wirksamer Gegenmaßnahmen zu überzeugen. Wahrscheinlich auf Weisung Briands schlug der Unterstaatssekretär eine gemeinsame Erklärung der verbündeten Mächte vor, um den Polen die versprochene Autonomie sicherzustellen. Der Botschafter erklärte jedoch mit aller Entschiedenheit, daß ein solcher Vorschlag für die russische Regierung unannehmbar sei. Rußland lasse den Franzosen völlige Freiheit in der Lösung der elsaß-lothringischen Frage, müsse aber dafür erwarten, daß die Pariser Regierung hinsichtlich Polens die gleiche Haltung einnehme. Niemals werde die russische öffentliche Meinung darin einwilligen, daß die polnische Frage zum Gegenstand inter-

83) Grey an House 7. April 1916 (J. P. II, p. 275).
84) Grey an House 24. März 1916 (J. P. II, p. 273); vgl. auch Grey: Fünfundzwanzig Jahre Politik II, S. 115.
85) House an Wilson 8. April 1916 (J. P. II, p. 274).

nationaler Verhandlungen gemacht werde[86]). Wieder einmal hatte die russische Regierung die Möglichkeit, sich durch einen großzügigen Akt die Sympathien der demokratischen Welt zu sichern, leichtfertig verscherzt.

Einstweilen freilich war eine Verschlechterung der politischen Lage der Alliierten von dieser Seite nicht zu fürchten. Gerade um diese Zeit hat die deutsche Reichsleitung den Gegensatz ihrer Kriegsziele zu einem der wichtigsten zwischen London und Washington vereinbarten Grundsätze enthüllt. In der Rede, die Reichskanzler von Bethmann-Hollweg am 5. April 1916 vor dem deutschen Reichstag hielt, hat er mit aller Entschiedenheit betont, daß das Belgien nach dem Kriege nicht mehr das alte vor dem Kriege sein werde. Es müßten Garantien dafür geschaffen werden, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat und militärisch oder wirtschaftlich nicht als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werde. „Auch hier gibt es keinen status quo. Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht der Verwelschung preisgeben"[87]).

Selbst die sozialdemokratische Partei Deutschlands war damals nicht bereit, in Bedingungen einzuwilligen, die in Frankreich als Mindestforderung bezeichnet wurden. So wandte sich Scheidemann am folgenden Tage gegen die selbst in französischen Sozialistenkreisen erhobene Forderung, daß Frankreich und Belgien geräumt werden müßten, bevor man in Friedensverhandlungen eintrete. Der Abgeordnete betonte mit Recht, daß auf diese Weise als Voraussetzung der Verhandlungen hingestellt werde, was doch erst eine Folge der Verhandlungen sein könnte[88]).

Dieser tiefgreifende Gegensatz der deutschen Kriegsziele zu dem, was in Amerika als gerechte Lösung erachtet wurde, hat jedoch die kaiserliche Regierung nicht daran gehindert, ihren Botschafter in Washington davon in Kenntnis zu setzen, daß Wilsons geplante Aktion durchaus im Sinne Deutschlands sei[89]). Gerade in diesem Augenblick aber befanden sich die Vereinigten Staaten wegen des Sussex-Falles am Vorabend eines Krieges mit Deutschland. Gewiß zog man auch jetzt noch eine friedliche Lösung dem kriegerischen Konflikt vor, doch dachte man nicht mehr daran, ihm unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. Auch glaubte House,

---

86) Tel. Iswolskis vom 16. März 1916 (Livre Noir II, p. 148).
87) Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs II. Abt. XII. Bd., 1. Halbbd. Seite 38.
88) Schultheß' Eur. Geschichtskalender.
89) Jagow an Bernstorff 11. April 1916 (Beil. z. U. S. 3).

der Einfluß des Präsidenten werde bei einer Beteiligung Amerikas am Kriege größer sein, als wenn die Vereinigten Staaten neutral blieben. Außerdem müsse man, um einem neutralen Amerika die Teilnahme an den Verhandlungen zu ermöglichen, auch die übrigen neutralen Mächte einladen; dieser Notwendigkeit sei man im Kriegsfall enthoben[90]). Jedenfalls hat gerade House den Präsidenten in seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland bestärkt, wobei freilich in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend war, das Vertrauen der Alliierten nicht zu verlieren, das man für die Intervention so notwendig brauchte[91]). Damals hat man in Washington allgemein geglaubt, daß sich auf die Dauer der Bruch mit Deutschland nicht werde vermeiden lassen; da ein Kriegseintritt der Vereinigten Staaten aber den Krieg verlängern mußte, wollte man noch einmal den Versuch machen, den Krieg durch eine Intervention zu beenden, bevor man vor die letzte Entscheidung gestellt wurde[92]). In diesem Sinne sandte man eine Note an Grey, nach Berlin dagegen die berühmte „Niederbornote", die in ein glattes Ultimatum ausklang.

Inzwischen hatte der britische Staatssekretär der Regierung in Washington mitgeteilt, daß auf der Alliiertenkonferenz sowohl Briand wie Cambon peinlich vermieden hätten, auf die amerikanischen Interventionspläne einzugehen. Der Londoner Regierungskreise schien sich eine tiefe Skepsis bemächtigt zu haben; Grey betonte, daß nach seiner Ansicht die Vereinigten Staaten vor der Alternative ständen, durch eine nachgiebige Haltung gegenüber Deutschland den Alliierten den Glauben an die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens zu nehmen oder durch ein entschlossenes Vorgehen den Bruch mit Deutschland unvermeidlich zu machen[93]). Dieser Entscheidung aber war man enthoben, als die Kaiserliche Regierung durch die Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges den Konfliktstoff mit den Vereinigten Staaten aus der Welt schaffte. Noch einmal schien Deutschland gerettet.

Mit um so größerer Ungeduld erwartete man in Washington das vereinbarte Zeichen. Inzwischen verbluteten auf den Schlachtfeldern Millionen.

---

90) House an Wilson 3. April 1916 (J. P. II, p. 230).
91) Notiz vom 30. März 1916 (ebd., p. 229).
92) Notiz vom 6. April 1916 (ebd., p. 232).
93) Grey an House 7. April 1916 (J. P. II, p. 275).

III.

Die Revision der amerikanischen Außenpolitik im Sinne einer fühlbaren Distanzierung von den Alliierten.

Als nun Woche um Woche verstrich, ohne daß die Alliierten den Wunsch nach einer amerikanischen Intervention zu erkennen gegeben hätten, begann sich langsam ein Wandel in der Stimmung der Vereinigten Staaten gegenüber den kriegführenden Parteien vorzubereiten. Am 9. Mai sandte die Liga der Fremdvölker Rußlands einen Aufruf an Wilson, worin der Präsident gebeten wurde, seine Aufmerksamkeit auch der Verletzung der heiligsten Menschenrechte durch die alliierten Mächte zuzuwenden, und besonders die unsäglichen Leiden der durch die Zarenherrschaft unterdrückten russischen Minderheiten nicht zu vergessen[1]). Bei der geistigen Haltung des Präsidenten kann angenommen werden, daß ihn dieser Appell tief beeindruckt hat. Jedenfalls sah sich House schon am folgenden Tage veranlaßt, Sir Edward Grey von der Gefahr eines Umschwunges der Stimmung in der amerikanischen öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands in Kenntnis zu setzen. Es verstärke sich der Eindruck, daß die Entente mehr auf die Niederwerfung Deutschlands ausgehe als auf Bedingungen, die das neutrale Amerika für gerecht halte. Man habe am Vorabend eines Krieges mit Deutschland gestanden; nachdem aber Berlin den Forderungen Washingtons entsprochen habe, sei diese Angelegenheit nunmehr erledigt, und wenn Deutschland sein Versprechen halte, werde der Bruch endgültig vermieden werden. Der Präsident sei darum jetzt bereit, öffentlich seine Bereitschaft zu erklären, zur Aufrechterhaltung des Friedens mit den anderen Nationen zusammenzuarbeiten in der Absicht, bei Fortdauer des Krieges eine Friedenskonferenz zu berufen. Diese Lösung sei auch für England vorteilhafter als ein Krieg zwischen der Vereinigten Staaten und Deutschland. Das Ergebnis eines solchen Krieges wäre die Vernichtung der Mittelmächte gewesen; in diesem Falle aber würden Frankreich und Italien weit mehr auf eine Verteilung der Beute als auf eine gerechte Neuordnung der Dinge bedacht sein. Nun aber dürfe man hoffen, daß die Erkenntnis der amerikanischen Macht die Deutschen vernünf-

1) Text dieses Aufrufes s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.

tigen Erwägungen zugänglich mache; auf einer Konferenz werde Berlin jedenfalls eher nachgeben als wieder zum Schwerte greifen. Die öffentliche Meinung in Amerika werde den Präsidenten bei seinen Friedensbemühungen unterstützen. Die Gelegenheit sei also günstig; werde sie verpaßt, trage das britische Kabinett die Verantwortung, da England die Lage klarer sehe als seine Verbündeten. Die Anklage, die später die Geschichte gegen Großbritannien erhebe, werde darum um so furchtbarer sein[2]).

Zur gleichen Zeit bestätigte auch der britische Botschafter in einem Bericht an seine Regierung den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten die Absicht hätten, in die europäischen Verhältnisse nicht als Kriegführende, sondern als Vermittler einzugreifen. An dem ehrlichen Wunsch des Präsidenten, am Friedenswerk mitzuarbeiten, sei um so weniger zu zweifeln, als ihn nicht nur seine sittlichen Grundsätze, sondern auch die ganz klaren Interessen Amerikas auf diesen Weg wiesen. Verhielten sich die Alliierten gegenüber einem solchen Friedensangebot ablehnend, so werde ihnen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zugeschoben werden, während die Schuld Deutschlands am Kriege in der Erinnerung der Amerikaner langsam verblasse. Darum müsse London mit einem neuen Stadium in der Entwicklung der anglo-amerikanischen Beziehungen rechnen. Gewiß werde die Regierung der deutschfeindlichen Stimmung in Amerika Rechnung tragen müssen; augenblicklich aber bestehe eine größere Erregung gegen Großbritannien als gegen die Mittelmächte. Von einem Krieg jeder Art seien die Vereinigten Staaten schon deshalb weit entfernt, weil das Land auf einen kriegerischen Konflikt nicht vorbereitet sei[3]); wohl aber müsse man sich auf eine scharfe diplomatische Sprache gefaßt machen[4]).

Aber selbst nach diesem dringenden Appell ließ London die Dinge treiben. So schrieb Grey in seiner Antwort an den Berater des Präsidenten, seine eigene Meinung sei leider nur von geringem Wert; entscheidend sei der Beschluß des Kabinetts, die Stimmung des Landes und der Wille der Verbündeten. Nach der letzten Rede des Reichskanzlers aber sei an ein Entgegenkommen der Alliierten nicht zu denken[5]). Ein Friedensvor-

2) House an Grey 10. u. 11. Mai 1916 (J.P. II, p. 278 f.).

3) Mit diesem Satz hat Spring-Rice ohne Zweifel die Wirkung seiner Note abgeschwächt.

4) Spring-Rice an Grey 10. Mai 1916 (Spring-Rice II, p. 331).

5) Gemeint ist die Rede vom 5. April, in der Garantien für Belgien gefordert wurden.

schlag ohne konkrete Bedingungen werde als von Deutschland inspiriert erscheinen, da eine Vermittlungsaktion bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Operationen geeignet sei, für die Alliierten ungünstige Bedingungen zu erzwingen[6]).

Diese Antwort löste in der Umgebung des Präsidenten das Gefühl tiefer Enttäuschung aus. Seit zwei Jahren — so meinte House — habe der britische Staatssekretär immer wieder betont, daß die Lösung der die ganze Welt berührenden Probleme von dem Entschluß der Vereinigten Staaten abhänge, an einer internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Jetzt, wo die Vereinigten Staaten eine solche Bereitschaft ausgesprochen hätten, versage sich England dieser Politik. Man könne sich darum kaum des Eindrucks erwehren, daß der Kampf gegen den deutschen Militarismus ein Mittel politischer Propaganda gewesen sei, um sich die Sympathien Amerikas zu sichern, und daß die Alliierten eine andere Haltung eingenommen hätten, wären sie selbst und nicht die Mittelmächte militärisch überlegen gewesen. Das eröffne trübe Perspektiven für die Zukunft, und die erschreckende Relativität sittlicher Begriffe, die sich hier enthüllt habe, lasse befürchten, daß die Alliierten bei einer deutschen Niederlage Europa und die Welt ihre ganze Macht als Sieger fühlen lassen würden[7]).

Damit hatte man in Washington wieder der Erwägung Raum gegeben, daß unter Umständen auch andere Nationen jenes Gleichgewicht der Mächte vernichten könnten, das doch eine unerläßliche Voraussetzung für die neue Weltordnung war. In einem seltsamen Kreislauf war der Berater des Präsidenten zu seiner ursprünglichen Beurteilung der politischen Lage bei Ausbruch des Weltkrieges zurückgekehrt, nur daß jetzt seine Haltung eine unverkennbare Spitze gegen die Alliierten gewonnen hatte. Damit war nun auch gefühlsmäßig bedingt, was ursprünglich nur das Ergebnis einer kalten, verstandesmäßigen Überlegung gewesen war.

Der amerikanische Botschafter in Berlin dagegen hatte sich diese Betrachtungsweise noch nicht zu eigen gemacht. In einem Brief an House berichtete er, daß er auf eigene Verantwortung die Friedensbemühungen mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt habe; trotzdem hoffe er auf eine ge-

6) Grey an House 12. Mai 1916 (J. P. II, p. 202).
7) "... A situation may arise, if the Allies defeat Germany, where they may attempt to be dictatorial in Europe and elsewhere ..." (Notiz vom 13. Mai 1916, J. P. II, p. 283.)

nügende militärische Bereitschaft in Amerika, denn er fürchte, daß Deutschland später durch Verletzung der Monroe-Doktrin einen Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten provoziere, falls die deutsche Nation nicht durch die entsetzliche Katastrophe selbst kriegsmüde geworden sei[8]). Nicht das aber war es, was House beunruhigte; vielmehr sah er die Schwierigkeit hauptsächlich darin, in einem Augenblick eine Vermittlungsaktion einzuleiten, in dem die offen erklärte Nachgiebigkeit der deutschen Regierung bei den Alliierten neue Siegeshoffnungen erweckte[9]). So mußte House dem Präsidenten gestehen, daß er den Eindruck gewonnen habe, die Schwierigkeiten mit den Alliierten würden beginnen, wo die mit Deutschland aufhörten. Je mehr Einblick er in das Getriebe der europäischen Diplomatie gewinne, desto mehr werde er von der Selbstsucht jeder Regierung überzeugt. Dankbarkeit sei den Alliierten ein unbekannter Begriff, und alles, was Amerika für sie getan habe, werde über Nacht vergessen sein, wenn die amerikanische Politik nun eine Wendung gegen sie nehme. Trotzdem sei er überzeugt, daß der Präsident die Pflicht habe, mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht unter Umständen auch gegen den Willen der Alliierten eine Friedenskonferenz zu erzwingen[10]).

Nachdem Deutschland vor dem amerikanischen Ultimatum zurückgewichen war, stellten Ehre und Verstand Wilson vor die schwierigere Aufgabe, den Alliierten das abzuringen, was sie wohl nur einem gefährlicheren Partner zugestanden hätten als diesem bei aller Selbstherrlichkeit doch halb vasallischen Neutralen mit dem Ehrgeiz eines unabhängigen Vermittlers. Noch einmal machte also House den Versuch, den britischen Staatssekretär zu einer positiven Haltung zu bewegen, noch einmal führte er ihm mit aller Deutlichkeit die Vorteile der geplanten Aktion auf der einen, die Gefahren einer Ablehnung des Planes auf der anderen Seite vor

8) Gerard an House 10. Mai 1916 (J. P. II, p. 246).

9) Notiz vom 15. Mai 1916 (J. P. II, p. 255). Auch dem deutschen Botschafter erklärte House, daß in Deutschland absolute Ruhe über diesen Punkt herrschen müsse, wenn eine Vermittlungsaktion Erfolg haben solle; das Geschrei über die Hungerblockade trage ebenfalls nur dazu bei, den Siegeswillen der Entente zu stärken. Vgl. Notiz vom 22. Mai 1916 (ebd.). Der Botschafter hat diesen Rat am 2. Juni nach Berlin weitergegeben; vgl. Beil. z. U. S. 297.

10) "... It has been apparent that when our difficulties with Germany were settled, our difficulties with the Allies would begin; and the solution has disturbed me greatly.

The more I see of the dealings of Governments among themselves, the more I am impressed with the utter selfishness of their outlook. Gratitude is a thing unknown, and all we have done for the Allies will be forgotten overnight if we antagonize them now. Nevertheless, I am convinced that it is your duty to press for a peace conference with all the power at your command — for whether they like it or whether they do not, I believe you can bring it about ..." (House an Wilson 17. Mai 1916, J. P. II, p. 285).

Augen. Amerika — so schrieb er — stehe nun am Scheidewege; wenn es nicht gelinge, in absehbarer Zeit Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, so werde die amerikanische öffentliche Meinung auf die Regierung einen Druck ausüben, die Rechte der neutralen Welt gegen die Alliierten so gut wie gegen die Mittelmächte zu verteidigen. Die Befürchtung, als sei die Aktion des Präsidenten von Deutschland inspiriert, widerlege sich schon durch die Tatsache, daß der deutsche Botschafter gerade jetzt im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt habe, eine Vermittlung der Vereinigten Staaten werde auf den erbitterten Widerstand der deutschen öffentlichen Meinung stoßen. Übrigens komme es dem Präsidenten nur auf ein grundsätzliches Einverständnis an; die Wahl des Zeitpunktes, an dem die Aktion erfolgen könne, habe man doch vollständig den Alliierten überlassen. Jedenfalls habe man genügend Zeit zu warten, bis sich die Lage Deutschlands verschlechtert habe[11]). Allerdings seien gerade augenblicklich die Vereinigten Staaten noch in der Lage, einen gerechten Ausgang des Krieges herbeizuführen; je länger man aber warte, desto mehr würden die Alliierten die Sympathien der öffentlichen Meinung Amerikas verlieren. Leider schienen England und Frankreich zu denken, daß die Unterstützung, die Amerika den Westmächten bei Regelung der nach dem Kriege auftauchenden Streitfragen zu geben bereit sei, den Vorteil nicht aufwiege, der sich nach ihrer Meinung durch eine deutsche Niederlage erreichen lasse. Er hingegen bekenne sich zu der Ansicht, daß bei einem solchen Ausgang des Krieges die Fülle der Probleme noch größer sei als zuvor; die Schwierigkeiten aber, die sich aus dieser Lage ergäben, würden dann auf die Sieger zurückfallen[12]).

So ließ eine wahrhaft staatsmännische Einsicht und die tiefe Kenntnis der geheimen Triebkräfte des menschlichen Daseins den Amerikaner ein fast prophetisches Wort aussprechen, das der Friede von Versailles mit seinen verheerenden Folgen in furchtbarer Weise erfüllt hat. Gegenüber dieser apokalyptischen Vision eines unfehlbar hereinbrechenden Chaos — falls man nicht selbst die Gestaltung des Schicksals in die Hand nahm — entwarf House das Bild einer neuen, in Glück und Frieden gesicherten Welt, deren Neuordnung durch eine glückliche Verbindung aller Umstände

11) House an Grey 19. Mai 1916 (J. P. II, p. 286).

12) "England and France seem to think the co-operation America is willing to give them in a just settlement of the vexatious questions that are sure to follow peace, does not outweigh the doubtful advantage they would gain if Germany were completely crushed. It seems certain if this happens a new set of problems will arise to vex us all" (House an Grey 23. Mai 1916, ebd., p. 287).

ermöglicht werde. Eine zu starke Verzögerung allerdings müsse die aufflammende Begeisterung für die hohen Ziele unfehlbar erkalten lassen.

Vielleicht ist House der Meinung gewesen, daß diese großen Kombinationen auf lange Sicht hinaus dem praktischen Verstande eines auf unmittelbare Tätigkeit gerichteten europäischen Diplomaten nicht zugänglich seien. Vielleicht gab er sich auch ähnlichen Erwägungen hin wie Ranke, der einmal bemerkt hat, der englische Geist — ebenso weit entfernt von der scharfen Dialektik der Franzosen wie von der weltumfassenden Ideologie der Deutschen — habe nur einen engen Horizont, wisse aber die vorliegenden Interessen mit Umsicht und großem praktischen Sinn zu erfassen[13]. Jedenfalls hat er versucht, die britischen Staatsmänner durch einen Hinweis auf die greifbaren Vorteile seinem Vorschlag geneigt zu machen. Der deutsche Kanzler — so argumentierte er — habe noch kürzlich erklärt, daß Deutschland nur auf der Grundlage der gegenwärtigen Kriegskarte Frieden zu schließen bereit sei; das könne nur einen deutschen Siegfrieden bedeuten. Unter diesen Umständen werde eine Konferenz entweder Deutschland zum Nachgeben zwingen oder den Erfolg haben, daß Amerika den Verhandlungstisch als kriegführende Macht an der Seite der Alliierten verlasse[14]. Der mögliche Gewinn sei doch so groß und das Wagnis so klein, daß Schwierigkeiten in dieser Richtung seiner Ansicht nach überhaupt nicht beständen. Aber auch diesmal kam über den Atlantik keine Antwort zurück.

Die letzten Gründe, warum damals die Alliierten dieses für sie so günstige Angebot nicht beachtet haben, dessen Ablehnung doch eine Neuorientierung der amerikanischen Politik befürchten ließ, sind in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Sir Edward Grey hat immer betont, daß er nicht in der Lage gewesen sei, den Verbündeten das amerikanische Angebot aufzudrängen, ohne die herzlichen Beziehungen zwischen den Alliierten zu gefährden. Zweifel in die Wahrheit seiner Worte dürfen wir um so weniger setzen, als er selbst nach dem Zeugnis Lloyd Georges einer solchen Vermittlung geneigt war. Jedenfalls hat der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis gezeigt, daß die Frage der amerikanischen Vermittlung während des ganzen Sommers nicht zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gemacht worden ist[15]. Das verstärkt den Eindruck, daß Grey

13) Ranke: Englische Geschichte. XIX. Buch, 2. Kap.; "stubborn and stupid" nannte auch House die Engländer (vgl. J. P. II, p. 429).

14) House an Grey 27. Mai 1916 (J. P. II, p. 288).

15) Dem Verfasser lag allerdings für die fragliche Zeit nur eine Auswahl russischer

einen dahingehenden Vorschlag wirklich nicht gemacht hat, weil er wahrscheinlich von Frankreich und Rußland doch abgelehnt worden wäre, da beide Mächte einem Verständigungsfrieden nicht geneigt und kurzsichtig genug waren, eine Katastrophe Deutschlands zu ihrer eigenen Sicherheit für unerläßlich zu halten. Freilich mochte der Gedanke mitspielen, den House in einer Besprechung mit Wilson ausgesprochen hat: daß nämlich Frankreich nie wieder hoffen dürfe, noch einmal die größte überhaupt denkbare Koalition gegen Deutschland zusammenzubringen[16]). Aber auch in England bestand ein gewisses Mißtrauen gegen eine amerikanische Vermittlung; ihm hat eine der angesehensten Persönlichkeiten der englischen Politik, Lord Cromer, öffentlich Ausdruck verliehen: Bei aller Anerkennung für die guten Absichten des Präsidenten und seine erhabenen Ziele müsse die öffentliche Meinung Englands trotz ihrer Sympathien für Amerika bezweifeln, ob der Präsident, selbst wenn er unparteilich sei, die geplante Aktion werde durchführen können; das Vertrauen in seine Staatskunst sei erschüttert[17]).

Rückschauend hat House festgestellt, es wäre damals besser gewesen, die Initiative nicht den Alliierten zu überlassen, sondern von sich aus den Frieden zu erzwingen und notfalls über die Forderungen der Mittelmächte so gut wie der Alliierten hinwegzugehen[18]). Zu einer solchen Aktion aber fehlte den Vereinigten Staaten damals die militärische Bereitschaft[19]). Und hierin erblickt House in der Tat die einzige Erklärung für die Haltung der Alliierten. Anscheinend waren sie dem gleichen Irrtum verfallen wie einige Monate später die Deutschen, daß nämlich die Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, mehr zu helfen oder zu schaden, als es

---

Dokumente in französischer Übersetzung vor; doch ist kein Grund für die Annahme vorhanden, daß der Herausgeber diese wichtige Frage nicht berücksichtigt hat.

16) "I explained France's real feeling; that is, she had the best stick to this war until Germany is crushed, for she could never again hope to have Great Britain, Russia, Italy and Belgium fighting by her side" (Bericht vom 24. Mai 1916, J. P. II, p. 290).

17) "We may all recognize President Wilson's good intentions and his lofty aims, we may assume he is impartial, but it is more than doubtful, in spite of the very friendly feelings entertained towards America and Americans generally, that the people of this country would under any circumstances welcome the idea that President Wilson should assume the role of mediator. . . . Confidence in President Wilson's statesmanship has been rudely shaken" Lord Cromer in: Current History, June 1916, vgl. J. P. II, p. 265).

18) Vgl. J. P. II, p. 252.

19) "I believe our big mistake was that we were not in a position to intervene in spite of Allied and German protests" (House zu Seymour 6. April 1925, J. P. II, p. 289).

ohnehin schon der Fall war. Entschied der weitere Verlauf des Krieges gegen sie, so konnten nach ihrer Meinung auch die Vereinigten Staaten sie nicht vor der Niederlage retten; gelang es ihnen aber, ohne Amerikas Hilfe eine für sie günstige Entscheidung des Krieges herbeizuführen, so brauchten sie Washingtons mäßigenden Einfluß nicht zu fürchten. Offenbar hielten sie es darum für besser, die bisherige Lage fortdauern zu lassen, als sich gegenüber den Vereinigten Staaten im voraus an bestimmte Friedensbedingungen zu binden.

Der einzige, der auch diesmal die Haltung der britischen Politik von ganzem Herzen billigte, war wiederum Page. Da die immer hartnäckiger werdenden Friedensgespräche in Berlin die Engländer in der Vermutung bestärkten, daß Deutschland seine Niederlage zu ahnen beginne, habe das Londoner Kabinett allen Anlaß, unter diesen Umständen einer Vermittlung ablehnend gegenüberzustehen. Die Beseitigung der deutschen Militärhegemonie sei die einzige Garantie für einen dauerhaften Frieden, da den Beteuerungen ihrer Diplomatie allein niemand mehr trauen könne[20]).

Das aber war nicht nach dem Sinn der Washingtoner Regierungskreise, die keineswegs gesonnen waren, nach dem Scheitern ihrer Verhandlungen mit den Alliierten den Plan einer neuen Weltordnung überhaupt aufzugeben. Vielmehr hielt Wilson am 27. Mai 1916 seine berühmte Rede vor der Friedensliga, bei der die wichtigsten Grundsätze der neuen Politik, die bisher nur Gegenstand vertraulicher diplomatischer Gespräche gewesen waren, an das Rampenlicht der Öffentlichkeit gebracht wurden[21]). Der Präsident ging aus von der Erkenntnis, daß der Krieg bei aller Furchtbarkeit wenigstens eine neue Denkweise begründet und die Notwendigkeit enthüllt habe, das System der Gewalt durch die Herrschaft des Rechtes zu ersetzen. Nicht mehr dürfe Bündnis gegen Bündnis, Vereinbarung gegen Vereinbarung ausgespielt, sondern es müsse ein allgemeines Abkommen getroffen werden für ein gemeinsames Ziel, das sich gründe auf die unverletzlichen Rechte der Menschheit. Die Einsicht, daß auch die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit sich der Verletzung dieser Grundsätze schuldig gemacht hätten, trage nur dazu bei, die Forderung nach der unbeschränkten Herrschaft der sittlichen Prinzipien um so

20) Page an House 23. u. 30. Mai 1916 (J. P. II, p. 256 f.).

21) Text s. Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy II, p. 186; J. P. II, p. 301. In deutscher Übersetzung: Ahrens, Das staatsmännische Werk des Präsidenten Wilson, S. 106 ff. Die Rede stützte sich weitgehend auf ein Memorandum, das House unter dem 21. Mai dem Präsidenten vorgelegt hatte.

lauter zu erheben. Allerdings beabsichtigten die Vereinigten Staaten nicht, unmittelbar in die Streitfragen der kriegführenden Mächte einzugreifen, wohl aber müsse Amerika darauf bestehen, daß gewisse allgemeine Grundsätze bei der Neuregelung der Verhältnisse beachtet würden. Dazu gehöre vor allem das Recht eines jeden Volkes, die Herrschaft selbst zu wählen, unter der es leben wolle. Ferner hätten kleine Staaten den gleichen Anspruch auf ihre Hoheitsrechte und ihre Unverletzlichkeit wie die Großmächte der Erde. Vor allem aber müsse die Welt vor jeder neuen Friedensstörung bewahrt bleiben. Gewiß verließen die Vereinigten Staaten mit der Forderung, daß diese Grundsätze auf der ganzen Welt Geltung haben sollten, die Bahnen ihrer traditionellen Politik, doch sei an dem Wunsch und Willen des amerikanischen Volkes nicht zu zweifeln, zu der kommenden Neuordnung seinen vollen Anteil beizutragen. „So aufrichtig glauben wir an diese Dinge, daß ich sicher bin, nach dem Sinn und dem Wunsch des amerikanischen Volkes zu sprechen, wenn ich sage, daß die Vereinigten Staaten gewillt sind, an jeder möglichen Verbindung von Staaten teilzunehmen, die zu dem Zweck eingegangen wird, diese Ziele zu verwirklichen und ihre Verletzung zu verhüten."

So konnte Graf Bernstorff mit Recht seiner Regierung berichten, daß Wilsons Friedenspläne immer greifbarer würden. Es sei die allgemeine Ansicht der Regierungskreise, daß ein entscheidender Sieg sowohl der Entente wie der Mittelmächte ausgeschlossen sei. Ob der Präsident freilich die Möglichkeit habe, die Alliierten zum Eintritt in Verhandlungen zu zwingen, sei eine andere Frage; gegenwärtig werde vor allem von England immer wieder der Gedanke in die Diskussion geworfen, der Präsident handele in deutschem Auftrage, wenn er seine Friedensaktion beginne. Ein solcher Eindruck sei daher von der deutschen Regierung unbedingt zu vermeiden. Vor allem House, der allein im wirklichen Meinungsaustausch mit Wilson stehe, scheine sehr besorgt, daß die Entente auf ihrer ablehnenden Haltung bestehe; aus diesem Grunde solle Deutschland selbst kein Friedensbedürfnis zeigen, da ein solcher Eindruck die Siegeshoffnungen der Alliierten nur erhöhe. Dem Präsidenten schwebe die Berufung einer Konferenz nach dem Haag vor, an welcher die neutralen Mächte nur insoweit teilnehmen sollten, als es sich um Fragen allgemeiner Art handele; eine Einmischung in die eigentlichen Friedensbedingungen dagegen sei nicht beabsichtigt[22]).

22) Tel. Bernstorff an Bethmann 28. Mai 1916 (Beil. z. U. S. 13). Dieses Tele-

Dem britischen Botschafter dagegen eröffneten sich unerfreuliche Aussichten. Die Rede des Präsidenten — so schrieb er an Grey — spiele den Deutschen in die Hände; schon lasse die deutsche Botschaft verlauten, wenn Wilson den Frieden erzwingen könne, seien ihm die deutschen Stimmen für die bevorstehende Wahl sicher. Die große Gefahr bestehe darin, daß die Alliierten die angebotene Vermittlung mit der Begründung ablehnten, eine Persönlichkeit, die den Ursachen des Krieges gleichgültig gegenüberstehe[23]), verbürge keinen gerechten Ausgang des Konfliktes. Damit gebe man den Deutschen und den Pazifisten Anlaß zu der Behauptung, daß die Mittelmächte den Frieden wollten, die Alliierten dagegen nicht. Darum müsse man betonen, daß die Entente zwar den Frieden wünsche, aber einen dauerhaften Frieden, während Deutschland durch einen vorläufigen Friedensschluß nur Zeit gewinnen wolle, um den nächsten Krieg mit besserem Erfolg zu beginnen. Gegenüber einem solchen Gegner müsse man die größte Vorsicht walten lassen, um sich nicht eines bedeutsamen Vorteils zu begeben. Ein solcher sei für die Alliierten die Möglichkeit, Deutschland die Zufuhr abzuschneiden. Komme man nun dem Präsidenten entgegen und stelle die bedingungslose Freiheit der Meere wieder her, so begebe man sich des eigenen Vorteils, während die Mittelmächte den ihrigen, den der inneren Linie, behielten. Als Gegenleistung hätten die Alliierten nur eine unsichere Zusage des Präsidenten, der aber ohne den Kongreß nichts unternehmen könne. Die Alliierten könnten also gegen Versprechen auch nur Versprechen, aber niemals reale Garantien geben[24]). Im übrigen aber müsse man den Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Washington und London beständen, die größte Aufmerksamkeit schenken. Schon einmal hätten die Vereinigten Staaten mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht, als sie während des Bürgerkrieges in London und Paris erklären ließen, eine Fortführung der Blockade berühre ihre lebenswichtigen Interessen. Er sage nicht, daß eine solche Krise bevorstehe, doch müsse man auf alles vorbereitet sein[25]). Was nun die grundsätzliche Frage einer territorialen Neuordnung betreffe, so

---

gramm, das die Lage durchaus richtig wiedergibt, ist leider erst am 30. August in Berlin eingegangen. Ferner Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 2. Juni 1916 (ebd., S. 297).

23) Der Präsident hatte in seiner Rede die Wendung gebraucht, daß die Ursachen und Ziele des Krieges die Vereinigten Staaten nichts angingen. Diese Wendung erregte in England starke Mißstimmung.

24) Spring-Rice an Grey 30. Mai 1916 (Spring-Rice II, p. 334).

25) Spring-Rice an Grey 9. Juni 1916 (ebd., p. 336).

würden die Alliierten zweifellos mit Verdacht auf ein Programm sehen, das die Unabhängigkeit Irlands und Polens umfasse. Andererseits dürften auch die Deutschen einen Vorschlag ablehnen, der die Grundsätze ihrer Politik verdamme; doch sei zu befürchten, daß sie zum Schein darauf eingingen, um sich greifbare Vorteile zu verschaffen. Wenn es auch sicher sei, daß die Vereinigten Staaten niemals gegen die Entente Partei nehmen würden, so dürften die Alliierten andererseits auch nicht auf ihre Hilfe, vielleicht nicht einmal auf ihre Sympathien rechnen[26]).

Damit hatte der Botschafter den Bedenken Ausdruck gegeben, die in den Kreisen der Entente allgemein gegen die amerikanischen Vorschläge geltend gemacht wurden. Vergebens hatte sich House schon in einer Unterredung mit Jusserand bemüht, diese Vorurteile zu zerstören. Der Botschafter war wieder auf das bekannte Argument zurückgekommen, daß der Weltfriede niemals gesichert werden könne, wenn es nicht einmal der gegenwärtigen Koalition gelinge, Deutschland entscheidend zu besiegen. Jetzt wandte sich House noch einmal an Grey und suchte seinen Einwand mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß es der Plan zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht mehr gestatten werde, Allianzen gegen Allianzen auszuspielen, sondern die ganze Welt im Kampf gegen den Angreifer vereine. Auch ein siegreiches Deutschland bilde in dieser Hinsicht keine Gefahr. Der Plan zur Aufrechterhaltung des Friedens sei ein integrierender Bestandteil der ganzen Aktion. Wenn Deutschland auf der Konferenz die erforderlichen Garantien ablehne, würden die Vereinigten Staaten diese Konferenz als kriegführende Macht an der Seite der Alliierten verlassen. An territorialen Veränderungen würde er die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich befürworten unter der Voraussetzung, daß Deutschland dafür anderweitig — vielleicht in Kleinasien — entschädigt werde[27]). Auch der Anspruch Rußlands auf einen eisfreien Hafen sei gerechtfertigt. Italien würde nach dem Nationalitätenprinzip den italienischen Teil Südtirols und die Gegend um Görz fordern können; auch dagegen sei nichts einzuwenden[28]). Das also seien die Bedingungen, unter denen er einen gerechten Frieden bei dem guten Willen der beteiligten Mächte für möglich halte. Allerdings habe er sich bemüht, die Lage nicht

---

26) Spring-Rice an Grey 16. Juni 1916 (ebd., p. 337).

27) House wußte damals noch nicht, daß die Alliierten Kleinasien durch Geheimverträge bereits unter sich aufgeteilt hatten.

28) Über Triest und die westliche Küste von Istrien sprach sich House nicht aus.

nur unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Bedingungen, sondern im Hinblick auf die Gefahren der Zukunft zu beurteilen. Selbst wenn die Macht Deutschlands im Niedergang begriffen sei, bestehe durchaus die Möglichkeit, daß sich auch die Position Englands verschlechtere. Nachdem die deutsche Gefahr beseitigt sei, könne unter veränderten Bedingungen eine neue Gefahr am Horizonte auftauchen. Wenn freilich die Alliierten das ungeheure Spiel nicht scheuten, dessen Trümpfe allein die Zukunft in Händen halte, müßten die Vereinigten Staaten sich bescheiden[29]).

Aber auch in den Kreisen der Mittelmächte war man anscheinend eher geneigt, die Waffen entscheiden zu lassen als eine Einmischung der Vereinigten Staaten in die konkreten Verhandlungen zu dulden. Vor allem machte sich in Wien eine starke gefühlsmäßige Abneigung gegen eine Vermittlungsaktion des Präsidenten geltend; man hätte dort den König von Spanien, der sich als Katholik und halber Habsburger weit größerer Sympathien erfreute, zweifellos für diese Aktion vorgezogen[30]). Auch hatte die Wendung des Präsidenten, in der er von dem Recht der kleinen Völker sprach, in Wiener Regierungskreisen nicht geringe Unruhe ausgelöst. Freilich hatte man damit an die Existenzgrundlage der Donaumonarchie überhaupt gerührt; das Nationalitätenproblem war schließlich die Lebensfrage des österreichisch-ungarischen Staates. In deutschen Kreisen konnte man die Ansicht hören, daß die allgemeine Anwendung dieses Grundsatzes auch die irische, indische und ägyptische Frage aufrollen und die Welt revolutionieren müsse[31]).

In Berlin verhinderte der Kampf um die Kriegsziele den Kanzler an einer eindeutigen Festlegung, die er, obwohl innerer Anhänger eines Verständigungsfriedens, wohl auch selbst aus taktischen Gründen für unklug hielt. Einzelne Kreise hofften bei längerem Durchhalten noch auf Siegesgewinne, andere wagten jedenfalls noch an keinen Verzichtfrieden zu denken. So sah man bei dem nicht ungünstigen Stand der militärischen Operationen keine Veranlassung, eine Vermittlung zu wünschen, die Deutsch-

---

29) "Looking at the situation from this distance, it seems that England might easily be in a worse position later, even though the fortunes of Germany recede. I think it must be looked at not only from the present viewpoint, but from what is likely to come later. In getting rid of the German peril, another might easily be created. The matter requires a dispassionate outlook free from all present prejudices... As far as I can see, there is nothing to add or to do for the moment; and if the Allies are willing to take the gamble which the future may hold, we must rest content..." (House an Grey 8. Juni 1916, J. P. II, p. 290).

30) Penfield an House 5. Juni 1916 (J. P. II, p. 259).

31) Gerard an House 7. Juni 1916 (ebd., p. 253).

land bestenfalls einen Frieden auf der Grundlage des status quo ante eingebracht hätte. Der Staatssekretär des Äußeren hat denn auch in seiner Anweisung an den Botschafter in Washington betont, daß sich zwar nicht übersehen lasse, inwieweit Deutschland in der Lage sei, eine den deutschen Interessen entsprechende Lösung der belgischen Frage herbeizuführen, ein Friede auf der Grundlage des absoluten status quo aber bei weiterem günstigen Fortgang des Krieges für die Mittelmächte unannehmbar sei. Der Präsident scheine seine Rolle als berufener Schirmherr alles dessen aufzufassen, was nach seiner Ansicht Recht und Gerechtigkeit sei; unter diesen Umständen werde eine deutsche Weigerung, auf der genannten Grundlage Frieden zu schließen, ihn wahrscheinlich veranlassen, offen in das Lager der Entente überzugehen. Sobald daher die Vermittlungsabsichten Wilsons konkretere Formen anzunehmen drohten und England die Neigung erkennen lasse, auf diese Vorschläge einzugehen, werde es die Aufgabe des Botschafters sein müssen, den Präsidenten daran zu hindern, mit einem positiven Vorschlag an Deutschland heranzutreten[32]).

Von der diplomatischen Spannung zwischen London und Washington sind wenigstens einige Symptome zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt, wenn sich auch die ganze Tiefe der Kontroverse nicht übersehen ließ. Diese Verschlechterung der anglo-amerikanischen Beziehungen wurde natürlich in Berlin mit Genugtuung aufgenommen, aber weniger, weil sich hier vielleicht zum erstenmal die Möglichkeit bot, durch eine Annäherung an die Vereinigten Staaten die deutsche Politik auf eine neue Grundlage zu stellen und zum entscheidenden politischen Schlag gegen die Alliierten auszuholen, als vielmehr, weil das Odium, das bei der ablehnenden Haltung Londons auf die Alliierten fallen mußte, das Scheitern der im Grunde auch Deutschland unerwünschten Vermittlungspläne ohne Gefährdung der deutsch-amerikanischen Beziehungen erhoffen ließ.

Und hier liegt die Tragik dieses entscheidungsvollen Jahres. Selbst wenn die Berliner Regierung damals zu einem Verzichtfrieden bereit gewesen wäre, hätte sie kaum die Möglichkeit sehen können, die Verschlechterung der englisch-amerikanischen Beziehungen, die sie vielleicht für eine ephemere Erscheinung hielt, irgendwie positiv auszuwerten. Immer nur hatte sie das Bild des einen — anglophilen und deutschfeindlichen — Wilson

32) Tel. Jagow an Bernstorff 7. Juni 1916 (Beil. z. U. S. 9).

vor Augen, während sich im wesentlichen die grundsätzliche Änderung seiner Stellungnahme ihrer Kenntnis entzog.

Darum löste die Ankündigung Bernstorffs, daß Wilsons Vermittlung vermutlich im Sommer erfolgen werde, in Berlin nur gemischte Gefühle aus. Die Andeutung des Botschafters, daß bei Scheitern der Friedenspläne eine scharfe Sprache gegen England zu erwarten sei[33]), hat man unter diesen Umständen nicht sehr ernst genommen. Das Auswärtige Amt begann sich vielmehr dafür zu interessieren, ob die Wiedereröffnung des verschärften U-Boot-Krieges auch jetzt keine Änderung der bekannten Stellungnahme in Washington erwarten lasse[34]).

Der deutsche Botschafter, der bisher angenommen hatte, daß die geplante Friedensaktion durchaus im Sinne Deutschlands sei, konnte sich eines gewissen Erstaunens nicht erwehren. Er setzte sich also mit dem Reichskanzler in Verbindung und suchte Gewißheit darüber zu erlangen, ob eine Vermittlung überhaupt verhindert werden solle oder nur ein positiver Vorschlag, der die Regierung territorial binden würde. Eine Verhinderung der Aktion an sich sei ausgeschlossen. Übrigens beabsichtige der Präsident nicht, eine ähnliche Rolle zu spielen wie in der Zeit des russisch-japanischen Krieges Roosevelt, der aus rein machtpolitischen Gründen zunächst für Japan, dann für Rußland optierte. Die gegenwärtige Passivität Wilsons erkläre sich dadurch, daß die Regierung in Washington über kein Pressionsmittel gegen England verfüge; niemals würden die Alliierten an einen ernsthaften Konflikt mit den Vereinigten Staaten glauben. Darum ziehe es der Präsident vor, die allgemeine Kriegsmüdigkeit abzuwarten, die nach einem Scheitern der Sommeroffensive wahrscheinlich sei. Falls auch dann die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sollten, würden sich die Vereinigten Staaten wahrscheinlich an Europa desinteressieren und es nach keiner Seite zum Bruch kommen lassen. Anders sei die Lage jedoch, wenn man in Berlin die Zurücknahme des den Vereinigten Staaten gegebenen Versprechens in Erwägung ziehe. In diesem Fall sei der Bruch mit Amerika selbst dann wahrscheinlich, wenn die Friedensverhandlungen am englischen Widerspruch scheitern sollten; bei einem deutschen Widerspruch sei er sicher. Er habe in Washington bereits den Eindruck abschwächen müssen, daß die deutsche Regierung eine amerikanische Vermittlung unter allen Umständen annehmen würde; Gerard sei schein-

33) Tel. Bernstorff an das Auswärtige Amt 22. Juni 1916 eingeg. (Beil. z. U. S. 10).
34) Tel. Jagow an Bernstorff 12. Juni 1916 (ebd., S. 9 f.).

bar falsch unterrichtet gewesen, als er Anfang Mai in diesem Sinne nach Washington berichtet habe[35]).

In seiner Antwort[36]) betonte der Reichskanzler, daß die Vermittlungsaktion erwünscht sei, wenn erfolgreiche Verhandlungen über die Freiheit der Meere vorausgingen. Territoriale Fragen dürften jedoch davon nicht berührt werden; eine Abrüstung sei letzten Endes erträglich.

In Washington war man inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, daß die verständnislose Haltung der Alliierten die intimen Verhandlungen zwischen ihnen und der amerikanischen Regierung allmählich als zwecklos erscheinen lasse[37]). House gaben diese Umstände Veranlassung, über die wahren Gründe des Weltkrieges nachzudenken. Er fragte sich, ob England auf die Seite der Mittelmächte getreten wäre, wenn nicht Deutschland, sondern Frankreich die belgische Neutralität verletzt hätte. Eine solche Fragestellung schien ihm zu beweisen, daß nicht die belgische Neutralität, sondern der Zwang der Verhältnisse England gegen die Mittelmächte getrieben habe. Aus Gründen der eigenen Sicherheit habe England auf dem europäischen Kontinent die Vorherrschaft einer Macht nicht dulden können, die darauf bestanden habe, die stärkste Armee und die größte Flotte zugleich zu besitzen[38]).

Um diese Zeit verschärfte England aufs neue die Blockade. Der Eindruck in Washington war unter den obwaltenden Umständen natürlich denkbar ungünstig. Der Präsident erklärte seinem Berater, daß er nunmehr am Ende seiner Geduld mit Großbritannien und den Alliierten angekommen sei; er erwäge nunmehr ernsthaft, den Kongreß um die Voll-

---

35) Tel. Bernstorff an Bethmann 13. Juli 1916 (Beil. z. U. S. 10 ff).

36) Vom 18. August; das Telegramm Bernstorffs war erst am 16. August in Berlin eingegangen.

37) "I have come to feel that if the Allies cannot see more clearly in the future than they have in the past, it is hardly worth while for us to bother as much as we have" (House an Page (undatiert) J. P. II, p. 304).

38) "It was tiresome. I told Buxton to hear the English declare they were fighting for Belgium and that they entered the war for that purpose. I asked if in his opinion Great Britain would have entered the war against France if she had violated Belgium or, indeed, whether Great Britain would not have gone into the war on the side of the Allies even if France had violated Belgium. In my opinion, the purpose of Great Britain's entrance into the war was quite different from that. The stress of the situation compelled her to side with France and Russia against the Central Powers. Primarily it was because Germany insisted upon having a dominant army and a dominant navy, something Great Britain could not tolerate in safety to herself" (Notiz vom 29. Juni 1916, J. P. II, p. 266).

macht eines Anleiheverbotes und einer Ausfuhrbeschränkung zu ersuchen[39]). Mit dem britischen Botschafter sprach Wilson ernst und eindringlich über die dauernden Vertragsverletzungen durch England; Sir Cecil Spring-Rice hat denn auch eine deutliche Warnung nach London gesandt und betont, daß England, in erster Linie seine diplomatische Vertretung, die Verantwortung für diese Maßnahmen zu tragen habe, nicht dagegen die Verbündeten, die in Unkenntnis der wahren Lage auf einer Verschärfung der Blockade beständen[40]). Diesen Umstand griff Grey auf, um die englischen Maßnahmen vor der amerikanischen Regierung zu rechtfertigen. Die britische Regierung — so erklärte er — sei darauf angewiesen, in Gemeinschaft mit Frankreich zu handeln; wenn die Engländer von sich aus die Blockade einstellten, könne das unter Umständen den Bruch mit Paris bedeuten. In etwas indigniertem Ton fügte der Staatssekretär hinzu, daß zwar Deutschland jede Gelegenheit begrüßen würde, einen Keil in die feindliche Allianz zu treiben; von Amerika habe man jedoch mehr Verständnis für die schwierige Lage der britischen Regierung erwartet. Überhaupt mußte man in London sehen, wie sich die Sympathien der amerikanischen Öffentlichkeit für die Sache der Alliierten sichtlich verringerten. Als um diese Zeit das Vorgehen der Engländer in Irland zum Gegenstand einer Aussprache im amerikanischen Senat gemacht wurde, fragte Grey, warum man sich nicht in ähnlicher Weise gegen die Behandlung der Belgier oder die armenischen Greuel wende[41]).

Vorläufig jedoch konnte sich Washington noch nicht zu wirksamen Maßnahmen entschließen. Vor allem hatte House dem Präsidenten geraten, zunächst dem britischen und französischen Botschafter Mitteilung von den beabsichtigten Maßnahmen zu machen, bevor man den Kongreß um die fragliche Ermächtigung ersuche; dagegen hatte er die Rückberufung des Londoner Botschafters energisch befürwortet[42]).

Paralysiert wurde die für Deutschland günstige Wirkung dieser englisch-amerikanischen Spannung allerdings durch die ungünstigen Nachrichten, die aus Berlin einliefen. So hatte Bernstorff die Amerikaner auf die Gefahr einer Zurücknahme der den Vereinigten Staaten gegebenen Zu-

---

39) Wilson an House 23. Juli 1916 (House Collection vgl. Senate Reports 74th Congress, 2nd Session Vol. III, p. 141).
40) Spring-Rice an Lord Robert Cecil 13. August 1916 (Spring-Rice II, p. 345).
41) Grey an House 28. August 1916 (J. P. II, p. 318).
42) House an Polk und Wilson 25. Juli 1916 (J. P. II, p. 315).

sicherungen aufmerksam machen müssen, da die Londoner Deklaration durch die letzten britischen Maßnahmen völlig wirkungslos geworden sei[43]). Die Berichte Gerards bildeten dazu eine unerfreuliche Begleitmusik, die nur zu sehr geeignet war, Bernstorffs Befürchtungen in vollem Umfang zu bestätigen. Der Gegensatz zwischen militärischer Leitung und Zivilregierung — schrieb der Botschafter — arte fast zum Bürgerkrieg aus; der Kaiser aber lasse die Dinge treiben. Jedenfalls habe augenblicklich die Armee in außenpolitischen Fragen mindestens soviel zu sagen wie der zuständige Staatssekretär; in den militärischen Kreisen machten sich in steigendem Maße Tendenzen bemerkbar, den Kanzler und das angeblich anglophile Auswärtige Amt zu beseitigen. Die Ernennung Hindenburgs zum Chef des Generalstabes sei nicht nur eine militärische Notwendigkeit, sondern auch eine Konzession an die öffentliche Meinung; die Stellung des neuen Generalstabschefs zu Amerika sei nicht hinreichend bekannt, werde aber von der Botschaft günstig beurteilt[44]). So deuteten alle Anzeichen darauf hin, daß Deutschland seine Kräfte zu einer großen militärischen Anstrengung zusammenfaßte.

Darüber allerdings konnte kein Zweifel bestehen, daß der militärische Schwerpunkt des Vierbundes in Berlin zu suchen war, und dieser Umstand hat so etwas wie eine mitleidige Sympathie für die Donaumonarchie in allen jenen Kreisen der Entente erweckt, die im Kampf gegen die Mittelmächte alle Anstrengungen gegen Deutschland zusammengefaßt wissen wollten, während man Österreich-Ungarn mehr oder weniger als quantité négligeable behandelte.

Überhaupt läßt sich der glänzende Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht als vielleicht tiefste Ursache seiner außenpolitischen Isolierung erkennen. Da entfernte Beobachter die Dinge oft richtiger beurteilen als die handelnden Personen, hat House vielleicht nicht ganz mit Unrecht zu Bernstorff geäußert, Deutschland hätte sich nach Abschluß der franko-russischen Allianz um jeden Preis mit England verständigen müssen; Großbritan-

---

43) Bernstorff an House 14. Juli 1916 (I. P. II, p. 330).

44) Gerard an House 16. und 30. August 1916 (I. P. II, p. 330 f.). Auch House und Bernstorff hielten Hindenburgs Ernennung für einen Sieg des Kanzlers. Als House in Berlin weilte, erklärte ihm Bethmann-Hollweg, Hindenburg werde sich für Bedingungen einsetzen, die in Deutschland unpopulär, für die Alliierten aber annehmbar seien. Dadurch erklärten sich zwei an sich widersprechende Informationen: Bethmann-Hollweg hatte durch die Gräfin Bernstorff dem Botschafter sagen lassen, er wisse nicht, wie lange er noch den U-Boot-Krieg verhindern könne; nach der Ernennung Hindenburgs telegraphierte der Kanzler, die Botschaft sei überholt. Vgl. I. P. II, p. 332.

nien würde dann selbst ein Interesse daran gehabt haben, Deutschland zur militärisch beherrschenden Macht auf dem Kontinent werden zu lassen. Der Botschafter, bekanntlich schon immer Anhänger einer Westorientierung der deutschen Politik, stimmte begeistert zu[45]).

Denn die große Problematik einer Rivalität der Großmächte begann nun auch für Amerika akut zu werden. Am 8. September hatte der Kongreß die Flottenvorlage der Regierung genehmigt, die das Land zur annähernd zweitstärksten Seemacht der Welt machen sollte. Wenn auch diese Maßnahme nicht in demselben Sinn gegen England gerichtet war wie die beginnende militärische Bereitschaft zu Anfang des Jahres gegen Deutschland, ließ sie doch die feste Entschlossenheit der Vereinigten Staaten erkennen, sich die nötigen Machtmittel zu verschaffen, um ihr Programm unter Umständen auch gegen die Alliierten durchzusetzen. Daß Amerika damit dem britischen Weltreich die Herrschaft zur See streitig machte und diese Kräfteverlagerung weltpolitisch nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben konnte, hat House sofort erkannt. Der tiefste Grund der anglo-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten — so ließ er sich wenige Wochen später vernehmen — sei der Entschluß der Vereinigten Staaten, eine Stellung einzunehmen, die Deutschland vor dem Kriege eingenommen hatte. Auch die leidenschaftlichen Proteste, die in England wahrscheinlich gegen eine solche Auffassung erhoben würden, könnten an der Tatsache selbst nichts ändern. Der Präsident meinte, unter diesen Umständen bleibe den Vereinigten Staaten nur übrig, eine noch größere Flotte zu bauen. Sein Berater erinnerte ihn jedoch daran, daß schon Deutschland dasselbe versucht habe, von England aber im entscheidenden Augenblick daran gehindert worden sei. Schon vor Ausbruch des Weltkrieges habe er das vorausgesagt. Darum werde Großbritannien den Vereinigten Staaten nicht einmal die Parität gestatten, wenn es dies verhindern könne[46]). Als House am nächsten Tag gegenüber Page dieselbe Auffassung geltend machte, bekam er den leidenschaftlichen Widerspruch des Botschafters zu hören; doch mußte Page schließlich zugeben, daß England nicht darauf verzichten werde, die stärkste Flotte der Welt zu besitzen. Den Einwand, daß England auch bei Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich an die Seite der Alliierten getreten wäre, vermochte der Botschafter ebenfalls nicht zu entkräften. Seine Andeutung, daß die Amerikaner der

---

45) Notiz vom 3. Sept. 1916 (J. P. II, p. 332).
46) Notiz vom 24. Sept. 1916 (J. P. II, p. 317).

britischen Regierung mehr Entgegenkommen hätten zeigen sollen, wurde von House scharf zurückgewiesen; wenn die Vereinigten Staaten wirklich zunächst die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, dann den Alliierten unbegrenzte Kredite eingeräumt und endlich zu ihren Gunsten auch militärisch eingegriffen hätten, würden die Engländer schließlich doch noch behauptet haben, daß alles dies nur geschehen sei, um Deutschland auf Kosten der Entente günstigere Bedingungen zu sichern[47].

Am gleichen Tage, an dem die Flottenvorlage bewilligt worden war, hatte der Kongreß den Präsidenten auch zu Vergeltungsmaßnahmen gegen England ermächtigt. Wilson setzte sich nun mit dem Handelsamt der Vereinigten Staaten in Verbindung, das in seinem Gutachten dem Präsidenten von der geplanten Maßnahme mit der Begründung abriet, ein Embargo werde die amerikanische Wirtschaft mehr schädigen als die kriegführenden Mächte. Daraufhin hat der Präsident von seiner Vollmacht keinen Gebrauch gemacht[48].

So drohte sich durch die Politik des Präsidenten der anglo-amerikanische Gegensatz unheilvoll zu vertiefen. Schon wurde in Londoner Regierungskreisen ganz offen von der Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen gesprochen, wenn Washington versuchen sollte, die Vergeltungsmaßnahmen wirklich in Kraft zu setzen[49]. Bernstorff hatte sich also noch sehr milde ausgedrückt, wenn er zu berichten wußte, die Verschlechterung der Stimmung in Washington gegenüber England lasse ernste anglo-amerikanische Meinungsverschiedenheiten erwarten, falls die Vermittlungspläne scheitern sollten[50]. Eine solche Entwicklung aber suchte House mit allen Mitteln zu verhindern. Um eine Wiederannäherung herbeizuführen, setzte er sich mit dem britischen Marineattaché Guy Gaunt in Verbindung; der Kapitän, der vor seiner Abreise nach England stand, sollte dort in diesem Sinne tätig sein[51]. Der Präsident — so klagte House — habe eine seltsame Art, die Alliierten zu verletzen. Gewiß gebe

47) Notiz vom 25. Sept. 1916 (J. P. II, p. 319).

48) Immer wieder ist dieser Umstand als Beweis dafür herangezogen worden, daß die Politik Wilsons von den Wirtschaftsmächten diktiert gewesen sei. Dazu ist zu bemerken, daß kein Staatsmann der Welt, um ein außenpolitisches Ziel zu erreichen, Maßnahmen treffen wird, die auf das eigene Land zurückfallen.

49) Notiz vom 20. Sept. 1916 (J. P. II, p. 321).

50) Tel. Bernstorff an das Auswärtige Amt 20. Okt. 1916 (Beil. z. U. S. 16). Am 11. Okt. hate das Auswärtige Amt ein Telegramm des Botschafters erhalten, das Berlin von den beschlossenen Vergeltungsmaßnahmen in Kenntnis setzte (ebd., S. 304).

51) Notiz vom 26. Okt. 1916 (J. P. II, p. 327).

er zu, daß sie die Geduld der Vereinigten Staaten über Gebühr mißbraucht hätten; wenn man es aber durchaus zum Bruche treiben wolle, so solle man den Konflikt mit Deutschland suchen, dessen Regierung jedes Recht auf Rücksicht endgültig verwirkt habe. Vorläufig sei die Lage immer noch so, daß die Vereinigten Staaten aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit zu den Alliierten halten müßten, solange man dies mit Würde tun könne[52]). In diesem Gegensatz zwischen Wilson und House zeigen sich die zwei Richtungen der amerikanischen Politik: die eine glaubte aus Furcht vor einer späteren Isolierung auf die Anlehnung an die Westmächte nicht verzichten zu dürfen, obwohl man den tiefen Gegensatz zwischen den beiderseitigen Zielen erkannt hatte, die andere wollte aus eigener Kraft die Neuordnung der Welt auch ohne die Entente und notfalls gegen sie erzwingen[53]). Die Zukunft mußte lehren, welche von beiden Tendenzen Sieger blieb.

---

52) ebenda.

53) Auch nach der Kriegserklärung an Deutschland hat den Präsidenten eine tiefe Skepsis gegenüber den Zielen der Alliierten nicht verlassen. Um den Erfolg des gemeinsam geführten Feldzuges nicht zu gefährden, durfte er natürlich diese Gegensätze nicht öffentlich bekannt werden lassen; doch dachte er daran, den Alliierten später auf Grund ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten den amerikanischen Standpunkt aufzuzwingen. Bezeichnend dafür ist sein Brief an House vom 21. Juli 1917: “England and France have not the same views with regard to peace that we have by any means. When the war is over we can force them to our way of thinking, because by that time they will, among other things, be financially in our hands; but we cannot force them now, and any attempt to speak for them as to our common mind would bring on disagreements which would inevitably come to the surface in public and rob the whole thing of its effect. I saw all this too plainly in a conversation with Viviani: Our real peace terms-those upon which we shall undoubtedly insist — are not now acceptable to either France and Italy, leaving Great Britain for the moment out of consideration“ (House Collection, vgl. Senate Reports 74th Congress, 2nd Session III, p. 86; J. P. III, p. 54).

IV.

Grundlinien englischer Friedenserwägungen.

In britischen Kreisen jedenfalls schien man dem Präsidenten nicht die Fähigkeit zuzutrauen, seine politische Linie gegenüber dem Kongreß und der Stimmung des Landes durchzusetzen. Aus diesem Grunde hatte Sir Cecil Spring-Rice seiner Regierung auch von einem Eingehen auf die amerikanischen Vorschläge abgeraten. Die Garantie für England, daß die Vereinigten Staaten bei einer Ablehnung der vereinbarten Bedingungen durch die Mittelmächte am Kriege teilnehmen würden, sei nur eine scheinbare, da niemand wissen könne, ob im entscheidenden Augenblick eine solche Aktion vom Kongreß gebilligt werde. Aus demselben Grunde sei auch jenes Vorhaben nur eine unsichere Hypothese, daß Amerika in einem kommenden Konflikt gegen den Angreifer Partei nehme, wie es das geplante System der kollektiven Sicherheit vorsehe. Bestenfalls lasse sich eine Absperrung des amerikanischen Marktes für die Partei denken, die für den Ausbruch eines solchen Krieges verantwortlich sei; selbst diese Eventualität aber könne verhängnisvoll werden, wenn es der angreifenden Macht gelinge, die Schuld an der Katastrophe auf die Westmächte zu schieben[1]).

Diese Beweisführung hat Sir Edward Grey wohl kaum überzeugt, der in London mit größter Unruhe die Entwicklung der Dinge verfolgte; denn nicht seinem eigenen Urteil, sondern dem Zwang der Verhältnisse war er gefolgt, als er sich dem amerikanischen Interventionsangebot gegenüber ablehnend verhielt. Noch im September hat der Staatssekretär versucht, Lloyd George von der gefahrvollen Lage zu überzeugen, in die jene Politik des laisser faire England gebracht habe. Er sei stets der Ansicht gewesen, solange die Alliierten nicht des Sieges sicher seien, müsse die Tür für Wilsons Vermittlung offen gehalten werden; sie sei jetzt, soweit man sehe, für immer zugeworfen[2]). Demgegenüber betonte der Kriegsminister Lloyd George, daß eine solche Vermittlung Großbritannien in eine unhaltbare Lage bringen könne; denn wenn sich auch die britische Regierung die Freiheit der Entscheidung vorbehalten habe, hätte doch eine Ableh-

1) Spring-Rice an Grey 4. Sept. 1916 (Spring-Rice II, p. 347).
2) Grey an Lloyd George 21. Sept. 1916 (Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg I, S. 329).

nung selbst unmöglicher Bedingungen durch die Alliierten rein stimmungsmäßig einen ungünstigen Eindruck gemacht[3]). Andererseits bestand ja auch in den Londoner Regierungskreisen durchaus noch keine Klarheit über die englischen Friedensbedingungen; niemals hat Grey dem Kabinett dahingehende konkrete Vorschläge unterbreitet[4]).

So schien das Staatsschiff des britischen Weltreiches führerlos dahinzutreiben, ohne Idee, ohne Plan, ohne Ziel, alles der Gunst des Schicksals überlassend. Und doch ist in jenen Tagen ein Versuch gemacht worden, der britischen Politik eine große Linie zu sichern und ein Programm zu entwerfen, um die durch den Krieg geschaffenen Probleme in einem für England befriedigenden Sinne zu lösen. Dieses Programm stammt von Balfour, dem improvisierenden Theoretiker des englischen Kabinetts, und wenn er auch gewiß nicht im Namen seiner Ministerkollegen sprechen durfte, so sind seine Darlegungen doch interessant genug, um auf die englische Politik ein bezeichnendes Licht zu werfen. Seine Darlegungen beschränkten sich jedoch im wesentlichen auf den Komplex europäischer Probleme, ohne die außereuropäischen Verhältnisse oder allgemeine Fragen wie Völkerrecht und Abrüstung näher zu berühren. Seine berühmte Denkschrift vom 4. Oktober[5]), deren Diskussionsgrundlage die Annahme eines besiegten Deutschland war, läßt vor allem zwei Prinzipien erkennen: einmal durch die Neugestaltung Europas auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips die Ursachen eines neuen Krieges nach Möglichkeit zu beseitigen, dann aber auch durch Abtrennung deutscher Gebiete vom Reich die Machtposition der Mittelmächte so zu schwächen, daß ihnen die Möglichkeit einer agressiven Politik genommen würde.

Das sei vor allem — so führte Balfour aus — wichtig im Hinblick auf das Problem Mitteleuropa. So gern er persönlich in beschränktem Umfang Österreich-Ungarn weiterbestehen sehe, könne doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß das Ergebnis des Krieges entweder der völlige Zerfall der Donaumonarchie sei oder wenigstens der Verlust ihrer slawischen, italienischen und rumänischen Gebiete. Im ersten Fall werde sich der deutsche Teil der Monarchie wahrscheinlich mit dem Reich vereinigen, während Ungarn entweder isoliert oder in abhängiger Stellung zurückbleibe; im

3) Lloyd George an Grey 2. Okt. 1916 (ebd., S. 330).
4) Lloyd George a. a. O., S. 344.
5) Text s. Blanche Dugdale: Arthur James Balfour II Appendix, Lloyd George: War Memoirs II, p. 877 ff.; in deutscher Übersetzung Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg I, S. 345 ff.

zweiten Fall werde die geschwächte Doppelmonarchie, die kaum noch den Namen einer Großmacht verdiene, aus einem sehr starken Schutzbedürfnis mit Deutschland in engem politischen und wirtschaftlichen Bündnis stehen. In jedem Falle werde das Ergebnis also eine erhebliche Machtsteigerung Deutschlands sein. Gewiß könne man dagegen geltend machen, daß eine derartige Veränderung die Lage insofern modifizieren würde, als das starke Übergewicht der katholischen und süddeutschen Elemente bei einem Anschluß Deutsch-Österreichs an die Hohenzollernmonarchie die Gefahren des preußischen Militarismus bedeutend verminderе. Überhaupt könne man häufig den Einwand hören, daß Deutschland nach einem Kriege, für den man die preußische Politik und die preußische Dynastie verantwortlich mache, zu den föderalistischen Tendenzen seiner Vergangenheit zurückkehren werde. Ganz abgesehen davon, daß er persönlich diese Schlußfolgerung bezweifle, könne er nur dringend vor dem Versuche warnen, solche Verhältnisse bewußt herbeizuführen und die innere Politik des Reiches irgendwie zu beeinflussen. Er brauche nur an das napoleonische Experiment nach der Schlacht von Jena zu erinnern, den preußischen Staat zu zerschlagen; kein Versuch sei jemals kläglicher gescheitert. Darum sei er überzeugt, daß Deutschland seiner potentiellen Stärke nach auch im Falle einer Niederlage eine große Gefahr für die Westmächte bleiben werde.

Aus diesem Grunde teile er nicht die Meinung jener Kreise, die eine Bedrohung des europäischen Gleichgewichtes durch die Mächte des Slawentums befürchteten. Die slawischen Völker seien nicht nur unter sich uneinig, sondern auch durch Sprache, Religion und Regierungsform voneinander geschieden. Die einzige Großmacht unter ihnen dürfte nach dem Kriege ein Opfer revolutionärer Kämpfe werden, und er glaube nicht, daß Großbritannien ernsthaft mit einem Rußland zu rechnen habe, das in Europa eine Vorherrschaft erstrebe, geschweige daß es sie erringen werde. Wohl aber sei die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Rivalität zwischen beiden Großmächten in Asien erneuere.

Mit dieser Erkenntnis aber gewinne die polnische Frage für Großbritannien eine ganz besondere Bedeutung. Die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit lasse befürchten, daß der neue Staat unter denselben Krankheiten zu leiden habe, an denen der alte zu Grunde gegangen sei, und daß ein unabhängiges Polen zu einem Schauplatz ewiger Intrigen zwischen Deutschland und Rußland werde und daher nicht der Sache des

Friedens diene, sondern ein beständiger Herd außenpolitischer Gefahren sei. Aber selbst wenn es Polen gelingen würde, seine völlige Unabhängigkeit zu wahren, so bezweifle er, ob das Dasein eines solchen Staates für die Westmächte von Vorteil wäre. Das französisch-russische Bündnis würde durch einen solchen Pufferstaat wertlos gemacht; Deutschland aber könnte ungehindert seine ganze Kraft der Entfaltung seiner westlich orientierten Bestrebungen zuwenden, was zweifellos eine ernste Bedrohung nicht nur für Frankreich, sondern auch für England sei. Zu gleicher Zeit aber werde eine Abschnürung Rußlands von der übrigen europäischen Staatenwelt das Interesse der russischen Macht in einem Ausmaß auf Vorderasien und den Fernen Osten lenken, das ernste englisch-russische Meinungsverschiedenheiten befürchten lasse. Alle Bestrebungen der britischen Staatskunst müßten also darauf gerichtet sein, Rußland von Asien abzulenken und mit allen Mitteln zu verhindern, daß es seinen Charakter als europäische Großmacht verliere.

Damit ergebe sich die den britischen Interessen am besten entsprechende Lösung der polnischen Frage von selbst. Das neue Polen solle nicht nur den polnischen Teil Rußlands, sondern auch Galizien und die polnischen Gebiete Preußens umfassen; ein großes Maß von Autonomie sei dem neuen Staate zuzubilligen, doch müsse er ein integrierender Bestandteil des Russischen Reiches bleiben.

Unter der Voraussetzung, daß die Mittelmächte selbst bei den größten Gebietsverlusten nach wie vor in der Verteidigung sowohl wie im Angriff sehr stark sein würden, werde auch nach dem Kriege der Friede der Welt wie bisher von Defensivbündnissen abhängig sein, die jene Mächte, die ihren Besitz zu erhalten wünschten, gegen die andern, die nach Erweiterung ihrer Grenzen strebten, ins Leben riefen. Auch die Aussicht, daß in Zukunft internationale Gerichtshöfe den Völkerfrieden sichern sollten, könne darüber nicht hinwegtäuschen. Nichts jedoch entbinde Großbritannien von der Verpflichtung, für die Beseitigung aller Ursachen Sorge zu tragen, die einen Anreiz für neue Kriege bieten könnten. Vor allem gehöre dazu die Aufgabe, allen Staaten wenigstens mittelbar einen Zugang zum Meere zu gewähren. So selbstverständlich es sei, Deutschlands imperialistische Tendenzen im Hinblick auf Kleinasien und Mesopotamien zu verhindern, so verfehlt sei es, den Handel Österreich-Ungarns mit dem östlichen Mittelmeere auf Gnade und Ungnade den Balkanstaaten auszuliefern. Die Aufgabe werde wohl am besten dadurch gelöst, daß man die

Verträge für internationale Stromschiffahrt mit den entsprechenden Modifikationen auf Häfen und Eisenbahnen übertrage.

Zur Frage der Entschädigungen sei zu bemerken, daß selbst ein voller Sieg der Alliierten niemals dazu verleiten dürfe, die Mittelmächte finanziell und wirtschaftlich zu ruinieren. Wohl aber sei er der Meinung, daß Deutschland für alle Schäden aufkommen müsse, die seine Armeen in Belgien, Serbien und Nordfrankreich angerichtet hätten; ferner müsse Berlin gezwungen werden, soviel Schiffe auszuliefern, wie es im Verlauf des U-Boot-Krieges versenkt habe. Das seien Forderungen, die zu befriedigen in der Macht der deutschen Regierung liege, und darum sei es das gute Recht der Alliierten, sie zu erheben.

Das also waren die Bedingungen, die Großbritannien nach dem Urteil Balfours bei der Neuordnung der europäischen Verhältnisse befürworten sollte. Es ist unbekannt, wie sich die übrigen Kabinettsmitglieder zu diesen Vorschlägen verhalten haben, zumal die Voraussetzung einer deutschen Niederlage weniger als je gegeben war. Im Gegenteil waren die Sommeroffensiven, auf die man in den Ländern der Entente so große Hoffnungen gesetzt hatte, sämtlich fehlgeschlagen, und auch der Kriegseintritt Rumäniens hatte die Entscheidung in einem für die Alliierten günstigen Sinne nicht herbeizuführen vermocht. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß sich immer lauter die Forderung erhob, den Krieg auf andere Weise als durch die Entscheidung der Waffen zu beenden. Sehr großes Erstaunen aber erregte es, als schon wenige Wochen später Lord Lansdowne mit einem Memorandum hervortrat, in dem er unter Berücksichtigung der immer schwieriger werdenden Lage der Alliierten auf die Aussichtslosigkeit entscheidender Erfolge hinwies und das Kabinett in mehr oder weniger verhüllten Worten bat, die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens in ernsthafte Erwägung zu ziehen[6]). Dieses Dokument eines Staatsmannes vom Range Lansdownes, des Begründers der Entente cordiale, machte auf die Mitglieder des britischen Kabinetts einen tiefen Eindruck. Der Premierminister setzte sich zunächst mit dem britischen Generalstabschef Sir William Robertson in Verbindung, um sein Urteil über die militärische Lage zu hören. Der General wies die Möglichkeit einer Niederlage der alliierten Armeen weit von sich; nur müßten alle verfügbaren Kräfte auf der Westfront eingesetzt werden, um mit ent-

6) Text s. Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg I, S. 333 ff.

scheidenden militärischen Erfolgen rechnen zu können. Damit lag die Entscheidung bei der Politik. Der Außenminister verhielt sich dem Vorschlag gegenüber völlig indifferent, so daß er — wie Lloyd George ironisch bemerkt — in jedem Falle gedeckt war: niemand konnte ihm später eine Kritik vorwerfen, falls sich die Auffassung Lansdownes bestätigte; wenn sie sich aber als falsch erwies, konnte niemand den Staatssekretär beschuldigen, auch nur ein einziges Wort der Zustimmung geäußert zu haben. Lloyd George, wohl damals schon der starke Mann des Kabinetts, vertrat seinem eigenen Bericht zufolge die Ansicht, daß der einmal begonnene Krieg bis zum siegreichen Ende durchgefochten werden müsse; auch Lord Cecil und Henderson waren Gegner von Verhandlungen, da nach ihrer Auffassung nur eine deutsche Niederlage die Gewähr für einen dauerhaften Frieden bot. Nach einigem Zögern entschied sich Asquith schließlich im gleichen Sinne[7]. Damit war Lansdownes Friedensanregung erledigt; die britische Politik hatte endgültig den Gedanken eines Verständigungsfriedens abgelehnt.

Und doch hatte die Diplomatie nicht mehr die Möglichkeit freier Entschließungen; vielmehr wurden alle Regierungen im Grunde beherrscht von der geheimen Angst, entweder einen Frieden annehmen zu müssen, für den man die Verantwortung nicht glaubte tragen zu können, oder bei einem Scheitern der Verhandlungen die Völker nicht mehr erneut zum Kämpfen zu bringen[8]. Denn wie hätte man dem englischen Industriearbeiter klar machen sollen, daß der Friede nur an der serbischen Frage gescheitert sei und er nunmehr für einen kleinen Gebietsstreifen um Belgrad aufs neue zu den Waffen greifen müsse? Wie konnte man dem russischen Bauern zumuten, für die französischen Interessen an Elsaß-Lothringen in den Tod zu gehen? Oder wie sollte man den Handwerker aus der Bretagne überzeugen, daß die Fortdauer des entsetzlichen Gemetzels notwendig sei, um den Russen Konstantinopel zu verschaffen? Solange die Kriegsziele verschleiert blieben, standen die Völker unter dem Eindruck, aus Gründen der Selbsterhaltung den gemeinsamen Gegner vernichten zu müssen; in dem Augenblick aber, wo diese Illusion zerstört war, mußten die aufgewühlten Kriegsleidenschaften einer tiefen Friedensstimmung weichen, die für machtpolitische Kombinationen allerdings alles befürchten ließ. Und so umging der Politiker, der nicht wagte, den Völkern die

7) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg I, S. 354 f.
8) ebenda, S. 360.

Wahrheit zu sagen, den Gang zum Verhandlungstisch und schob die Verantwortung für die Fortführung des Krieges auf die Militärs: Die Diplomatie, durch die Wucht der entsetzlichen Katastrophe zur Ohnmacht verdammt, nahm ihre Zuflucht zu den Urinstinkten der Menschheit.

Wenn sich jedoch die Londoner Regierung für die energische Fortführung des Krieges entschlossen hatte, so war damit doch keineswegs die Gefahr beseitigt, daß ihre Verbündeten eines Tages erklärten, am Ende ihrer Kräfte angekommen zu sein, und darum die Einleitung von Verhandlungen fordern würden. Falls diese Eventualität eintrat, stand England vor der Wahl, sich entweder ebenfalls in Friedensverhandlungen einzuschalten oder den Krieg allein fortzusetzen. Wenn auch Grey nicht wußte, ob die Intervention des Präsidenten Wilson noch im Geiste der angloamerikanischen Solidarität möglich sei[9]), wollte er die Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, seine Ministerkollegen von dieser Möglichkeit, den Krieg zu beenden, in Kenntnis zu setzen. In diesen Tagen wurde beschlossen, eine britische Mission nach Petrograd zu senden, um die russische Solidarität mit den Westmächten zu befestigen[10]). Auch Grey sollte ihr angehören; da er infolgedessen für längere Zeit ohne Fühlung mit dem Londoner Kabinett gewesen wäre, verfaßte er zur Information der übrigen Minister eine Denkschrift, in der er dem Kabinett empfahl, die Intervention der Vereinigten Staaten ernsthaft in Erwägung zu ziehen, falls das Vorgehen der Verbündeten einen Frieden vor der Niederwerfung Deutschlands unvermeidlich mache[11]). Bald nachdem der Staatssekretär diese Note niedergeschrieben hatte, trat die Koalitionsregierung Asquith zurück; ihre Erbschaft übernahm das Kriegskabinett Lloyd George.

---

9) Im Lichte der späteren Ereignisse gewann Grey den Eindruck, daß die ganze Frage nicht mehr aktuell war, nicht wegen der englisch-amerikanischen Spannung, sondern weil nach seiner Meinung Wilson selbst den Interventionsgedanken fallen gelassen habe, da er auf Grund seiner Verhandlungen mit Berlin inzwischen wissen mußte, daß Bedingungen, die er für gerecht hielt, bei der deutschen Regierung ohne Gewalt nicht durchzusetzen sein würden. Ganz abgesehen davon, daß der Präsident über die deutschen Bedingungen damals nur sehr oberflächlich orientiert war, hat er sich weder von Berlin noch von London in seiner Aktion beirren lassen; gerade das "Gentleman-Agreement" vom Februar sah doch den Kriegseintritt gegen diejenige Mächtegruppe vor, die seine Bedingungen ablehnte. Schließlich wäre es auch immerhin denkbar gewesen, daß Berlin im Laufe der Verhandlungen bedeutende Zugeständnisse gemacht hätte. Grey entwirft also hier ein ganz falsches Bild der Lage.

10) Grey: Fünfundzwanzig Jahre Politik II, S. 115.

11) Text s. ebenda.

V.

Die Entstehung des deutschen Friedensangebotes.

Inzwischen hatte auch in Berlin die Lage eine wesentliche Zuspitzung erfahren. Trotz der beträchtlichen Erfolge bei der Abwehr der feindlichen Sommeroffensiven war es den deutschen Truppen nicht gelungen, die feindlichen Linien zu durchbrechen; auf allen Fronten machte sich eine fühlbare Ermattung bemerkbar, über die auch der siegreiche Fortgang des rumänischen Feldzuges nicht hinwegtäuschen konnte. Mit steigender Erbitterung aber bemerkte man, daß es Präsident Wilson nicht gelungen war, die Freiheit der Meere wiederherzustellen. Unter diesen Umständen erwog man mehr und mehr die Zurücknahme eines Versprechens, das nur unter dieser Voraussetzung gegeben worden war. Wilson hatte es damals zwar mit Entschiedenheit abgelehnt, eine bedingungslose Verpflichtung durch irgendwelche Vorbehalte relativieren zu lassen; doch glaubte man in den militärischen Kreisen Deutschlands über seine Proteste hinweggehen zu können, wenn der Einsatz der Waffe den Sieg versprach.

Der Kanzler wurde durch diese Entwicklung der Dinge in eine peinliche Lage versetzt. Bisher hatte er den U-Boot-Krieg durch den Hinweis auf die großen politischen Gefahren, denen nur geringe Erfolgsaussichten gegenüberstanden, zu verhindern vermocht. In dem Maße aber, wie die marinetechnischen Bedingungen sich verbesserten, die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes aber dahinschwanden, mußte die Stellung des Kanzlers mehr und mehr unhaltbar werden. Solange der nicht besonders beliebte Falkenhayn, übrigens selbst überzeugter Anhänger eines Verständigungsfriedens, an der Spitze des deutschen Generalstabes stand, hielten sich Gegner und Befürworter des U-Boot-Krieges ungefähr die Waage. Nachdem Hindenburg seine Nachfolge angetreten hatte, änderte sich die Lage. Die Oberste Heeresleitung hatte ursprünglich auf Seite des Kanzlers gestanden; im weiteren Verlauf des Herbstfeldzuges näherte sie sich jedoch mehr und mehr dem Standpunkt der Marine. Ausschlaggebend dürfte bei ihr der Umstand gewesen sein, daß sie keine andere Möglichkeit einer siegreichen Beendigung des Krieges mehr sah.

Auch die Volksstimmung wandte sich gegen den Kanzler. Mit Grauen und Entsetzen sah man sich vor dem Beginn eines neuen Winterfeldzuges,

ohne daß eine siegreiche Entscheidung zu erhoffen war. Im Lande selbst aber ging das drohende Gespenst des Hungers um. So schrie man immer lauter nach dem Einsatz einer Waffe, die den Erfolg allein zu verbürgen schien. Mit bangem Hoffen blickten Millionen auf den Mann, den der Kaiser an das höchste militärische Kommando berufen hatte, auf den Sieger von Tannenberg, mit einer Art von zorniger Verachtung dagegen auf die politische Leitung, die in der Meinung des Volkes weder etwas tat, um eine siegreiche Entscheidung herbeizuführen, noch irgendwelche Maßnahmen ergriff, um das entsetzliche Blutvergießen zu beenden. So schwand gegenüber dem aufgehenden Doppelgestirn Hindenburg-Ludendorff das Prestige des Kanzlers unaufhaltsam dahin.

Unter diesen Umständen wartete man mit Ungeduld auf die angekündigte Friedensaktion des Präsidenten Wilson, die allein das Auswärtige Amt einer peinlichen Entscheidung entheben konnte. Zwar wußte das Auswärtige Amt, daß die Aktion vor der Wiederwahl des Präsidenten unmöglich war[1]); doch glaubte man in Berlin, sich vorher Gewißheit darüber verschaffen zu müssen, ob die Dispositionen des Präsidenten noch die gleichen seien. Zu diesem Zweck überreichte Bernstorff am 18. Oktober 1916 House ein kaiserliches Memorandum, in dem auf eine Unterredung des Kaisers mit dem amerikanischen Botschafter Bezug genommen wurde, die zu Beginn des Frühlings im kaiserlichen Hauptquartier zu Charleville stattgefunden hatte. Im Verlauf dieser Unterredung habe Gerard die Möglichkeit angedeutet, daß der Präsident im Laufe des Sommers Friedensverhandlungen anregen werde. Falls die amerikanische Regierung diesen Gedanken weiter verfolge, sei es dringend geboten, die geplante Aktion bald erfolgen zu lassen. Andernfalls sehe sich die deutsche Regierung zu der Feststellung genötigt, daß bei einer weiteren Verzögerung die Ereignisse sie zwingen könnten, ihre Handlungsfreiheit in vollem Umfang wiederherzustellen[2]). Damit hatte Berlin den Präsidenten nicht nur von der Alternative in Kenntnis gesetzt, der sich die deutsche Regierung gegenübersah, sondern ihn auch von sich aus zum Erlaß eines Friedensappells offiziell angeregt.

Und hier war der Augenblick, wo die Wiener Diplomatie in den Gang der Ereignisse eingriff. Denn inzwischen schien man sich am Ballhausplatz davon überzeugt zu haben, daß eine für die Mittelmächte günstige Ent-

1) Tel. Bernstorff an das Auswärtige Amt eingeg. 12. Sept. 1916 (Beil. z. U. S. 14).

2) vgl. J. P. II, p. 336.

scheidung des Krieges nicht mehr zu erwarten war. Da aber eine längere Dauer des Feldzuges den Bestand der Donaumonarchie unmittelbar bedrohte, entschloß sich die österreichisch-ungarische Diplomatie, alles daranzusetzen, um ohne die Preisgabe wesentlicher Lebensinteressen ein Ende des Krieges herbeizuführen. So überraschte Baron Burián am 17. Oktober den Reichskanzler im Hauptquartier von Pleß mit dem Vorschlag eines eigenen Friedensangebotes. Diesen etwas ungewöhnlichen Schritt suchte der Minister mit der militärischen Lage der Mittelmächte zu begründen, die im nächsten Jahr bei einer erneuten Offensive sicher schlechter sei als jetzt. Eine solche Aktion sei in hohem Maße geeignet, bei den Neutralen Sympathien für die Mittelmächte zu erwecken und in den feindlichen Ländern eine so starke Friedensstimmung hervorzurufen, daß die Regierungen dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben müßten. Aber selbst wenn das Angebot seinen eigentlichen Zweck verfehle, sei zum mindesten eine Besserung der Stimmung im eigenen Lande und die feste Entschlossenheit zum Durchhalten zu erwarten. Eine andere Möglichkeit, einen für die Mittelmächte günstigen Ausgang des Krieges herbeizuführen, sah Burián nicht. Einen russischen Sonderfrieden hielt er für völlig ausgeschlossen; höchstens sei ein Druck Rußlands auf seine Verbündeten im Sinne eines baldigen Friedens zu erwarten. Augenblicklich jedenfalls sei ihm Rußland die völlige Sphinx. Die Friedensvermittlung einer neutralen Macht würde den Interessen der Mittelmächte abträglich sein; dagegen müsse man die Möglichkeit der Übermittlung des eigenen Angebotes an die Feinde durch die Neutralen in Erwägung ziehen. Die Noten, die nach Möglichkeit gleichen Wortlaut haben sollten, würden am besten in aller Öffentlichkeit gleichzeitig an alle neutralen Mächte übermittelt; dabei würde er für den Vatikan eine Sonderaktion befürworten. Die Friedensbedingungen seien dem eigenen Volk als Minimum, dem Feinde dagegen als Maximum darzustellen[3]).

Obwohl diese Aktion die geplante Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson durchkreuzen mußte, erhob der Reichskanzler schon darum gegen die Argumentation Buriáns keine Einwendungen, weil er nicht leicht über den ausdrücklichen Wunsch des Bundesgenossen hinweggehen konnte. Allerdings hätte er es nicht versäumen dürfen, den Minister darüber aufzuklären, daß eine Vermittlung der Vereinigten Staaten nicht nur im deutschen Interesse lag, sondern neuerdings von der Berliner Regierung

3) Handschriftliche Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 18. Okt. 1916 (Beil. z. U. S. 79 ff.).

geradezu angeregt worden war; in diesem Fall wäre die Haltung Buriáns zu einem eigenen Friedensangebot wohl eine ganz andere gewesen[4]). Eine offene Sprache gegenüber dem Bundesgenossen wäre umso mehr geboten gewesen, als dieses unglückselige Doppelspiel an sich schon eine gewisse Illoyalität gegen Wilson bedingte, was unter Umständen den letzten Rest von Vertrauen zerstören mußte. Der Reichskanzler sah aber jetzt nur in Buriáns Anregung eine einzigartige Gelegenheit, die Lage zu klären, da die deutsche Regierung ja nicht die geringste Sicherheit hatte, ob die Aktion des Präsidenten überhaupt erfolgte.

So hatte man sich in Berlin mit dem Gedanken eines eigenen Friedensangebotes verhältnismäßig schnell vertraut gemacht. Über die Einzelheiten der geplanten Aktion aber bestanden zwischen Berlin und Wien tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Während Baron Burián an einen Aufschub von einigen Monaten dachte, was der deutschen Regierung angesichts der bevorstehenden Wilson-Aktion eigentlich erwünscht sein mußte, hielt der Reichskanzler die psychologischen Voraussetzungen jetzt für günstiger als später, wenn sich die Entente bereits an den Gedanken eines Winterfeldzuges gewöhnt habe. Vor allem wandte sich die deutsche Regierung gegen eine vorherige Konkretisierung der Bedingungen. Hierbei ging man in Berlin von der Annahme aus, daß ein Maximum an Forderungen den Alliierten die Ablehnung des Angebotes erleichtere, während ein Minimum den Mittelmächten schon im voraus die Hände binde, zumal man im Laufe der Verhandlungen wahrscheinlich noch mehr werde konzedieren müssen[5]). Darin wurde Bethmann-Hollweg vom Kaiser bedingungslos unterstützt; in einem Telegramm an Franz Joseph legte er ausführlich die Gründe seiner Regierung dar und betonte, daß man bei dem von Baron Burián beabsichtigten Vorgehen die größten Schwierigkeiten habe, sich mit Bulgarien und der Türkei über die konkreten Bedingungen zu verständigen. Darum sollten allgemeinere Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden; so könne man betonen, daß der Verteidigungskrieg, den die Mittelmächte zu führen gezwungen seien, ihre Achtung vor den anderen Nationen nicht beeinträchtige[6]).

Baron Burián teilte die Befürchtungen des Reichskanzlers nicht. Die angedeuteten Schwierigkeiten mit den Bundesgenossen waren seiner Ansicht nach ein Argument nicht gegen, sondern für eine sorgfältige Beratung

4) Burián: Drei Jahre S. 156.
5) Tel. Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph 1. Nov. 1916 (Beil. z. U. S. 82).
6) ebenda.

der konkreten Bedingungen; man müsse sich eben auch darum mit ihnen beschäftigen, um im eigenen Lager eine Verhandlungsgrundlage sicherzustellen. Wenn übrigens die Entente das Angebot ablehne oder ihrerseits übertriebene Forderungen stelle, würden die Friedensbedingungen auch bei öffentlicher Bekanntgabe die Mittelmächte weder völkerrechtlich noch moralisch binden, andererseits ihnen aber einen großen stimmungsmäßigen Vorteil sichern[7]). Aber ohne Zweifel erschien es Kaiser und Kanzler zu gewagt, sich öffentlich zu Kriegszielen zu bekennen, die den entschiedenen Widerspruch maßgebender Kreise hervorrufen mußte, obschon doch nur ein positiver Vorschlag einen Erfolg der Friedensbemühungen erhoffen ließ. So gab denn Burián bereits am 4. November seinen Widerstand gegen die von Berlin vorgeschlagene Form der Aktion auf; das einzige, was er durchzusetzen vermochte, war eine vorherige Verständigung zwischen Berlin und Wien über die allgemeinen Umrisse[8]). Eine sofortige Benachrichtigung Bulgariens und der Türkei erschien der Wilhelmstraße um so mehr geboten, als in der Umgebung des Kaisers die Befürchtung geäußert wurde, Österreich-Ungarn könnte ohne die Berliner Regierung mit ihnen Fühlung nehmen[9]).

Die Mitteilung der deutschen Bedingungen an die Wiener Regierung geschah zunächst nur in summarischer Form. Die größte Schwierigkeit bestand naturgemäß in der belgischen Frage. Hier nahm der Kanzler grundsätzlich die Haltung ein, daß die — wenn auch bedingte — Herausgabe Belgiens die Gegenleistung für die Rückgabe der deutschen Kolonien sein sollte. Daß er die englische Forderung nach einer von Deutschland zu zahlenden Entschädigung ablehnte, verstand sich bei der Lage der Dinge von selbst; doch hat sich der Kanzler mit Entschiedenheit gegen den Plan gewandt, umgekehrt von Belgien eine Kriegsentschädigung zu fordern. Mit Recht nannte Bethmann-Hollweg diese Forderung eine unbillige Härte, da Belgien allein bis jetzt schon weit über eine Milliarde an Kriegskontributionen gezahlt habe; eine derartige Entschädigung sei vollends unmöglich, wenn man auch noch die Abtretung des Kongostaates fordern wolle[10]).

Auch die Oberste Heeresleitung mußte noch gehört werden, ehe man an eine weitere Verfolgung der geplanten Aktion denken konnte. Mit der Motivierung des Angebotes hatte sich Hindenburg schon vorher einver-

7) Burián: Drei Jahre S. 144 f.
8) Tel. Bethmann an Hindenburg 4. November 1916 (Beil. z. U. S. 84).
9) Tel. Grünau an das Auswärtige Amt 4. Nov. 1916 (ebd.).
10) Tel. Bethmann an Grünau 6. Nov. 1916 (Beil. z. U. S. 87).

standen erklärt; schwieriger war es, ihn zu überreden, die geplanten Mobilisierungsmaßnahmen des Hindenburgprogramms wenigstens bis zum Erlaß des Friedensangebotes, wenn auch nicht bis zur Antwort der Feindbundmächte zurückzustellen[11]). Die Wünsche der Obersten Heeresleitung bezüglich der Friedensbedingungen betrafen vor allem umfangreiche strategische Grenzverbesserungen; hierin begegnete sie sich keineswegs mit den Ansichten des Reichskanzlers, dem es wohl mit Recht unmöglich erschien, strategische Notwendigkeiten für einen in weiter Ferne liegenden Krieg voraussehen zu wollen. Trotzdem glaubte er bei der entscheidenden Bedeutung, die schon damals allen Entschlüssen der Obersten Heeresleitung zukam, auf eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Forderungen nicht verzichten zu können; darum ließ die Formulierung der deutschen Friedensbedingungen die fühlbare Tendenz erkennen, zwischen politischen und militärischen Gesichtspunkten einen Kompromiß zu finden[12]). In der Frage der Kriegsentschädigungen kam umgekehrt die militärische Leitung dem Reichskanzler entgegen. Man betonte in den Kreisen der Obersten Heeresleitung, daß die Entschädigungen auch in der Gewährung wirtschaftlicher Vorteile bestehen könnten; vor allem sei an einen Handelsvertrag mit Rußland zu denken[13]). In diesem Fall müsse allerdings die laufende Kriegskontribution heraufgesetzt werden.

Nachdem so mit der Obersten Heeresleitung eine grundsätzliche Einigung erzielt worden war, begann eine neue Schwierigkeit mit der Wiener Regierung aufzutauchen. Sie betraf die von Berlin gleichzeitig beabsichtigte Proklamation der Unabhängigkeit Polens, gegen die sich Burián vor allem deshalb wandte, weil eine solche Aktion es Rußland unmöglich mache, sich mit den Mittelmächten überhaupt in Verhandlungen einzulassen[14]). Hier zeigt sich der Januskopf der deutschen Friedensaktion: Während einerseits eine etwa vorhandene russische Friedensbereitschaft durch die Aussicht, ganze Gouvernements zu verlieren, im Keime erstickt werden mußte, hätte der Vorschlag dem Geist einer amerikanischen Vermittlung durchaus entsprochen.

11) Tel. Grünau an das Auswärtige Amt 4. Nov. 1916 (ebd., S. 84).

12) Vernehmung Bethmanns (Sten. Ber. S. 235).

13) Tel. Grünau an das Ausw. Amt 7. November 1916 (Beil. z. U. S. 88). Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, wie sich Balfour in seinem Memorandum zu dieser Frage verhalten hat. Der britische Minister wandte sich ausdrücklich dagegen, einem besiegten Gegner einen Handelsvertrag zugunsten des Siegers aufzuzwingen. Derartige Verträge seien eine unnütze Demütigung; wenn sie aber außerdem für die Wirtschaft des betreffenden Landes eine allzu starke Belastungsprobe darstellten, würden sie bestimmt früher oder später gebrochen.

14) Burián: Drei Jahre, S. 146.

Am 15. November fand zwischen dem Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren die abschließende Besprechung über die Friedensbedingungen statt, wobei eigenartigerweise Bethmann-Hollweg die österreichischen, Baron Burián die deutschen Forderungen für zu weitgehend hielt. Das Programm der deutschen Regierung umfaßte:

1. Anerkennung des neuen Königreiches Polen.

2. Abtretung kurländischen und litauischen Gebietes an Deutschland und Herstellung einer Gesamtgrenze des deutschen und des polnischen Gebietes gegen Rußland nach strategischen Gesichtspunkten.

3. Rückerstattung des von Frankreich besetzten Gebietsteils von Oberelsaß.

4. Rückgabe des von Deutschland besetzten Gebiets unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen und -erweiterungen sowie einer Kriegsentschädigung.

5. Wiederherstellung Belgiens als souveräner Staat unter bestimmten Garantien für Deutschland, welche durch Verhandlung mit dem König der Belgier festzusetzen sein werden. Falls diese Garantien nicht erreicht werden können, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

6. Eintritt Luxemburgs als selbständiger Bundesstaat in das Deutsche Reich.

7. Herstellung eines dem Wert des früheren entsprechenden deutschen Kolonialbesitzes im Wege einer allgemeinen Kolonialverständigung (Belgisch-Kongo).

8. Internationalisierung von Tsingtau.

9. Wiederherstellung der Integrität Griechenlands, wenn es neutral bleibt. Im Fall der Neutralität Grenzverbesserung im nördlichen Epirus.

10. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich mit Berücksichtigung des Wertes der beiderseits eroberten und im Friedensvertrag zu restituierenden Gebiete.

11. Schadloshaltung der durch Maßnahmen nichtmilitärischer Natur der Feinde geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

12. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Vereinbarungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für die Wiederanknüpfung des normalen Handels und Verkehrs zwischen allen Ländern bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

13. Freiheit der Meere.

14. Sicherstellung der freien Schiffahrt auf der unteren Donau.

Die österreichisch-ungarischen Forderungen betrafen:

1. Wiederherstellung der vollen Integrität des Territoriums der vier verbündeten Mächte auf den Besitzstand vor dem Kriege sowie Räumung seitens der Gegner: Ostgaliziens, der Bukowina, des Küstenlandes und Südtirols sowie Elsaß-Lothringens, ferner Armeniens und Mesopotamiens, endlich Wiederherstellung des status quo ante bellum in Ägypten und Cypern.

2. Rückgabe sämtlicher deutscher Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, der Karolinen und Marianen, bezw. eine allgemeine Kolonialverständigung.

3. Erwerb — seitens Deutschlands — des Kongostaates oder eines Teiles desselben.

4. Räumung des französischen Okkupationsgebietes mit Ausnahme von Briey und Longwy und strategische Grenzberichtigungen in Elsaß-Lothringen.

5. Wiederherstellung Belgiens als souveräner Staat, unter gewissen Garantien für Deutschland, welche möglichst durch Verhandlungen mit dem König der Belgier festzusetzen sein werden. Falls diese Garantien nicht erreicht werden können, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

6. Strategische Verbesserungen der Grenze Österreichs gegen Italien.

7. Anerkennung Polens.

8. Strategische Grenzverbesserungen Österreichs und Deutschlands gegen Rußland. Annexion kurländischen und litauischen Gebietes an Deutschland derart, daß mit Einbegriff des Königreiches Polen eine gute strategische Grenze gegen Rußland gewonnen wird.

9. Im Fall des Erwerbs von Briey und Longwy Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich.

10. Angliederung Montenegros an Österreich-Ungarn mit Ausnahme der von Albanesen bewohnten, mit Albanien zu vereinigenden Gebiete.

11. Grenzverbesserungen gegen Rumänien.

12. Erweiterung Bulgariens in Ostserbien, Mazedonien und der Dobrudscha.

13. Im übrigen Wiederherstellung Serbiens.

14. Selbständigkeit Albaniens unter österreichischem Protektorat.

15. Aufhebung sämtlicher Kapitulationen im Osmanischen Reich. Ersetzung durch internationale Verträge. Grundsatz der Reziprozität.

16. Berücksichtigung der Wünsche Rußlands betr. Durchfahrt durch die Meerengen. Garantie der souveränen Rechte der Türkei und der Interessen der übrigen Mächte.

17. Wiederherstellung der Integrität Griechenlands. Im Falle der Neutralität Grenzverbesserung im nördlichen Epirus.

18. Verzicht auf wirtschaftliche Hindernisse für die Wiederanknüpfung des normalen Handels und Verkehrs zwischen allen Ländern, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge. Freiheit der Meere. Freie Schiffahrt auf der unteren Donau. Handelsvertrag mit Rußland.

19. Kriegsentschädigung bzw. Kompensation und Kriegsschadenersätze[15]).

Diese Bedingungen — das muß zugegeben werden — waren keine solchen, wie sie nur in den Wunschträumen der Chauvinisten der Sieger dem positiv Unterlegenen aufzwingen konnte; jedenfalls standen sie zu der militärischen Lage in einem besseren Verhältnis als all das, was die Entente als ihre Kriegsziele proklamierte. Trotzdem ließen sie ein bedenkliches Abgleiten in annexionistische Gedankengänge in einem Ausmaß erkennen, das die Annahme dieser Forderungen durch einen noch nicht völlig geschlagenen Gegner sehr unwahrscheinlich machte. Und hier stand die deutsche Politik am Scheidewege: wenn man hoffen durfte, daß die eigene Position sich nie verschlechtern, nur verbessern konnte und ähnliche Forderungen sich unter Umständen auch mit Gewalt durchsetzen ließen, boten die deutschen Bedingungen zweifellos eine geeignete Verhandlungsgrundlage; doch trieb man in dem Augenblick ein sehr gewagtes Spiel mit ihnen, wo die Erkenntnis, daß die Zeit gegen die Mittelmächte arbeite, es ratsamer erscheinen ließ, sich rechtzeitig einen erträglichen Frieden zu sichern, als in dem Hasardspiel einer kriegerischen Entscheidung die gesamte Machtposition einzusetzen.

So diente die Aufstellung dieser Kriegsziele denn auch im Sinne des Reichskanzlers nur der Klärung der gegenseitigen Aspirationen unter den Mittelmächten; den Frieden hätte Bethmann-Hollweg nicht von der Durchsetzung annexionistischer Kriegsziele abhängig gemacht[16]). Da er selbst die Ansicht vertrat, daß an Belgien in irgendeiner Form eine Wiedergutmachung erfolgen müsse, hatten seine diesbezüglichen Forderungen mehr taktische Bedeutung. Ein großer Fehler allerdings war es, diesen Verzicht nicht öffentlich auszusprechen; doch waren dem Kanzler die Hände gebun-

15) Vgl. Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1916; Beil. z. U. S. 90 ff.
16) Vernehmung Bethmanns (Sten. Ber. S. 232).

den, da weder die militärischen Kreise noch die maßgebenden Parteien noch die Wortführer der öffentlichen Meinung eine solche Politik angesichts der maßlosen Forderungen der Entente verstanden hätten[17]). Da die deutschen Bedingungen der Öffentlichkeit unbekannt waren, konnten sie nach der Meinung des Auswärtigen Amtes die günstige Wirkung des Friedensangebotes auf die friedliebenden Kreise des Auslandes nicht beeinträchtigen. Einmal aber mußte man ja doch mit Deutschlands Kriegszielen an die Öffentlichkeit treten, und es ist immerhin zweifelhaft, ob Bethmann-Hollweg dann die Kraft gehabt hätte, eine unangebrachte Prestigepolitik zu verhindern. So mäßig im Hinblick auf die militärischen Erfolge die Forderungen der Mittelmächte auch waren — die Möglichkeit zu einem Verständigungsfrieden bot ein solches Programm zweifellos nicht.

Und doch war das die einzige Lösung, die dem Geist der amerikanischen Vermittlung entsprochen hätte. Gerade jetzt betrieb Wilson die geplante Aktion mit verstärktem Eifer, nachdem er durch die Vorbereitungen zu seiner Wahl längere Zeit paralysiert worden war. Kostbare Wochen hatte er so nutzlos verstreichen lassen, in deren Verlauf die Ereignisse in den europäischen Hauptstädten immer stärker auf eine Entscheidung drängten. Nachdem durch den Marina-Fall die drohende Gefahr eines Bruches mit Deutschland erneut deutlich geworden war, konnte der Präsident keinen Augenblick mehr über die Alternative im Zweifel sein, vor die der Zwang der Verhältnisse den Reichskanzler gestellt hatte. Darum wollte er, der seine Wahl der Hoffnung von Millionen auf Erhaltung des Friedens verdankte, noch einen letzten Versuch machen, den Krieg zu beenden, bevor man sich vor die letzte Entscheidung gestellt sah.

Am 14. November setzte Wilson seinen Berater von dem Entschluß, einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte zu erlassen, in Kenntnis; der Präsident drückte die Hoffnung aus, daß in den Ländern der Entente genügend Friedensstimmung vorhanden sein werde, um seinem Aufruf einen günstigen Resonanzboden zu sichern. House, der weit größere Zweifel in den Friedenswillen der Alliierten setzte, wandte sich gegen eine solche selbständige Politik im allgemeinen und gegen die geplante Aktion im besonderen, solange man des Einverständnisses der Entente nicht sicher sei. Vor

17) Dieser Gesichtspunkt kommt vor allem später für die Bekanntgabe der deutschen Bedingungen in Betracht, da zur Zeit ihrer Formulierung die hier in Frage kommenden Reden der Entente-Staatsmänner noch nicht gehalten worden waren.

allem bewußt ist, daß die Deutschen wahrscheinlich nicht bereit seien, Bedingungen anzunehmen, die Neutrale den Alliierten empfehlen können[22]. Unter diesen Umständen spiele man durch einen gegen den Wunsch der Nation erfolgten Vermittlungsversuch nur den Deutschen in die Hände, obwohl man doch allen Grund habe, [illegible] mit großem Widerwillen gegenüberzustehen. Auch würden es die Alliierten als einen unfreundlichen Akt auffassen, wenn man gerade in dem Augenblick intervenieren, wo sie nach zwei Jahren zum ersten Male erfolgreich seien. [illegible]

[illegible]

[illegible] (lehen[24]).

[illegible] 22) [illegible] 1916 [illegible]
23) [illegible] 1916 [illegible]
24) [illegible] vom 21. Nov. 1916 (Verl. z. U. S. 22).

Das Ergebnis dieser Unterredung berichtete der Botschafter ausführlich nach Berlin, wobei er den Schritt des Präsidenten bis spätestens Neujahr in sichere Aussicht stellte. Um eine vorzeitige Ablehnung durch die Entente zu verhindern, mache die Washingtoner Regierung ausdrücklich zur Bedingung, daß bis dahin in Deutschland möglichst wenig von einer Friedensvermittlung gesprochen werde. Auch könne man eine Vermittlung nur dann eintreten lassen, wenn die amerikanische öffentliche Meinung den Mittelmächten gegenüber so günstig bleibe, wie sie es in den letzten Monaten gewesen sei; unter dieser Voraussetzung sei ein starker Druck auf die Entente zu erwarten[21]).

Folgerichtig ging daher die Politik des Reichskanzlers von der Voraussetzung aus, daß die Lage Deutschlands weitaus besser war, wenn die ablehnende Antwort der Alliierten einen Appell Wilsons als ein Friedensangebot der Mittelmächte traf. Mit Recht vertrat Bethmann-Hollweg auch gegenüber der Obersten Heeresleitung die Auffassung, daß die Unbeliebtheit, der eine Vermittlung des Präsidenten in weiten Kreisen des deutschen Volkes begegnen werde, für die Entschlüsse der Regierung nicht maßgebend sein dürfe[22]).

In Wien dagegen, wo man von den Vorgängen zwischen Berlin und Washington keine Kenntnis hatte, erwartete man mit Ungeduld die Veröffentlichung des Friedensangebotes. Als die Reichsregierung noch immer zögerte, ließ Baron Burián Anfang Dezember durch Prinz Hohenlohe die Aktion ernstlich betreiben. Der Minister äußerte zu Graf Wedel sein Erstaunen darüber, daß man sich in Berlin so schwer entschließen könne, worauf ihm der Botschafter erwiderte, ein so ernster und bedeutungsvoller Schritt müsse doch gründlich geprüft werden. Baron Burián betonte, er sei auch nicht so optimistisch zu glauben, daß das Angebot angenommen werde; es komme ja auch viel mehr darauf an, die Sympathien der Neutralen zu gewinnen und durch eine teils direkte, teils indirekte Einwirkung auf die friedliebenden Kreise der Alliierten eine für die Mittelmächte günstige Lage zu schaffen. Darum sehe er nur Vorteile, keine möglichen Schäden. In einigen Monaten würden die Mittelmächte doch zu einem solchen Schritt gezwungen sein; denn sie seien zahlenmäßig und auch wirtschaftlich die Schwächeren. Graf Wedel bemerkte, es sei doch nicht ausgemacht, daß die Entente den Krieg so lange fortsetzen könne oder

21) ebenda.
22) Tel. Bethmann an Hindenburg 27. Nov. 1916 (ebd., S. 92 ff.).

bereit sei, für einen unsicheren und verhältnismäßig geringen Gewinn weitere Opfer an Gut und Blut zu bringen. Der Minister entkräftete den Einwand mit der Bemerkung, die Entente kenne die wirtschaftliche Lage der Mittelmächte und die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu genau, um nicht zu wissen, daß die Zeit gegen den Vierbund laufe. Darum sei er für rasches Handeln; bei der günstigen militärischen Lage sehe er auch stimmungsmäßig keinen Grund zur Verzögerung der Aktion. Vor allem müsse man Wilson zuvorkommen; er halte es für unzweckmäßig, die schöne und bedeutungsvolle Rolle eines Vermittlers dem übelgesinnten Amerikaner zu überlassen, der bestenfalls nur eine für die Mittelmächte sehr unbefriedigende Lösung zustande bringen werde[23]).

Aus dieser Bemerkung Buriáns gewann der deutsche Diplomat den Eindruck, daß es dem Österreicher nur um einen persönlichen Erfolg zu tun sei. Jedenfalls neigten andere Mitglieder der Wiener Diplomatie zu einer wesentlich pessimistischeren Beurteilung der Lage. Graf Tisza machte sich zwar im wesentlichen den Standpunkt des Außenministers zu eigen, äußerte sich aber viel weniger zuversichtlich. Dagegen vertrat der Botschafter in Rom geradezu die entgegengesetzte Ansicht. Dem deutschen Botschafter gegenüber betonte von Merey, die Auffassung Baron Buriáns sei ihm unverständlich; ein Friedensangebot werde doch immer als Bitte um Frieden empfunden, in welcher Form es auch erfolgen möge. Daraus würden die Feinde neue Siegeshoffnungen schöpfen; der Ton der Note aber werde Bedingungen erkennen lassen, die für sie unannehmbar seien. Dieser Umstand werde der Entente rein stimmungsmäßig die Ablehnung erleichtern; Presse und Regierung der Alliierten würden zunächst bestimmte Garantien fordern, ehe man in Verhandlungen eintrete. Da die Mittelmächte diese Zumutung ablehnen müßten, hätten sie und nicht die Alliierten das Odium der Kriegsverlängerung zu tragen; man habe also dann genau das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen wollte[24]).

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, warum die deutsche Regierung nicht wenigstens jetzt Wien darüber informiert hat, daß sie selbst die Vermittlung des Präsidenten Wilson angeregt hatte. Der Grund wird darin zu suchen sein, daß man schließlich auch in Berlin der eigenen Aktion den Vorzug gab. Maßgebend dafür waren die verschiedensten Erwägungen. Zunächst wird man sich in Berlin gesagt haben, daß

23) Graf Wedel an Zimmermann 3. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 94).
24) ebenda.

Deutschlands Stellung bei Friedensverhandlungen, die das Ergebnis eines eigenen Angebotes waren, stärker sein mußte als bei einer amerikanischen Vermittlung. Ferner vertrat man in deutschen Regierungskreisen die Ansicht, daß Wilson nur Erfolg haben werde, wenn sich die Entente in einer Verfassung befinde, welche die strikte Ablehnung auch eines von Deutschland ausgehenden Friedensangebotes nicht wahrscheinlich mache; wenn aber die Alliierten mehr oder weniger gezwungen seien, die Möglichkeit einer Verständigung in Betracht zu ziehen, könne es ihnen schließlich gleichgültig sein, von welcher Seite das Angebot erfolge[25]). Vor allem aber trug die zögernde und vorsichtige Politik Wilsons, die man in Berlin fälschlicherweise für Unentschlossenheit und Schwäche hielt, einen starken Unsicherheitsfaktor in alle Berechnungen der politischen Leitung hinein. Gerade jetzt aber erschienen dem Reichskanzler die Voraussetzungen für eine solche Aktion so günstig. Die zunehmende Friedensstimmung in Frankreich, die englischen Befürchtungen um die Lebensmittelversorgung des Inselreiches, die Mißstimmung über den Fehlschlag der rumänischen Operationen und die zunehmende Desorganisation der Regierungsgewalt in Rußland schienen dem deutschen Friedensangebot einen nicht ungünstigen Resonanzboden zu sichern. Diese Bedingungen aber waren den Wechselfällen des Schicksals unterworfen; mit ihnen aber konnte auch die etwa vorhandene Geneigtheit der Alliierten schwinden, auf Friedensverhandlungen überhaupt einzugehen. Darum glaubte der Reichskanzler, den nach seiner Meinung günstigen psychologischen Augenblick für ein eigenes Friedensangebot über der Aussicht auf eine Vermittlung Wilsons nicht vorübergehen lassen zu dürfen[26]).

Berechtigt war diese Hoffnung auf Erfolg eines Friedensangebots freilich nicht. Schon die am 5. November erfolgte Proklamation der polnischen Unabhängigkeit, die in Verbindung mit der Friedensaktion auch dazu dienen sollte, die beherrschende Macht des Vierbundes sinnfällig vor aller Welt zu demonstrieren, mußte eine etwa vorhandene russische Verhandlungsbereitschaft im Keime ersticken. Die Aussicht auf einen russischen Sonderfrieden schwand mit dem Sturz Stürmers, der nach Ansicht der Wilhelmstraße auf Betreiben Englands erfolgte, endgültig dahin. In London aber war der latente Gegensatz zwischen der gemäßigten und der radikalen Richtung seit der „Knock-out-Rede" Lloyd Georges offenkundig

25) Tel. Bethmann an Hindenburg 27. Nov. 1916 (Beil. z. U. S. 92 ff.).
26) ebenda.

geworden. Der Zerfall der friedliebenden Regierungskoalition und die am 10. Dezember erfolgte Ernennung des zum Kampf entschlossenen Walliſers zum britiſchen Premierminiſter konnten keinen Zweifel daran laſſen, welche von den beiden Tendenzen die Oberhand behielt.

Auch in Deutſchland wollte man den Eindruck der Schwäche unbedingt vermeiden. Demgemäß hatte der Reichskanzler der Oberſten Heeresleitung mitgeteilt, der Zeitpunkt des Friedensangebotes richte ſich ausſchließlich nach der militäriſchen Lage[27]); der Kaiſer ſprach darauf den Wunſch aus, die Aktion nach der Eroberung der rumäniſchen Hauptſtadt erfolgen zu laſſen[28]). Bereits am 6. Dezember war Bukareſt in deutſcher Hand; der Weg war alſo frei, und man konnte über die amerikaniſche Vermittlung hinweggehen. Wie aber ſtand es damit?

Mit großem Mißvergnügen hatte Houſe ſehen müſſen, daß der Präſident ſich beſtimmen ließ, die geplante Aktion auch ohne Fühlungnahme mit den Alliierten energiſch zu betreiben. Einige Anzeichen ſcheinen auch zur Kenntnis des britiſchen Botſchafters gekommen zu ſein, der die Lage dahin interpretierte, als entſpringe die Vermittlungsaktion des Präſidenten dem Wunſche, einen bewaffneten Konflikt um jeden Preis zu vermeiden; denn das Friedensbedürfnis des amerikaniſchen Volkes ſei ſtärker als je. Da die Furcht vor den Mittelmächten ſehr groß ſei, die Feindſchaft zu den Alliierten dagegen keine Gefahren zu bringen ſcheine, werde es dem Präſidenten leichter ſein, eine feindliche Aktion gegen England als eine ſolche gegen Deutſchland zu unternehmen. Er ſehe ſich alſo der Alternative gegenüber, entweder Vergeltungsmaßnahmen gegen England zu ergreifen — ſelbſt auf die Gefahr fühlbarer Rückwirkungen auf die Wirtſchaft der Vereinigten Staaten — oder den gefürchteten Konflikt mit Deutſchland unvermeidlich zu machen. Dieſe Zwangslage erkläre den Wunſch des Präſidenten, möglichſt bald einen Verſtändigungsfrieden herbeizuführen. Die Haltung der Alliierten müſſe darum den Charakter freundlicher Zuſtimmung mit beſonderer Betonung philanthropiſcher Geſichtspunkte tragen[29]).

27) ebenda.

28) Tel. Grünau an das Ausw. Amt 5. Dez. 1916 (ebd., S. 94). Die Weiſung iſt wahrſcheinlich auf Betreiben Ludendorffs erfolgt (vgl. Ludendorff: Kriegserinnerungen I, S. 243 f.).

29) "... I think, therefore, that our attitude should be one of friendly acquiescence in the philanthropic views of this Great Government and of thankfulness for the pacific desires addressed to us ..." (Sping-Rice an Grey 24. November 1916, Spring-Rice II, p. 355).

Bereits wenige Tage, nachdem Sir Cecil Spring-Rice diesen Bericht nach London gesandt hatte, las Wilson seinem Berater den Entwurf der Friedensnote vor. House berichtet darüber, es sei ein glänzend stilisiertes Dokument gewesen mit hohem Schwung der Gedanken, das aber leider geeignet war, die Alliierten unnötig zu verletzen. Der Präsident hatte nämlich die Wendung gebraucht, die Ursachen und Ziele des Krieges seien dunkel[30]); daraus mußten die Alliierten entnehmen, daß Wilson ihre Auffassung von der Schuld Deutschlands am Kriege nicht mehr teile. House versuchte nun verzweifelt, den Präsidenten zur Einschiebung einer Klausel zu bewegen, aus der hervorgehe, daß Amerika mehr mit den Alliierten als mit den Mittelmächten sympathisiere; es stehe ihm ja frei, eine Form zu wählen, die auch Deutschland noch als Rechtfertigung seines Standpunktes auffassen könne. Auch trage die Note einen zu sehr ultimativen Charakter; es sei nicht gut, wenn der Eindruck entstehen würde, als gehe die Aktion über die Form einer bloßen Anregung hinaus[31]). Auch diesmal beharrte Wilson auf seinem Standpunkt. Es gelang seinem Berater auch nicht, ihn davon zu überzeugen, daß nur die deutsche Regierung eine Friedensaktion wünsche, weil die Mittelmächte in jedem Fall daraus Nutzen zögen. Seiner Ansicht nach — so meinte House — sei die ganze Aktion verfehlt; wer von den Beobachtern der internationalen Lage die Verhältnisse bei den Alliierten kenne, glaube an keinen Erfolg in diesem Augenblick. Wenn es außerdem noch der Parteienkombination von Lloyd George bis Carson gelinge, die Regierung Asquith zu stürzen, werde jede Möglichkeit eines Friedens auf absehbare Zeit dahin sein. Darum könne voreiliges Handeln den Präsidenten nicht nur um den gewünschten Erfolg bringen, sondern ihm auch jede Möglichkeit nehmen, den Versuch bei Gelegenheit mit besserem Erfolge zu wiederholen[32]).

Eine Unterredung mit dem französischen Botschafter war ebenfalls nicht geeignet, die Befürchtungen hinsichtlich der Stimmung in Entente-Kreisen zu zerstreuen. Jusserand gab zwar zu, daß die Alliierten vielleicht besser daran getan hätten, das amerikanische Interventionsangebot vom Frühjahr anzunehmen, im übrigen aber scheint die Unterredung so ergebnislos verlaufen zu sein, daß House unmutig feststellen mußte, Graf Bernstorff sei der einzige Diplomat der kriegführenden Mächte, der die Lage sachlich und

---

30) "... the causes and objects of the war are obscure..."
31) Notiz vom 27. Nov. 1916 (J. P. II, p. 395).
32) House an Wilson 30. Nov. und 3. Dez. 1916 (J. P. II, pp. 396, 399).

gerecht beurteile und nie der amerikanischen Regierung irgendwelche Vorwürfe mache; er nehme die Ereignisse mit philosophischer Ruhe auf und suche aus allem das Beste herauszuholen[33]).

Aber es gab Situationen, denen auch dieser Diplomat machtlos gegenüberstand. Schon am 22. November hatte Staatssekretär von Jagow den Botschafter von der Möglichkeit einer eigenen Friedensaktion in Kenntnis gesetzt. Nachdem die deutsche Regierung den Bericht Bernstorffs empfangen hatte, in dem dieser den Friedensschritt Wilsons bis spätestens Neujahr in sichere Aussicht stellte, ließ man bereits am folgenden Tage den Botschafter wissen, daß man auch in Berlin die amerikanische Vermittlung der eigenen Aktion vorziehe[34]). Graf Bernstorff nahm infolgedessen an, daß die deutsche Regierung nur deshalb ein eigenes Friedensangebot in Erwägung gezogen hatte, weil man sich über den Zeitpunkt der amerikanischen Vermittlung durchaus im unklaren befand und nicht einmal wußte, ob ein solcher Schritt überhaupt noch erfolgte. Nachdem diese Frage geklärt war, hielt Bernstorff den Fall für erledigt. Um der Wilhelmstraße die Entschlossenheit Wilsons zu zeigen, auf die Alliierten notfalls einen Druck auszuüben, beeilte sich der Botschafter, seiner Regierung die Warnung der amerikanischen Staatsbank vor einer Beleihung ungedeckter Schuldscheine fremder Nationen mitzuteilen[35]). Dieser Bericht ging am 4. Dezember in Berlin ein. Am folgenden Tage sprach der amerikanische Geschäftsträger Joseph Grew im Berliner Auswärtigen Amt vor, um die deutsche Regierung im Namen des Präsidenten zu bitten, eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Sinne der beabsichtigten Friedensaktion zu gewährleisten; der Kanzler erteilte dem Geschäftsträger eine zustimmende Antwort[36]). Damit hatte die Berliner Regierung eine gewisse Gewähr, daß die Aktion des Präsidenten in nächster Zukunft erfolgen werde. Trotzdem setzte am 9. Dezember das Auswärtige Amt Graf Bernstorff davon in Kenntnis, daß die Veröffentlichung des Friedensangebotes der Mittelmächte für den 12. Dezember festgesetzt sei. Dem Botschafter gegenüber begründete man diesen Schritt mit der Hoffnung, daß im Sinne der Äußerungen des amerikani-

---

33) House an Wilson 4. Dez. 1916 (I. P. II, p. 398).

34) Das Telegramm Bernstorffs ist datiert vom 21. Nov. und war am 25. Nov. in der Hand der Regierung; am 26. Nov. wurde der Botschafter in obigem Sinne informiert (Beil. z. U. S. 21, 23 f.).

35) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 1. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 26).

36) Tel. v. Stumm an Bernstorff 9. Dez. (ebd., S. 27).

schen Geschäftsträgers die deutsche Aktion den Absichten des Präsidenten entgegenkomme[37]). Jedenfalls hatte man den Botschafter damit vor eine vollendete Tatsache gestellt; er konnte nun nichts mehr unternehmen und mußte den Ereignissen ihren Lauf lassen.

Inzwischen hatte in London das Kabinett Asquith dem Ansturm der Opposition weichen müssen. In Washington löste die Nachricht aufrichtiges Bedauern aus. Den Grund für die Krise erblickte House in der Schwäche des Premierministers, dem die Führung der Geschäfte längst entglitten war; auch Grey sei von dem Fehler nicht frei zu sprechen, während der kritischsten Zeit in der Geschichte der anglo-amerikanischen Beziehungen nicht eingesehen zu haben, daß die veränderten Bedingungen eine radikale Umstellung verlangten und das diplomatische Korps der neuen Lage nicht gewachsen war[38]).

Am 10. Dezember übernahm das Kriegskabinett Lloyd George in England die Führung der Geschäfte; zweifellos war dies der Auftakt zu einem verschärften Kurs der britischen Politik. Am gleichen Tage — ein fast symbolisches Zusammentreffen — sollte auch die Lage in Deutschland eine bedrohliche Zuspitzung erfahren. Dort hatte nämlich die Oberste Heeresleitung in die diplomatischen Vorbereitungen des Friedensangebotes eingegriffen und ihre Zustimmung von gewissen Voraussetzungen abhängig gemacht. Außer der selbstverständlichen Forderung nach Fortsetzung der militärischen Operationen verlangte der Generalstabschef den Erlaß eines Armeebefehls, gegen den die politische Leitung nichts einzuwenden hatte. Die politischen Bedenken gegen die geplante Aktion glaubte die Oberste Heeresleitung nur dann zurückstellen zu können, wenn der Kanzler Grund zu der Annahme habe, den Frieden herbeiführen zu können, „den Deutschland brauche". Bethmann-Hollweg lehnte es ab, sich zu diesem Punkt zu äußern, da die Unbestimmtheit und Verschiedenheit in der Beurteilung dieser Frage keine präzise Stellungnahme zulasse; tatsächlich hätte eine Diskussion darüber den Gegensatz zwischen den Annexionisten und den Anhängern der gemäßigten Richtung in seiner ganzen Tiefe enthüllt. Die vierte Forderung aber bedrohte die Grundlage der Bethmannschen Politik

37) ebenda. — Der Geschäftsträger hatte selbstverständlich nur ein schweigendes Zusammenwirken im Auge; ob das Ausw. Amt einem Mißverständnis zum Opfer gefallen ist (eine Annahme, die nur wenig für sich hat) oder sich die falsche Interpretation eingeredet hat, um die eigene Initiative vor sich und anderen zu entschuldigen, mag dahingestellt bleiben.

38) Notiz vom 7. Dez. 1916 (J. P. II, p. 399).

überhaupt: Die militärische Leitung verlangte eine Sicherheit dafür, daß bis spätestens Ende Januar der rücksichtslose U-Boot-Krieg begonnen werde. Diese Garantie vermochte der Reichskanzler natürlich nicht zu geben. Er betonte, von der weiteren Entwicklung der Dinge werde es abhängen, ob die Zurücknahme des den Neutralen gegebenen Versprechens bis zum angegebenen Zeitpunkt möglich sei; bei einer Ablehnung des Friedensangebotes werde der deutsche Standpunkt natürlich auch Amerika gegenüber mit Nachdruck vertreten werden müssen[39]).

Und hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß die deutsche Aktion ausschließlich auf die schwache Möglichkeit eines unmittelbaren und sofortigen Erfolges berechnet war; wurde das Friedensangebot von den Alliierten abgelehnt, verlor es für die deutsche Regierung jeden Sinn. Im Gegensatz dazu verfolgte man in Wien mit der beabsichtigten Aktion den Zweck, die Sympathien der Neutralen zu gewinnen und ganz allmählich auf den Kampfgeist der Alliierten zersetzend zu wirken. Aber auch die Wiener Diplomatie hat anscheinend nicht erkannt, daß hier ganz bestimmte realpolitische Möglichkeiten lagen. Denn zweifellos hätte die ablehnende Haltung der Alliierten eine Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und den Mittelmächten zur Folge gehabt[40]).

Diese fast zwangsläufige Entwicklung der politischen Lage unter Bedingungen, die vielleicht ganz neue Verhältnisse schufen und der amerikanischen Politik eine andere Richtung geben mußten, hat das Washingtoner Staatsdepartement mit größter Unruhe und Besorgnis verfolgt. Eine Änderung der politischen Linie aber wollte Staatssekretär Lansing, der auch nach dem Scheitern der amerikanischen Interventionspläne nichts von seiner alliiertenfreundlichen Haltung verloren hatte, unter allen Umständen verhindern. Zu diesem Zweck schrieb er an jenem schicksalsschweren 10. Dezember einen Brief an Wilson, in dem er gegen die geplante Aktion eine Reihe bedeutungsvoller Einwände erhob. Wenn nämlich eine der beiden Parteien eine ablehnende Haltung einnehme, seien die Vereinigten Staaten nach dem Sinn und dem Geist ihrer früheren Erklärungen gezwungen, sich zugunsten jener Mächtegruppe einzusetzen, die das günstigere Angebot gemacht habe, und eine Neutralität aufzugeben, die

39) Notizen zum Vortrag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg beim Kaiser 8. Dez. 1916, eingeg. Berlin 10. Dez. 1916; dazu Handschriftliche Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg (Beil. z. U. S. 95 f.).

40) Es ist genau das, was Grey immer befürchtet hat (vgl. Grey: Fünfundzwanzig Jahre II, S. 120).

von Tag zu Tag schwieriger werde. Wenn die Verantwortung an der Fortführung des Krieges die Mittelmächte treffe, seien die Vereinigten Staaten allerdings jeder Verlegenheit enthoben, da sie dann eine Gelegenheit hätten, ihre Macht zur Rettung der Freiheit und Demokratie einzusetzen. Doch sei es auch denkbar, daß die ablehnende Antwort von den Alliierten komme, deren Niederlage Amerika mit Rücksicht auf die eigenen Belange wie auch im Interesse der Menschheit am wenigsten zulassen dürfe. Könne dann der Präsident — so fragte der Staatssekretär — die Logik seiner eigenen Erklärungen vermeiden? Wenn man aber im Einklang mit dieser Logik handle, werde das Ergebnis eine Katastrophe für Amerika und die gesamte Menschheit sein; denn der Sieg der Demokratie sei die einzige Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Darum sei er der Meinung, daß diese Frage mit der größten Sorgfalt geprüft werden müsse, bevor man sich zu einer Aktion entschließe, die nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, wenn sie einmal unternommen worden sei[41]).

Es wäre denkbar, daß dieser Brief den Präsidenten doch irgendwie beeindruckt hat. Jedenfalls ließ er sich — in erster Linie allerdings durch den Wechsel der britischen Staatsführung — nun doch bestimmen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Der Staatssekretär aber wurde vorläufig der Notwendigkeit einer weiteren Initiative enthoben: Am 12. Dezember veröffentlichten die verbündeten Regierungen das **Friedensangebot der Mittelmächte.**

---

41) "... I think, among other questions, we should consider these: Unless the answers of both parties are made in the right spirit, will there be any other course than to declare in favor of the most acceptable and abandon a neutrality which is becoming more and more difficult? But suppose, that the unacceptable answer comes from the belligerents whom we could least afford to see defeated on account of our national interest and on account of the future domination of the principles of liberty and democracy in the world — then what? Would we not be forced into an even worse state than that in which we are now? I think that we must consider the possibility of such a situation resulting; and if it does result, which seems to me not only possible, but very probable, can we avoid the logic of our declarations? And if we act in accordance with that logic, would it not be a calamity for this nation and for all mankind? I have told you how strongly I feel that democracy is the only sure guarantee of peace, so you will understand how these questions are worrying me, and why I think that they should be considered with the greatest deliberation and care before we take a step which cannot be withdrawn once it is taken" (Lansing an Wilson 10. Dezember 1916, Lansing: War Memoirs p. 180).

VI.

Das Friedensangebot der Mittelmächte und die Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson.

Der erste Eindruck der deutschen Friedensnote[1]) in den Regierungskreisen der Alliierten war der eines diktierten Angebots, dem man nur mit größter Vorsicht und berechtigtem Mißtrauen begegnen könne. Vor allem wurde es allgemein als äußerst bedenklich empfunden, daß die Mittelmächte keine konkreten Bedingungen genannt hatten, auf deren Grundlage sie bereit gewesen wären, mit ihren Gegnern zu verhandeln. Daraus schöpfte man den Verdacht, daß der Vierbund die Absicht verfolge, der Entente seinen Willen aufzuzwingen; denn da der Gegner alle militärischen Trümpfe in der Hand hatte, hätten die Alliierten nach Eröffnung der Verhandlungen den Kampf nur schwer wieder aufnehmen können[2]). Dieser Auffassung hat bereits am folgenden Tage Ministerpräsident Briand Ausdruck gegeben in einer glänzend improvisierten Rede, in der geheime Furcht und verletzter Stolz seltsam untermischt waren[3]). Nicht die Alliierten — so führte er aus — hätten den Krieg begonnen, sondern die Mittelmächte. Was Deutschland jetzt anzubieten wage, sei ein lächerliches Almosen im Vergleich zu seiner Schuld am Kriege und Frankreichs heroischem Widerstand. Das deutsche Angebot habe die öffentliche Meinung des Landes vergiftet; sein einziger Zweck sei, die Alliierten zu entzweien, das Weltgewissen zu verwirren und die Völker zu demoralisieren.

Dieses unerfreuliche Echo aus Paris löste in Berlin die Befürchtung aus, die Alliierten würden nunmehr versuchen, durch ihre Forderung nach konkreten Bedingungen und einer bindenden Erklärung über die bedingungslose Wiederherstellung Serbiens und Belgiens die Mittelmächte in eine unhaltbare Lage zu bringen. Nichtsdestoweniger müsse man eine solche Forderung mit der Begründung ablehnen, daß beide Fragen nur Gegenstand der Friedenskonferenz sein könnten[4]).

Aber die Entente hatte nicht die geringste Neigung, überhaupt in Verhandlungen einzutreten. Im Gegenteil sah sie eine Hauptschwierigkeit

---

1) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender; Beil. z. U., S. 28 f.
2) Benez: Der Aufstand der Nationen S. 132.
3) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.
4) Tel. Bethmann an Wedel 15. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 98).

darin, daß man den Eindruck einer Friedensbereitschaft erwecken könnte, wenn man das deutsche Angebot mit der Begründung ablehne, die Mittelmächte hätten keine bestimmte Verhandlungsgrundlage angegeben; lehne man aber ohne jede Begründung ab, würde man natürlich die Stellung der Alliierten gegenüber den Mittelmächten und den Friedensfreunden im eigenen Lande unnötig erschweren[5]). Aus diesem Grunde erwartete Staatssekretär Lansing ein vorläufiges Eingehen der Entente auf das deutsche Angebot und erklärte dem deutschen Botschafter, eine ablehnende Haltung sei unmöglich, ohne die öffentliche Meinung Amerikas gegen die Alliierten aufzubringen; wahrscheinlich werde auch der amerikanische Botschafter in London diese Auffassung dort mit Entschiedenheit vertreten[6]). Gerade das aber befürchtete man in Ententekreisen: daß sich Wilson nicht darauf beschränken werde, das Angebot der Mittelmächte den Alliierten zu unterbreiten, sondern daß er in irgendeiner Weise auch dazu Stellung nehme[7]).

So waren die alliierten Regierungen also gezwungen, sich in irgendeiner Form mit der deutschen Friedensnote auseinanderzusetzen. In London drängte vor allem der französische Botschafter darauf, bei dieser Gelegenheit eine Aussprache über die Kriegsziele der Alliierten herbeizuführen. Die britische Regierung erklärte sich damit einverstanden und schlug Paul Cambon eine Alliiertenkonferenz vor, die in Paris zusammentreten sollte. Dagegen aber wandte sich der Botschafter mit aller Entschiedenheit, weil eine Konferenz die falsche Hoffnung erwecken könne, als sei die Entente zu Verhandlungen bereit; dieser Eindruck werde einen verstärkten Druck der neutralen Mächte und der Pazifisten auf die verbündeten Regierungen zur Folge haben und eine Lage schaffen, aus der allein die Mittelmächte Nutzen ziehen könnten. Auf den französischen Widerspruch hin ließ darauf London den Konferenzgedanken fallen[8]).

In Petrograd dagegen erschien der Schritt der Mittelmächte in ganz anderem Licht. Die Russen glaubten nicht so recht an die Siegesgewißheit der Deutschen, deren Note — wie Merey gefürchtet hatte — nur Unsicherheit und Schwäche erkennen ließ. So lag vielleicht ein Körnchen Wahrheit in der Rede Pokrowskis vor der Duma[9]), wenigstens soweit sie die geheimen Wünsche der Wiener Diplomatie betraf. Der wahre Sinn des

5) Tel. Iswolskis 16. Dez. 1916 (Livre Noir IV p. 107).
6) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 16. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 30).
7) Tel. Iswolskis 16. Dez. 1916 a. a. O.
8) Paul Cambon p. 289.
9) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.

Friedensschrittes — führte der Minister aus — sei ein Versuch der Mittelmächte, aus ihren Eroberungen Nutzen zu ziehen, ehe sich ihre innere Schwäche offenbare; eine Weigerung der Alliierten aber, den Frieden anzunehmen, solle wenigstens dazu dienen, die sinkende Moral der eigenen Bevölkerung wieder zu stärken.

Das Bild, das Pokrowski hier von den inneren Zuständen der Mittelmächte entwarf, entsprach allerdings viel mehr der Lage im eigenen Lande, wo schon damals deutliche Verfallserscheinungen den nahenden Umsturz erkennen ließen. Hier bot sich in der Tat eine einzigartige Gelegenheit, die drohende Katastrophe in letzter Stunde von Rußland abzuwenden; die regierenden Kreise aber haben diese Möglichkeit leichtfertig verscherzt.

Unter diesen Umständen ist es vielleicht nicht paradox, daß gerade im zaristischen Rußland die schärfste Ablehnung des deutschen Angebotes nicht von der Regierung, sondern von der ententebegeisterten bürgerlichen Volksvertretung ausging. Am gleichen Tage, an dem Pokrowski seine Erklärung abgab, faßte die Duma eine Entschließung[10]), in der das Friedensangebot der Mittelmächte mit der Begründung abgelehnt wurde, daß dieser heuchlerische Akt nur ein Beweis innerer Schwäche sei. Deutschland selbst glaube nicht an den Erfolg eines Schrittes, der lediglich bezwecke, die Verantwortung von sich auf andere abzuwälzen; ein vorzeitiger Friede würde die Kriegsursachen nicht beseitigen, sondern nur den Keim neuer Konflikte in sich tragen.

Die neutrale Welt jedoch wollte sich durch diese pathetischen Deklamationen nicht beirren lassen. So berichtete der deutsche Gesandte in Bern, die deutschfreundlichen Kreise der Schweiz rieten Deutschland dringend zu geduldigem Abwarten, da die Friedensnote sich erst langsam auswirken könne[11]). Auch der Vatikan, der jetzt wieder in den Gang der Ereignisse einzugreifen begann, vertrat eine ähnliche Auffassung der Lage. Papst Benedikt XV. beauftragte den Wiener apostolischen Nuntius, Baron Burián und Graf Wedel mitzuteilen, er habe Grund zu der Annahme, daß die Entente zu Friedensverhandlungen geneigt sei, wenn die Mittelmächte „etwas" über ihre Bedingungen bekanntgeben würden; namentlich komme es den Alliierten auf Garantien für die Wiederherstellung und die völlige Unabhängigkeit Belgiens an. Er habe jetzt sichere Nachricht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten zu einer Vermittlung bereit sei, wenn

10) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.
11) Tel. Romberg an das Ausw. Amt 17. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 100).

sich alle kriegführenden Mächte zu einer Abrüstungsverpflichtung entschließen würden[12]). Darum richte er vor allem an die deutsche Regierung die Bitte, durch ihren Botschafter in Wien den Vatikan über ihre Absichten etwas auf dem Laufenden zu halten[13]).

Auch in London arbeitete die vatikanische Diplomatie eifrig für den Frieden. So vertrat Kardinalstaatssekretär Gasparri auch dem britischen Botschafter gegenüber die Meinung, man müsse die deutsche Regierung ersuchen, ihre Bedingungen zu formulieren. Er habe den Eindruck, daß diese mäßig seien; falls sich aber seine Meinung als irrig erweise, werde bei einer Fortführung des Kampfes der moralische Vorteil auf seiten der Alliierten liegen[14]).

Wohl nicht mit Unrecht vermutete Lloyd George hinter dieser ungewöhnlichen Betriebsamkeit der vatikanischen Diplomatie gewisse austrophile Tendenzen, die in ihrem Ursprung bis in die Kreise der Wiener Hofburg zurückreichten[15]). Tatsächlich war man in Wien nicht geneigt, die ablehnende Antwort der Alliierten, die sich nach den lärmenden Protestkundgebungen im Lager der Entente schon damals voraussehen ließ, mit ruhiger Ergebung einfach hinzunehmen. In diesem Sinne ließ Baron Burián am 18. Dezember der deutschen Regierung mitteilen, die Politik der beiden Regierungen müsse vor allem Sorge tragen, daß die taktische Position der Mittelmächte sich nicht verschlechtere und auch durch eine ablehnende Antwort der Entente die Möglichkeit nicht zerstört werde, den Faden weiterzuspinnen[16]).

Aber Lloyd George glaubte von einer so starken Friedensbereitschaft der Donaumonarchie nicht auf eine gleiche Neigung in Berlin schließen zu dürfen[17]). Die Haltung der britischen Regierung, ohne Kenntnis der konkreten Bedingungen sich auf nichts einzulassen, wurde auch von Page bedingungslos gebilligt[18]). Lloyd George aber ging weit darüber hinaus; er wollte überhaupt keine Verständigung, da seiner Meinung nach nur die Niederlage Deutschlands den Westmächten jene Garantie verschaffen

---

12) Diese Mitteilungen bezeichnete Baron Burián dem deutschen Botschafter gegenüber teils als wertlos, teils als Bestätigung seiner Eindrücke (vgl. Tel. Wedel an das Ausw. Amt 18. Dez. 1916, Beil. z. U. S. 102).

13) Tel. Wedel an das Ausw. Amt 17. Dez. 1916 (ebd., S. 101).

14) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg II, S. 48.

15) ebenda.

16) Tel. Wedel an das Ausw. Amt 18. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 102).

17) Lloyd George a. a. O., S. 48.

18) Lord Robert Cecil an Sir Cecil Spring-Rice 19. Dez. 1916 (J. P. II, p. 404).

konnte, die sie zu ihrer eigenen Sicherheit für erforderlich hielten. So hat er wohl keinen Zweifel daran gelassen, daß die Haltung der Alliierten gegenüber dem deutschen Schritt nur ablehnend sein könne.

Eine solche kategorische und bedingungslose Ablehnung jedoch war nicht nach dem Geschmack der britischen diplomatischen Vertretung in Washington. Der Botschafter selbst allerdings verhielt sich vollständig passiv; eine Initiative ging vielmehr von anderer Seite aus. Kurz nach der Bildung des Kabinetts Lloyd George war man nämlich in London zu der Einsicht gekommen, daß der ententistische Botschafter Page nicht den eigentlichen Standpunkt der amerikanischen Regierung repräsentiere. Da der britische Botschafter in Washington sich nun einmal keiner großen Beliebtheit in den dortigen Regierungskreisen erfreute, sandte man Anfang Dezember einen noch verhältnismäßig jungen Diplomaten hinüber, um die früheren herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherzustellen. Wirklich gelang es Sir William Wiseman in überraschend kurzer Zeit, von House bei allen wichtigen Fragen ins Vertrauen gezogen zu werden. Sir Cecil Spring-Rice war klug und selbstlos genug, das Feld freiwillig zu räumen; er erklärte, daß alles getan werden müsse, was der Sache förderlich sei[19]).

Sir William Wiseman also sah mit Bedenken, wie das Vorgehen seiner Regierung den Absichten der deutschen Staatsmänner Vorschub leistete, die nun mit vorwurfsvoller Miene auf die Alliierten zeigen und erklären konnten, daß allein die maßlose Haltung der Entente den Frieden verhindere. So kam es ihm vor allem darauf an, durch die Enthüllung der deutschen Kriegsziele diese Absicht zu durchkreuzen. In diesem Sinne bat er House, bei dem deutschen Botschafter zu sondieren, um etwas über die Kriegsziele der Mittelmächte in Erfahrung zu bringen. House erwiderte, daß Graf Bernstorff wahrscheinlich noch nicht über die wirklichen Absichten seiner Regierung informiert worden sei. Der Engländer wollte nun scheinbar wenigstens Zeit gewinnen; jedenfalls ersuchte die britische Botschaft ihre Regierung, die Antwort auf die deutsche Friedensnote möglichst lange hinauszuschieben[20]).

Aber bereits am 18. Dezember empfing die Botschaft die Nachricht, daß man unmöglich dem von Wiseman geäußerten Wunsche entsprechen

19) vgl. J. P. II, p. 404.
20) House an Wilson 17. Dez. 1916 (J. P. II, p. 403).

könne[21]). Lloyd George dachte nicht daran, die Politik der englischen Regierung, die auch von ausgesprochenen Pazifisten wie Snowden und Macdonald nicht angefochten wurde[22]), auch nur der geringsten Revision zu unterziehen. Von diesem Geist der äußersten Entschlossenheit war auch die Rede getragen, mit der er seine Politik vor dem Unterhaus begründete[23]). Der Premierminister erinnerte daran, daß sich die Welt augenblicklich in einer ähnlichen Lage befinde wie vor hundert Jahren; damals habe England die Militärdespotie eines Mannes stürzen helfen, der ebenfalls immer dann die Maske des Friedensengels angenommen habe, wenn es ihm zweckmäßig schien. Der Krieg, der einmal begonnen worden sei, müsse um der großen Ziele willen bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden. Eine Konferenz mit einem Gegner, dessen Ziele man nicht kenne, der sich selbst aber als siegreich bezeichne, würde bedeuten, sich ihm bedingungslos auszuliefern. Die Alliierten verlangten Wiederherstellung, Wiedergutmachung und Garantien; nichts aber deute darauf hin, daß Deutschland bereit sei, auf diese Bedingungen einzugehen. Noch immer bedrohe der preußische Militarismus die Welt; darum müsse er vernichtet werden.

Nun aber geschah etwas, das den Ereignissen eine völlig neue Wendung gab. Entgegen allen Erwartungen[24]) veröffentlichte Präsident Wilson nun doch auch seine Friedensnote[25]). Er war wohl dabei bestimmt durch den Eindruck, daß man jetzt handeln müsse, bevor die Entente die Tür zu Verhandlungen endgültig zuschlage. Die Note war allerdings nicht eigentlich ein Vermittlungsangebot, sondern mehr auf den Ton einer unverbindlichen Anregung abgestimmt. Der Präsident betonte, daß die beiderseitigen Bedingungen doch nicht so unvereinbar sein könnten, wie man vorläufig in allen europäischen Hauptstädten anzunehmen scheine.

Die Aktion des Präsidenten war selbst für seine nächste Umgebung eine Überraschung. Er hatte die Note abgesandt, ohne vorher House um

---

21) Notiz vom 18. Dez. 1916 (ebd., p. 404).
22) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg II, S. 50.
23) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.
24) Noch am 19. Dezember hatte Gerard, der sich auf der Rückreise nach Berlin befand, dem deutschen Gesandten in Kopenhagen gegenüber geäußert, der Präsident werde vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen (Tel. Brockdorff-Rantzau an das Ausw. Amt 19. Dez. 1916, Beil. z. U. S. 104).
25) Text s. Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy II, in deutscher Übersetzung Ahrens: Das staatsmännische Werk des Präsidenten Wilson, Beil. z. U. S. 30 ff., Schultheß' Eur. Geschichtskalender.

Rat zu fragen; die von diesem beanstandete Wendung fand sich auch in der endgültigen Fassung in etwas veränderter Form wieder[26]). So trägt denn diese Initiative Wilsons in weit höherem Grade seinen persönlichen Charakter als alles, was bisher auf dem Gebiete der Außenpolitik in seinem Namen geschehen war. Das Staatsdepartement war tief beunruhigt über einen Schritt, der den Alliierten zu einem Zeitpunkt, in dem soeben auch die Mittelmächte ihre Friedensbereitschaft zu erkennen gegeben hatten, als von Deutschland inspiriert erscheinen mußte. Vor allem Lansing fand, daß die Aktion des Präsidenten, der es leider nie verstanden habe, sich veränderten Bedingungen anzupassen, unter Voraussetzungen erfolgt war, die einen sicheren Mißerfolg voraussehen ließen. Auch House, dessen bisherige Aktivität plötzlich in Defaitismus umschlug, war tief entmutigt. Obwohl er die Ehrlichkeit der subjektiven Überzeugung der Alliierten nicht bezweifelte, so ließ ihn doch eine gewisse Selbstsucht ihrer Kriegsziele befürchten, daß die Entente darauf ausgehe, Deutschland politisch zu vernichten. In diesem Sturm entfesselter Kriegsleidenschaften mußte jede Stimme der Vernunft hoffnungslos verhallen. „Denn nicht von umsichtigen Erwägungen werden die Völker geleitet, sie werden von großen Gefühlen bestimmt" (Ranke). Eben darum war House geneigt, einen gewissen Zwang der Verhältnisse zuzugeben, der die Menschen bis zu einem gewissen Grade ihrer Verantwortung enthob. Denn die Völker — so meinte er — befänden sich in völliger Unkenntnis über den wahren Stand der Dinge; die Regierungen aber könnten nicht einmal getadelt werden, daß sie ihnen die Wahrheit vorenthielten, da sie es nicht wagen könnten, ihren Mut und ihre Begeisterung einer allzu starken Belastungsprobe auszusetzen[27]). So kam der Amerikaner zu der ganz richtigen Einsicht, daß die Verhältnisse, die menschlicher Wille begründet habe, und die Entschlüsse eines Willens, der einer von ihm selbst geschaffenen Lage nun machtlos gegenüberstehe, sich wechselseitig bedingten.

Der erste Eindruck der Wilson-Note war vor allem in Paris denkbar ungünstig. Als der amerikanische Geschäftsträger im französischen Außenministerium vorsprach, um die Franzosen von dem beabsichtigten Schritt des Präsidenten in Kenntnis zu setzen, erwiderte ihm Unterstaatssekretär Jules Cambon, im gegenwärtigen Augenblick sei eine Intervention nicht

26) Vgl. J. P. II, p. 407.
27) Vgl. J. P. II, p. 411 f.

opportun[28]). Als dann am folgenden Tage Botschafter Sharp dem Ministerpräsidenten die Wilsonnote überreichte, machte sich dieser die Argumentation Cambons zu eigen. Der Unterstaatssekretär fügte noch hinzu, daß man Versuche Deutschlands befürchten müsse, den Vatikan und die übrige neutrale Welt zu ähnlichem Vorgehen zu veranlassen[29]). Tatsächlich überreichte am 23. Dezember der Schweizer Geschäftsträger eine Note, in der sich die Eidgenossenschaft dem Schritt des Präsidenten Wilson anschloß[30]). In Madrid erklärte Graf Romanones dem französischen Botschafter, von den Mittelmächten werde auf den König ein starker Druck ausgeübt, die Friedensbemühungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten zu unterstützen; der König habe zwar den sehnlichen Wunsch, für den Frieden zu arbeiten, fürchte aber, sich durch einen solchen Schritt in Frankreich mißliebig zu machen[31]). Selbst die Reise des radikalsozialistischen Politikers Caillaux nach Rom verfolgte man in französischen diplomatischen Kreisen mit tiefem Mißtrauen; man fürchtete, er werde versuchen, mit Hilfe des Vatikans und der deutschfreundlichen Kreise um Giolitti Italien zu einem Sonderfrieden zu bewegen und damit im Sinn des Friedens einen Druck auf die französische Regierung auszuüben. Für eine solche Politik erwartete man die entschlossene Unterstützung durch einige Gruppen der französischen Linken[32]). Verhältnismäßig spät —erst am 28. Dezember — hat Briand die französischen diplomatischen Vertreter des neutralen Auslandes angewiesen, eine Unterstützung der Friedensaktion des Präsidenten Wilson durch die betreffenden Regierungen nach Möglichkeit zu verhindern[33]).

Immerhin ließ die Initiative des Präsidenten Wilson jetzt die Notwendigkeit um so dringender erscheinen, eine sorgfältige Beantwortung der deutschen Note in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Ursprünglich hatten die Franzosen beabsichtigt, das Friedensangebot der Mittelmächte als bloßes Manöver zurückzuweisen; jetzt aber sahen sie, daß es notwendig war, sich sachlicher damit zu befassen[34]). In London regte Page an, die geplante Antwort der Alliierten in Washington vertraulich mitteilen zu

---

28) Tel. Iswolskis 20. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 112).
29) Tel. Iswolskis 21. Dez. 1916 (ebd., p. 113).
30) Tel. Iswolskis 23. Dez. 1916 (ebd., p. 119).
31) Tel. Iswolskis 23. Dez. 1916 (ebd., p. 118).
32) Tel. Iswolskis 21. Dez. 1916 (ebd., p. 114).
33) Tel. Iswolskis 28. Dez. 1916 (ebd., p. 125).
34) Edvard Benez: Der Aufstand der Nationen S. 138.

lassen; das werde die Position der Entente in Amerika ganz enschieden verbessern[35]). Schwierigkeiten machte auch die Wahl der Form; die belgische Regierung hielt nur eine sachliche Übereinstimmung der einzelnen Noten für notwendig, Jules Cambon dagegen befürwortete auch gleichen Wortlaut[36]). Vor allem aber stand man vor der Frage, ob man die Mittelmächte unterschiedslos behandeln oder der Donaumonarchie etwas entgegenkommen wollte; eine solche Anregung ging von russischer Seite aus.

Der Journalist Swatkowsky wußte nämlich zu berichten, daß sich in den Wiener Regierungskreisen eine starke Nervosität und Erregung bemerkbar mache, weil Deutschland auf Kosten seiner Verbündeten die Initiative der österreichischen Regierung nur seinen eigenen Zwecken dienstbar mache. So wurde nun von ihm der Gedanke in die Debatte geworfen, aus diesem Ressentiment für die Sache der Alliierten Nutzen zu ziehen. Und zwar schlug er vor, die Wiener Regierung wissen zu lassen, daß wohl Österreich-Ungarn, nicht aber Deutschland einen billigen Frieden haben könne. Es werde allerdings der Donaumonarchie unmöglich sein, einen Sonderfrieden zu schließen, wohl aber werde diese Aussicht den Kriegswillen der Regierung und den Kampfgeist der Truppen bedeutend beeinträchtigen. Freilich sei es nach wie vor notwendig, das Recht der Nationalitäten auf Autonomie auch in Wien mit Entschiedenheit zu betonen; alle Mitteleuropa-Pläne müßten nun endgültig der Vergangenheit angehören[37]).

Eine Unterredung mit Unterstaatssekretär Cambon klärte Iswolski darüber auf, daß die Agenten Swatkowskys auch die französische Regierung bereits im gleichen Sinne verständigt hatten. Der Franzose ließ zwar eine gewisse Sympathie für Österreich-Ungarn erkennen, zeigte aber im übrigen keine Neigung, auf den Vorschlag einzugehen[38]). Der Botschafter aber wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen derartige Pläne und erklärte seiner Regierung, daß er ein solches Spiel mit Österreich-Ungarn für äußerst gefährlich halte; eine derartige Politik würde nicht nur das Petrograder Kabinett in den Augen der Nationalitäten kompromittieren, sondern müßte auch bei der serbischen und rumänischen Regierung den größten

35) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg II, S. 52 f.
36) Tel. Iswolskis 16. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 107).
37) Tel. Iswolskis 21. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 115).
38) Die französische Politik hatte sich ja auch seit spätestens Februar 1916 für die Selbständigkeit der Nationalitäten entschieden. Vgl. Benesch: Der Aufstand der Nationen, S. 57 f.

Argwohn erregen[39]). Damit war der schüchterne Versuch einer austrophilen Orientierung der Entente-Politik endgültig gescheitert.

So entschied man sich für eine gemeinsame Antwortnote, die formal an die Mittelmächte gerichtet war; im Grunde genommen hatte man sie jedoch mehr für die Neutralen — besonders für Amerika — berechnet. Darum unterschied sich der von Unterstaatssekretär Cambon und Kabinettschef Berthelot ausgearbeitete Entwurf bedeutend von dem Ton der sonst üblichen diplomatischen Schriftstücke; Iswolski fand ihn ganz ausgezeichnet und befürwortete bei seiner Regierung dringend die Annahme[40]). So konnte man hoffen, in Washington einen guten Eindruck zu machen.

Dort war inzwischen Staatssekretär Lansing eigene Wege gegangen. Nachdem die Friedensaktion, die er innerlich mißbilligte, einmal eingeleitet war, hielt er es für notwendig, wenigstens die Bedingungen der kriegführenden Mächte zu erfahren, die vielleicht doch eine Basis für weitere Verhandlungen boten, zumindest aber den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gaben, sich für die eine oder andere Partei entscheiden zu können. Er selbst war allerdings keinen Augenblick im Zweifel, auf wessen Seite man innerlich stehen müsse. Drängte man aber nicht auf die Bekanntgabe der Kriegsziele, hätte vielleicht die deutsche Regierung glauben können, daß es nicht beabsichtigt sei, die Mittelmächte auf konkrete Bedingungen festzulegen. In den alliierten Ländern aber drohte das tiefe Mißtrauen gegenüber dem anscheinend deutschfreundlichen Schritt des Präsidenten jede Erörterung über die Forderungen der Entente zu verhindern. Der Staatssekretär betrachtete es darum als seine Aufgabe, das zeitliche Zusammentreffen der beiden Aktionen zu erklären und den Eindruck zu zerstören, als ob die Initiative des Präsidenten eine Unterstützung der deutschen Aktion darstelle. Die einzige Möglichkeit dazu sah er in dem Versuch, den Alliierten die Gefahr eines Bruches mit Deutschland glaubhaft zu machen, den die Vereinigten Staaten nur durch ihren Friedensschritt glaubten verhindern zu können, da allein eine Friedenskonferenz sie der Notwendigkeit einer Entscheidung enthob.

Daher betonte Lansing in einem Interview, der Schritt des Präsidenten

---

39) Tel. Iswolskis 21. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 116).

40) Nur in einem Punkt wünschte der Botschafter eine Änderung; sie betraf den unglücklichen Ausdruck «mensongère», den er mit Zustimmung Cambons durch die Wendung ersetzt wissen wollte: «Les Alliés n'admettront jamais une affirmation qui, à un double point de vue, est contraire à la réalité des faits» (Livre Noir IV, p. 117).

sei nicht eigentlich eine Friedensaktion, sondern bezwecke, die kriegführenden Mächte zu veranlassen, ihre Forderungen bekanntzugeben. Da unter Umständen auch Amerika in den Konflikt verwickelt werden könne, wünschten die Vereinigten Staaten vor allem Klarheit darüber zu haben, für welche Ziele die beiden Parteien kämpften. Diese Andeutung einer möglichen Teilnahme Amerikas am Krieg möge als Warnung dienen, die amerikanischen Rechte zu achten.

Diese Erklärung löste in der amerikanischen Öffentlichkeit große Erregung aus. Präsident Wilson aber wollte unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, als seien die Vereinigten Staaten entschlossen, an der Seite jener Mächtegruppe in den Krieg einzutreten, deren Bedingungen ihnen gerechter erschienen als die der anderen. Er suchte darum den Staatssekretär um Zurücknahme dieser Äußerung oder wenigstens um die Erklärung, daß seine Worte mißdeutet worden seien. Lansing kam dieser Aufforderung nur insofern nach, als er betonte, es sei natürlich nicht seine Absicht gewesen, einen bevorstehenden Wechsel der amerikanischen Außenpolitik anzudeuten[41]).

Durch dieses vom Präsidenten erzwungene Dementi wurde zwar die von Lansing gewollte Wirkung des Interviews auf die englische Öffentlichkeit abgeschwächt, nicht aber der günstige Eindruck auf die Londoner Regierung. Der britische Botschafter teilte später dem Staatssekretär mit, allein seine Feststellung habe die Situation gerettet und die britische Regierung veranlaßt, eine versöhnliche Haltung einzunehmen; andernfalls hätte eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen Washington und London das Ergebnis sein können[42]). Übrigens war Sir Cecil Spring-Rice bestrebt, die Bemühungen Lansings zu unterstützen. Am 22. Dezember berichtete er seiner Regierung, die Aktion des Präsidenten sei nicht gegen die Alliierten gerichtet, wenn sie auch unzweifelhaft den deutschen Wünschen entgegenkomme; er warne darum das Kabinett vor einer ablehnenden Haltung, die den Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten nur vertiefen würde[43]). Auch die beruhigenden Versicherungen Pages, der Präsident habe sich unabhängig von der deutschen Aktion mit Vermittlungsabsichten getragen, trugen wesentlich dazu bei, die Initiative der amerikanischen Regierung in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen.

41) Lansing: War Memoirs, p. 188 ff.
42) Spring-Rice an Lansing 13. Jan. 1917 (Lansing: War Memoirs, p. 190).
43) Spring-Rice an Balfour 22. Dez. 1916 (Spring-Rice II, p. 364).

Selbst in Paris neigte man nun zu einer ruhigeren Beurteilung der Lage. Dort hatte sich Botschafter Sharp die Argumentation Lansings vollkommen zu eigen gemacht und Jules Cambon gegenüber betont, der Präsident sei sehr erstaunt über die ungünstige Beurteilung seiner Aktion, da Frankreich vor jedem unfreundlichen Akt seitens der Vereinigten Staaten sicher sei; er habe mit seiner Friedensnote, die selbstverständlich völlig unabhängig von dem deutschen Schritt erfolgt sei, lediglich bezweckt, sich von der Verantwortung zu befreien, falls die Vereinigten Staaten doch noch in den Konflikt verwickelt würden. Dadurch gewannen die alliierten Kabinette den Eindruck, daß die Zurücknahme des Sussexversprechens der deutschen Regierung und ihr Bruch mit den Vereinigten Staaten unmittelbar vor der Tür stehe[44]). Als nun allerdings der Botschafter den Text der Lansing-Erklärung im französischen Außenministerium überreichte, fand Unterstaatssekretär Cambon, daß sie nicht den kategorischen Charakter trug, auf den die mündliche Information Sharps hatte schließen lassen[45]). Nichtsdestoweniger hielt der Botschafter an seinem Standpunkt auch dann noch fest, als er Cambon das offizielle Dementi des Staatsdepartements übermitteln mußte, das von Lansing in die Bitte gekleidet war, seinem Presseinterview keine Aufmerksamkeit zu schenken. Gleichzeitig empfahl der Staatssekretär, die Antwortnote an den Präsidenten mit der Absendung gleichzeitig zu veröffentlichen[46]).

Einstweilen jedoch hatte man sich nicht einmal auf den Text geeinigt. Die Franzosen wünschten dringend eine Kollektivnote, um die Einmütigkeit der verbündeten Regierungen vor aller Welt zu demonstrieren. Bezüglich des Inhaltes legte Page Lord Robert Cecil nahe, man solle gegenüber Washington möglichst aufrichtig verfahren. Balfour schlug vor zu erklären, die konkreten Bedingungen der Alliierten hätten an sich für England kein unmittelbareres Interesse als für die Vereinigten Staaten, da sie Großbritannien weder einen Machtzuwachs noch kommerzielle Vorteile brächten; eine Lösung auf anderer Basis würde jedoch den Prinzipien internationaler Zusammenarbeit zuwiderlaufen, die Präsident Wilson selbst

44) Tel. Iswolskis 24. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 120). Trotzdem konnte damals Sir William Wiseman von seiner Regierung keine Anweisung erlangen, ob es für die Alliierten vorteilhaft wäre, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen (Sir William Wisemann zu Charles Seymour 23. Mai 1933, Seymour: American Diplomacy during the World War).

45) Tel. Iswolskis 25. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 122).

46) Tel. Iswolskis 28. Dez. 1916 (ebenda, p. 124).

verkündet habe[47]). Der endlich fertiggestellte Entwurf fand jedoch im Gegensatz zu der Antwort auf die deutsche Note nicht den Beifall Iswolskis, der vor allem die Wendung mißbilligte, daß die Alliierten augenblicklich keine Möglichkeit sähen, einen Frieden zu schließen, der die notwendigen Wiedergutmachungen und Garantien sicherstelle; er fand die Wendung ungeschickt und fürchtete, sie könnte in Washington mißdeutet werden[48]). So befanden sich die Alliierten in der unangenehmen Lage, entweder zu schroff gegen Wilson oder zu entgegenkommend den Mittelmächten gegenüber zu sein, als ihnen ganz unerwartet die Haltung der deutschen Regierung zu Hilfe kam.

Schon am 19. Dezember war die Wilhelmstraße durch den eben nach Berlin zurückkehrenden Botschafter Gerard davon in Kenntnis gesetzt worden, daß eine Vermittlung des Präsidenten den Alliierten äußerst unbequem war. Darum habe Jusserand in Washington Präsident Wilson unausgesetzt beschworen, keine Friedensvermittlung zu unternehmen. Der Botschafter betonte, daß die Vereinigten Staaten fest entschlossen seien, die Friedensbedingungen der kriegführenden Mächte in Erfahrung zu bringen. Falls dann die Entente ihre Forderung nach der Niederwerfung Deutschlands und einer Aufteilung der Donaumonarchie aufrecht erhalte, sei Washington nicht gesonnen, sich mit einer derartigen Erklärung abfinden zu lassen, sondern werde Waffen, Munition und Lebensmittel mit einem Embargo belegen, um den Frieden auch gegen die Entente zu erzwingen. Das lasse sich allerdings nicht sofort erreichen; die Mittelmächte müßten daher zunächst eine abwartende Haltung einnehmen[49]). Sollten die Mittelmächte diese Geduld nicht aufbringen und zur Wiedereröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges schreiten, würden die Vereinigten Staaten unweigerlich an der Seite der Alliierten in den Krieg eingreifen. Auch eine Ablehnung des Friedensangebotes durch die Entente sei kein genügender Grund, anerkannte völkerrechtliche Grundsätze zu mißachten[50]).

Während die deutsche Regierung also einerseits keinen Augenblick darüber im Zweifel sein konnte, was die Zurücknahme des den Vereinigten Staaten gegebenen Versprechens bedeutete, war ihr doch andererseits die

---

47) Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg II, S. 53.
48) Tel. Iswolskis 23. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 118).
49) Tel. Brockdorff-Rantzau an das Ausw. Amt 19. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 104).
50) Tel. Wedel an das Ausw. Amt 21. Dez. 1916 (ebd., S. 106).

Möglichkeit gezeigt worden, die einen entscheidenden diplomatischen Erfolg wahrscheinlich machte. Statt dessen stand Berlin der Aktion des Präsidenten mit verlegener Abwehr gegenüber[51]). Die zustimmende Antwort auf seine Anregung sollte lediglich dazu dienen, den Mittelmächten die Beantwortung der Ententenote zu erleichtern, falls sie von demselben Geiste getragen war wie die öffentlichen Kundgebungen der verantwortlichen Staatsmänner. Die Einmischung des Präsidenten in etwaige Friedensverhandlungen selbst wollte man dagegen unter allen Umständen vermeiden, da sie für Deutschland höchstens einen Verzichtfrieden erhoffen ließ. Niemand in Berlin oder Wien aber wagte daran zu denken, zumal das Genie der erst jetzt an das höchste Kommando berufenen Feldherren Hindenburg und Ludendorff einen militärischen Erfolg doch noch möglich machte. So entschloß man sich zu einer Antwortnote, die zwar im Sinn der eigenen Friedensaktion gehalten war, aber klar zum Ausdruck brachte, daß man mit den Alliierten unmittelbar zu verhandeln wünschte. Der Wiener Regierung wurde dafür folgender Wortlaut vorgeschlagen: „Die Kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. Dezember, daß sie bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Ort vorzuschlagen"[52]).

Die Wilhelmstraße stellte es der Wiener Regierung anheim, für ihre Note einen anderen Wortlaut zu wählen, betonte aber mit Nachdruck die Notwendigkeit einer sachlichen Identität, da auch die Antwort des Bun-

51) Dem deutschen Botschafter in Wien gegenüber sprach Zimmermann sogar von der Möglichkeit, daß die Friedensaktion des Präsidenten Wilson mit englischem Einverständnis erfolgte, „um der Entente einen Ausweg aus der Sackgasse zu erleichtern, in die sie durch die öffentlichen Kundgebungen ihrer Staatsmänner geraten sei". (Tel. Zimmermann an Wedel, 23. Dez. 1916, Beil. z. U. S. 108). Wie der Staatssekretär auf diese seltsame Vermutung kam, ist vollkommen unerfindlich; die Möglichkeit eines „diplomatischen Schachzuges" — dem eigenen Botschafter gegenüber! — erscheint wohl ziemlich ausgeschlossen.

52) Tel. Zimmermann an Wedel 23. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 108).

desgenossen klar zum Ausdruck bringen müsse, daß die Mittelmächte mit ihren Gegnern direkt zu verhandeln wünschten[53]). Eine vollkommene Übereinstimmung zwischen Wien und Berlin sei um so notwendiger, als Nachrichten aus Washington zufolge Präsident Wilson anstrebe, eine Konferenz zu verhindern und die Friedensaktion an sich zu reißen[54]). Der Standpunkt der deutschen Regierung, daß Wilsons Beteiligung an Friedensverhandlungen vermieden werden müsse, wurde von Graf Czernin, der inzwischen Baron Burián als Außenminister abgelöst hatte, voll und ganz geteilt[55]).

Obwohl Staatssekretär Lansing wenigstens um vertrauliche Mitteilung der Bedingungen ersucht hatte, falls den Regierungen die öffentliche Bekanntgabe unerwünscht sei[56]), wurde auch Graf Bernstorff dahin verständigt, daß die Mittelmächte zwar nach Friedensschluß bereit seien, einen internationalen Kongreß zur Beratung über allgemeine Probleme zu beschicken, einstweilen aber den Gedanken einer Konferenz unter Beteiligung der neutralen Mächte ablehnen müßten. Als Verhandlungsort komme nur ein Platz im neutralen Europa in Frage; keinesfalls dürfe eine Stadt der Neuen Welt Schauplatz der Friedensverhandlungen sein. Davon sei eine Einmischung der Vereinigten Staaten zu befürchten, die den Interessen der Mittelmächte abträglich wäre und darum zu verhindern sei. Vielmehr müsse man die Grundlagen des künftigen Friedens durch direkte Verhandlungen mit den Alliierten sicherstellen, wolle man nicht Gefahr laufen, durch einen Druck der Neutralen den gewünschten Gewinn zu verlieren[57]).

Und hier zeigt sich der tragische Zwiespalt der deutschen Politik: Die gleiche Regierung, die Schritt für Schritt vor der Obersten Heeresleitung zurückwich und sich in steigendem Maße von der Möglichkeit einer Ver-

53) Tel. Zimmermann an Wedel 25. Dez. 1916 (ebd., S. 110).

54) Tel. Wedel an das Ausw. Amt 26. Dez. 1916 (ebd., S. 111). Der Untersuchungsausschuß hat die bemerkenswerte Feststellung gemacht, daß ein solches Telegramm nicht vorliegt. Doch besteht die Möglichkeit, daß die fragliche Information privater Natur war und nicht den amtlichen Weg gegangen ist (Generalkonsul Heilbron zum Verfasser). Aber selbst wenn Graf Bernstorff seiner Regierung eine entsprechende Nachricht hat zukommen lassen, wird man doch die Diskrepanz nicht übersehen können, die zwischen dem Ton dieser Mitteilung und der politischen Linie des Botschafters besteht. Zimmermann muß also die fragliche Information nach Wien in einer Form weitergegeben haben, die lediglich seiner eigenen Anschauung über die Intervention des Präsidenten entsprach.

55) Tel. Wedel an das Ausw. Amt 26. Dez. 1916 (ebd., S. 111).

56) Tel. Zimmermann an Bernstorff 26. Dez. 1916 (Beil. z. U., S. 34).

57) Tel. Zimmermann an Wedel 25. Dez. 1916 (ebd., S. 110).

schlechterung der militärischen Lage überzeugen ließ, falls man noch länger auf den U-Boot-Krieg verzichte[58]), glaubte lediglich auf Grund des gegenwärtigen Standes der Kriegskarte an Bedingungen festhalten zu müssen, die man der Welt doch nicht aufzuzwingen vermochte.

Das war die Genesis der deutschen Antwortnote an Wilson, die nach Möglichkeit der Antwort der Entente auf das Friedensangebot der Mittelmächte zuvorkommen sollte[59]) und darum schon am 26. Dezember in Washington übergeben wurde. Dort war man begreiflicherweise keineswegs erfreut über eine Erklärung, die sich zwar im allgemeinen zu der Anregung des Präsidenten zustimmend verhielt, durch den bewußten Verzicht auf die Bekanntgabe konkreter Bedingungen jedoch keineswegs geeignet war, das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik zu erhöhen. So konnte Jusserand seiner Regierung berichten, die Antwort der Mittelmächte habe auf Wilson einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht[60]). Selbst Bernstorff konnte seine Enttäuschung über die unbefriedigende Antwort seiner Regierung nicht verbergen, verhielt sich aber im übrigen zurückhaltend, um dem Kanzler nicht vorzugreifen. House betonte die Notwendigkeit, den Versuch zu machen, wenigstens die vertrauliche Mitteilung der deutschen Bedingungen zu erreichen, die nicht einmal durch das Staatsdepartement zu erfolgen brauche, wenn Berlin von dieser Seite eine Indiskretion befürchte[61]). Die deutsche Regierung solle sich dabei bewußt bleiben, daß man das Hauptgewicht auf Garantien zur Sicherung des Friedens legen müsse, da von den Alliierten immer wieder die Notwendigkeit der Allianzen betont werde, um sich gegen einen deutschen Angriff zu sichern. In diesem Sinn hat der Botschafter nach Berlin berichtet, wobei er nicht versäumte, darauf hinzuweisen, daß eine Friedenskonferenz ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten unmöglich sei, da die Alliierten sich nur unter dem Druck der amerikanischen Regierung in Verhandlungen einlassen würden. Die Bedenken gegen eine solche Intervention des Präsidenten suchte Bernstorff durch die Bemerkung zu zerstreuen, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Verhandlungen nur eine bedingte sei und sich auf einige Fragen allgemeiner Art beschränke. Darum sei es allerdings um so notwendiger, nach einem vorläufigen Friedensschluß sich feierlich auf alle Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung des

58) Tel. Lersner an das Ausw. Amt 23. Dez. 1916 (ebd., S. 211).
59) Tel. Zimmermann an Lersner 24. Dez. 1916 (ebd., S. 110).
60) Tel. Iswolskis 28. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 124).
61) Notiz vom 27. Dez. 1916 (J. P. II, p. 426).

Weltfriedens zu verpflichten. Je stärker man eine solche Bereitschaft zum Ausdruck bringe, desto mehr werde sich die diplomatische Stellung der Mittelmächte verbessern. In Fragen territorialer Natur sei höchstens bei der belgischen Frage eine Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Washington zu befürchten; im übrigen könne die amerikanische Intervention den Mittelmächten nur Vorteile bringen, da man in Washington erst jetzt sehe, was die englische Seeherrschaft bedeute[62]).

Sobald man in den Kreisen der Entente erkannte, daß zwischen der amerikanischen und der deutschen Auffassung tiefe und einschneidende Gegensätze bestanden, die doch noch einen diplomatischen Erfolg der Alliierten möglich machten, wurde in Paris und London beschlossen, aus dem schlechten Eindruck der ausweichenden deutschen Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Nutzen zu ziehen[63]). So haben die in London weilenden französischen Minister Ribot und Thomas mit Lord Robert Cecil vereinbart, den Fehler der deutschen Regierung zu vermeiden und die Ziele der Alliierten ausführlich darzulegen[64]). Inzwischen bemühte sich der in Amerika sehr beliebte Lord Bryce, dem Berater des Präsidenten die Gründe der Alliierten für die Ablehnung von Verhandlungen auseinanderzusetzen. Natürlich nehme kein vernünftiger Mensch an, daß der Präsident unter deutschem Einfluß stehe; die Erregung der britischen öffentlichen Meinung sei vielmehr auf seine Bemerkung zurückzuführen, daß beide Parteien am Ausbruch des Krieges entweder gleich schuldig oder gleich unschuldig seien. Überhaupt scheine Amerika die Gefahr zu unterschätzen, die der Welt von einem nicht besiegten Deutschland drohe. Die britische Regierung jedenfalls sei der Ansicht, daß man nur mit tiefstem Mißtrauen die Absichten einer Regierung verfolgen könne, die mit ihrer Initiative wahrscheinlich nur Zeit gewinnen wolle. Übrigens habe es Deutschland leicht, einheitliche Bedingungen aufzustellen, da die Politik Österreich-Ungarns sowohl wie der Türkei von Berlin diktiert werde; eine lockere Koalition wie die Entente dagegen sei abhängig von den Entscheidungen der verschiedenen Mächte, von denen eine jede die Lage anders beurteile. Auch dieser Gesichtspunkt müsse unter den gegenwärtigen Umständen in Betracht gezogen werden[65]).

62) Tel. Bernstorff an Bethmann 29. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 39).
63) Benez: Der Aufstand der Nationen, S. 138.
64) Tel. Sewastopoulos 29. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 128).
65) Lord Bryce an House 27. Dez. 1916 (J. P. II, p. 410).

Damit glaubte die Entente alles getan zu haben, um ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Verständigungsfrieden zu begründen und ihre Antwortnote bei den Neutralen in einem einigermaßen günstigen Lichte erscheinen zu lassen. Nachdem selbst der in Paris tagende Sozialistenkongreß unter dem Einfluß Hendersons und Vanderveldes sich für die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende ausgesprochen hatte[66]), war auch von diesen Kreisen keine schädliche Einwirkung mehr zu befürchten. So schritt man am 30. Dezember beruhigt zur Veröffentlichung der Antwortnote auf das Friedensangebot der Mittelmächte.

Der Ton dieser Note[67]) war für die Mittelmächte so beleidigend, daß sich eine Antwort an ihre Verfasser aus Gründen der nationalen Würde von selbst verbot. Der Reichskanzler ging jedoch von der ganz richtigen Voraussetzung aus, daß die Schachzüge der Alliierten nicht ohne Erwiderung bleiben dürften, wenn die Wirkung des Friedensangebotes nicht paralysiert werden sollte. Aus diesem Grunde entschloß man sich in Berlin zu einer Note an alle neutralen Mächte, die das Friedensangebot der Mittelmächte unterstützt hatten; da jedoch leicht der Eindruck entstehen konnte, daß man Wert auf eine Vermittlung lege, bereitete die Abfassung einer solchen Erklärung nicht geringe Schwierigkeiten[68]).

Im Hauptquartier löste die Antwort der Alliierten eine begreifliche Erregung aus. Der Kaiser erklärte, daß die Mittelmächte nun ihrerseits ihre Kriegsziele revidieren müßten; von einem Entgegenkommen gegenüber Frankreich und Belgien könne nicht mehr die Rede sein. So werde Deutschland auf die flandrische Küste nicht mehr verzichten können; König Albert aber, der nun zum drittenmal das deutsche Angebot zurückgewiesen habe, dürfe nicht mehr nach Belgien zurückkehren[69]).

In Wien dagegen wurde eine ganz andere Auffassung der Lage geltend gemacht. Graf Czernin fand den Ton der Alliierten zwar impertinent, den Inhalt ihrer Note aber nicht ungünstig, da nach seiner Meinung keine eigentliche Ablehnung, sondern mehr ein Ausweichen vorlag. Jedenfalls sei die Möglichkeit gegeben, den Faden nicht abreißen zu lassen; gerade darauf lege er das größte Gewicht[70]).

Wie weit die Befürchtung der Wiener Regierung, Deutschland werde

66) Tel. Iswolskis 28. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 125).
67) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender; Beil. z. U., S. 35 ff.
68) Tel. Bethmann an den Kaiser 2. Jan. 1917 (Beil. z. U. S. 112).
69) Tel. Grünau an das Ausw. Amt 2. Jan. 1917 (ebd., S. 113).
70) Tel. Bethmann an den Kaiser, a. a. O.

nun endgültig die Entscheidung der Waffen suchen, tatsächlich ging, zeigt der Umstand, daß sich Kaiser Karl persönlich an seinen Bundesgenossen wandte. Auch er betonte, daß die Note der Entente trotz ihrer unerfreulichen Folgerungen die Möglichkeit weiterer Friedensgespräche nicht ausschließe. Darum gehe sein Bestreben, das von der deutschen Regierung hoffentlich geteilt werde, vor allem dahin, die in der ganzen Welt bestehende Friedensstimmung fortgesetzt zu nähren und auf diese Art doch noch zu ernsten Friedensverhandlungen zu gelangen. Er wende sich also mit der dringenden Bitte an seinen Bundesgenossen, noch einmal einen diplomatischen Versuch zu unternehmen, ehe man endgültig die Brücken zu einem Verständigungsfrieden abbreche[71]).

Rückschauend läßt sich jedenfalls feststellen, daß die von Wien empfohlene Politik nach menschlicher Berechnung die beiden Kaiserreiche vor dem Zusammenbruch bewahrt hätte. Ein Zeichen staatsmännischen Weitblicks und diplomatischen Einfühlungsvermögens wird man in der Haltung der Wiener Regierung jedoch nicht erblicken können. Denn nur die Rücksicht auf die bevorstehende amerikanische Intervention hätte eine abwartende Haltung gerechtfertigt; eine Vermittlung des Präsidenten Wilson hat jedoch gerade die Wiener Regierung mit Entschiedenheit abgelehnt. Die einzige Möglichkeit, den Krieg politisch zu gewinnen, hat also auch sie nicht erkannt. Dagegen unterschätzte sie zweifellos die Möglichkeit, auch bei einer Fortdauer des Kampfes in den bisherigen Formen wenigstens die defensiven Kriegsziele zu erreichen. Die Haltung der österreichischen Regierung war dabei weitgehend von der bedrohlichen Lage im eigenen Lande diktiert, die sie schließlich an einem glücklichen Ausgang des Krieges verzweifeln ließ. So glaubte Graf Czernin nur die Wahl zu haben zwischen dem drohenden Zusammenbruch und einem rechtzeitigen Verständigungsfrieden. Natürlich entschied er sich für den zweiten Weg und suchte dieses Ziel mit allen Mitteln zu erreichen. Angesichts des entschlossenen Kriegswillens der Entente ist jedoch die Haltung der Wiener Diplomatie ein typisches Beispiel jener optimistisch schönfärberischen Politik, wie sie nur in der Atmosphäre des Ballhausplatzes gedeihen konnte.

In Berlin dagegen, wo man den Frieden nicht so notwendig brauchte, schlug man jetzt eine schärfere Tonart an. Bereits am 23. Dezember war

---

71) Tel. Grünau an das Ausw. Amt 2. Jan. 1917 (ebd., S. 113).

in militärischen Kreisen die Befürchtung geäußert worden, daß ein etwaiger Friede nicht den militärischen Erfolgen entsprechen könnte[72]). Überhaupt warf sich die Oberste Heeresleitung zum Wortführer jener extremen Richtung auf, die den Kanzler, der als Anhänger eines Verständigungsfriedens galt, mit steigendem Argwohn betrachtete. Nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes durch die Entente wurde Bethmann-Hollweg gebeten, der militärischen Führung die territorialen Mindestforderungen mitzuteilen, an denen er bei der augenblicklichen Kriegslage unter allen Umständen festzuhalten gedenke. Der Generalstabschef ließ dabei durchblicken, daß die Äußerung des Kanzlers, Deutschland werde vielleicht doch auf das Erzbecken von Briey verzichten müssen, ihm Zweifel an dessen grundsätzlicher Stellungnahme eingegeben habe[73]). In seiner Antwort hat der Reichskanzler, der die Dinge oft klarer sah als andere, den Primat der Politik vor der Kriegführung noch einmal mit Erfolg verteidigt. Vor allem betonte er, daß es sich allerdings noch nicht übersehen lasse, ob man an sämtlichen Forderungen werde festhalten können, da die Politik immer die Kunst des Erreichbaren sei. So groß die Bedeutung einer Erwerbung dieser Gebiete in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung auch sein möge, werde die vornehmlichste Aufgabe der deutschen Diplomatie doch darin bestehen müssen, bei den kommenden Friedensverhandlungen alle Momente auszunutzen, die geeignet seien, eine Spaltung der feindlichen Koalition herbeizuführen. Es sei sehr unklug, auf bestimmten Bedingungen zu bestehen, wenn sich durch Nachgiebigkeit gegenüber einem der Gegner die Aussicht eröffne, mit diesem zu einem Sonderfrieden zu gelangen. Natürlich werde eine solche Haltung die Möglichkeit nicht ausschließen, die Forderungen nach der andern Seite um so höher anzuspannen. Das Verfahren denke er sich so, daß die deutschen Unterhändler nicht mit dem in Aussicht genommenen Minimum, sondern mit einem Maximum an Forderungen in die Verhandlungen eintreten sollten. Die Regierung werde dann von Fall zu Fall entscheiden, welche Konzessionen sie machen dürften und an welchen Forderungen sie festzuhalten hätten. Wenn im Laufe der Verhandlungen der Friedensschluß oder wenigstens ein französischer Sonderfriede an der deutschen Forderung nach dem Erwerb der genannten Gebiete zu scheitern drohe, sehe sich die Regierung natürlich gezwungen, den gesamten

72) Tel. Lersner an das Ausw. Amt 23. Dez. 1916 (Beil. z. U. S. 109).
73) Tel. Hindenburg an Bethmann 31. Dez. 1916 (ebd., S. 117).

Fragenkomplex einer erneuten Prüfung zu unterwerfen; das Problem werde jedoch nur im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung nach den Befehlen des Kaisers entschieden werden können. Diese Entscheidung werde aber von der Beurteilung der gesamten militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Lage abhängen müssen, die sich in der Zwischenzeit noch erheblich ändern könne. So sehr er den Erwerb der fraglichen Gebiete als eines der wesentlichsten Kriegsziele ansehe, so wenig vermöge er die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß an der genannten Forderung unter allen Umständen festzuhalten sei[74].

Die nun folgenden Verhandlungen mit der Wiener Regierung über die geeignete Form einer Erwiderung auf die herausfordernde Note der Alliierten werfen ein bezeichnendes Licht auf die Gegensätze im Lager der Mittelmächte. Graf Czernin hätte es gern gesehen, wenn die Antwort einer späteren Gelegenheit überlassen worden wäre; auch Unterstaatssekretär von Stumm hielt es für besser, zunächst die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons abzuwarten. Der Reichskanzler jedoch betonte, daß es kaum möglich sei, die Antwort der Entente ganz unerwidert zu lassen. So mußte sich der österreichische Außenminister schließlich doch zur Abfassung eines vorläufigen Entwurfes bequemen, der jedoch nicht den Beifall des Staatssekretärs Zimmermann fand. Die militärischen Kreise empörte die Wendung des Grafen, daß keine der beiden Parteien die Entscheidung habe erzwingen können. Im Gegensatz zu dieser deutlichen Anspielung auf die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens war Staatssekretär Zimmermann der Meinung, daß man die beleidigenden Unterstellungen der Entente mit Entschiedenheit zurückweisen müsse; die Notwendigkeit einer scharfen Sprache sei auch durch die Stimmung des Volkes bedingt. Dagegen wandte sich wiederum der Reichskanzler, für den die Rücksicht auf die öffentliche Meinung mit Recht von sekundärer Bedeutung war. Entscheidend sei vielmehr der Eindruck, der in der neutralen Welt mit der gesamten Friedensaktion gemacht worden sei; eine Polemik aber — in welcher Form sie auch immer erfolge — werde notwendig

74) Tel. Bethmann an Hindenburg 4. Jan. 1917 (Beil. z. U. S. 118). In diesem Zusammenhang sei noch die Befürchtung der Obersten Heeresleitung erwähnt, Calais könnte vielleicht in der Hand der Engländer bleiben. Der Reichskanzler hat mit leiser Ironie betont, er habe eine zu hohe Meinung von dem politischen Sinn der Engländer, als daß er annehmen könne, England sei im Ernst auf einen Gebietserwerb auf französische Kosten bedacht; eine solche Annexion werde nicht nur die englisch-französische Freundschaft, sondern auch die Politik der balance of powers zerstören.

diese günstige Wirkung zerstören. Darum müsse die Antwort in einer Form erfolgen, die vor allem die Tür zum Frieden nicht endgültig zuschlage, wobei man allerdings nicht den Eindruck erwecken dürfe, als ob die Mittelmächte auf einen baldigen Frieden angewiesen seien. Dieser Absicht werde man zweifellos am besten dienen, wenn man besonderen Nachdruck auf den Gedanken lege, daß die Mittelmächte ihr defensives Kriegsziel schon erreicht hätten, während die Entente von dem ihren noch sehr weit entfernt sei. Graf Czernin stimmte darin dem Reichskanzler zu, regte aber nun seinerseits an, sich nur auf eine sachliche Identität zu einigen, die Wahl des Wortlautes aber den einzelnen Regierungen zu überlassen. Bethmann-Hollweg hatte jedoch starke Bedenken, den Bulgaren bei der Abfassung ihrer Note freie Hand zu lassen; zumindest müsse die bulgarische Antwortnote vor ihrer Veröffentlichung zur Kenntnis der Verbündeten gelangen, um unter Umständen eine Entgleisung rechtzeitig zu verhindern. Schließlich einigte man sich auf eine inhaltlich gleiche, textuell aber verschiedene Note, die aus dem deutschen und dem österreichischen Entwurf zusammengestellt werden sollte[75]). Die Antwort der Entente an Wilson wollte man nicht abwarten, da man die Verantwortlichkeit vor aller Welt besser festzustellen glaubte, wenn die Erklärung der Mittelmächte unabhängig von der Note der Alliierten erfolgte. Sollte sich dann wider Erwarten doch noch die Aussicht auf Friedensverhandlungen eröffnen, werde man eben unter Umständen erneut Stellung nehmen müssen[76]). Im Grund zweifelte man jedoch in Berlin nicht daran, daß jede Friedenshoffnung endgültig begraben sei.

So erklärte sich die Anweisung des Auswärtigen Amtes an den deutschen Botschafter in Washington, trotz der Dringlichkeit der Angelegenheit die Mitteilung der Friedensbedingungen dilatorisch zu behandeln. Obwohl noch wenige Tage vorher Sir Cecil Spring-Rice seiner Regierung mitgeteilt hatte, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich versuchen würden, durch ein Embargo Verhandlungen zu erzwingen[77]), war die Wilhelmstraße von dieser Möglichkeit anscheinend nicht überzeugt. Darüber hinaus erschien ihr eine amerikanische Vermittlung nicht einmal wünschenswert, weil man nach wie vor eine Einmischung in die eigentlichen Verhandlungen befürchtete. Durch die ausdrückliche Zusicherung der Mit-

75) Aufzeichnung einer Besprechung vom 6. Jan. 1917 (Beil. z. U. S. 119).
76) Aktenaufzeichnung eingeg. Berlin 7. Jan. 1917 (ebd., S. 121).
77) Spring-Rice an Balfour 5. Jan. 1917 (Spring-Rice II, p. 367).

wirkung Deutschlands an Vereinbarungen allgemeiner Art hoffte man den Vereinigten Staaten weit genug entgegengekommen zu sein; darum erklärte sich Berlin jetzt endlich bereit, in Verhandlungen über einen Schiedsvertrag einzutreten, und ließ um Ausarbeitung eines entsprechenden Planes bitten. Immerhin ermächtigte das Auswärtige Amt den Botschafter, House wenigstens über die allgemeinen Umrisse der deutschen Friedensbedingungen in Kenntnis zu setzen. Vor allem sollte Graf Bernstorff die beruhigende Versicherung abgeben, daß die Liste der im allgemeinen sehr mäßigen Forderungen eine Annexion Belgiens nicht enthalte[78]).

Das Gerücht einer bevorstehenden vertraulichen Mitteilung der deutschen Friedensbedingungen war inzwischen auch nach Paris gedrungen. Dort war man immer noch mit der Abfassung der Antwortnote an die amerikanische Regierung beschäftigt. Diese Note sollte auf persönlichen Wunsch des Präsidenten vorläufig nicht veröffentlicht werden, um eine sachliche Prüfung unabhängig von einer erbitterten Pressepolemik zu ermöglichen[79]); die gegenteilige Weisung des Staatsdepartements war damit gegenstandslos geworden. Jedoch äußerte Briand dem amerikanischen Botschafter gegenüber einige Bedenken. Da auch die Initiative des Präsidenten öffentlich erfolgt war, lag für ihn kein Grund vor, für die Antwortnote der Entente ein anderes Verfahren zu wählen; überdies erklärte er, ein Dokument, das einem größeren Kreis von Personen bereits bekannt sei, unmöglich länger als zwei Tage geheimhalten zu können. Cambon dagegen hielt diesen Aufschub für ungenügend und suchte durch Vermittlung Iswolskis das Petrograder Kabinett zu veranlassen, einen Druck auf die französische Regierung auszuüben[80]). Sobald er jedoch von der bevorstehenden Fühlungnahme des Präsidenten mit den Mittelmächten hörte, änderte er seine Meinung und erklärte sich mit der geringen Verzögerung einverstanden[81]). Eine Annäherung zwischen Berlin und Washington wollte die französische Politik unter allen Umständen verhindern; das beste Mittel dazu schien die Veröffentlichung einer Antwort zu sein, welche die Möglichkeit einer Vermittlung endgültig zerstörte. Damit hatte sich die Staatskunst der Alliierten im Hinblick auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson erschöpft.

78) Tel. Zimmermann an Bernstorff 7. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 41).
79) Tel. Sewastopoulos 29. Dez. 1916 (Livre Noir IV, p. 128).
80) Tel. Sewastopoulos 3. Jan. 1917 (Livre Noir IV, p. 132).
81) Tel. Sewastopoulos 4. Jan. 1917 (ebd., p. 134).

Diese Politik aber hätte einen katastrophalen Mißerfolg erlitten, wenn die Regierungen der Mittelmächte die Möglichkeit begriffen hätten, die Absichten der Entente rechtzeitig zu durchkreuzen. Statt dessen wurde eben jetzt der Berliner Regierung eine Maßnahme aufgezwungen, die Amerika den Alliierten geradeswegs in die Arme trieb.

Denn die Stellung des Kanzlers war inzwischen unhaltbar geworden. Seine Gegnerschaft setzte sich in erster Linie aus den Kreisen konservativer Richtung zusammen, die in ihm gleichermaßen den Vertreter einer innenpolitischen Neuorientierung wie den Anhänger einer „schwachen" Außenpolitik bekämpften. Dieser letzte Gesichtspunkt war vielleicht auch maßgebend für die Haltung der Schwerindustrie, die auf den Sturz eines Staatsmannes hinarbeitete, dessen möglicher Verzicht auf Belgien ihre Interessen wesentlich zu berühren schien. Die Oberste Heeresleitung wurde in steigendem Maße von Personen beeinflußt, die grundsätzliche Gegner des Kanzlers waren. Ludendorff ging sogar so weit, Valentini gegenüber die Ehrlichkeit Bethmann-Hollwegs in Zweifel zu ziehen; substantiierte Angaben vermochte der Kabinettschef jedoch nicht aus ihm herauszubringen[82]). So war also die Stellung des Reichskanzlers bereits stark erschüttert, als die U-Boot-Kontroverse in ihr entscheidendes Stadium trat.

Solange Falkenhayn an der Spitze des deutschen Generalstabes stand, war es Bethmann-Hollweg nicht schwer gefallen, sich mit Erfolg einer Maßnahme zu widersetzen, die außenpolitisch die schwersten Gefahren mit sich bringen mußte. Die Lage änderte sich, als die militärische Führung in die Hände Hindenburgs gelangte, der sich einer ganz anderen moralischen Autorität erfreute, als sie sein Vorgänger je besessen hatte. Das harmonische Zusammenarbeiten von politischer und militärischer Führung mußte in dem Augenblick in sein Gegenteil verkehrt werden, wo sich die Oberste Heeresleitung den Ressortstandpunkt der Marine zu eigen machte. Von nun an wurde in der von der Militärzensur beherrschten Publizistik eine rührige Propaganda für den U-Boot-Krieg entfaltet, gegen die der Kanzler einfach machtlos war, wenn er sich nicht in einen offenen Gegensatz zur Obersten Heeresleitung bringen wollte. Die öffentliche Erörterung aller Gründe, die gegen den U-Boot-Krieg sprachen, war auch darum unmöglich, weil die Reichsregierung aus begreiflichen Gründen eine Waffe rein stimmungsmäßig nicht im voraus entwerten wollte, der sie

82) Valentini: Kaiser und Kabinettschef, S. 148.

sich unter Umständen später bedienen mußte. Das deutsche Volk aber lebte in der Erwartung des Sieges und hätte es der Staatsführung nicht verziehen, wenn sie auf den Einsatz der einzigen Waffe verzichtet hätte, die nach dem Urteil maßgebender Autoritäten geeignet war, die Entscheidung in einem für Deutschland günstigen Sinn herbeizuführen.

Um die Jahreswende hatte sich die Oberste Heeresleitung überzeugen lassen, daß der geeignete Zeitpunkt für den U-Boot-Krieg nunmehr gekommen war. Da im Februar die großen Getreidetransporte stattfanden, mußte der U-Boot-Krieg spätestens am 1. Februar begonnen sein, wollte man nicht den Erfolg in Frage stellen, den die schlechte Ernte des Jahres 1916 zu verbürgen schien. Unter diesen Umständen hielt die Marineleitung daran fest, daß die Erfolge des U-Boot-Krieges in wenigen Monaten England zum Frieden geneigt machen würden. Wenigstens für diesen Zeitraum hielt man ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten auf dem westlichen Kriegsschauplatz für unmöglich, da gerade der U-Boot-Krieg größere amerikanische Truppentransporte nicht zu gestatten schien. Aus diesem Grunde maß weder die Oberste Heeresleitung noch der Admiralstab den Argumenten der politischen Leitung eine ernsthafte Bedeutung bei. Admiral von Holtzendorff hoffte außerdem auf den baldigen Zusammenbruch Rußlands, der die Westfront entlasten mußte und darum die Wirkung eines möglichen Kriegseintritts der Vereinigten Staaten zu paralysieren schien[83]. Im übrigen hielt man trotz der sehr bestimmten Versicherungen Bernstorffs diese Eventualität für sehr unbestimmt; selbst der Kanzler hatte vielleicht im geheimen die trügerische Hoffnung, daß der Botschafter sich täusche und der endgültige Bruch noch zu vermeiden sei. Maßgebend war vor allem die Auffassung, Graf Bernstorff urteile zu sehr aus dem amerikanischen Milieu, da die Berichte des deutschen Generalkonsuls in New York oft eine andere Auffassung der Lage vertraten, die überdies von der Mehrheit der deutschen Kolonie geteilt wurde; infolgedessen vertrauten gewisse Kreise dem Generalkonsul mehr als dem Botschafter[84]. So teilte Graf Bernstorff das ewig gleiche Schicksal aller Menschen, die eine höhere Einsicht haben als andere und deren warnende Stimme eben darum ungehört verhallt.

Auch die Mehrzahl der Parteien hatte sich unter dem Eindruck der hohen Autorität der Obersten Heeresleitung den Standpunkt der militä-

83) Protokoll über eine Sitzung bei Hindenburg 8. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 318).
84) Vernehmung Zimmermanns (Sten. Ber. S. 309).

rischen Führung zu eigen gemacht. Dem Kanzler aber war jede Möglichkeit genommen, vor dem Forum des Reichstages[85]) in aller Offenheit die Gegengründe darzulegen; so brachten seine Bedenken der politischen Leitung nur den Vorwurf der Unentschlossenheit und Schwäche ein. Unter diesen Umständen hatte die für die Mehrheitsbildung entscheidende Zentrumsfraktion in einer Entschließung den Standpunkt vertreten, daß der Reichskanzler natürlich für die außenpolitischen Folgen der geplanten Maßnahme verantwortlich sei, sich aber bei der endgültigen Entscheidung im wesentlichen an das Urteil der militärischen Autoritäten zu halten habe[86]). Damit hatte der Reichstag die politische Führung zwar mit der vollen Verantwortung belastet, ihr aber praktisch die Freiheit des Handelns genommen. So bedeutete dieser Beschluß, daß der Reichskanzler der Obersten Heeresleitung an dem Tage den U-Boot-Krieg bewilligen mußte, wo er von ihr mit Entschiedenheit gefordert wurde.

Am 9. Januar wurde der Kanzler vor die letzte Entscheidung gestellt. In einer vertraulichen Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg, Hindenburg und Ludendorff wurden noch einmal die Gründe und Gegengründe erwogen. Der Generalstabschef forderte mit aller Entschiedenheit eine Maßnahme, deren Unterlassung ernsthafte Rückschläge an der Front befürchten ließ. Noch einmal versuchte der Kanzler, der militärischen Führung die Gefahren eines Bruches mit Amerika vor Augen zu führen; Hindenburg antwortete: „Wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten, auch gegen Amerika, zu begegnen"[87]).

In jenen Tagen war die Oberste Heeresleitung entschlossen, den U-Boot-Krieg auch gegen den Willen der politischen Leitung zu erzwingen. Schon längst dachte man in militärischen Kreisen an einen Kanzlersturz[88]), jetzt forderte Hindenburg ganz offen Bethmanns Entlassung, falls er sich den Forderungen der Heeresleitung widersetze[89]).

Der Reichskanzler hätte also einen durchschlagenden Grund haben müs-

---

85) Selbst in den vertraulichen Konferenzen der Ausschüsse bestand die Gefahr von Indiskretionen.

86) Vernehmung Helfferichs (Sten. Ber. S. 491).

87) Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Kanzler, Hindenburg und Ludendorff in Pleß am 9. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 321).

88) Protokoll über eine Sitzung bei Hindenburg 8. Jan. 1917 (ebd., S. 318).

89) Valentini: Kaiser und Kabinettschef, S. 146. Der Kanzler habe eine solche Entschlußlosigkeit gezeigt, daß man nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten könne, erklärte Hindenburg noch am 10. Januar, nachdem Bethmann doch bereits bedingungslos zurückgewichen war.

sen, wollte er eine Maßnahme, die er selbst für bedenklich hielt, noch in letzter Stunde verhindern. Eine günstigere Beurteilung des deutschen Friedensangebotes hätte ihm zweifellos eine solche Möglichkeit gegeben; nach der Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch die Entente schwanden auch die letzten Argumente dahin. Unter diesen Umständen glaubte er, nicht die Verantwortung dafür übernehmen zu dürfen, in der entscheidenden Stunde durch den endgültigen Verzicht auf eine Waffe, die nach dem Urteil der maßgebenden Kreise den Erfolg zu verbürgen schien, einen Ausgang des Krieges herbeizuführen, der den Erwartungen des Volkes nicht entsprach. Gerade dieser Gesichtspunkt sprach auch gegen den amerikanischen Vermittlungsversuch, da er für Deutschland höchstens einen Verzichtfrieden erhoffen ließ, den damals weder das Volk noch das Heer ertragen hätte. Außerdem ließ die bisherige Haltung des Präsidenten dessen Aktion in sehr ungünstigem Licht erscheinen und war daher geeignet, für Deutschland wenig erfreuliche Aussichten zu eröffnen, selbst wenn seine Bemühungen gelungen wären. Allerdings sah Burián gerade in diesen Befürchtungen ein Argument gegen den U-Boot-Krieg, da nach seiner Meinung die Vereinigten Staaten alles daran gesetzt haben würden, um das Kräfteverhältnis wieder zugunsten der Entente zu verschieben[90]). Damit war zwar die Politik des Staatssekretärs Lansing vorzüglich getroffen; in der Haltung des Präsidenten aber hatte sich Burián grundlegend geirrt. Nur das House-Grey-Memorandum hatte eine Intervention zugunsten der Alliierten vorgesehen; aber dieses Gentleman-Agreement war nach der Abkühlung der englisch-amerikanischen Beziehungen endgültig tot. Wenn auch die Möglichkeit einer deutschen Vormachtstellung nach wie vor für Wilson unerfreuliche Perspektiven eröffnete, war um die Jahreswende weder der Präsident noch der Kongreß bereit, einen deutschen Siegfrieden u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n zu verhindern[91]).

Die Regierungen des Vierbundes haben also die Möglichkeit, auch ohne U-Boot-Krieg über die Alliierten zu siegen, bedeutend unterschätzt. Der endgültige Verzicht auf die verhängnisvolle Maßnahme hätte den Mittelmächten wahrscheinlich die Neutralität Amerikas gesichert und zur Folge gehabt, daß ihnen nach dem Frieden von Brest-Litowsk die Westmächte praktisch allein gegenüberstanden. Gewiß hat Bethmann-Hollweg —

90) Burián: Drei Jahre, S. 175.
91) House zu Viereck (George Sylvester Viereck: The Strangest Friendship, p. 174).

wenn nachträgliche Äußerungen seine damalige Haltung richtig wiedergeben — auch diese Möglichkeit erwogen; doch hatte er nicht die geringste Sicherheit dafür, ob der russische Zusammenbruch überhaupt erfolgte. Wenn er persönlich auch eine Revolution in Rußland für wahrscheinlich hielt, war zumindest ihr Termin so unbestimmt, daß dieser Aspekt als ernsthaftes Argument gegen den U-Boot-Krieg nicht in Betracht kam[92]).

Als am 9. Januar im Hauptquartier zu Pleß die entscheidende Beratung stattfand, konnte Bethmann-Hollweg dem Kaiser nur raten, sich mit dem Urteil seiner militärischen Ratgeber nicht in Widerspruch zu setzen. Darauf enschied sich der Kaiser für den U-Boot-Krieg. Und hier ist der Augenblick, wo die Gestalt Bethmanns tragisch wird. Wenn der Reichskanzler auch noch nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bis zuletzt an die Möglichkeit eines erträglichen Friedens geglaubt haben will[93]), so konnte er doch keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, was der schwerwiegende Entschluß unter Umständen bedeutete. Unter dem Eindruck einer überwältigenden Gegnerschaft, die von dem Erfolg der geplanten Aktion fest überzeugt war, während er selbst für den Erfolg seiner eigenen Politik keine ausreichenden Sicherheiten zu geben vermochte, hat er seine politische Linie verlassen und einer Maßnahme zugestimmt, deren Durchführung mindestens den gleichen Unsicherheitsfaktoren unterlag wie ihre Unterlassung. Das dunkle Gefühl einer drohenden Katastrophe und die Erkenntnis der eigenen Unzulänglichkeit, sie zu verhindern, trug einen unheilvollen Zwiespalt in den Kanzler hinein, in dem die problematische Natur doch schließlich Sieger blieb.

Der Beschluß gelangte nun vor den Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates. Die Vertreter Sachsens, Badens und Mecklenburgs erklärten ganz offen, daß der geplante Schritt ein Vabanque-Spiel sei, dem sie nur wegen seiner Unvermeidlichkeit zustimmen könnten. Freiherr von Weizsäcker, der ausdrücklich betonte, im Namen des Königs von Württemberg zu sprechen, äußerte die schwersten Bedenken, während Graf Hertling zwar auch pessimistsch war, sich aber ziemlich zurückhaltend verhielt. Beide Herren ließen durchblicken, daß sie nach den Fehlgriffen in der polnischen Angelegenheit und den belgischen Deportationen zu dem Urteil der Obersten Heeresleitung in allen über das rein militärische Ge-

---

92) Vernehmung Bethmanns (Sten. Ber. S. 140 f.); Bethmann-Hollweg: Betrachtungen zum Weltkrieg II, S. 135.

93) Vernehmung Bethmanns (Sten. Ber. S. 231).

biet hinausgehenden Fragen kein Vertrauen mehr hätten[94]). Aber auch sie vermochten den Beschluß nicht mehr zu ändern.

Der Reichskanzler aber hielt es nun doch für seine Pflicht, wenigstens die Parteiführer zu informieren. Auf Bassermann machte die Schilderung der amerikanischen Gefahr einen Eindruck, der vermuten ließ, daß sich der Führer der Nationalliberalen anders entschieden hätte, wenn er rechtzeitig über die wahren Zusammenhänge aufgeklärt worden wäre. Payer gab für die freisinnige Vereinigung trotz großer Bedenken seine Zustimmung. Die Sozialdemokraten waren sichtlich erschüttert, versprachen aber, sich nicht zu widersetzen, wobei sie allerdings das Verbleiben Bethmann-Hollwegs im Amt zur Voraussetzung machten[95]). Der Kanzler selbst hatte sich mit Rücktrittsabsichten getragen, gab aber den Plan schließlich auf, um nach außen wenigstens den Eindruck der inneren Geschlossenheit zu wahren; nachdem er es versäumt hatte, dem Kaiser gegenüber rechtzeitig die Kabinettsfrage zu stellen, hätte ja auch seine nachträgliche Demission an der Sache selbst nichts mehr zu ändern vermocht[96]).

Nachdem die Entscheidung damit endgültig gefallen war, trugen die folgenden Ereignisse nur noch den Charakter einer Episode; das Rad des Schicksals rollte schnell und unaufhaltsam dem Abgrund zu.

Die Ankündigung der verschärften Kriegführung hatte inzwischen Graf Bernstorff in die größte Bestürzung versetzt. Schon am 10. Januar mußte er Staatssekretär Lansing eine Denkschrift überreichen, in der sich die deutsche Regierung die volle Freiheit ihres Handelns vorbehielt, wenn es dem Präsidenten nicht gelinge, entweder die Freiheit der Meere oder ein Embargo durchzusetzen. Auch diesmal ließ der Botschafter seine Regierung keinen Augenblick im Zweifel, daß die Friedensaktion scheitern müsse und der Bruch mit den Vereinigten Staaten sicher sei, wenn im Sinn der Denkschrift vorgegangen werde[97]). Er richtete an das Auswärtige Amt die dringende Bitte, weitere Schritte vorläufig zurückzustellen, und setzte in Washington seine Friedensbemühungen mit verdoppeltem Eifer fort. Vor allem hielt er es für dringend geboten, von seiner Ermächtigung gegenüber House Gebrauch zu machen. Dieser erklärte, der Präsident be-

94) Bethmann an Valentini 22. Jan. 1917 (Valentini: Kaiser und Kabinettschef, S. 246); vgl. auch Sten. Ber., S. 607.
95) Bethmann an Valentini 22. Jan. 1917 (Valentini: Kaiser und Kabinettschef, S. 246 f.).
96) ebenda, S. 246; vgl. auch Vernehmung Bethmanns (Sten. Ber. S. 142 f.).
97) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 10. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 127).

trachte diese Äußerung als höchst wertvoll und wolle in allernächster Zeit vorgehen, da er nach den deutschen Erklärungen die Aussichten für günstig halte und auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen einen Frieden zu erreichen hoffe. Über die Einzelheiten der geplanten Aktion hat House den Botschafter allerdings in Unkenntnis gelassen; Graf Bernstorff vermochte lediglich in Erfahrung zu bringen, daß Wilson zunächst beabsichtige, einen Appell an den Senat zu richten, gemeinsam mit ihm den Frieden zu erzwingen[98]).

Auch diese große, aber unbestimmte Aussicht vermochte die einmal gefaßten Beschlüsse nicht mehr zu ändern, zumal man in deutschen Regierungskreisen die Ansicht vertrat, daß die Friedensaktion des Präsidenten nach der Antwort der Entente endgültig gescheitert war[99]). Demgemäß setzte Bethmann-Hollweg den Botschafter davon in Kenntnis, daß der deutschen Regierung nun keine andere Wahl mehr bleibe, als am 1. Februar den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu beginnen[100]).

Im Gegensatz dazu war der Botschafter der Meinung, daß gerade die Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch die Entente die Position der Mittelmächte in den Vereinigten Staaten gestärkt hätte. Auf dieser Basis wäre dann vielleicht sogar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg möglich gewesen, dessen vorschnelle Erklärung nun Deutschlands schlechte Absicht zu beweisen schien. Jedenfalls waren schon damals die Gerüchte von der bevorstehenden Verschärfung der Kriegführung auf geheimnisvolle Weise bis in die amerikanische Botschaft gedrungen. Am gleichen Tage, an dem zu Pleß der U-Boot-Krieg beschlossen wurde, wußte Gerard nach Washington zu berichten, daß die Berliner Regierung mit der Friedenskonferenz den Zweck verfolge, entweder der Welt die eigenen Bedingungen aufzuzwingen oder wenigstens einen billigen Sonderfrieden zu erreichen. Auf diese Weise hoffe man, eine Macht gegen die andere auszuspielen; wenn Deutschland erst durch den U-Boot-Krieg England niedergezwungen habe, werde es ihm nicht schwer fallen, auch die übrigen Gegner nacheinander zu vernichten. Da es den Alliierten schließlich gleichgültig sein könne, ob sie getrennt oder gemeinsam untergingen, bleibe ihnen nur die Wahl zwischen Sieg oder Vernichtung[101]).

98) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 16. und 19. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 47 f.).
99) Tel. Zimmermann an Lersner 15. Jan. 1917 (ebd. S. 127).
100) Tel. Bethmann an Bernstorff 16. Jan. 1917 (ebd., S. 45).
101) Gerard an House 9. Jan. 1917 (J. P. II, p. 408).

Unzweifelhaft hat dieser Bericht Gerards schon damals die Atmosphäre in Washington vergiftet. Aber nach der Meinung Bernstorffs kam es nicht darauf an, ob Amerika für oder gegen Deutschland eingestellt war, sondern vielmehr, unter allen Umständen den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zu verhindern. Gewiß mußte in diesem Fall Deutschland mit der Möglichkeit eines Verzichtfriedens rechnen, andererseits hätte jedoch die Entente ohne die Hilfe Amerikas die Mittelmächte niemals zur Kapitulation gezwungen. Dieser Gesichtspunkt aber hätte entscheidend sein müssen.

Tatsächlich wurde gerade in diesen Tagen von englischer Seite aus alles getan, um die Absichten Deutschlands bei der amerikanischen Regierung in Mißkredit zu bringen. Vor allem war es London gelungen, durch eine persönliche Note Balfours[102]) eine schädliche Wirkung der ablehnenden Antwort der Alliierten[103]) auf den Friedensappell Wilsons zu verhindern. Der britische Außenminister suchte dabei die auffallende Tatsache zu begründen, daß England seine traditionelle Türkenpolitik gerade in dem Augenblick aufgegeben hatte, wo das Osmanenreich auf dem besten Wege war, sich der westlichen Kultur zu erschließen. Diese Türkei der Einheit und des Fortschritts — so meinte Balfour — sei mindestens so barbarisch wie die Türkei Abdul Hamids und habe in den Händen Deutschlands vollends aufgehört, ein Bollwerk des Friedens zu sein. Der Minister wandte sich dann der Aktion des Präsidenten zu und betonte, so sehr gerade die Entente den Wunsch nach Frieden teile, dürfe man doch nicht die Ursachen des Krieges vergessen; ein vorzeitiger Friede würde bei der Mentalität der Deutschen eine neue und ständige Bedrohung der Welt bedeuten. Vor allem müßten die Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten. Freilich sei es notwendig, die Ursachen der internationalen Beunruhigung zu beseitigen und jede Vertragsverletzung in Zukunft zu verhindern. Der Friede der Welt aber und die Zukunft der Völker sei abhängig von dem Sieg der Alliierten und von ihm allein.

---

102) Text s. Schultheß' Eur. Geschichtskalender.
103) Text s. ebenda; Beil. z. U., S. 42 ff.
Die Note der Entente verwahrte sich in freundschaftlicher, aber entschiedener Weise gegen eine Gleichstellung der Alliierten mit den angeblichen Urhebern des Weltkrieges, begrüßte es, daß die amerikanische Initiative in keiner Weise mit dem Schritt der Mittelmächte zusammenhänge, und sprach die Ansicht aus, daß ein sofortiger Friede nicht jene Wiedergutmachungen und Bürgschaften geben könne, die im Interesse der Menschheit notwendig seien. Diese Forderungen liefen auf die An-

In vatikanischen Kreisen rief diese Note die schärfste Kritik hervor. Man betonte, die wahren Gründe für den Wunsch der Alliierten, die Türkei auf Anatolien zu beschränken, seien nicht deren Gewaltakte, sondern die Geheimverträge der Mächte untereinander. Aus Gründen kirchenpolitischer Natur mußten jedoch der vatikanischen Diplomatie die russischen Aspirationen auf Konstantinopel und Armenien äußerst unbequem sein. So wies man darauf hin, daß eine Machtsteigerung Rußlands im Orient und auf dem Balkan für die abendländische Kulturwelt eine ungeheure Gefahr bedeute. Europa stehe dann vor der Wahl, entweder die russische Hegemonie zu dulden oder durch eine große Koalition gegen Rußland einen neuen Weltbrand heraufzubeschwören[104]).

Daß die Balfour-Note im Lager der Mittelmächte die größte Empörung auslöste, ist nach Lage der Dinge selbstverständlich. Der pharisäerhafte Ton des Dokumentes galt als echt englische Heuchelei, die nur dazu diene, die brutale Machtpolitik und die annexionistischen Ziele der Alliierten zu verschleiern. Trotzdem ist der bemerkenswerte Versuch gemacht worden, eine sachlichere Beurteilung zu ermöglichen und der Mentalität des Gegners gerecht zu werden. Er stammt von dem damaligen Militärattaché Renner, dessen in diesem Zusammenhang so interessanter Bericht von einer überraschenden politischen Einsicht zeugt. Der Oberst betonte mit Entschiedenheit, daß die englische Note die ehrliche Überzeugung aller Völker darstellte, die sich gegen die Mittelmächte im Kampf befanden; ferner ließ er durchblicken, daß die Mißerfolge der deutschen Politik zum Teil auf jenen verhängnisvollen Irrtum zurückzuführen waren, der auf einer falschen psychologischen Einschätzung des Gegners und der neutralen Welt beruhte und eben jetzt in der Entrüstung über die Balfour-Note so deutlich zum Ausdruck kam. Der Weltkrieg sei — so führte Renner weiter aus — in der Meinung der Alliierten zum Kampf zweier Weltanschauungen geworden, von denen die eine das Prinzip der jedes Gesetz verachtenden Macht verkörpere, während die andere für das Recht kämpfe, das von der Macht mit Füßen getreten worden sei. Darum lebten die Alliierten in der festen Überzeugung, daß Deutschlands Niederlage die unerläßliche Voraussetzung für den Fortschritt der Menschheit sei. In diesem

---

nexion deutscher Gebiete, die Aufteilung der Türkei und die Zertrümmerung der Donaumonarchie hinaus.

104) Thomas Nelson Page an Lansing 21. Jan. 1917 (For. Rel. 1917, Suppl. 1, p. 22).

grundsätzlichen Punkt stimmten die englischen Pazifisten mit den größten Scharfmachern durchaus überein; ihre Meinungsverschiedenheiten beträfen lediglich das Maß dessen, was notwendig sei, um die Welt von den Gefahren deutscher Machtmoral und Gewaltpolitik zu befreien. Solange in London die Macht in den Händen einer Richtung liege, die zur gedeihlichen Fortentwicklung der Welt die Vernichtung Deutschlands für notwendig halte, seien Friedensverhandlungen hoffnungslos; die Macht dieser Kreise könne nur durch einen entscheidenden Sieg der Mittelmächte gebrochen werden. Um so mehr müsse man die englische Friedenspartei davon überzeugen, daß der verzweifelte Kampf um ihre idealen Ziele unnötig sei. Wenn man das wolle, komme man allerdings um die belgische Frage nicht herum. Denn darüber müsse man sich klar sein, daß die Erwerbung auch des kleinsten Gebietsstreifens von Belgien auf dem Wege von Verhandlungen weder heute noch jemals zu erreichen sei. Wer Belgien behalten wolle, müsse der Welt den Frieden diktieren können; darüber zu paktieren sei mit der Welt von heute nicht. So gipfele jede ernsthafte Betrachtung der internationalen Lage immer wieder in der Erkenntnis, daß die belgische Frage nicht nur eine große Bedeutung für den Verlauf des Krieges gehabt habe, sondern vielleicht auch für seinen Ausgang entscheidend sei[105]).

Tatsächlich war die bedingungslose Wiederherstellung Belgiens eine der wenigen Bedingungen, an denen auch in Washington mit aller Entschiedenheit festgehalten wurde. Der gleichen Sympathie erfreute sich Serbien, während die Türken nach dem Willen der amerikanischen Regierung nicht mehr in Europa geduldet werden sollten. Dagegen wurde bereits die polnische Unabhängigkeit von der ausdrücklichen Zustimmung der Berliner und der Petrograder Regierung abhängig gemacht. Einige Unklarheit herrschte noch darüber, ob man den Russen einen Zugang zum Meer verschaffen sollte; doch hat Washington einem solchen Plan immer sehr positiv gegenübergestanden, um diesen starken Anreiz zu einem neuen Kriege aus der Welt zu schaffen. Die größte Schwierigkeit aber bereitete zweifellos die elsaß-lothringische Frage; jedenfalls war die amerikanische Regierung damals nicht mehr entschlossen, einer Annexion dieser Gebiete durch Frankreich ohne weiteres zuzustimmen[106]). House hatte überhaupt mehr an eine Neutralisierung der beiden Provinzen gedacht, und zwar sollte sie in Form

105) Beil. z. U., S. 128.
106) Notiz vom 3. Jan. 1917 (J. P. II, p. 417 f.).

einer Angliederung an die Schweiz erfolgen, die damit die Rolle eines Pufferstaates übernommen und Deutschland endgültig von Frankreich getrennt hätte[107]).

Inzwischen hatte Graf Bernstorff dem Berater des Präsidenten mitteilen müssen, daß sich die Aussichten auf eine Friedenskonferenz verschlechtert hätten; scheinbar habe die beleidigende Ablehnung jeder Verständigungsbereitschaft durch die Entente in Berlin einen Stimmungsumschwung zur Folge gehabt. House, der jetzt bestätigt sah, was er aus dem Bericht Gerards herauszulesen glaubte, wurde wieder mit tiefem Mißtrauen in die Ziele der deutschen Politik erfüllt. Er hielt es nun für durchaus möglich, daß die Deutschen die ganze Friedensaktion nur unternommen hatten, um ihren Kriegsmethoden den Schein einer Berechtigung zu verleihen. Um so notwendiger erschien es ihm, die Friedensbemühungen mit verdoppeltem Nachdruck fortzusetzen und so vielleicht doch noch eine Katastrophe zu verhindern[108]).

Der gleichen Ansicht war auch der Präsident, der jedoch die Erfolgsaussichten der Friedensaktion weit günstiger beurteilte als seine Berater. Noch am 4. Januar hatte er mit Entschiedenheit erklärt, es werde keinen Krieg geben, da die Vereinigten Staaten es ablehnten, sich in einen bewaffneten Konflikt verwickeln zu lassen, dem Amerika als einzige größere Macht der abendländischen Welt bisher fern geblieben sei; jetzt noch daran teilzunehmen, wäre ein Verbrechen an der Menschheit[109]).

So war der Präsident entschlossen, endlich etwas Entscheidendes zu tun, um dem furchtbarsten aller Kriege ein Ende zu bereiten. Der erste Schritt dazu war die Botschaft, die Wilson am 22. Januar vor dem amerikanischen Senat verlesen hat[110]). Sie begann mit der Feststellung, daß man durch die letzten Erklärungen der kriegführenden Mächte dem Frieden um einen großen Schritt nähergekommen sei. Die Mittelmächte hätten allerdings lediglich ihre Bereitschaft ausgesprochen, alsbald in Verhandlungen einzutreten; die Entente dagegen habe — zwar nur in allgemeinen Umrissen, aber mit genügender Deutlichkeit — die Bedingungen und Garan-

---

107) House zu Viereck (George Sylvester Viereck: The Strangest Friendship, p. 174). Damit hätte man in der Tat die eigenen Wünsche der Elsässer und Lothringer besser getroffen als durch einfache Reannexion.

108) House an Wilson 20. Jan. 1917 (J. P. II, p. 429).

109) Bericht vom 4. Jan. 1917 (ebd., p. 415).

110) Text s. Public Papers of Woodrow Wilson III: The New Democracy II, p. 409; in deutscher Übersetzung Ahrens: Das staatsmännische Werk des Präsidenten Wilson, S. 148 ff.

tien angegeben, die sie zur Sicherung eines dauerhaften Friedens für notwendig halte. Diese Bedingungen aber müßten zeigen, ob der Krieg nur ein neues Gleichgewicht der Mächte begründen solle oder wirklich ein Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden sei. Nur dann biete sich die Möglichkeit, die Neuordnung der Verhältnisse für immer zu gewährleisten; denn nur ein ruhiges Europa könne ein beständiges Europa sein. Notwendig sei nicht das Gleichgewicht, sondern die Gemeinschaft der Mächte, nicht der organisierte Wettstreit der Nationen, sondern der organisierte Friede der Welt.

Verträge allein allerdings würden diesen Frieden nicht gewährleisten; um der neuen Weltordnung Dauer zu verleihen, müsse eine Macht geschaffen werden, die größer sei als die Macht eines jeden Volkes, das sich an diesem Kriege beteiligt habe, aber auch stärker als jede Allianz, die im Laufe der Geschichte gegründet oder geplant gewesen sei. So überwältigend müsse diese Macht sein, daß ihr keine noch so große Nation, keine überhaupt denkbare Mächtekombination widerstehen könne. Ein dauerhafter Friede könne nur durch die organisierte Kraft des überwiegenden Teiles der Menschheit gesichert werden.

Die territorialen Fragen müßten gegenüber der Lösung dieser entscheiden Probleme zurücktreten, und die Vereinigten Staaten hätten gewiß am wenigsten ein Recht, sich in Streitigkeiten dieser Art einzumischen. Andererseits könne es ihnen aber auch nicht gleichgültig sein, welche Besitzverteilung durch das geplante System der gegenseitigen Garantien verewigt werden solle. Auch die Probleme territorialer Natur dürften nur im Geist der Gerechtigkeit gelöst werden; auch sie unterlägen gewissen Grundsätzen, die von allen Nationen geachtet werden müßten.

Zunächst müsse der kommende Friede ein Friede ohne Sieg sein. Ein Gewaltfriede lasse in den unterdrückten Völkern nur den Wunsch entstehen, die neugeschaffenen Verhältnisse möglichst bald zu ihren Gunsten zu verändern. Darum könne nur ein gerechter Ausgleich die Welt vor einer neuen Katastrophe bewahren.

Ferner müsse künftig jede Regierung abhängig sein von der Zustimmung der Regierten; auch dürfe sie nicht mehr das Recht haben, Völker wie Sachen auszutauschen. Die Sicherheit des Lebens, die Freiheit des Glaubens und die Möglichkeit einer ungehemmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung müßten auch jenen Völkern gewährt werden, die bisher unter der Macht von Regierungen feindlichen Willens und

Glaubens gelebt hätten. Dieser Grundsatz habe die Vereinigten Staaten bestimmt, mit Nachdruck die Forderung nach einem unabhängigen Polen zu erheben.

Wenn möglich, solle jedem Volk ein Zugang zur See gewährt werden. Wo dies nicht durch Gebietsabtretungen geschehen könne, sei die Neutralisierung unmittelbarer Wegerechte unter der Bürgschaft des allgemeinen Friedens in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Schließlich sei die Freiheit der Meere ebenso ein integrierender Bestandteil der neuen Weltordnung wie eine wirksame Begrenzung der Rüstungen. Allein ein solches Programm verbürge den Frieden der Welt.

Die Senatsbotschaft des Präsidenten zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die anfangs ganz unverbindliche Anregung zu Friedensgesprächen schrittweise zur breit angelegten Vermittlungsaktion erweitert worden war. Der britische Botschafter berichtete seiner Regierung, der nächste Schritt werde wahrscheinlich in einer Aufforderung an die kriegführenden Mächte bestehen, unter seinen Auspizien eine Konferenz abzuhalten[111]). Das grundsätzlich Neue jedoch bestand darin, daß Wilson hier zum erstenmal in aller Öffentlichkeit den festen Willen bekundete, ein System zu begründen, das dazu bestimmt war, den Frieden unter Umständen auch mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Die Botschaft wurde den diplomatischen Vertretern der Vereinigten Staaten zur Veröffentlichung in den kriegführenden Ländern übergeben, ein sichtbares Zeichen dafür, daß sie mehr für die Völker der kriegführenden Mächte bestimmt war als für den Senat und das amerikanische Volk. Es war ein Appell an die Völker über den Kopf ihrer Regierungen hinweg.

Im Staatsdepartement hielt man eine solche Maßnahme für äußerst bedenklich. Überhaupt zeigt sich hier, in welchem Maße die Friedensaktion des Präsidenten einen ausschließlich persönlichen Charakter trug. „Wilsons linke Hand weiß nicht, was die rechte tut", hat der britische Botschafter mit Recht einmal bemerkt; der Präsident berücksichtige zwar den Volkswillen, die Amtsführung selbst jedoch entziehe sich der Kenntnis selbst seiner vertrautesten Ratgeber[112]). Eben darum aber war Wilson an den Erfolg seiner Aktion gebunden. Er hatte, nachdem er mit den Vorbereitungen zu der geplanten Aktion kostbare Wochen verstreichen ließ, gegen den Willen seiner Umgebung den entscheidenden Schritt schließlich doch getan,

---

111) Spring-Rice an Balfour 26. Jan. 1917 (Spring-Rice II, p. 374).
112) Spring-Rice an Balfour 19. Jan. 1917 (Spring-Rice II, p. 372).

um dann nach der Ablehnung der Alliierten, weit davon entfernt, seine Pläne aufzugeben, in aller Öffentlichkeit mit einem bestimmten Vermittlungsvorschlag und einem festumrissenen Programm an die kriegführenden Mächte heranzutreten. Die ganze Angelegenheit war für ihn zu einer Prestigefrage geworden: er konnte nun nicht mehr zurück.

Dieser Gesichtspunkt mußte für die Beurteilung der Senatsbotschaft entscheidend sein. In Deutschland hat sie bekanntlich eine sehr ungünstige Wirkung erzeugt. In der Wendung des Präsidenten, daß die Alliierten viel ausführlicher geantwortet hätten als die Mittelmächte, erblickte man einen scharfen Tadel für die deutsche Regierung; daß er aber die unerhörten Forderungen der Entente nicht etwa zurückwies, sondern sie als Diskussionsgrundlage ausdrücklich anerkannte, ließ seine Vermittlungsaktion in einem so ungünstigen Licht erscheinen, daß der Erfolg seiner Bemühungen für Deutschland das Schlimmste befürchten ließ. So glaubte Helfferich — wenn man seiner späteren Darstellung glauben darf — schon damals hinter der Maske des Friedensbringers das wahre Gesicht des Wilson von Versailles zu erkennen, wodurch er sich bestimmen ließ, auf die Gegenseite überzutreten, nachdem er noch in der entscheidenden Beratung von Pleß den Reichskanzler unterstützt hatte[113]).

Es sind später während der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses unzulängliche Versuche gemacht worden, den Ton der unverkennbaren Animosität gegen Deutschland aus den Worten des Präsidenten fortzudeuten und seiner Rede einen anderen Sinn zu geben. Diese Bemühungen mußten nicht nur an dem ganz klaren und eindeutigen Wortlaut scheitern, sondern auch an der Tatsache, daß der Präsident von der deutschen Regierung die Bekanntgabe der konkreten Friedensbedingungen als Beweis ihrer Aufrichtigkeit immer wieder gefordert und darum ihre Weigerung entschieden mißbilligt hat. Trotzdem beweist das Eingehen auf die Bedingungen der Gegenseite noch keine Rechtfertigung der Entente. Vielmehr war sein Verhalten diktiert von der Notwendigkeit, unter allen Umständen beide Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Der Verhandlungsbereitschaft der Mittelmächte hoffte er nach dem deutschen Friedensangebot sicher zu sein; die Alliierten dagegen hatten eine Verständigung entschieden abgelehnt. Eine öffentliche Zurückweisung ihrer Bedingungen, wie sie im Lager der Mittelmächte erwartet wurde, hätte die Tür

113) Vernehmung Helfferichs (Sten. Ber. S. 481, 516, 639 ff.).

zu Verhandlungen endgültig zugeschlagen; die Entente würde dann behauptet haben, daß Präsident Wilson in deutschem Solde stehe. Um Verhandlungen mit den Alliierten überhaupt zu ermöglichen, mußte der Präsident zunächst ihre Bereitschaft dazu gewinnen. Das konnte aber nur durch eine Haltung geschehen, die auch die Forderungen der Entente von einer sachlichen Erörterung nicht grundsätzlich ausschloß.

In Wien erregte der von Wilson proklamierte Grundsatz des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker begreiflicherweise einige Unruhe. Graf Tisza erklärte, dieses Ideal sei in Ländern mit gemischter Bevölkerung völlig undurchführbar; darum sei das politische System der Donaumonarchie auch im Sinne Wilsons die glücklichste Lösung[114]). Tatsächlich hat damals der Präsident an eine Zerschlagung Österreich-Ungarns nicht im entferntesten gedacht[115]); eine weitgehende Autonomie der einzelnen Nationalitäten im Rahmen der Monarchie hätte ihm vollkommen genügt[116]). Als man nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn und damit die Isolierung Deutschlands zu erreichen hoffte, ersuchte der Präsident die Alliierten dringend um Bedingungen, die auch für die Wiener Regierung annehmbar seien[117]). Aber auch nach dem Scheitern dieser Pläne änderte sich nichts daran; noch im Januar 1918 plante man in Washington nicht die Auflösung der Donaumonarchie, sondern nur eine gewisse Autonomie innerhalb des Reiches. Erst Lansing blieb es vorbehalten, den Präsidenten für den Gedanken einer Neuordnung des Donauraumes zu gewinnen, wie sie heute besteht[118]).

Das Echo der Senatsbotschaft in den Ländern der Entente war nicht besonders freundlich. Die französische Regierung glaubte offenbar, über die amerikanische Vermittlung hinweggehen zu können; Cambon jedenfalls hielt eine Antwort auf die neue Initiative des Präsidenten für über-

114) Penfield an Lansing 27. Jan. 1917 (For. Rel. 1917, Suppl. 1, p. 34).
115) Zu Beginn des Krieges allerdings dachte Wilson anders; am 14. Dezember 1914 äußerte er in einem Interview, daß die Donaumonarchie um der Zukunft Europas willen zugrunde gehen müsse: "It seems to me . . . that Austria-Hungary will go to pieces altogether — ought to go to pieces for the welfare of Europe" (Baker, Life and Letters of Woodrow Wilson V, p. 214). Wahrscheinlich stand der Präsident damals noch unter dem Eindruck der österreichischen Aktion gegen Serbien.
116) Lansing an Page 8. Febr. 1917 (For. Rel. 1917, Suppl. 1, p. 40).
117) ebenda.
118) Lansing: War Memoirs, p. 261; vgl. auch J. P. III, p. 345).

flüssig[119]). Aus London ließen sich dagegen günstigere Stimmen vernehmen; so rechnete Lord Bryce mit einer günstigen Aufnahme der Senatsbotschaft, da nach ihrem Sinn und Geist Deutschland auf Lothringen, Österreich-Ungarn auf das Trentino und die Türkei auf Armenien werde verzichten müssen[120]). Sir William Wiseman brachte jedoch eine andere Auffassung zur Geltung; er meinte, es bestehe in den Ländern der Alliierten doch ein gewisses Gefühl der Enttäuschung über die Wendung des Präsidenten, daß der kommende Friede ein Friede ohne Sieg sein müsse[121]). Deutschland habe durch die Ablehnung des britischen Vermittlungsvorschlages den Weltkrieg entfesselt; erst darauf hätten sich die Alliierten gegen den Angreifer zusammengeschlossen, also genau dasselbe getan, was auch der Präsident in Zukunft gegen den Friedensstörer plane. Die amerikanische Haltung sei daher widerspruchsvoll, wenn man im Rahmen eines Systems der kollektiven Sicherheit jede Vertragsverletzung bestimmten Sanktionen unterwerfe, ihre Anwendung gegen die Mittelmächte aber verhindern wolle. Seine persönliche Ansicht faßte der Diplomat dahin zusammen, daß zu starkes Drängen der Sache der Demokratie abträglich sei. In allen kriegführenden Ländern befinde sich gegenwärtig die Macht in der Hand reaktionärer Kreise; gehe der Krieg nun vorzeitig zu Ende, werde die Reaktion noch so stark sein, um sich notfalls den übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Es wäre sogar denkbar, daß sich die autokratischen Regierungen nach Friedensschluß weigern würden, dem geplanten Völkerbund beizutreten; um die Autokratie zu retten, würden sie vielleicht einen Vorwand suchen und finden, sich gegen die große Demokratie der Neuen Welt unmittelbar zu wenden[122]).

Diese Konstruktion erschien selbst House zu gewagt; immerhin gab ihm selbst diese entfernte Möglichkeit Anlaß, über die Notwendigkeit großer Rüstungen nachzudenken und dem Präsidenten zu empfehlen, die eigene Aufrüstung nach Möglichkeit zu beschleunigen[123])).

Auch die Gedanken des Staatssekretärs Lansing gingen in einer ähnlichen Richtung. Vor allem war er der Ansicht, daß die von Wilson erhobene Forderung nach einer wirksamen Begrenzung der Rüstungen nicht geeignet sei, die großen weltpolitischen Probleme in einer allseitig befriedi-

---

119) Tel. Sewastopoulos 27. Jan. 1917 (Livre Noir IV, p. 153).
120) Lord Bryce an House 24. Jan. 1917 (J. P. II, p. 421).
121) Page hatte darum die Wendung "peace without conquest" vorgeschlagen.
122) House an Wilson 25. Jan. 1917 (J. P. II, p. 423).
123) ebenda.

genden Weise zu lösen. Der Stand der Rüstungen hänge von sehr vielen Faktoren ab; nicht nur eine ungünstige geographische Lage und ein großer Kolonialbesitz, sondern auch innere Unruhen und die Nachbarschaft zu nur halbkultivierten Völkern forderten eine erhöhte militärische Bereitschaft. Die Abrüstung könne also immer nur eine bedingte sein. Damit werde aber die Gefahr akut, daß ein Staat, der auf Grund gewisser Bedingungen über eine größere Kriegsstärke verfügen müsse als andere, diese Macht unter Umständen mißbrauche.

Ähnliche realpolitische Bedenken machte der Staatssekretär auch gegenüber der beabsichtigten Garantie des territorialen Besitzstandes geltend. Wenn man nicht vorher den übervölkerten Staaten genügend Expansionsmöglichkeiten gebe, würden sich diese Nationen früher oder später mit Notwendigkeit auf die Bahn von Eroberungen gedrängt sehen. Den Krieg könne man nur dann verhindern, wenn man auch seine Ursachen beseitige. Die Gerechtigkeit erfordere es, dabei nicht nur an Frankreich und Italien, sondern auch an Deutschland zu denken.

Im übrigen aber stand der Staatssekretär nach wie vor auf der Seite der Alliierten. Noch am 28. Januar erklärte er mit Entschiedenheit, die Alliierten dürften nicht geschlagen werden. Ein Sieg der Mittelmächte würde nicht nur den Triumph der Gewaltherrschaft über die Demokratie und den Untergang aller sittlichen Werte bedeuten, sondern auch eine wirkliche, wenn auch scheinbar zunächst noch entfernte Gefahr für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten[124]).

Inzwischen war der Zeitpunkt, an dem der Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges erfolgen sollte, in bedrohliche Nähe gerückt. Graf Bernstorff bemühte sich daher verzweifelt, noch in letzter Stunde die verhängnisvolle Entscheidung rückgängig zu machen. Dabei hat der Botschafter ganz richtig erkannt, daß die Haltung des Reichskanzlers in der Friedensfrage weniger dessen eigener Überzeugung als den Forderungen der öffentlichen Meinung entsprach; nicht ohne Grund nahm er daher an, daß auch die Weigerung einer Bekanntgabe der deutschen Bedingungen auf diesen Rücksichten beruhte. Da die amerikanische Regierung nach wie vor auf ihrer Forderung nach einer Veröffentlichung dieser Bedingungen

124) "The Allies must n o t be beaten. It would mean the triumph of Autocracy over Democracy, the shattering of all our moral standards and a real, though it may seem remote, peril to our independence and institutions" (Lansing: War Memoirs, p. 208).

bestand, schlug Graf Bernstorff als Ausweg aus dieser heiklen Lage vor, die mäßigen Forderungen der Mittelmächte zwar zu veröffentlichen, gleichzeitig aber zu betonen, daß man sich nach der Ablehnung des Friedensangebotes durch die Alliierten nicht mehr an diese milden Bedingungen halten könne. In diesem Zusammenhang dürfe man auch die Forderung nach der Unabhängigkeit Irlands erheben. Eine derartige Erklärung wäre vielleicht geeignet, ebenso die öffentliche Meinung Amerikas zu gewinnen wie die des eigenen Landes zu befriedigen[125]).

Auch die amerikanische Regierung machte nun erneut den Versuch, Berlin zur Veröffentlichung der deutschen Friedensbedingungen zu bewegen. Im Auftrag Wilsons bat House den deutschen Botschafter um eine Unterredung, in deren Verlauf der Berater des Präsidenten den amerikanischen Standpunkt ausführlich entwickelte. Die Alliierten — meinte der Amerikaner — hätten als Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten ihre unmöglichen Forderungen offen ausgesprochen. Darauf habe Wilson in direktem Gegensatz hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch die Mittelmächte moralisch verpflichtet, ihre Bedingungen bekanntzugeben, weil man andernfalls nicht mehr an die Aufrichtigkeit ihrer Friedensabsichten glauben könne. Eine Einmischung in die territorialen Fragen sei von Washington nicht beabsichtigt; doch würde man es begrüßen, wenn Deutschland seine Bereitschaft erkläre, die Senatsbotschaft des Präsidenten als Grundlage der kommenden Friedenskonferenz anzunehmen. Nachdem die deutsche Regierung betont habe, sie werde sehr mäßige Forderungen stellen und sei auch zur Mitarbeit bei der Lösung der allgemeinen Probleme bereit, bestehe die begründete Aussicht, daß die in der Senatsbotschaft entwickelten Grundsätze zu den Absichten der Berliner Regierungskreise nicht in unlösbarem Widerspruch ständen. Notwendig sei es allerdings, daß die deutschen Friedensbedingungen in der ganzen Welt bekannt würden; der deutschen Öffentlichkeit gegenüber lasse sich eine solche Erklärung dadurch motivieren, daß der Präsident die Berliner Regierung jetzt unmittelbar um ihre Bedingungen gebeten habe. Jedenfalls brauchten sich die Mittelmächte nicht durch die maßlosen Forderungen der Alliierten beirren zu lassen, da nach Ansicht des Präsidenten die an ihn gerichtete Note der Entente nicht verdiene, in ernsthafte Erwägung gezogen zu werden. Wenn die deutsche Regierung das nötige Vertrauen habe, sei der

125) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 23. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 72).

Präsident fest überzeugt, eine Friedenskonferenz noch vor Beginn der Frühjahrsoffensive zu erreichen[126]).

Dieser neue, bedeutungsschwere Vermittlungsversuch wurde am 29. Januar zur Kenntnis der Obersten Heeresleitung gebracht[127]); doch hat der Reichskanzler der militärischen Leitung eine Änderung der politischen Situation nicht angedeutet. Infolgedessen maß Ludendorff dem Bericht des Botschafters keine ernsthafte Bedeutung bei, beklagte sich aber schon damals darüber, daß der Generalstab in keiner Weise über die politische Situation und den Gang der Verhandlungen informiert sei und doch die moralische Mitverantwortung für alle Entscheidungen übernehmen solle[128]). Auch hat es Bethmann-Hollweg scheinbar versäumt, den vollen Inhalt des Telegramms aus Washington in der vertraulichen Konferenz der am 31. Januar tagenden Budgetkommission des Reichstages mitzuteilen. Er glaubte wohl, daß an dem einmal gefaßten Beschluß des Kronrates von Pleß doch nichts mehr zu ändern sei; in müder Resignation ließ er die Dinge treiben[129]).

Vielleicht war der Vorwurf, den Ludendorff gegen die politische Leitung erhob, doch nicht ganz unbegründet. Leider hatte Bethmann selbst nicht das Bedürfnis nach einer restlos geklärten Situation; es widersprach seiner Hamletnatur, klare Verantwortungen zu schaffen. Andernfalls hätte er schon Burián daüber aufklären müssen, daß die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson von Berlin angeregt und eine Parallelaktion der Mittelmächte darum nicht tragbar war. Eine eindeutige Festlegung der deutschen Kriegsziele ließ sich dabei ebensowenig umgehen wie die Notwendigkeit, Wilson über die Friedensbedingungen der Mittelmächte nicht länger im unklaren zu lassen. Im entscheidenden Kronrat zu Pleß aber wäre die Entscheidung des Obersten Kriegsherrn vielleicht anders ausgefallen, hätte sich der Kanzler mit Entschiedenheit gegen den U-Boot-Krieg erklärt. Jedenfalls hätte er den Kaiser ernsthaft vor die Wahl zwischen seinem Rücktritt und der Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Obersten Heeresleitung stellen müssen.

---

126) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 27. Jan. 1917 (Beil. z. U., S. 73).

127) So Ludendorff; dagegen behauptet Hindenburg, von dieser Initiative Wilsons erst 1918 Kenntnis erhalten zu haben (vgl. Hindenburg: Aus meinem Leben, S. 214).

128) Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen I, S. 253.

129) Allerdings hat der Kanzler den Versuch gemacht, eine Verschiebung des Termins zu erreichen, was an dem Widerspruch des Admiralstabes, der diese Maßnahme aus marinetechnischen Gründen für unmöglich erklärte, gescheitert ist.

Graf Bernstorff aber glaubte vielleicht, eine Entscheidung noch in der Hand zu haben, die im Grunde schon längst gefallen war. So sind die letzten Tage vor der Katastrophe erfüllt von einer atemraubenden tragischen Spannung, die dem Botschafter einen Schein von Freiheit noch zu einer Zeit entstehen ließ, als durch die zwangsläufige Entwicklung der Umstände das Schicksal seiner Politik bereits besiegelt war. Vergebens versuchte er, den Kanzler zu überzeugen, daß die von Berlin geplante Maßnahme den Verhandlungen mit einem Schlage ein Ende bereiten und den Präsidenten auch persönlich tief verletzen mußte. Vergebens bemühte er sich, der Berliner Regierung die große Macht und den unerschöpflichen Reichtum Amerikas vor Augen zu führen, um die Bedeutung des unvermeidlichen Kriegseintritts der Vereinigten Staaten in das richtige Licht zu stellen. Mit allen Mitteln suchte er dem Auswärtigen Amt zu zeigen, daß der durch ein Eingehen auf die amerikanischen Friedenspläne bedingte Aufschub der geplanten Maßnahme keine Gefahren, sondern nur Vorteile bringen könne. Denn selbst wenn auch die neue Friedensaktion an der ablehnenden Haltung der Alliierten scheitern sollte, werde sich die diplomatische Stellung Deutschlands nur verbessern können. Auf dieser Basis sei dann vielleicht sogar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg möglich, da es dem Präsidenten angesichts der unversöhnlichen Haltung der Entente sehr schwer fallen werde, den Kongreß von der Notwendigkeit eines Krieges mit Deutschland zu überzeugen. Er selbst bekenne sich allerdings zu der Ansicht, daß Deutschland durch die amerikanische Vermittlung einen besseren Frieden erreichen werde als bei einem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten durch die Entscheidung der Waffen[130]).

Doch es war alles umsonst. In seiner Antwort betonte der Reichskanzler, daß die öffentliche Bekanntgabe der deutschen Friedensbedingungen unmöglich sei, nachdem die Entente Forderungen gestellt habe, die auf die Vernichtung der Mittelmächte hinausliefen und selbst vom amerikanischen Standpunkt aus als unmöglich empfunden würden. Es sei auch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Forderungen nicht den wirklichen Absichten der Alliierten entsprächen, da sie nicht nur vollkommen mit den Reden übereinstimmten, die feindliche Machthaber vorher und nachher gehalten hätten, sondern sich auch genau mit den Zielen deckten, um derentwillen Italien und Rumänien überhaupt in den

130) Tel. Bernstorff an das Ausw. Amt 27. Jan. 1917 (Beil. z. U. S. 73).

Krieg eingetreten seien. Solange diese Kriegsziele von den Gegnern öffentlich aufrechterhalten würden, müsse es die deutsche Regierung ablehnen, durch eine Bekanntgabe ihrer mäßigen Forderungen den Eindruck der Schwäche zu erwecken; um aber dem Präsidenten einen Beweis ihres Vertrauens zu geben, sei sie bereit, ausschließlich für seine Person unter dem Siegel der strengsten Vertraulichkeit die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, in Verhandlungen einzutreten, falls die Entente das deutsche Friedensangebot angenommen hätte[131]).

So maßvoll diese Bedingungen auch waren, sie kamen zu spät und wurden sinnlos, als der Botschafter gleichzeitig die Nachricht von der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges empfing. Die Note der deutschen Regierung betonte, nach den maßlosen Forderungen der Alliierten sei die geplante Aktion das einzige Mittel, den Krieg möglichst rasch zu beenden. Sollte aber wider Erwarten die Initiative des Präsidenten einen Erfolg der Friedensbemühungen doch noch wahrscheinlich machen, sei die deutsche Regierung gern bereit, ihre Entscheidung zu suspendieren.

Als Graf Bernstorff dieses Dokument in Händen hielt, wußte er, daß dies das Ende war. Um aber nichts unversucht zu lassen, was die Katastrophe vielleicht doch noch verhindern konnte, begab er sich am 30. Januar zu House und übermittelte ihm die deutschen Friedensbedingungen. Am folgenden Tage überreichte er Staatssekretär Lansing die U-Boot-Note.

Die Wirkung war furchtbar. Präsident Wilson ließ die Trümmer der Friedensaktion liegen und glaubte sein persönliches Ansehen wie auch die Ehre des amerikanischen Volkes nur durch einen Akt wiederherstellen zu können, der das Gleichgewicht der Mächte endgültig zugunsten der Alliierten verschob. Bereits am 3. Februar setzte er den Kongreß von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich in Kenntnis. Neun Wochen später befand sich Amerika im Krieg.

Der Tragödie letzter Akt begann.

---

131) Tel. Bethmann an Bernstorff 29. Jan. 1917 (Beil. z. U. S. 74).

Zeittafel.

1914.

Mai	29.	House fürchtet eine Bedrohung Amerikas durch zu enge deutsch-englische Zusammenarbeit.
Juni	1.	Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm und House.
	17.	House in London. Gespräch mit Grey.
Juli	2.	Unterredung zwischen House und Asquith.
	3.	Konferenz zwischen House, Walter Page, Thomas Nelson Page, Spring-Rice und Tyrrell.
August	4.	Wilsons erstes Vermittlungsangebot an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Mächte.
	5.	Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten.
	10.	Antwort des Kaisers auf Wilsons Vermittlungsvorschlag.
	14.	Wilsons Neutralitätsnote an den Senat.
	17.	House befürchtet eine Vernichtung Deutschlands.
	19.	Wilsons Proklamation an das amerikanische Volk zur Wahrung der Unparteilichkeit.
	22.	House befürchtet eine russische Vorherrschaft.
	23.	Roosevelt tritt für Neutralität ein.
	28.	Solf fordert eine Neuverteilung des afrikanischen Kolonialbesitzes.
September	5.	House unterbreitet Zimmermann ein zweites Vermittlungsangebot.
	19.—24.	Die Botschafterbesprechungen.
	22.	Page fordert die Aufgabe der Isolierungspolitik.
Oktober	3.	House äußert erneut die Befürchtung einer russischen Vorherrschaft.
	11.	Page bezeichnet den Krieg als Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England.
	15.	Page befürchtet eine deutsche Vorherrschaft.
Dezember	14.	Das Wilson-Interview zeigt die Indifferenz der Vereinigten Staaten vor einem Sieg der Alliierten.

1915.

Januar	30.	House fährt nach Europa.
Februar	7.	House in London. Konferenz mit Grey.
März	15.	House bei Delcassé.
	20.	House in Berlin. Gespräch mit Zimmermann.
April	17.	House in Paris. Audienz bei Poincaré.
	25.	Erste Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Baron Burián über die Kriegsziele.
	30.	House wieder in London.
Mai	7.	Versenkung der Lusitania.
	25.	House erklärt sich für die Sache der Alliierten.
Juni	9.	Rücktritt Bryans.
	15.	Gerard bezeichnet den deutschen Vormarsch als Tragik Deutschlands und der Welt.
	18.	Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Graf Tisza über die Kriegsziele.
	23.	Lansing Staatssekretär.
Juli	11.	Lansing befürwortet das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg. (Erstes Lansing-Memorandum.)
	25.	Page befürchtet eine deutsch-japanische Zusammenarbeit.
August	19.	Spring-Rice berichtet den Stimmungsumschwung.
September	2.	Reise des Kardinals Gibbons nach Washington.
	27.	Gerard berichtet, Berlin sehe Wilson als künftigen Vermittler an.

Oktober	11.	House bezeichnet eine Niederlage der Alliierten als untragbar.
	17.	House bietet Grey die Intervention der Vereinigten Staaten an.
November	28.	House sucht Lansing von der Notwendigkeit einer Intervention zugunsten der Alliierten zu überzeugen.
Dezember	16.	Unterredung zwischen House und Bernstorff.
	22.	Bernstorff überbringt House die Einladung nach Berlin.

1916

Januar	6.	House in London. Gespräch mit Grey.
	7.	Zweites Lansing-Memorandum.
	14.	Unterredung zwischen House und Lloyd George.
	27.	Wilson tritt für militärische Bereitschaft ein.
	28.	House in Berlin. Gespräch mit Bethmann-Hollweg und Jagow.
	29.	Unterredung zwischen House und Zimmermann.
Februar	1.	Stürmer russischer Ministerpräsident.
	2.	House in Paris. Gespräch mit Briand und Jules Cambon.
	5.	House bei Poincaré.
	7.	House sichert Briand und Cambon die amerikanischen Sympathien auch bei einem Sieg der Alliierten zu.
	9.	House wieder in London.
	10.	Unterredung zwischen House und Grey. Der Interventionsplan kommt zustande.
	14.	Lloyd George stimmt dem Interventionsplan zu.
	22.	House-Grey-Memorandum.
März	7.	Wilson genehmigt den Interventionsplan.
	16.	Rußland lehnt die internationale Erörterung der polnischen Frage ab.
	24.	Versenkung der Sussex.
		Grey informiert Briand über den Inhalt seiner Besprechungen mit House und legt diesem die Gründe für seine abwartende Haltung dar.
April	5.	Bethmann-Hollweg fordert in einer Reichstagsrede Garantien für Belgien.
	6.	Scheidemann lehnt eine Räumung der besetzten Gebiete vor Beginn der Verhandlungen ab.
	7.	Grey berichtet, Frankreich scheine einer Intervention nicht geneigt.
	19.	Wilson verliest vor dem Kongreß die „Niederboxnote".
Mai	4.	Das deutsche Sussex-Versprechen.
	9.	Aufruf der Liga der Fremdvölker Rußlands an Präsident Wilson.
	10.	House bietet Grey die Intervention der Vereinigten Staaten an.
		Gerard warnt vor deutschen Eroberungsplänen.
		Spring-Rice fürchtet eine Neuorientierung der amerikanischen Politik.
	12.	Grey lehnt die Intervention ab.
	13.	House mißtraut den Zielen der Alliierten.
	17.	House rät Wilson, eine Friedenskonferenz zu erzwingen.
	19.	House erneuert das Interventionsangebot.
	23.	Page befürwortet die britische Politik.
		House erneuert noch einmal dringend das Interventionsangebot.
	27.	Wilsons Rede vor der Friedensliga.
		House richtet an Grey einen dringenden Appell.
	28.	Bernstorff stellt eine baldige Vermittlungsaktion in Aussicht.
	30.	Spring-Rice warnt London vor einer bedingungslosen Ablehnung.
Juni	7.	Jagow weist Bernstorff an, eine amerikanische Einmischung in die konkreten Bedingungen zu verhindern.
	8.	House richtet an Grey einen letzten Appell.

	29.	House zeigt Skepsis im Hinblick auf den Grund für Englands Eintritt in den Krieg.
Juli	7.	Lloyd George englischer Kriegsminister.
	18.	Verschärfung der englischen Blockade.
	22.	Wilson kündigt Vergeltungsmaßnahmen gegen England an und ruft Page zurück.
		Rücktritt Sasonows. Stürmer Außenminister.
August	18.	Bethmann-Hollweg bezeichnet eine amerikanische Vermittlung als erwünscht.
September	8.	Annahme der Flottenvorlage durch den Kongreß.
		Ermächtigung Wilsons zu Vergeltungsmaßnahmen.
	12.	Bernstorff berichtet den Aufschub der Friedensaktion bis zur Wiederwahl des Präsidenten.
	24.	House fürchtet eine anglo-amerikanische Flottenrivalität.
	25.	Kontroverse zwischen House und Page.
	28.	"Knock-out-blow".
Oktober	4.	Balfour-Memorandum.
	9.	Kaiserliches Memorandum.
	17.	Baron Burián regt ein Friedensangebot der Mittelmächte an.
	18.	Bernstorff überreicht House das kaiserliche Memorandum.
	20.	Bernstorff berichtet über die Möglichkeit ernster anglo-amerikanischer Meinungsverschiedenheiten.
	23.	Erklärung Greys über Englands Kriegsziele.
	26.	House mißbilligt den scharfen antienglischen Kurs Wilsons.
	31.	Handschreiben des Kaisers an Bethmann-Hollweg.
November	1.	Telegramm des Kaisers an Franz Joseph.
	4.	Bethmann-Hollweg setzt Hindenburg von der Zustimmung der Wiener Regierung zu der von Berlin vorgeschlagenen Form der Aktion in Kenntnis.
	5.	Proklamation der polnischen Unabhängigkeit.
	7.	Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.
	14.	Wilson teilt House seine Absicht mit, eine Friedensnote an die kriegführenden Mächte zu erlassen.
	15.	Lansdowne-Memorandum.
		Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Baron Burián über die Friedensaktion.
	21.	Bernstorff berichtet über die bevorstehende Friedensaktion Wilsons.
		Rücktritt Jagows.
	22.	Jagow kündigt Bernstorff den deutschen Friedensschritt an.
	23.	Rücktritt Stürmers.
	24.	Trepow russischer Ministerpräsident.
	25.	Neratow russischer Außenminister.
		Zimmermann Staatssekretär des Äußeren.
	27.	Wilson liest House den Entwurf seiner Note vor.
		Bethmann-Hollweg setzt Hindenburg von der bevorstehenden Aktion Wilsons und der Zustimmung Bulgariens und der Türkei zum Friedensangebot der Mittelmächte in Kenntnis.
	30.	House warnt Wilson vor der geplanten Aktion.
Dezember	3.	Baron Burián drängt auf Erlaß des Friedensangebotes.
	5.	Rücktritt des Kabinetts Asquith.
	6.	Einnahme Bukarests.
	10.	Bildung des Kabinetts Lloyd George.
		Hindenburg fordert für Ende Januar den Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges.
		Lansing befürchtet eine Zwangslage für Washington.
	12.	Friedensangebot der Mittelmächte.

13. Rede Briands vor der Kammer.
14. Pokrowski russischer Außenminister.
16. Rede Pokrowskis vor der Duma.
Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch die Duma.
17. Der Papst bittet um Bekanntgabe der deutschen Bedingungen.
Wiseman versucht, die deutschen Kriegsziele in Erfahrung zu bringen.
18. Wilson-Note.
Page überreicht in London die Note der Mittelmächte.
19. Rede Lloyd Georges vor dem Unterhaus.
20. Page überreicht in London die Wilson-Note.
21. Lansing-Interview.
Grew überreicht in Berlin die Wilson-Note.
22. Rücktritt Buriáns. Czernin österreichisch-ungarischer Außenminister.
23. Die deutsche Regierung beschließt, die Einmischung der Vereinigten Staaten in die Friedensverhandlungen zu verhindern.
24. Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch den französischen Senat.
26. Antwort der Mittelmächte auf die Wilson-Note.
28. Der Pariser Sozialistenkongreß spricht sich für die Fortsetzung des Krieges aus.
29. Die Alliierten beschließen die Bekanntgabe ihrer Bedingungen.
30. Antwort der Entente auf die Note der Mittelmächte.
31. Hindenburg fordert den Erwerb von Briey und Longwy.

1917.

Januar 2. Telegramm Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm.
3. Wilson einigt sich mit House auf bestimmte Forderungen territorialer Natur.
4. Bethmann-Hollweg vertritt gegenüber der Obersten Heeresleitung den Standpunkt der Regierung.
6. Besprechung zwischen deutschen und österreichischen Diplomaten über die beabsichtigte Note der Mittelmächte an die Neutralen.
7. Berlin ermächtigt Bernstorff zur vertraulichen Mitteilung der allgemeinen Umrisse der deutschen Bedingungen.
8. Konferenz bei Hindenburg. Die militärische Führung erwägt einen Kanzlersturz.
9. Kronrat in Pleß. Beschluß über die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.
Fürst Galitzin russischer Ministerpräsident.
10. Antwort der Entente auf die Wilson-Note.
Note der Mittelmächte an die Neutralen.
13. Balfour-Note.
16. Spring-Rice überreicht in Washington die Balfour-Note.
19. Bernstorff kündigt eine neue Initiative des Präsidenten an.
22. Wilsons Senatsbotschaft.
23. Bernstorff bittet seine Regierung um die Bekanntgabe der deutschen Bedingungen.
28. Lansing erklärt sich erneut für die Sache der Alliierten.
Bernstorff richtet einen letzten Appell nach Berlin, auf die amerikanische Vermittlung einzugehen und die Bedingungen zu veröffentlichen.
29. Bethmann-Hollweg lehnt die öffentliche Bekanntgabe der deutschen Bedingungen ab.

Zeittafel.

1914.

Mai	29.	House fürchtet eine Bedrohung Amerikas durch zu enge deutsch-englische Zusammenarbeit.
Juni	1.	Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm und House.
	17.	House in London. Gespräch mit Grey.
Juli	2.	Unterredung zwischen House und Asquith.
	3.	Konferenz zwischen House, Walter Page, Thomas Nelson Page, Spring-Rice und Tyrrell.
August	4.	Wilsons erstes Vermittlungsangebot an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Mächte.
	5.	Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten.
	10.	Antwort des Kaisers auf Wilsons Vermittlungsvorschlag.
	14.	Wilsons Neutralitätsnote an den Senat.
	17.	House befürchtet eine Vernichtung Deutschlands.
	19.	Wilsons Proklamation an das amerikanische Volk zur Wahrung der Unparteilichkeit.
	22.	House befürchtet eine russische Vorherrschaft.
	23.	Roosevelt tritt für Neutralität ein.
	28.	Solf fordert eine Neuverteilung des afrikanischen Kolonialbesitzes.
September	5.	House unterbreitet Zimmermann ein zweites Vermittlungsangebot.
	19.—24.	Die Botschafterbesprechungen.
	22.	Page fordert die Aufgabe der Isolierungspolitik.
Oktober	3.	House äußert erneut die Befürchtung einer russischen Vorherrschaft.
	11.	Page bezeichnet den Krieg als Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England.
	15.	Page befürchtet eine deutsche Vorherrschaft.
Dezember	14.	Das Wilson-Interview zeigt die Indifferenz der Vereinigten Staaten vor einem Sieg der Alliierten.

1915.

Januar	30.	House fährt nach Europa.
Februar	7.	House in London. Konferenz mit Grey.
März	15.	House bei Delcassé.
	20.	House in Berlin. Gespräch mit Zimmermann.
April	17.	House in Paris. Audienz bei Poincaré.
	25.	Erste Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Baron Burián über die Kriegsziele.
	30.	House wieder in London.
Mai	7.	Versenkung der Lusitania.
	25.	House erklärt sich für die Sache der Alliierten.
Juni	9.	Rücktritt Bryans.
	15.	Gerard bezeichnet den deutschen Vormarsch als Tragik Deutschlands und der Welt.
	18.	Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Graf Tisza über die Kriegsziele.
	23.	Lansing Staatssekretär.
Juli	11.	Lansing befürwortet das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg. (Erstes Lansing-Memorandum.)
	25.	Page befürchtet eine deutsch-japanische Zusammenarbeit.
August	19.	Spring-Rice berichtet den Stimmungsumschwung.
September	2.	Reise des Kardinals Gibbons nach Washington.
	27.	Gerard berichtet, Berlin sehe Wilson als künftigen Vermittler an.

Oktober	11.	House bezeichnet eine Niederlage der Alliierten als untragbar.
	17.	House bietet Grey die Intervention der Vereinigten Staaten an.
November	28.	House sucht Lansing von der Notwendigkeit einer Intervention zugunsten der Alliierten zu überzeugen.
Dezember	16.	Unterredung zwischen House und Bernstorff.
	22.	Bernstorff überbringt House die Einladung nach Berlin.

1916

Januar	6.	House in London. Gespräch mit Grey.
	7.	Zweites Lansing-Memorandum.
	14.	Unterredung zwischen House und Lloyd George.
	27.	Wilson tritt für militärische Bereitschaft ein.
	28.	House in Berlin. Gespräch mit Bethmann-Hollweg und Jagow.
	29.	Unterredung zwischen House und Zimmermann.
Februar	1.	Stürmer russischer Ministerpräsident.
	2.	House in Paris. Gespräch mit Briand und Jules Cambon.
	5.	House bei Poincaré.
	7.	House sichert Briand und Cambon die amerikanischen Sympathien auch bei einem Sieg der Alliierten zu.
	9.	House wieder in London.
	10.	Unterredung zwischen House und Grey. Der Interventionsplan kommt zustande.
	14.	Lloyd George stimmt dem Interventionsplan zu.
	22.	House-Grey-Memorandum.
März	7.	Wilson genehmigt den Interventionsplan.
	16.	Rußland lehnt die internationale Erörterung der polnischen Frage ab.
	24.	Versenkung der Sussex.
		Grey informiert Briand über den Inhalt seiner Besprechungen mit House und legt diesem die Gründe für seine abwartende Haltung dar.
April	5.	Bethmann-Hollweg fordert in einer Reichstagsrede Garantien für Belgien.
	6.	Scheidemann lehnt eine Räumung der besetzten Gebiete vor Beginn der Verhandlungen ab.
	7.	Grey berichtet, Frankreich scheine einer Intervention nicht geneigt.
	19.	Wilson verliest vor dem Kongreß die „Niederboxnote".
Mai	4.	Das deutsche Sussex-Versprechen.
	9.	Aufruf der Liga der Fremdvölker Rußlands an Präsident Wilson.
	10.	House bietet Grey die Intervention der Vereinigten Staaten an.
		Gerard warnt vor deutschen Eroberungsplänen.
		Spring-Rice fürchtet eine Neuorientierung der amerikanischen Politik.
	12.	Grey lehnt die Intervention ab.
	13.	House mißtraut den Zielen der Alliierten.
	17.	House rät Wilson, eine Friedenskonferenz zu erzwingen.
	19.	House erneuert das Interventionsangebot.
	23.	Page befürwortet die britische Politik.
		House erneuert noch einmal dringend das Interventionsangebot.
	27.	Wilsons Rede vor der Friedensliga.
		House richtet an Grey einen dringenden Appell.
	28.	Bernstorff stellt eine baldige Vermittlungsaktion in Aussicht.
	30.	Spring-Rice warnt London vor einer bedingungslosen Ablehnung.
Juni	7.	Jagow weist Bernstorff an, eine amerikanische Einmischung in die konkreten Bedingungen zu verhindern.
	8.	House richtet an Grey einen letzten Appell.

	29.	House zeigt Skepsis im Hinblick auf den Grund für Englands Eintritt in den Krieg.
Juli	7.	Lloyd George englischer Kriegsminister.
	18.	Verschärfung der englischen Blockade.
	22.	Wilson kündigt Vergeltungsmaßnahmen gegen England an und ruft Page zurück.
		Rücktritt Sasonows. Stürmer Außenminister.
August	18.	Bethmann-Hollweg bezeichnet eine amerikanische Vermittlung als erwünscht.
September	8.	Annahme der Flottenvorlage durch den Kongreß.
		Ermächtigung Wilsons zu Vergeltungsmaßnahmen.
	12.	Bernstorff berichtet den Aufschub der Friedensaktion bis zur Wiederwahl des Präsidenten.
	24.	House fürchtet eine anglo-amerikanische Flottenrivalität.
	25.	Kontroverse zwischen House und Page.
	28.	"Knock-out-blow".
Oktober	4.	Balfour-Memorandum.
	9.	Kaiserliches Memorandum.
	17.	Baron Burián regt ein Friedensangebot der Mittelmächte an.
	18.	Bernstorff überreicht House das kaiserliche Memorandum.
	20.	Bernstorff berichtet über die Möglichkeit ernster anglo-amerikanischer Meinungsverschiedenheiten.
	23.	Erklärung Greys über Englands Kriegsziele.
	26.	House mißbilligt den scharfen antienglischen Kurs Wilsons.
	31.	Handschreiben des Kaisers an Bethmann-Hollweg.
November	1.	Telegramm des Kaisers an Franz Joseph.
	4.	Bethmann-Hollweg setzt Hindenburg von der Zustimmung der Wiener Regierung zu der von Berlin vorgeschlagenen Form der Aktion in Kenntnis.
	5.	Proklamation der polnischen Unabhängigkeit.
	7.	Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.
	14.	Wilson teilt House seine Absicht mit, eine Friedensnote an die kriegführenden Mächte zu erlassen.
	15.	Lansdowne-Memorandum.
		Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Baron Burián über die Friedensaktion.
	21.	Bernstorff berichtet über die bevorstehende Friedensaktion Wilsons.
		Rücktritt Jagows.
	22.	Jagow kündigt Bernstorff den deutschen Friedensschritt an.
	23.	Rücktritt Stürmers.
	24.	Trepow russischer Ministerpräsident.
	25.	Neratow russischer Außenminister.
		Zimmermann Staatssekretär des Äußeren.
	27.	Wilson liest House den Entwurf seiner Note vor.
		Bethmann-Hollweg setzt Hindenburg von der bevorstehenden Aktion Wilsons und der Zustimmung Bulgariens und der Türkei zum Friedensangebot der Mittelmächte in Kenntnis.
	30.	House warnt Wilson vor der geplanten Aktion.
Dezember	3.	Baron Burián drängt auf Erlaß des Friedensangebotes.
	5.	Rücktritt des Kabinetts Asquith.
	6.	Einnahme Bukarests.
	10.	Bildung des Kabinetts Lloyd George.
		Hindenburg fordert für Ende Januar den Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges.
		Lansing befürchtet eine Zwangslage für Washington.
	12.	Friedensangebot der Mittelmächte.

13. Rede Briands vor der Kammer.
14. Pokrowski russischer Außenminister.
16. Rede Pokrowskis vor der Duma.
Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch die Duma.
17. Der Papst bittet um Bekanntgabe der deutschen Bedingungen.
Wiseman versucht, die deutschen Kriegsziele in Erfahrung zu bringen.
18. Wilson-Note.
Page überreicht in London die Note der Mittelmächte.
19. Rede Lloyd Georges vor dem Unterhaus.
20. Page überreicht in London die Wilson-Note.
21. Lansing-Interview.
Grew überreicht in Berlin die Wilson-Note.
22. Rücktritt Buriáns. Czernin österreichisch-ungarischer Außenminister.
23. Die deutsche Regierung beschließt, die Einmischung der Vereinigten Staaten in die Friedensverhandlungen zu verhindern.
24. Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch den französischen Senat.
26. Antwort der Mittelmächte auf die Wilson-Note.
28. Der Pariser Sozialistenkongreß spricht sich für die Fortsetzung des Krieges aus.
29. Die Alliierten beschließen die Bekanntgabe ihrer Bedingungen.
30. Antwort der Entente auf die Note der Mittelmächte.
31. Hindenburg fordert den Erwerb von Briey und Longwy.

1917.

Januar 2. Telegramm Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm.
3. Wilson einigt sich mit House auf bestimmte Forderungen territorialer Natur.
4. Bethmann-Hollweg vertritt gegenüber der Obersten Heeresleitung den Standpunkt der Regierung.
6. Besprechung zwischen deutschen und österreichischen Diplomaten über die beabsichtigte Note der Mittelmächte an die Neutralen.
7. Berlin ermächtigt Bernstorff zur vertraulichen Mitteilung der allgemeinen Umrisse der deutschen Bedingungen.
8. Konferenz bei Hindenburg. Die militärische Führung erwägt einen Kanzlersturz.
9. Kronrat in Pleß. Beschluß über die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.
Fürst Galitzin russischer Ministerpräsident.
10. Antwort der Entente auf die Wilson-Note.
Note der Mittelmächte an die Neutralen.
13. Balfour-Note.
16. Spring-Rice überreicht in Washington die Balfour-Note.
19. Bernstorff kündigt eine neue Initiative des Präsidenten an.
22. Wilsons Senatsbotschaft.
23. Bernstorff bittet seine Regierung um die Bekanntgabe der deutschen Bedingungen.
28. Lansing erklärt sich erneut für die Sache der Alliierten.
Bernstorff richtet einen letzten Appell nach Berlin, auf die amerikanische Vermittlung einzugehen und die Bedingungen zu veröffentlichen.
29. Bethmann-Hollweg lehnt die öffentliche Bekanntgabe der deutschen Bedingungen ab.

Lebenslauf.

Ich, Arnold M e i n e, römisch-katholischer Konfession, bin am 24. September 1913 als Sohn des Prokuristen Arnold Meine und seiner Ehefrau Maria geb. Hilgers zu Altena in Westfalen geboren. Nach dreijährigem Grundschulunterricht besuchte ich seit Ostern 1923 das Städtische Realgymnasium zu Altena, das ich am 23. Februar 1932 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Seit dem Sommersemester des gleichen Jahres studierte ich in Bonn Geschichte, Germanistik und Geographie; daneben hörte ich Vorlesungen über Philosophie und katholische Theologie. Am 5. Mai 1933 bestand ich eine Ergänzungsprüfung im Griechischen. Der Tag der mündlichen Doktorprüfung war der 15. Dezember 1937.